



Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels

Teil 5

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

ARL

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR



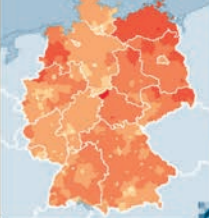
AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Anteil der unter 20-Jährigen
an der Gesamtbevölkerung

1991



2000



2010

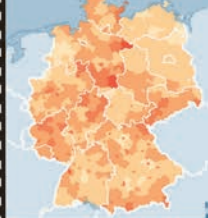


2020

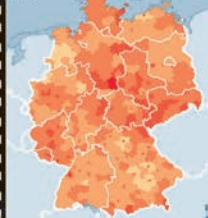


Anteil der über 60-Jährigen
an der Gesamtbevölkerung

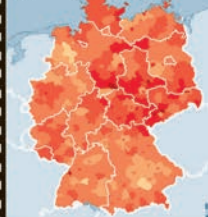
1991



2000



2010



2020



Tagung Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

17. und 18. Juni 2004
Johanniskirche Magdeburg

Nähere Informationen:

www.bbr.bund.de : *Neues*
www.arl-net.de : *Veranstaltungen*

Ansprechpartnerin:
Regina Hardt
Tel.: 05 11 / 3 48 42-32
E-mail: Hardt@ARL-net.de

FuS Bd. 225
ISBN 3-88838-054-5
ISSN 0935-0780

Alle Rechte vorbehalten • Verlag der ARL • Hannover 2005
© Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Druck: poppdruck, 30851 Langenhagen

Bestellmöglichkeiten:

über den Buchhandel

VSB Verlagsservice Braunschweig GmbH

Postfach 47 38

38037 Braunschweig

Tel. (0 18 05) 7 08-7 09

Fax (05 31) 7 08-6 19

E-Mail: vsb-bestellservice@westermann.de

Onlineshop der ARL:

www.ARL-net.de (Rubrik "Bücher")

Verlagsanschrift:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)

Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover

Tel. (05 11) 3 48 42-0, Fax (05 11) 3 48 42-41

E-Mail: ARL@ARL-net.de

Internet: www.ARL-net.de

Akademie für Raumforschung und Landesplanung



FORSCHUNGS- UND SITZUNGSBERICHTE
DER ARL

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels

Teil 5

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung



Akademie
für Raumforschung
und Landesplanung

Band 225

Hannover 2005

Autorinnen und Autoren

Bombosch, Frederik, Träger des 4. Preises beim Journalistenwettbewerb, Berlin

Borchard, Klaus, Dr.-Ing., Prof., Präsident und Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Königswinter

Bremer, Christiane, Trägerin des 4. Preises beim Journalistenwettbewerb, Köln

Daehre, Karl-Heinz, Dr., Minister für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Doehler-Behzadi, Marta, Dr.-Ing., Freie Architektin für Stadtplanung, Büro für urbane Projekte, Leipzig

Gans, Paul, Dr., Prof., Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Fakultät für Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Jessen, Johann, Dr., Prof., Fakultät Architektur und Stadtplanung, Universität Stuttgart, Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Kocks, Martina, Dipl.-Geogr., Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Kragt, Remko, Träger des 3. Preises beim Journalistenwettbewerb, Gehrden

Mädling, Heinrich, Dr., Prof., Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin, Vizepräsident und Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Mausbach, Florian, Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Miska, Holger, Träger des 4. Preises beim Journalistenwettbewerb, Herdecke

Monheim, Heiner, Dr., Prof., Fachbereich Angewandte Geographie/Raumentwicklung, Universität Trier

Oberndörfer, Dieter, Dr. h.c., Prof. (em.), 1. Vorsitzender des Arnold Bergstraesser Instituts e.V., Freiburg i. Br.

Pohle, Hans, Dr., Leiter des Referats Wirtschaft und Verkehr im Sekretariat der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover

Reinke, Sara, Trägerin des 2. Preises beim Journalistenwettbewerb, Heiligenthal

Stolpe, Manfred, Dr., Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Strubelt, Wendelin, Dr., Prof., Vizepräsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn, Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Tönnies, Gerd, Dr., Leiter des Referats Bevölkerung und Raumstruktur im Sekretariat der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover

Trümper, Lutz, Dr., Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg

Welsch, Annett, Trägerin des 1. Preises beim Journalistenwettbewerb, Leipzig

Winkler-Kühlken, Bärbel, Dipl.-Ing., Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Berlin

Zimmermann, Horst, Dr. h.c., Prof. (em.), Marburg, Vizepräsident und Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Mitglieder der Jury des Journalistenwettbewerbs

Afeldt, Heik, Dr., Wirtschaftspublizistischer Berater, Berlin, Korrespondierendes Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Frenkel, Rainer, Reporter, „DIE ZEIT“, Hamburg

Holl, Christian, Dipl.-Ing., Freier Journalist, Stuttgart

Kunzmann, Klaus R., Dr., Prof., Fachgebiet Europäische Raumplanung, Universität Dortmund, Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Voermanek, Katrin, Freie Autorin, Freie Journalistin, Berlin

Inhalt

Vorwort	Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der ARL	VII
<i>Florian Mausbach</i>	Begrüßung und Eröffnung	1
<i>Horst Zimmermann</i>		10
<i>Karl-Heinz Daehre</i>		15
<i>Lutz Trümper</i>		20

Vorträge

<i>Manfred Stolpe</i>	Infrastruktur und Demographie – Herausforderung für Deutschland	23
<i>Dieter Oberndörfer</i>	Konsequenzen der demographischen Entwicklung für das politische System Deutschlands	28
<i>Paul Gans</i>	Tendenzen der räumlich-demographischen Entwicklung	42
<i>Marta Doehler-Behzadi</i>	Schrumpfende Städte und Regionen im Osten Deutschlands – Testfall für den Westen?	54

Forum 1: Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen

<i>Heiner Monheim</i>	Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs Einführung des Moderators	63
<i>Bärbel Winkler-Kühlken</i>	Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – was ist zu tun? Impulsstatement	66
<i>Martina Kocks</i>	Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – Diskussionsbericht	74

Forum 2: Demographischer Wandel in Großstadregionen

<i>Heinrich Mäding</i>	Demographischer Wandel in Großstadregionen Einführung des Moderators	79
<i>Johann Jessen</i>	Demographischer Wandel in Großstadregionen Impulsstatement	82
<i>Gerd Tönnies</i>	Demographischer Wandel in Großstadregionen Diskussionsbericht	86

Podium: Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

<i>Heik Afheldt</i>	Moderation	
<i>Hans Pohle</i>	Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Diskussionsbericht	94

Schlussworte

<i>Klaus Borchard</i>	Schlusswort	99
<i>Wendelin Strubelt</i>	Ein paar Worte zum Schluss	103

Anhang

**Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten
Berichterstattung zur Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2004 der ARL**

<i>Gerd Tönnies</i>	Einführung	107
---------------------	------------	-----

Prämierte Beiträge

1. Preis

<i>Annett Welsch</i>	Die Verwandlung	109
----------------------	-----------------	-----

2. Preis

<i>Sara Reinke</i>	Sterben die Deutschen aus?	114
--------------------	----------------------------	-----

3. Preis

<i>Remko Kragt</i>	Randalterung und Multikulti – Die deutsche Bevölkerung bekommt ein neues Gesicht	120
--------------------	---	-----

4. Preise

<i>Frederik Bombosch</i>	Periphere Problemzonen	126
--------------------------	------------------------	-----

<i>Christiane Bremer</i>	Ganz Deutschland ein Seniorenheim? Der demographische Wandel aus räumlicher Perspektive	130
--------------------------	---	-----

<i>Holger Miska</i>	Sex and the City – oder: Kann ein Inder ein guter bayerischer Katholik sein?	142
---------------------	---	-----

Kurzfassungen / Abstracts		148
---------------------------	--	-----

Vorwort

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der ARL

Demographischer Zeitenwechsel

Die Konsequenzen des demographischen Wandels sind zwar keine neue, aber eine zunehmend dramatische Thematik. Abnahme und Alterung der Bevölkerung sind in Europa weit verbreitete Phänomene, die jedoch Deutschland, vor allem seine ostdeutschen Regionen, in besonderem Maße betreffen.

Bereits seit den 1970er Jahren liegt die Fertilitätsrate der westdeutschen Bevölkerung unter dem Bestandserhaltungsniveau. Die Einwohnerzahl schrumpft von Generation zu Generation um rund ein Drittel. In den neuen Ländern vollzog sich nach der deutschen Vereinigung ein noch dramatischerer „Absturz“ der Geburtenraten, der auf globaler und europäischer Ebene seinesgleichen sucht. Die verbleibende Bevölkerung unterliegt in Ost und West einer starken Alterung.

Nach den vorliegenden Prognosen werden Abnahme der Bevölkerung und Alterung weiter „an Fahrt gewinnen“. Der Rückgang kinderreicher Familien und die Zunahme von Single-Haushalten sind schon säkulare Trends. Mittlerweile reicht jedoch auch der Zuwanderungsüberschuss nicht mehr aus, um den Geburtenrückgang auszugleichen. In einzelnen Gemeinden, insbesondere der ostdeutschen Länder, wird die Bevölkerung innerhalb weniger Jahre um bis zu einem Drittel zurückgehen. Ein demographischer Zeitenwechsel zeichnet sich ab.

Regionale Auswirkungen der demographischen Entwicklung

Der demographische Wandel wird sich räumlich sehr differenziert auswirken. Es wird Gewinner- und Verliererregionen geben. In Teilräumen der ostdeutschen Länder ist in naher Zukunft eine sehr niedrige Bevölkerungsdichte zu erwarten. Die regionalen Verteilungskämpfe um demographische bzw. Humanpotenziale werden deutlich zunehmen. Disparitätenprobleme sowie soziale Polarisation und Segregation werden auf allen räumlichen Ebenen an Bedeutung gewinnen.

Gerade unter dem Aspekt einer nachhaltigen Raumentwicklung ergibt sich ein umfassender, regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs- und Infrastruktur. Hierbei unterscheidet sich der Handlungsbedarf zwischen urbanen, suburbanen, ländlich-stadtnahen und ländlich-peripheren, strukturschwachen Regionen sowie zwischen west- und ostdeutschen Räumen stark.

Insbesondere die Tragfähigkeit dünn besiedelter ländlicher Regionen ist gefährdet. Dies betrifft zurzeit noch in erster Linie ostdeutsche Regionen. Die wirtschaftliche Situation konnte dort in vielen Teilräumen nicht stabilisiert werden. Die Versorgung mit Einrichtungen der

sozialen und technischen Infrastruktur, mit privaten Dienstleistungen und Handelsangeboten unterschreitet zunehmend die üblichen Mindeststandards und Tragfähigkeitsgrenzen.

Aber auch städtische Regionen sind mit starken Einwohnerrückgängen konfrontiert, zunächst wiederum insbesondere in Ostdeutschland. Zum einen wurden die dortigen Klein- und Mittelstädte bereits zu DDR-Zeiten aufgrund der staatlich gelenkten Investitionen vernachlässigt und erfuhren schon damals Migrationsverluste, vor allem zugunsten von Berlin und ausgewählten Bezirksstädten. Zum anderen führten „Stadtgründungen“ wie Schwedt, Hoyerswerda oder Eisenhüttenstadt zu einer ökonomischen Monostruktur. Nach der Wiedervereinigung kam es in diesen Städten zum Wegbrechen der ökonomischen Basis mit entsprechenden Auswirkungen auf die räumlichen und natürlichen Bevölkerungsbewegungen.

Handlungsbedarf

Die räumlichen Auswirkungen des teilweise dramatischen demographischen Wandels stellen die räumliche Planung und Politik vor große Herausforderungen. Für die betroffenen Regionen sind – mit den betroffenen Akteuren – fachlich fundierte Anpassungsstrategien zu entwickeln. Hierfür sind gleichermaßen die regionalwissenschaftlichen Grundlagen wie die mentalen und handlungsbezogenen Voraussetzungen (Schrumpfungsplanung) zu schaffen. Die räumlichen Konsequenzen der demographischen Entwicklung sind am besten anhand von (alternativen) Szenarien zu diskutieren.

Die erforderlichen neuen Konzepte setzen einen Umdenkungsprozess voraus, der sich vom Wachstumsgedanken weg und hin zum Umbaugedanken (Umbau bei geringer/rückläufiger Entwicklungsdynamik bzw. bei gesamtregionaler Schrumpfung) bewegt. Die umfassende Integration raumplanerischer, städtebaulicher, ökonomischer, sozialer und ökologischer Belange gewinnt hierdurch an Bedeutung und erfordert gleichzeitig neue Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privateigentümern. Dies gilt gleichermaßen für ländliche wie für städtische Schrumpfungsräume.

Die Antwort der ARL: Verbundforschung „Demographischer Wandel“

Wegen der grundlegenden Bedeutung sowie der komplexen und weittragenden Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung und die Raumpolitik hat das Präsidium der ARL beschlossen, die Tätigkeit in diesem Themenfeld in neuartiger Weise, nämlich im Sinne einer Verbundforschungsperspektive zu intensivieren (siehe auch ARL-Arbeitsprogramm 2003/2004, Seite 16-25). Zu diesem Zweck bearbeiten mehrere Forschungsgremien in abgestimmter Vorgehensweise räumlich-demographische Fragestellungen.

Hierzu gehört ein *Arbeitskreis*, dessen Mitglieder die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das räumliche Standortverhalten der Unternehmen, die regionale Entwicklung der Arbeits- und Wohnungsmärkte, die soziale und kulturelle Infrastruktur, die Netzinfrastruktur (Verkehr, Ver- und Entsorgungssysteme), den Bereich Freizeit und Erholung sowie die öffentlichen Finanzen untersuchen. Eine weitere Aufgabe besteht darin, anhand der Forschungsergebnisse Empfehlungen für die Planung, Politik und Verwaltung zum Umgang

mit den regionalen Auswirkungen, Herausforderungen und Handlungsbedarfen zu formulieren.

Wegen der größeren Nähe ihrer Tätigkeit zu den regionalen Konsequenzen und Problemen der demographischen Entwicklung spielen die Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) der ARL im Rahmen des Verbundforschungsprojektes eine wichtige Rolle. Mittlerweile haben mehrere *LAG-Arbeitsgruppen* zu den räumlichen Effekten und planungsbezogenen Handlungserfordernissen der demographischen Entwicklung Untersuchungen aufgenommen und teilweise bereits abgeschlossen.

Eine gute Gelegenheit zur Nutzung von Synergieeffekten, die sich aus der Vielzahl von Forschungsaktivitäten im Themenfeld demographischer Wandel ergeben, bieten darüber hinaus *Veranstaltungen der ARL*. Hierzu gehören zentrale Veranstaltungen wie Plenarsitzungen (der gemeinsame Kongress von ARL und BBR 2004 in Magdeburg ist zugleich die Wissenschaftliche Plenarsitzung der ARL), regionale Veranstaltungen der Landesarbeitsgemeinschaften (Planerkonferenzen) und Tagungen des Jungen Forums der ARL, das sich im Jahre 2003 mit dem Thema „Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen sozialräumlicher Mobilität“ beschäftigt hat.

Darüber hinaus hat die ARL nach guten Erfahrungen im Jahr 2003 erneut einen *Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten* durchgeführt, diesmal zu einem demographischen Schwerpunktthema. Im Mittelpunkt stand die Berichterstattung über den gemeinsamen Kongress von ARL und BBR in Magdeburg, dessen Ergebnisse in dem vorliegenden Band veröffentlicht werden.

Ziel des Wettbewerbs war die allgemein verständliche Vermittlung von Verlauf und Ergebnissen dieses Kongresses an die breite Öffentlichkeit und an Multiplikatoren in Bildung, Kultur, Politik und Verwaltung. Die Resonanz auf die Ausschreibung war erfreulich groß; 15 Wettbewerbsbeiträge wurden eingereicht. So konnten alle sechs Preise und ein Zusatzpreis für die zeitnahe Veröffentlichung in den Medien vergeben werden. Die Mitglieder der Jury werden im Anschluss an die Autorinnen und Autoren aufgeführt.

Das Präsidium der ARL hat beschlossen, die Publikationen mit den Ergebnissen der Forschungen zum demographischen Wandel unter dem gemeinsamen thematischen Dach „*Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels*“ zu veröffentlichen. Im Untertitel wird das jeweilige Teilvorhaben genannt. Jeder Band enthält eine Übersicht über die bereits vorliegenden Teile.

Wir hoffen, dass die Ergebnisse dieser breiten Forschungstätigkeit zu neuen Erkenntnissen über die räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels führen und bei Entscheidungsprozessen in der räumlichen Politik, Planung und Verwaltung eine wichtige Rolle spielen.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Florian Mausbach

Begrüßung und Eröffnung

Herr Bundesminister Dr. Stolpe,

Herr Minister Dr. Daehre,

Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Herr Präsident Zimmermann,

meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Große wilde Tiere schleichen um die Stadt, bleiben nur dann und wann stehen, um zu sehen, ob ihnen Gefahr durch Menschenhand droht. Aber hier leben keine Menschen mehr, schon lange nicht...“

So begann kürzlich ein groß aufgemachter Artikel im Berliner „Tagesspiegel“ zur künftigen Bevölkerungs- und Raumentwicklung. „Deutschland schrumpft und ergraut“ warnt der „Spiegel“ und einer der Herausgeber der FAZ, Frank Schirrmacher, ruft in seinem Buch „Das Methusalem-Komplot“ die Mittelaltrigen und künftigen Alten zum Widerstand auf: „Wir müssen jetzt handeln... Es geht um nichts weniger als eine Revolution, vergleichbar mit den großen Befreiungsbewegungen der Vergangenheit.“

„Was tun wir?“ angesichts des „Demographischen Wandels im Raum“, fragt in sachlicherem Ton auch unsere Tagung.

Im Namen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung darf ich Sie hier in Magdeburg begrüßen und die gemeinsame Tagung mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung eröffnen.

Ein besonderer Gruß gilt unserem Gastgeber, Herrn Dr. Karl-Heinz Daehre, Minister für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, und Herrn Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, der wir diese eindrucksvolle und anregende Tagungsstätte verdanken.

Dass unsere Veranstaltung bei Wissenschaftlern und Praktikern auf ein so großes Interesse gestoßen ist, weist auf die Aktualität des Themas. Der demographische Wandel und die damit verbundenen Auswirkungen und Folgerungen bewegen allerdings schon länger Politik und Gesellschaft, nicht zuletzt mein Haus, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Die Forschungsabteilungen des Bundesamtes beraten die Bundesregierung in Fragen der Raumordnung, des Städtebaus und des Wohnungs- und Bauwesens – Politikbereiche, die von den räumlich unterschiedlichen Auswirkungen des demographischen Wandels betroffen sind. Ich freue mich deshalb sehr, dass der zuständige Bundesminister Dr. Manfred Stolpe an unserer Tagung teilnimmt und zu uns sprechen wird. Herzlich willkommen!

Wir, die Veranstalter, haben Magdeburg als Tagungsort gewählt, weil die räumliche Dimension des demographischen Wandels, zuerst im Osten, in den neuen Ländern, breit und offen als gesellschaftliches Problem erkannt wurde – und politische Resonanz fand.

Der Ende 2000 veröffentlichte Bericht der Expertenkommission „Wirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ proklamierte als neue Herausforderung den Umgang mit Schrumpfung.

Die Politik reagierte darauf mit dem Bundesprogramm „Stadtumbau Ost“ und der Initiierung eines Forschungsfeldes „Stadtumbau West“ im Forschungsprogramm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau.

Für die ostdeutschen Städte und Regionen gilt schon heute, sich mit rückläufigen Entwicklungen unter ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten auseinander zu setzen. Aber auch der Westen muss sich darauf einstellen. Denn der demographische Wandel ist unaufhaltsam. Die vom BBR prognostizierten langfristigen Trends weisen in Richtung Schrumpfung, Alterung und Zuwanderung.¹

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zu Prognosen.

Selten gab es mehr Prognosen als heute. In ihrer Ausgabe vom 03. Juni 2004 spricht „Die Zeit“ davon, dass „die Zeit reif ist, auf die Prognosenwut in diesem Land zu reagieren – indem jeder seine eigene Zukunft ganz neu entwirft und für sich bestimmt“ – eine nicht ganz ernst gemeinte Handlungsanweisung.

Fest steht, Prognosen sind schwierig und umstritten – auch wenn Computer immer schneller und besser werden. Mit falschen Prognosen anerkannter Fachleute lassen sich ganze Bibliotheken füllen. Prognosen sind der Politik oft unbequem, besonders dann, wenn sie Entwicklungen voraussagen, die von politischen Zielen abweichen. Nicht selten mahnen sie zum Umsteuern, ohne dass sie politisch Gehör finden. Aber auch überstürztes politisches Handeln in Perioden plötzlichen Erwachens zeugt vom schwierigen Verhältnis zwischen Prognose und Politik.

Prognosen können ungenau, ja fehlerhaft sein. Gleichwohl sind sie notwendig als Versuch, Schneisen in die Zukunft zu schlagen. Sie dienen einer vorausschauenden, vorsorgenden Politik.

Die Erarbeitung von Prognosen, speziell von Regionalprognosen, vor allem Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen als Grundlage für die Politikberatung, ist seit langem ein herausgehobener Arbeitsschwerpunkt des BBR.

Bei den Regionalprognosen des BBR handelt es sich um bedingte Prognosen – bedingt hinsichtlich der unterstellten politischen Aktivitäten.

Der große praktische Nutzen solcher Prognosen rührt daher, dass sie an Bedingungen anknüpfen, die durch die Politik beeinflussbar sind. Ihr Eintreten oder Nichteintreten ist also von künftigem politischen Handeln bestimmt.

¹ Dies zeigt die im Anhang beigefügte und während der Tagung vorgeführte Power-Point-Präsentation des BBR zum Thema „Demographischer Wandel“.

Deshalb ist es wichtig, umfassend und laufend über den demographischen Wandel und seine räumlichen Folgen zu informieren und die Diskussion darüber zu intensivieren durch Veröffentlichungen und Veranstaltungen wie die heutige.

Die Erarbeitung von Lösungs- und Handlungsansätzen durch angewandte Forschung ist ein weiterer Schritt. So sind für Raumordnung und Städtebau seit Jahren Modellvorhaben ein wichtiges Instrument.

Die vom BBR betreuten „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) geben der Bundesraumordnung die Möglichkeit, exemplarisch konkrete Projekte zu fördern. Gemeinsam mit regionalen Akteuren werden neue Handlungsansätze entwickelt und erprobt.

Der Umbau der Städte als Reaktion auf Schrumpfungsprozesse gehört mittlerweile zu den anerkannten städtebaulichen Aufgaben in Ost und West. Einen wichtigen Anstoß zu diesem Bewusstseinswandel gab der „Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost“ mit großer Beteiligung der Städte und Gemeinden in den neuen Ländern. Stadtumbaustädte im Osten, aber auch im Westen sind als Modellstädte Vorreiter für neue Strategien und Konzepte im Umgang mit Schrumpfungsprozessen.

Fazit: Der demographische Wandel und die damit verbundenen Anpassungserfordernisse stellen die räumliche Planung und Politik vor neue, große Herausforderungen. In den von Rückgang betroffenen Regionen zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab weg von gesteuertem Wachstum hin zur Gestaltung von Schrumpfung. Dem gegenüber stehen die politischen Bemühungen, in ganz Deutschland durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen neues nachhaltiges Wachstum zu erzeugen.

So zeichnet die Wirklichkeit bereits ein Kontrastprogramm:

In Rostock, Berlin-Marzahn, Leipzig und Görlitz werden Plattenbausiedlungen zurückgebaut, in Hamburg, Köln, Frankfurt a.M. und München werden neue Bürotürme gebaut und geplant.

Wir könnten eine ungleichzeitige Entwicklung vor uns haben mit zunehmenden Konflikten: mit Gewinnern in weiter wachsenden Kernstädten und Verlierern in schrumpfenden, eher peripheren Räumen. Aber vielleicht liegen in einer differenzierten Betrachtung und Gestaltung unterschiedlicher wachsender und schrumpfender Räume mit ihren natürlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Besonderheiten und Eigenarten auch Chancen – Chancen der Erhaltung wie Chancen der Entwicklung.

Dies herauszufinden, kann diese Tagung helfen.



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

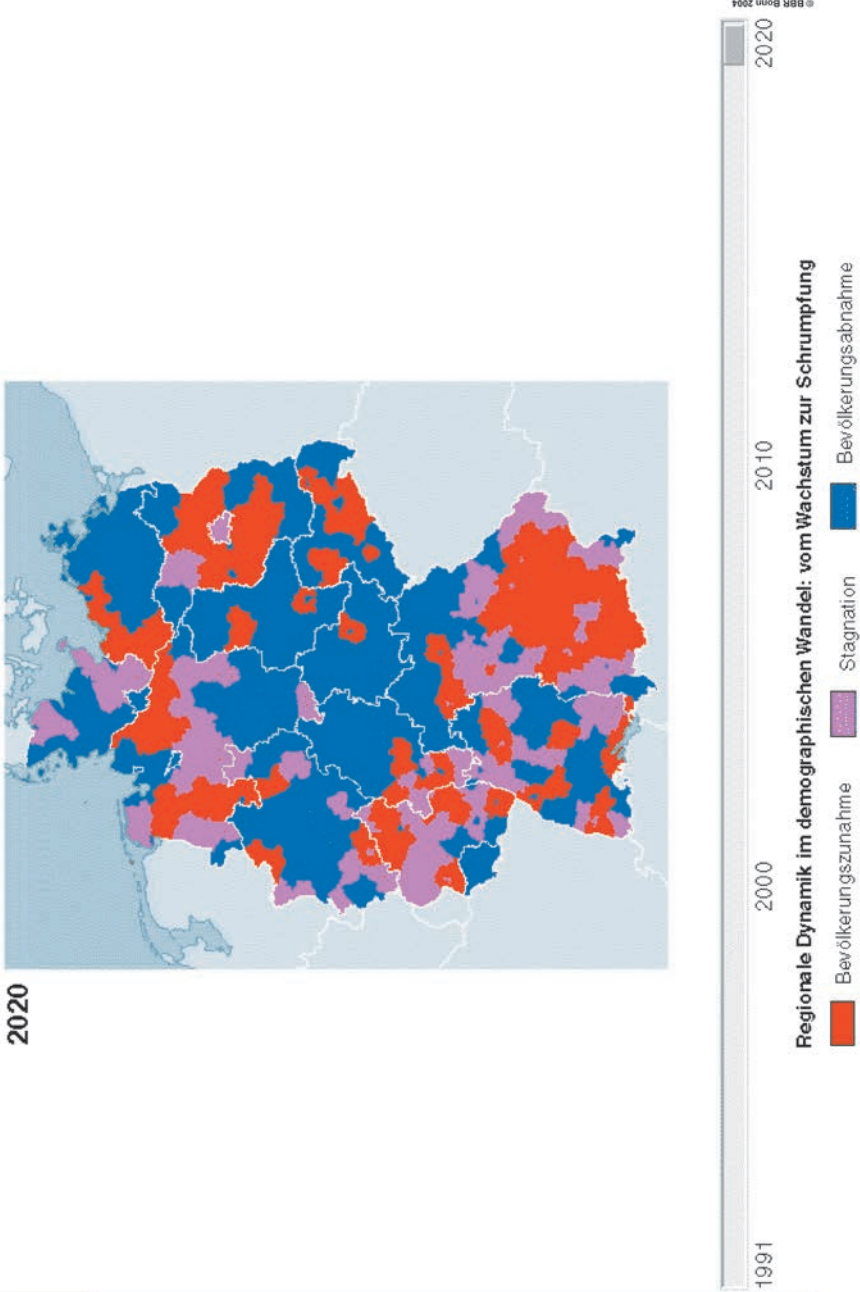
Demographischer Wandel im Raum - Schrumpfung

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nimmt bis 2020 leicht ab. Allerdings wird es nach wie vor Gebiete mit Bevölkerungswachstum geben.

- Schrumpfungsprozesse vollziehen sich sowohl in Ost als auch in West, jedoch mit unterschiedlicher Intensität.
- Entgegen der allgemeinen Schrumpfungstendenz existieren zumeist im Umland der Zentren Wachstumsinseln.
- Waren Bevölkerungsabnahmen in den 1990er Jahren zunächst ein ostdeutsches Phänomen, so wird in Zukunft ganz Deutschland betroffen sein.

© BBR Bonn 2004

Bevölkerungsentwicklung - Gewinne und Verluste





Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Demographischer Wandel im Raum - Alterung

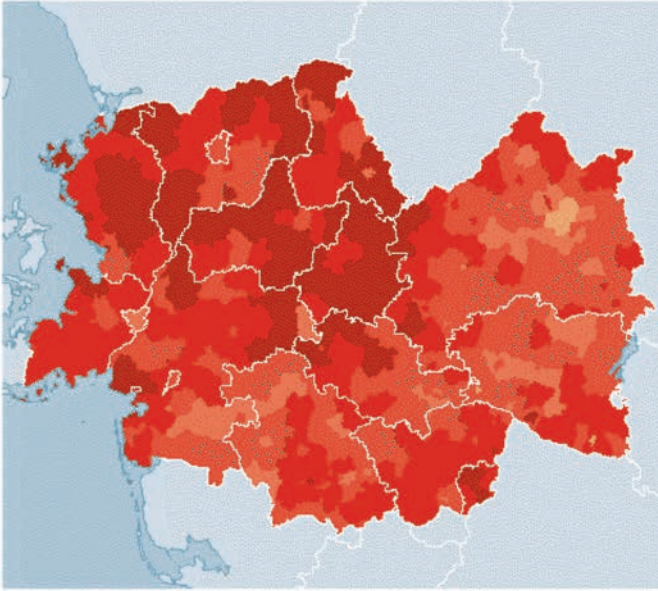
Die Alterung hat zwei Komponenten: Der Anteil der Älteren an der Bevölkerung nimmt bis 2020 zu, der Anteil der Jüngeren nimmt ab. Dieser Prozess wird über das Jahr 2020 hinaus fort dauern.

Über 60-Jährige: Die Zunahme der älteren Bevölkerung vollzieht sich in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen. Ländliche Räume altern jedoch stärker als Agglomerationen.

Unter 20-Jährige: Der Rückgang der jüngeren Bevölkerung verläuft im Osten schneller und hat bereits begonnen. Im Westen wird sich der Anteil der Jüngeren bis 2020 an das ostdeutsche Niveau angleichen.

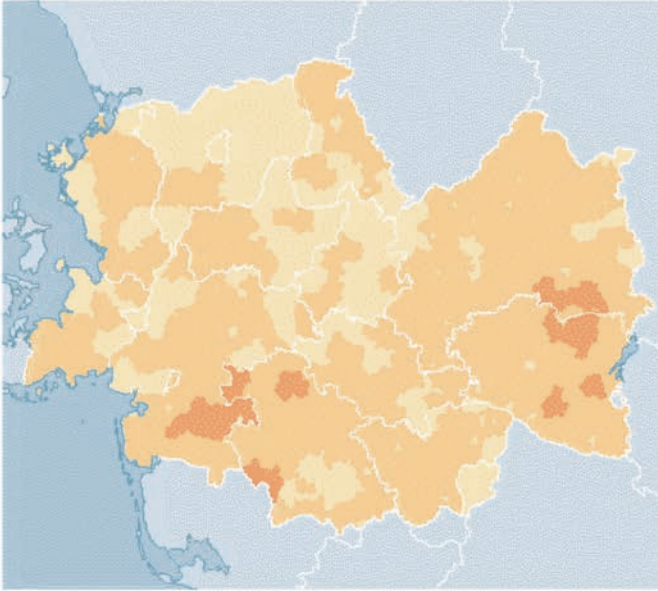
© BBR Bonn 2004

Über 60-Jährige



2020

Unter 20-Jährige



© BfR Bonn 2024
2020

2010

2000

1991

Anteile der Altersklasse an der Gesamtbevölkerung in %





Demographischer Wandel im Raum - Zuwanderung

Eine hohe Zuwanderung aus dem Ausland führt vor allem dort zu Integrationsaufgaben, wo die deutsche Bevölkerung bisher nur eine geringe Erfahrung im Zusammenleben mit Ausländern besitzt.

Andererseits stellen sich Integrationsaufgaben weiter dort, wo bereits viele Ausländer leben. Dieses gilt vor allem für Stadtregionen und dort besonders für die Kernstädte.

Demographischer Wandel im Raum - Zuwanderung - Integrationsbedarf

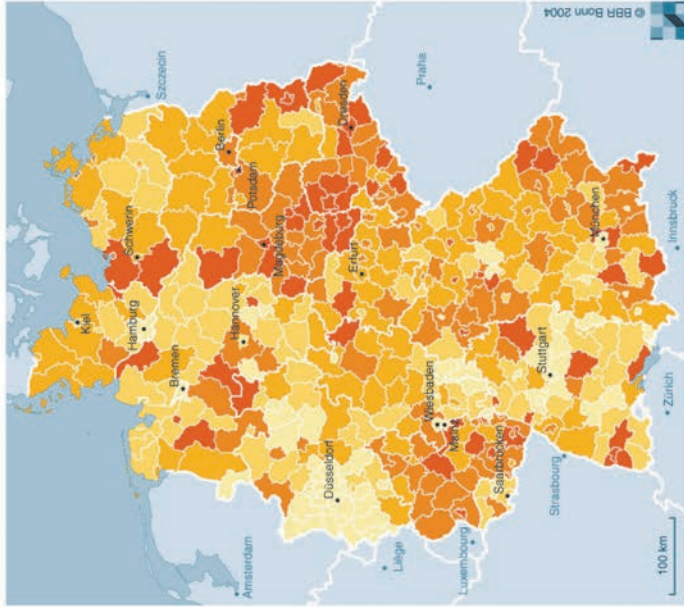


Bundesamt
für Raumwesen und
Ranordnung

Künftiger Integrationsbedarf,
abgeleitet aus der künftigen Zuwanderung und
dem bereits vorhandenen sozialen Netz

- niedrig
- mäßig
- erhöht
- hoch
- sehr hoch

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BfL,
BfL-Berichtsergebnisse 1999-2020/Krise
Krise, Stand 31. 12. 2000



© BfL Bonn 2004

Kapitel 1 - Herausforderung Demographischer Wandel: Demographische Trends

Magdeburg, 17./18.06.2004

Horst Zimmermann

Begrüßung und Eröffnung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Bundesminister,
und nicht zuletzt,
lieber Herr Präsident Mausbach!

Es freut mich, dass Sie so zahlreich zu unserer Tagung gekommen sind, die ja zugleich die Wissenschaftliche Plenarsitzung 2004 der Akademie für Raumforschung und Landesplanung bildet. Ein besonderer Gruß gilt zunächst dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg. Herr Dr. Trümper, wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihr Kommen und freuen uns darüber, dass wir in Ihrer schönen Stadt tagen und zu Gast sein dürfen. Mit Freude habe ich feststellen können, dass Sie auf dem Weg des tief greifenden und komplexen Strukturwandels dieser Stadt schon weit vorangeschritten sind. Sie haben sogar der Johannis-kirche kurz vor der Tagung noch den zweiten Turmhelm aufgesetzt; besonderer Dank hierfür!

Für den zukünftigen Strukturwandel wünschen wir Ihnen viel Erfolg, insbesondere im Hinblick auf den Aufbau einer modernen, flexiblen Struktur von Unternehmen, vor allem auch von Klein- und Mittelbetrieben. Schließlich danke ich Ihnen dafür, dass Sie nicht nur ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung richten, sondern darüber hinaus fachlich im Forum 2 „Großstadtregionen“ als Diskutant aktiv mitwirken.

Besonders begrüßen möchte ich nun den für Bau- und Verkehrswesen und zugleich für die Raumordnung zuständigen Minister des Landes Sachsen-Anhalt. Wir sind Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Daehre, zu besonderem Dank verpflichtet. Sie haben ein Grußwort übernommen und Sie laden uns heute Abend zu einem Empfang ein. Außerdem haben Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter uns tatkräftig bei der Vorbereitung der Veranstaltung unterstützt. Hier gilt ein besonderer Dank Herrn Ministerialrat Köhler.

Um den „bottom-up-approach“ der Begrüßungen würdig abzurunden, gilt ein weiterer herausgehobener Gruß dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Sehr geehrter Herr Dr. Stolpe, wir freuen uns ganz besonders darüber, dass Sie es bei Ihren zahlreichen dienstlichen Obliegenheiten einrichten konnten, an der Tagung teilzunehmen. Ihr Grundsatzvortrag wird, da bin ich sicher, eine wichtige Grundlage für die anschließenden Diskussionen in den Foren und dem Abschlusspodium sein.

Mein besonderer Gruß gilt auch den weiteren Grundsatzreferentinnen und -referenten, Herrn Professor Oberndörfer, Herrn Professor Gans und Frau Dr. Doehler-Behzadi. Auch Ihre Vorträge sind wichtige Grundlagen für die weiteren Tagungsabschnitte.

Schließlich danke ich den vielen an den Foren und dem Podium Mitwirkenden aus Wissenschaft und Praxis. Ohne Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung und ohne Ihre intensive Vorarbeit wäre die Tagung nicht zustande gekommen. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Moderatoren der beiden Foren, die Herren Professoren Monheim und Mäding, und des Podiums, Herr Dr. Afheldt. Eine tragende Rolle für die Tätigkeit der Foren und des Podiums spielen auch die Impulse von Frau Winkler-Kühlken und Herrn Professor Jessen.

Weiterhin richte ich einen herzlichen Gruß an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Ausland. Und natürlich begrüße ich sehr herzlich die Damen und Herren, die aus dem Inland angereist sind. Das kann von Passau und Konstanz ja auch eine lange Fahrt sein. Wir alle hoffen jetzt auf einen regen Austausch von innovativen Gedanken zu den Konsequenzen und zu den Forschungs- und Handlungsbedarfen, die sich aus dem demographischen Wandel für die räumliche Planung und Politik ergeben.

Diese Tagung ist nicht nur die Wissenschaftliche Plenarsitzung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, sondern auch die „Tagung zusammen mit dem BBR“. Eine gleich ausgerichtete Tagung hat zuletzt in Bonn stattgefunden und ist auf große Resonanz gestoßen. Wir haben hier immer eine gute Zusammenarbeit gepflegt, und deshalb habe ich Herrn Präsident Mausbauch auch nicht speziell begrüßt, weil wir ja gemeinsam Veranstalter sind.

Meine Damen und Herren, auf die Thematik dieser Tagung möchte ich hier nicht näher eingehen. Diese Einführung werden die nächsten Referate bieten.

Uns allen hier ist klar, dass der demographische Wandel, d.h. der langfristige Rückgang, die kontinuierliche Alterung und die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern einen umfassenden Handlungsbedarf auslöst. Deutschland, vor allem Ostdeutschland, ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Gerade unter dem Aspekt einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung ergibt sich hieraus ein umfassender, wenngleich regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastruktur.

Auffällig ist bei alledem, dass sich dieser demographische Wandel als schleichender Prozess schon seit Jahrzehnten vollzieht. Bereits seit Anfang der 1970er Jahre liegt die Fertilitätsrate in Deutschland unter dem Bestandserhaltungsniveau – und zwar beträchtlich: Die Einwohnerzahl schrumpft von Generation zu Generation um rund ein Drittel! Zum Glück gab es seither in fast allen Jahrzehnten Zuwanderung. Allerdings müssen diese Zuwanderer auch integriert werden, wie wir alle wissen. Und von nicht geringerer Tragweite sind die Konsequenzen der Alterung.

Die Akademie hat die Thematik, mit der wir uns heute und morgen beschäftigen werden, bereits Mitte der 1970er Jahre diskutiert, auch im Rahmen größerer, öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen (z. B. schon in der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1975 in Duisburg).¹ Damals waren auch mehrere Arbeitskreise tätig, etwa „Zur Bedeutung rückläufiger Einwohnerzahlen für die Planung“ oder zu den „Regionalen Aspekten der Bevölkerungsentwick-

¹ Siehe Forschungs- und Sitzungsberichte (FuS) der ARL, Bd. 108, Hannover 1976.

lung unter den Bedingungen des Geburtenrückgangs“.² Darüber hinaus sind verschiedene andere Publikationen entstanden.³

Leider war die „Beratungsresistenz“ gegenüber Vorschlägen zum Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung damals auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung stark ausgeprägt. Dies war zunächst durchaus zu verstehen, stand die Entwicklung der Städte und Regionen doch noch zu sehr im Zeichen des wirtschaftlichen und demographischen Wachstums sowie der städtischen Expansion und Suburbanisierung der 1960er Jahre. Darüber hinaus war das Denken in Szenarien eines zukünftigen soziodemographischen oder sozioökonomischen Wandels noch kaum entwickelt. Gleichwohl hatte der „demographische Zeitenwechsel“ längst begonnen.

Glücklicherweise wird dieser Zeitenwechsel mittlerweile nicht mehr tabuisiert. Vielmehr wird er, insbesondere in Ostdeutschland, zunehmend aber auch im Westen der Republik, breit und offen als gesellschaftliche Herausforderung akzeptiert und diskutiert. Hierin sehe ich zugleich eine Erklärung für die mit über 350 große Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dieser Veranstaltung – und dies, obwohl allein in Sachsen-Anhalt in diesem Jahr mehrere Kongresse und Veranstaltungen zum Thema „Demographischer Wandel“ durchgeführt werden.

Wegen der grundlegenden Bedeutung der komplexen und weittragenden Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung sowie die Raumpolitik hatte das Präsidium der Akademie um die Jahrtausendwende beschlossen, die Tätigkeit in diesem säkularen Themenfeld in innovativer Weise anzugehen, und zwar in einer koordinierten Verbundforschung. Zu diesem Zweck arbeiten mehrere Forschungsgremien arbeitsteilig an räumlich-demographischen Fragestellungen.⁴ Neben einem zentralen Arbeitskreis, dem Flaggschiff unter den Arbeitsgremien der Akademie, gehören hierzu dezentrale Forschungsaktivitäten von mittlerweile fünf Arbeitsgruppen verschiedener Landesarbeitsgemeinschaften der ARL.

Der von Herrn Professor Gans (auch Referent der Tagung) geleitete Arbeitskreis der ARL untersuchte die Auswirkungen des demographischen Wandels auf mehreren Feldern. Dazu gehören:

- das räumliche Standortverhalten der Unternehmen,
- die regionale Entwicklung der Arbeits- und Wohnungsmärkte,
- die soziale und kulturelle Infrastruktur,
- die Netzinfrastruktur (Verkehr, Ver- und Entsorgungssysteme),

² FuS der ARL, Bände 122 und 144, Hannover 1978 und 1983.

³ Beispielsweise von Karl Schwarz zum „Umfang des Geburtenrückgangs aus regionaler Sicht“ (FuS der ARL, Bd. 95, Hannover 1975, S. 99-124).

⁴ Siehe dazu auch das Arbeitsprogramm der Akademie 2003/2004.

- die Bereiche Freizeit und Erholung, Natur- und Landschaft sowie
- die öffentlichen Finanzen.

Die Ergebnisse wurden im Arbeitskreis im Rahmen regionaler Fallstudien vertieft. Eine weitere Aufgabe besteht darin, anhand der Forschungsergebnisse Empfehlungen für die Planung, Politik und Verwaltung zum Umgang mit den regionalen Auswirkungen, Herausforderungen und Handlungsbedarfen zu formulieren.

Der Tätigkeit des Arbeitskreises lagen zwei Grundlagenstudien zu den Einflussfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland zugrunde. Hierbei wurde bewusst zwischen demographischen und nicht demographischen, insbesondere ökonomischen und technologischen Einflussfaktoren auf die Raumentwicklung unterschieden. Die Ergebnisse der von Claus Schlömer (BBR) und Professor Martin T. W. Rosenfeld (IWH) vorgelegten Studien werden in Kürze von der Akademie veröffentlicht.⁵

Wegen der größeren Nähe ihrer Tätigkeiten zu den regionalen Konsequenzen und Problemen der demographischen Entwicklung spielen die Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) der Akademie im Rahmen des Verbundforschungsprojektes eine wichtige Rolle. Im Laufe der Zeit haben fünf LAG-Arbeitsgruppen Untersuchungen zu den räumlichen Effekten und planungsbezogenen Handlungserfordernissen der demographischen Entwicklung aufgenommen. Zwei haben ihre Arbeit bereits abgeschlossen:

- Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen. Bernhard Müller, Stefan Siedentop (Hrsg.). Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 303, Hannover 2003.
- Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg. Erika Spiegel (Hrsg.). Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 310, Hannover 2004.

Weitere Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind in der Pipeline, etwa von Arbeitsgruppen aus Nordrhein-Westfalen und Nordwestdeutschland. Unter dem Stichwort Arbeitsgruppe ist zusätzlich zu erwähnen, dass es eine gemeinsame Arbeitsgruppe „Umbau von Städten und Regionen“ der beiden ostdeutschen Landesarbeitsgemeinschaften gibt. In Anbetracht des in Ostdeutschland wesentlich größeren Problemdrucks durch starke und zugleich flächenhafte Schrumpfungsprozesse werden diese beiden Arbeitsgruppen versuchen, unter Berücksichtigung der Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung Konzepte zu entwickeln, anhand derer die regionalen Strukturen trotz rückläufiger Bevölkerung und stagnierender Wirtschaft im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung umgestaltet bzw. transformiert werden können. Im Allgemeinen bedeutet dies für die Räume in Ostdeutschland, mehr auf die Eigenentwicklung, die Bestandspflege und auf Synergien durch Vernetzung und Kooperationen in den Regionen zu setzen.

⁵ Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland. Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland. Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 312, hrsg. v. Martin T. W. Rosenfeld u. Claus Schlömer. Hannover 2004.

Wichtige Arbeitsfelder, die in diesen beiden Arbeitsgruppen anhand von regionalen und kommunalen Beispielen vertieft werden sollen, werden der Umgang mit den ökonomischen Folgen der Schrumpfung, die (Um-)Nutzung frei werdender Flächen, regionale Akteursnetzwerke und ein raumbezogenes Monitoring für Schrumpfungsprozesse sein.

Da sich die Folgen der Schrumpfungsprozesse in den verschiedenen Raumtypen unterschiedlich manifestieren, sind auch die Entwicklungskonzepte regional zu differenzieren. Von daher untersuchen die ostdeutschen Gruppen arbeitsteilig die jeweils für ihre Bereiche typischen Raumkategorien. Die Forschungsergebnisse werden untereinander abgestimmt und am Schluss zusammengeführt.

Unbedingt erwähnen möchte ich auch das Junge Forum der Akademie. Im letzten Jahr veranstaltete das Forum eine Tagung zu diesem Thema und die Ergebnisse sind bereits veröffentlicht.⁶

Als Fazit zum „literarischen Output“ der Akademie im Themenfeld des demographischen Wandels lässt sich feststellen, dass dieser Output bereits erheblich ist und in den nächsten Jahre noch deutlich steigen wird. Und weil es sich hier um die erwähnte Verbundforschung handelt, hat das Präsidium der Akademie beschlossen, die Publikationen mit den Ergebnissen dieser verschiedenen Aktivitäten unter dem gemeinsamen thematischen Dach „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“ zu veröffentlichen. Im Untertitel wird dann das jeweilige Teilvorhaben genannt. Außerdem enthält jeder Band eine Übersicht über die bereits vorliegenden anderen Arbeiten des gleichen Oberthemas.

Last not least: Weil die heute zu diskutierende Thematik von besonderer Bedeutung für die räumliche Planung und Politik sowie für alle die Raumentwicklung beeinflussenden Fachpolitiken ist, hat sich die Akademie entschlossen, zum zweiten Male einen Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten auszuschreiben. Die Resonanz war überwältigend. Wir erhoffen uns nach der Durchführung einiger Wettbewerbe und der Auswertung der Ergebnisse Anhaltspunkte für eine bessere Außenwirkung der Ergebnisse unserer komplexen raumwissenschaftlichen und raumentwicklungspolitischen Tätigkeit.

Nun wünsche ich der Veranstaltung einen guten Verlauf und hoffe auf ertragreiche Vorträge und Foren, ein weiterführendes Podium sowie auf interessante informelle Gespräche am Rande der Tagung. – Ich eröffne hiermit die diesjährige Wissenschaftliche Plenarveranstaltung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und zugleich die gemeinsame Tagung von Akademie und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

⁶ Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität. Arbeitsmaterial der ARL, Bd. 307, hrsg. v. Thorsten Wiechmann u. Oliver Fuchs. Hannover 2004.

Karl-Heinz Daehre

Begrüßung und Eröffnung

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Stolpe,
 sehr geehrter Herr Präsident Mausbach,
 sehr geehrter Herr Professor Zimmermann,
 sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

ich heiße Sie herzlich willkommen in Sachsen-Anhalt. Willkommen in der, wie man heute wohl marketing-korrekt sagen muss, „demographischen Kompetenzregion“.

„Demographischer Wandel im Raum“ – das von Ihnen im Tagungstitel benutzte Wort des Wandels ist für sich genommen ganz wertneutral. Denn ob die durch den Wandel verursachte Veränderung positiv oder negativ zu werten ist, bleibt hier offen.

Beim Thema demographischer Wandel hingegen ist die Diskussion und die öffentliche Berichterstattung über das bereits Eingetretene bzw. zukünftig Erwartete,

- den langfristigen Einwohnerrückgang,
- die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung,
- die Zukunftssicherung der Sozialsysteme und
- die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung

selten wertfrei.

Die Diskussion ist geeignet, Ängste zu wecken. Nun ist Angst bekanntlich ein schlechter Ratgeber. Und Wegschauen bzw. Schönrechnen ist keine erfolgreiche Methode, um real existierende Probleme einer Lösung näher zuzuführen.

Insoweit freue ich mich, dass sich die gemeinsam mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) durchgeführte Jahrestagung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) des Themas des demographischen Wandels annimmt und dabei die Frage gestellt wird: „Was tun wir?“.

Aus politischer Sicht ist diese Frage vielleicht etwas sehr zaghaft formuliert. Schwingen bei der Fragestellung Unterfragen mit? Können wir überhaupt etwas tun? Ist die Interpretation „Wir wissen nicht, was wir tun können, aber reden wir mal darüber“ richtig? Oder ist es die Frage nach der wissenschaftlich nüchternen Bestandsaufnahme, welche Maßnahmen umgesetzt werden?

Besonders freue ich mich natürlich, dass die Tagung in Sachsen-Anhalt stattfindet. Eine sachgerechte Entscheidung, denn in unserem Bundesland sind die Folgen des demographi-

schen Wandels schon jetzt in Ansätzen sichtbar. Denken Sie nur an die Problemstellungen, die wir im Programm „Stadtumbau“ zu lösen haben.

Während im Zeitraum 1990 bis 2015 nach den Prognosen die deutsche Gesamtbevölkerung noch um 3,4 % wachsen soll, soll sie in Sachsen-Anhalt um rd. 24 % abnehmen (bis 2020 eine Abnahme um weitere 150.000 Einwohner).

Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang ist damit stärker als in jedem anderen Bundesland. Europäisch gesehen hat die Mitte Deutschlands eine Problemstellung, wie sie ansonsten nur in den Randlagen Südeuropas anzutreffen ist. Welches sind die Gründe für diese Entwicklung in Sachsen-Anhalt? Zwei Drittel des Einwohnerverlustes sind durch Abwanderungen, ein Drittel durch die niedrige Geburtenrate verursacht.

Im Betrachtungszeitraum 1990 – 2015 wird nach der Prognose das Durchschnittsalter in Sachsen-Anhalt um 9,7 Jahre zunehmen.

Tab. 1: Demographische Kenndaten für Sachsen-Anhalt und Deutschland insgesamt

	Jahr	Sachsen-Anhalt	Deutschland
Bevölkerung	1990	2,9 Mio.	80,0 Mio.
	2002	2,5 Mio.	82,5 Mio.
	2015	2,2 Mio. (-24 %)	82,7 Mio. (+3,4 %)
Durchschnittsalter	1990	38,8 Jahre	40 Jahre*
	2002	43,0 Jahre	42 Jahre*
	2015	48,5 Jahre (+9,7 Jahre)	46 Jahre* (+6 Jahre)

* geschätzt

Auch das dritte Merkmal des demographischen Wandels, die Internationalisierung der Bevölkerung, unterscheidet sich erheblich vom Bundesdurchschnitt: In Sachsen-Anhalt beträgt der Anteil der ausländischen Bevölkerung 1,9 %, auf Bundesebene 8,4 %.

Aber, meine Damen und Herren, haben wir in unserer Geschichte nicht schon „ganz andere“ demographische Entwicklungen und Perspektiven gehabt? Sie waren allerdings weniger durch eine immer längere Lebenserwartung oder eine aufgrund gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und Prozesse sowie medizinischer Produkte generell sinkende Geburtenrate determiniert.

Tab. 2: Ausländeranteil in Sachsen-Anhalt und Deutschland insgesamt (%)

Jahr	Sachsen-Anhalt	Deutschland
1999	1,7	8,9
2002	1,9	8,4

Hungersnöte, Seuchen, Kriege, religiöse oder politische Verfolgung waren Leid bringende Verursacher von Vertreibung und Tod. Beispiele hierfür sind:

- die große Pest im 14. Jahrhundert; sie dezimierte innerhalb nur weniger Jahre die Bevölkerung um 50 %;
- der Dreißigjährige Krieg (1618-1848); Magdeburg z. B. wurde am 10. Mai 1631 dem Erdboden gleich gemacht und 70 % der Einwohner starben;
- die Opfer beider Weltkriege.

Weniger schrecklich, aber die Demographie ebenfalls stark beeinflussend, waren und sind arbeitsmarktorientierte Wanderungen z. B. aus dem landwirtschaftlich geprägten ostelbischen Preußen in die Kohle- (und entstehende) Industrieregion Ruhrgebiet oder aktuell die aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern generierte Ost-West-Wanderung.

Für die Zukunft möglicherweise in noch stärkerem Maße demographisch relevant sind (gesellschafts-)politische Einflüsse, Umwelt-/Klimafolgen, technische Folgen oder Folgen des weltweiten Terrorismus mit ihren Einflüssen auf Geburtenrate und Wanderung.

Das System Mensch-Natur-Technik hat sich jedoch in der Vergangenheit in ganz unterschiedlicher Art und Weise immer wieder neu justiert. Es hat mehr oder weniger stark dazu geführt, Kinder zu gebären; es hat Menschen in andere Regionen gelockt bzw. aus den Ursprungsregionen verdrängt. In Anlehnung an die Verkehrsterminologie – dies sei mir, da auch für den Verkehr zuständig, gestattet – könnte von „demographischen Push- und Pull-Faktoren“ gesprochen werden.

Wir Deutschen neigen bekanntlich recht gerne dazu, alles zu problematisieren und das Problematisierte dann zusätzlich noch so in seine Einzelteile zu zerlegen, dass selbst prinzipiell schnell umsetzbare Lösungen scheitern.

Um nicht missverstanden zu werden, ich will nicht einem „demographischen Darwinismus“, den „Selbsteilungskräften der Demographie“ oder der „rheinischen Grundlehre“ (et kütt wie et kütt) das Wort reden.

So hilfreich wie in einigen Feldern ein „Nichteingreifen“ bzw. ein sich „Ungestört-entwickeln-Lassen“ auch sein mag, die Politik kann sich ein solches Vorgehen beim Thema demographischer Wandel nicht zu eigen machen. Sie muss sich, über Wahlperioden hinwegdenkend, damit befassen.

Schließlich steht, ich darf es einmal auf den Punkt bringen, die Frage im Raum, wie man die Regionen weiterentwickelt, Schwerpunkte setzt, Prioritäten zugunsten anderer Regionen vorsieht. Mit anderen Worten: Warten wir auf bessere Zeiten oder setzen wir uns für den Fortbestand bevölkerungsärmerer Regionen aktiv ein?

Wir in Sachsen-Anhalt wollen etwas tun – zielgerichtet und zügig, aber auch ohne falsche Hektik oder lähmende Katastrophenstimmung zu verbreiten. Dazu gehört im ersten Schritt, sich der Sachlage – also der *Schrumpfung* oder *Verschlankung* von Städten und ganzen Regionen – klar zu werden.

Es dürfen nicht aus Gründen einer vermeintlich notwendigen Beschwichtigungsstrategie gegenüber den eigenen Bürgern oder aus Gründen möglicher negativer finanzieller Folgen die Augen verschlossen werden.

Die erste Forderung lautet also: Den bereits gegebenen (und prognostizierten) Tatsachen nüchtern ins Auge sehen. Das tun wir.

Die Landesregierung hat die „3. Regionalisierte Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt 2002 bis 2020“ mit den bereits erwähnten Prognosezahlen als Planungsgrundlage für alle Landesbehörden beschlossen. Es gibt keine die Probleme beschönigende Varian-

tenberechnung. Die Landesregierung hat ebenso beschlossen, die Bevölkerungsprognose spätestens nach drei Jahren fortzuschreiben.

Die zweite Forderung lautet: Es gilt zielführende, die Arbeit strukturierende Fragen zu formulieren. Das tun wir. Wir haben dies in der Landesregierung getan. Als wichtige Fragen stellen sich:

Was sind die wesentlichen direkten Auswirkungen bzw. die unmittelbaren Konsequenzen der prognostizierten demographischen Entwicklung?

Wie sollte die Landesregierung auf die demographische Entwicklung reagieren und welche Ansatzpunkte ergeben sich für „Gegenstrategien“?

Die dritte Forderung lautet: Konzeptionell, also strukturiert, abgestimmt, ressortübergreifend das Thema in seiner Vielschichtigkeit anpacken. Das tun wir. Unser Konzept erhebt nicht den Anspruch, eine fertige Antwort auf die gegebene Problemlage zu liefern.

Es ist auch nicht der Ausdruck von Selbstüberschätzung, dass eine Landesregierung die individuelle Entscheidung dafür, ein Kind zu gebären, derart beeinflussen oder die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen so erhöhen kann, dass Geburtenraten und Wanderungssalden „mal so eben“ umgesteuert werden. Es zeigt aber auf, dass in der Summe vieler Bemühungen von Staat und Gesellschaft die Folgen des demographischen Wandels tragfähig gestaltbar sind.

Die Landesregierung hat reaktive (Anpassungsstrategien) und strategische Handlungsfelder (Aktive Politik) erarbeitet:

- So wollen wir uns z. B. mit dem Stadtumbau Ost auf die Veränderungen einstellen: Abriss von Wohngebäuden, die nicht mehr nachgefragt werden und zudem eine finanzielle und städtebauliche Belastung darstellen.
- Die zusammen mit dem Bauhaus Dessau gestartete IBA Stadtumbau soll das Signal geben, dass wir unsere Städte zukunfts- und damit auch lebensfähig gestalten wollen.
- Wir wollen die „Zukunftschancen junger Frauen und Familien in Sachsen-Anhalt“ positiv gestalten und haben speziell dazu eine Studie in Auftrag gegeben, um praktische Handlungsmöglichkeiten an die Hand zu bekommen.
- Wir überprüfen derzeit ressortübergreifend die Förderlandschaft, um sie noch zielgenauer auf die Problematik auszurichten.

Wir müssen aber auch ein Tabu aufbrechen. Zu den Schicksalsfragen einer Nation gehört sicher auch die Frage nach der Bevölkerung.

In Frankreich soll jeder Taxifahrer Kenntnis über die durchschnittliche Geburtenzahl haben. „Kinder haben die Leute immer“ hat Konrad Adenauer zur Frage nach einer Bevölkerungspolitik gesagt. Diese Feststellung kann heute so nicht mehr gelten.

Der „demographische Wandel“ ist aber auch kein unveränderbares Naturgesetz. Er ist auch Ergebnis zahlreicher Gesetze im Sozial-, Familien- oder Steuerrecht.

In einem vereinten Europa ist der Blick über Deutschland hinaus zu einer Notwendigkeit geworden. Deutschland ist mit seinen europäischen Partnern eng verflochten.

Da der „demographische Wandel“ bei näherer Betrachtung kein allein deutsches Problem ist, werden die Folgen letztlich auch im größeren Kontext „Europas“ gelöst werden müssen. Ich möchte hier aber nicht missverstanden werden: Unsere Schulaufgaben müssen wir dennoch allein lösen. Die heutige Veranstaltung ist in diesem Sinne ein erster Schritt.

Ich wünsche der Veranstaltung einen guten und erfolgreichen Verlauf.

Lutz Trümper

Begrüßung und Eröffnung

„Die Kirchen schließen den Menschen in den einfachen großen Formen zusammen und in ihren hohen Gewölben kann der Geist sich doch wieder ausbreiten und aufsteigen...“

Mit diesem Goethe-Wort möchte ich Sie sehr herzlich in Magdeburg begrüßen und Sie auf den besonderen Tagungsort hier in der Kirche St. Johannis aufmerksam machen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Stolpe,
sehr geehrter Herr Landesminister Dr. Daehre,
sehr geehrter Herr Professor Zimmermann,
sehr geehrter Herr Präsident Mausbach,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Johanniskirche ist ein ganz besonderer Raum in Magdeburg. Als die älteste Rats- und Kaufmannskirche in Deutschland steht sie als Symbol für den Aufstieg, das Schicksal, aber auch den Überlebenswillen dieser Stadt. Über 1000 Jahre zählt die Kirchengeschichte an diesem Ort und erst 1999 konnte sie nach ihrer fünften Zerstörung im Jahr 1945 wieder eingeweiht werden.

Als Stadthaus haben wir hier der Kultur und Kommunikation, der Geschichte und Gegenwart, den Magdeburgern und ihren Gästen einen Raum zur Begegnung geschaffen. Und es ist auch immer ein wenig ein Zeichen der Ehrung, wenn man hier zu Gast ist. In diesem Raum haben gerade in letzter Zeit zu den wichtigen gesellschaftspolitischen Themen Tagungen und Kongresse stattgefunden: zu Fragen von Stadtidentität, Beschäftigungspolitik oder Stadtgestaltung.

Eine Stadt, meine Damen und Herren, hat sehr viele Räume, die sie gestalten und in ein sinnvolles Miteinander bringen muss. Wirtschaftsraum, Wohnraum, Handelsraum, Verkehrsraum, Kulturraum und sozialer Raum sind dabei die bedeutendsten Elemente für das städtische Mikroklima. Selbst in Zeiten guter wirtschaftlicher Konjunkturen und politischer Stabilität ist es nicht leicht, diese Räume in ausgleichende Harmonie zu bringen.

In Zeiten von Krisen brechen Räume zuweilen weg, dürfen jedoch nie aufgegeben werden. In Umbruchzeiten allerdings haben sich die Kräfte in der Stadt immer positiv auf die Veränderung und Neubestimmung städtischer Räume ausgewirkt.

Magdeburg blickt im kommenden Jahr auf eine 1200-jährige Stadtgeschichte zurück. Es war kein geringerer als Karl der Große, der die „Magadoburg“ als Handelsraum im Diederhoffer Kapitular festschreiben ließ.

Demographische Prozesse, Bevölkerungsentwicklungen – von großen Dezimierungen bis zum sprunghaften Anwachsen in historisch kurzen Zeitabständen – haben Magdeburg dabei begleitet. Nicht selten sorgten sie für eben diese Umbrüche in der Stadtgeschichte, die wir heute für die Entwicklung der Stadt als elementar bezeichnen und erforschen. Dabei können wir auch politische Begleitung als Vorteil für die Stadt konstatieren.

Bereits mit der eigentlichen Stadtgründung durch Otto I. – Sachsenkönig und erster römisch-deutscher Kaiser von 936 bis 973 – haben wir eine solche Entwicklungsetappe vor uns. Otto begründete das erste Kloster und erhebt Magdeburg 968 zum Erzbistum.

Eine große Zuwanderung klösterlicher Orden und Bruderschaften beflügelt die Entwicklung des Marktwesens in Magdeburg – politisch begleitet durch das Markt-, Münz- und Zollprivileg des Kaisers oder die Stadtrechtsverleihung durch den Erzbischof Wichmann 1188. Otto I. blieb mit Magdeburg unsterblich verbunden. Im Dom St. Mauritius und Katharina, nur wenige Schritte von hier, liegt er begraben.

Es waren die Magdeburger Erzbischöfe, welche die Zuwanderungen sowie den Bau von Kirchen und Klöstern und das Schulwesen beförderten und Magdeburg damit den mittelalterlichen Aufstieg ebneten.

Mit der vollständigen Zerstörung der Stadt Magdeburg am 10. Mai 1631 ging ein enormer Bevölkerungsverlust einher. Dennoch – in die Asche der verbrannten Mauern zeichneten die Magdeburger die Wiederaufbaupläne.

Einer von ihnen war der Erfinder, Kosmopolit, Universaldenker und Bürgermeister Magdeburgs Otto von Guericke. Er hat übrigens hier in der Johanniskirche eine würdige Gedenkstätte und vis-à-vis werden Sie sicher heute oder morgen des Öfteren an seinem Denkmal vor dem Neuen Rathaus vorbeikommen.

Das preußische Religionsedikt führte zu Beginn des 18. Jahrhunderts zu einer bevölkerungspolitisch äußerst interessanten Stadtlage. Ab 1680 nimmt nachweislich das gesellschaftliche und soziale Leben einen neuen Aufschwung, ganz wesentlich geprägt durch die Neubürger.

Zu Beginn der Einwanderungswelle machten die Hugenotten fast 50 % der Magdeburger Bevölkerung aus. Um 1720 verfügen die Einwanderer über ein Viertel des Magdeburger Hausbesitzes. Und da gibt es tatsächlich Menschen, die heute bei einem Anteil von knapp 2 % ausländischen Mitbürgern in unserer Stadt von Integrationsproblemen sprechen.

Eine unglaubliche Integrationsleistung geschah zur damaligen Zeit. Die Hugenotten gliedern nicht nur den enormen Bevölkerungsverlust durch den Dreißigjährigen Krieg aus, sondern bereicherten die Stadt wirtschaftlich und kulturell. Preußische Wirtschaftsgesetze beförderten diese Entwicklung. Etwa 75 % der Gründer des industriellen 19. Jahrhunderts waren Nachfahren der Einwanderer.

Die stärkste preußische Festung Magdeburg erlebte die Sprengung des Festungsgürtels nicht durch militärische Aktionen, sondern Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts durch ein enormes Bevölkerungswachstum. Hier beförderten die kommunale Selbstverwaltung und die Stärkung des Gemeinwesens durch ein selbstbewußtes Bürgertum die Magdeburger Stadtentwicklung.

Zur aktuellen Lage kann ich Ihnen für Magdeburgs Wanderungsbewegungen sagen:

Zum ersten Mal seit 1990 sind im Jahr 2003 mehr Menschen nach Magdeburg gezogen, als die Stadt verlassen haben. Der Bevölkerungsverlust war im Vorjahr so niedrig wie noch nie seit der Wende. Dies ist ein Zeichen für die steigende Lebensqualität in unserer Stadt und hieraus lassen sich durchaus Prämissen für die vor uns stehende Umgestaltung der Stadt ableiten.

Das heißt, dass wir den eingeschlagenen Weg – die Lebensqualität und die Wirtschaftskraft Magdeburgs zu steigern – fortsetzen müssen, wenn wir den Bevölkerungsrückgang endgültig stoppen wollen.

Also nicht nur soziologisch, wirtschaftspolitisch oder baulich ist die neue demographische Entwicklung eine Herausforderung. Ich habe es zur Begrüßung einfach einmal historisch betrachtet, gerade weil die Geschichte Magdeburgs exemplarische Beispiele dafür zu bieten hat.

Das Schrumpfen und die starke Alterung der Bevölkerung in einer funktionierenden und ausgebauten Stadt ist ein historisch bisher einmaliger Prozess. Neben der politischen Begleitung und der wissenschaftlichen Beobachtung müssen vor allem die positiven Möglichkeiten formuliert werden, die ein solcher Prozess mit sich bringt.

Sind also „südsandinavische Bevölkerungsdichten“ per se schlecht?

Wenn der scheidende Bundespräsident Johannes Rau sagte:

„Wer über die Lage der Städte spricht, der spricht über die Lage unseres Landes. Am Zustand der Städte läßt sich ablesen, wie es dem ganzen Land geht, und die meisten Herausforderungen, vor denen wir insgesamt stehen, müssen vor allem in den Städten gemeistert werden“,

dann kann ich ihm nur zustimmen und ergänzen, dass die Städte dabei nicht allein gelassen werden dürfen.

Es ist schön, dass die Tagung zu Fragen des demographischen Wandels in die Stadt gekommen ist. Ich freue mich, dass Sie in unsere Stadt gekommen sind.

Herzlich willkommen in Magdeburg.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt und viele Impulse von der Tagung für Handlungsräume der Städte.

Manfred Stolpe

Infrastruktur und Demographie – Herausforderung für Deutschland

Rückgang und Alterung der Bevölkerung

Rückgang und Altern der Bevölkerung sind eine der größten Herausforderungen, vor die wir in Deutschland gestellt sind. Deshalb ist der demographische Wandel zu Recht in aller Munde. Ich danke der Akademie für Raumforschung und Landesplanung sowie dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, dass sie diese Herausforderung aufgreifen.

Wir dürfen nicht vergessen:

- Die Bevölkerungsentwicklung in Europa spiegelt wertvolle Errungenschaften unserer Gesellschaft.
- Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Menschen lag in Deutschland um 1900 noch unter 50 Jahren. Im Jahr 2000 waren es schon beinahe 80 Jahre. Dieses Älterwerden geht einher mit zunehmender Leistungskraft und Lebensqualität.
- Das ist sozialer Fortschritt. Es ist ein Gewinn an Menschlichkeit. Es zeigt, was wir in der Medizin, aber auch bei der Humanisierung der Arbeitswelt erreicht haben.
- Der industriekapitalistische Raubbau am Menschen wurde beendet. Ein Jahrhundert engagierter Sozialpolitik hat dazu beigetragen, dass die Deutschen länger und besser leben und dass Alter nicht mehr Armut und Ausgrenzung heißt.

Ich sage das, um klar zu machen, dass der demographische Wandel voller Chancen ist. Die Chance eines besseren Zusammenlebens lässt sich auch an der Bevölkerungsdichte zeigen. Mit mehr als 230 Menschen pro Quadratkilometer zählt Deutschland zu den am dichtesten besiedelten Ländern Europas. Dass es auch mit weniger geht, zeigen Frankreich oder die skandinavischen Länder.

Der Rückgang des Siedlungsdrucks kann ein sozialer und ökologischer Gewinn sein. Die Flächenversiegelung, der Landschaftsverbrauch kann begrenzt werden. Wir können unverbrauchten Naturraum erhalten, der auch Entfaltungs- und Erholungsraum für den Menschen ist. Das können nicht alle Länder unseres Planeten von sich sagen. Das entspanntere Zusammenleben ist doch eigentlich eine beneidenswerte Möglichkeit.

Die Industriegebiete in Ostdeutschland machen einen Gestaltwandel durch. Es muss kein Wandel zum Schlechteren sein. Die geschundenen Bergbaureviere – denken Sie an das Ronneburger Land mit der Wismut oder an die Lausitz – werden wieder grün. Seenlandschaften entstehen, wo der Tagebau war. Der industrielle Rückbau ist als *Umbau und Neugestaltung* ein Prozess der Gesundung.

Umbau ist das Schlüsselwort. Im Umbau Deutschlands zu mehr Qualität sehe ich unsere Zukunft. Wir können damit eine neue Art der sozialen und wirtschaftlichen Stärke erreichen.

In vielen Feldern müssen wir uns von der Vorstellung einer flächendeckenden Ausdehnung und Expansion verabschieden. Das betrifft ja auch die Raumordnung, die in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs einen neuen Denkhorizont einüben und ganz neue Vokabeln lernen muss. Ich möchte Sie ermutigen, diesen Weg mit Mut und Fantasie fortzusetzen.

Der demographische Wandel ist eine Aufgabe der Politik, eine Herausforderung, die wir jetzt annehmen müssen, und ein Gestaltungsauftrag, die gesellschaftlichen Chancen zu erkennen. Wir müssen dabei allerdings erhebliche Hürden überwinden. Es gibt handfeste Probleme. Und dabei geht es beileibe nicht nur um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, des Gesundheitswesens, der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung.

Es geht ganz wesentlich auch um die Städte und Gemeinden, um die Mobilität und um die Frage, wie wir unsere öffentliche Infrastruktur an den Wandel anpassen. Und das in Zeiten sehr enger haushaltspolitischer Spielräume des Bundes und der Länder, in Zeiten von Kommunal финанzen, die teilweise schon akut aus dem Gleichgewicht geraten sind.

Diese Herausforderung betrifft auch die Bundesregierung. Sie betrifft die Rahmenbedingungen der Verkehrs-, Bau- und Wohnungspolitik ebenso wie die Zukunft Ostdeutschlands.

Denn in den neuen Ländern, auch hier in Magdeburg, weiß jeder, wovon die Rede ist. Was anderen Regionen Deutschlands noch bevorsteht, erleben Sie hier schon seit Jahren. Die Jungen ziehen fort, die Zahl der Geburten ist gering, der Anteil der Ruheständler wächst, das gesamte soziale und kulturelle Umfeld ändert sich. Magdeburg hat zwischen 1990 und 2002 rd. 50.000 Einwohner verloren, ganz Sachsen-Anhalt knapp 330.000.

Was die Trends der Bevölkerungsentwicklung bis 2020 und sogar bis 2050 angeht, geben uns die Prognosen – so auch die unseres Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung – einen relativ gesicherten Ausblick.

Die rein quantitative Problembeschreibung sollten wir jetzt hinter uns lassen. Wir müssen uns vielmehr auf die Folgen konzentrieren. Wir müssen den Wandel erkennen und akzeptieren und vor diesem Hintergrund gemeinsam mit allen Akteuren nach neuen, konstruktiven, zukunftsorientierten, innovativen und tragfähigen Lösungen suchen.

Umbau der Städte und Regionen

Stadtumbau Ost und West sind notwendige Programme zur Anpassung und Qualitätssicherung in den Städten. Der 2. Nationale Städtebaukongress hat sich im Mai in Bonn intensiv mit der Situation und den Perspektiven der Stadtentwicklung auseinandergesetzt.

Das kann nur ein Anfang sein. Gefordert sind Raumordnung, Verkehrs- und Baupolitik in ihrer ganzen Breite und – das ist wichtig – in ihrer Wechselwirkung. Gefragt sind Modelle, praktische Erfahrungen und gute Konzepte, die wir politisch aufgreifen und unterstützen können.

Man kann das gar nicht stark genug betonen. Alle politischen und gesellschaftlichen Akteure und Institutionen sind aufgerufen, ihre Positionen zu überprüfen und zu überdenken,

damit wir zu neuen Handlungsansätzen kommen. Ich möchte hier einige dieser Ansätze nennen und zur Diskussion stellen und bitte dabei um Ihre kritische Aufmerksamkeit.

Wir müssen die bisherigen raumordnerischen Leitbilder, Strategien und Ziele ergebnisoffen und ohne Tabus prüfen. Die im Zeichen von Wachstumsannahmen entwickelte Raumordnungspolitik bedarf der Anpassung an den neuen Gegensatz von wachsenden Ballungsräumen und schrumpfenden Regionen.

Der Blick auf unsere Nachbarn und auf Europa als Ganzes muss dabei ebenso selbstverständlich werden wie der Blick auf die Unterschiede in den Bundesländern. Wir brauchen die Zusammenarbeit mehr denn je. Lassen Sie uns also die Foren, die wir dafür haben, zum Beispiel die Konferenz der Raumordnungsminister, verstärkt nutzen.

Wir haben einige harte Nüsse zu knacken: Vor allem müssen wir eine gute und bezahlbare regionale und überregionale Infrastruktur unter den Bedingungen einer zurückgehenden und alternden Bevölkerung sichern.

Bund und Länder sind sich einig, dass das System der Zentralen Orte nach wie vor das Grundgerüst zur Bewältigung von regionalen Anpassungsprozessen darstellt. Es ist der am besten geeignete Ansatzpunkt zur räumlichen Bündelung von Einrichtungen und Dienstleistungen. Das steigert die Effizienz und trägt zur Kosteneinsparung bei.

Die Zahl der Zentren und ihre Klassifizierung muss aber der Bevölkerungsentwicklung entsprechen. Auch die Ausstattungs- und Funktionsmerkmale Zentraler Orte müssen an die regionalen Einwohnerpotenziale angepasst werden. Eine wirtschaftliche Auslastung zentraler Dienstleistungen und Güter ist zu gewährleisten. Möglicherweise müssen wir auch über räumlich differenzierte Mindeststandards nachdenken.

Das Leben in den Regionen wird sich ändern, aber die Lebensqualität soll auf möglichst hohem Niveau erhalten bleiben. Dabei ist darauf zu achten, dass die „Schrumpfungsprozesse“ regional durchaus unterschiedlich verlaufen.

Einheitslösungen wird es kaum geben. Die Regionen brauchen vielmehr Anpassungsstrategien, die für ihre jeweiligen Risiken, Chancen und Potenziale maßgeschneidert sind. Diese Position haben im letzten Herbst die Raumordnungsminister von Bund und Ländern unter meinem Vorsitz in einer gemeinsamen EntschlieÙung bekräftigt.

Einen goldenen Weg der Anpassung gibt es nicht. Der Anpassungsprozess – das ist wesentlich – darf sich aber nicht nur auf die Reduzierung des Angebots beschränken.

Wir müssen zu neuen Angebotsformen und effizienteren Organisationsstrukturen kommen. Regionale Anpassungsstrategien können am ehesten gelingen, wenn alle, die es angeht, voneinander wissen, miteinander reden und in enger Abstimmung planen.

Solche kooperativen Planungen und Handlungsweisen müssen zur Norm werden. Ich weiß: Das ist leichter gesagt als getan. Doch ich habe großes Vertrauen in die Menschen, die vor Ort in der Verantwortung stehen.

In den Regionen leben die Menschen, die sich mit dem Schicksal ihrer Heimat am meisten identifizieren. Hier ist das Engagement sehr groß. Dafür gibt es Hunderte von Beispielen auch in Magdeburg, und jedes einzelne Beispiel ist eine Lehre, was der persönliche Einsatz

motivierter Leute bewirken kann. Diese Lokalpatrioten mobilisieren viel Fantasie. Regionale Entwicklungsperspektiven werden dadurch erkannt und benannt. Die Betroffenen finden zueinander, Handlungsbündnisse werden geschmiedet.

Wir haben deshalb ausgewählte Regionen in Ostdeutschland mit einem Modellprojekt unterstützt, um Anpassungsstrategien für ländlich periphere Räume mit Bevölkerungsrückgang zu entwickeln. Dabei wurden unterschiedliche Strategien in den drei Modellregionen Lausitz-Spreewald, Mecklenburgische Seenplatte und Ostthüringen erprobt.

Die Aufgabe ist kompliziert. Wir sind erst am Anfang. Erste Überlegungen und Ergebnisse aber gibt es. Für mich war daher die Abschlussveranstaltung Mitte Mai 2004 in Cottbus ein wichtiger Schritt.

Wir werden auf der Grundlage dieser und anderer Empfehlungen Anpassungen des rechtlichen Rahmens prüfen. Dabei geht es um Regelungen, die Infrastruktur und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs betreffen. Es geht aber auch um ordnungsrechtliche Fragen etwa des Personenbeförderungsgesetzes.

Und es geht in vielen Feldern um den Abbau unnötiger Bürokratie, wie wir es mit der Novelle des Baugesetzbuches getan haben. Es geht um mehr Flexibilität und um eine Verwaltungskultur, die es ermöglicht, unkonventionelle Ideen auszuprobieren. Wir brauchen Erfahrungen in der Praxis. Machen wir diese innovativen Versuche also auch rechtlich möglich.

Ich bin sicher, wir können da Wege öffnen. Mein Ministerium steht Vorschlägen offen und dialogbereit gegenüber.

Verkehrspolitik

In der Verkehrspolitik schließen wir jetzt, was das demographische Bewusstsein angeht, zur Raumordnung und zum Städtebau auf.

Die mit weitem Abstand meisten Wege legen wir alle ja über kurze und regionale Distanzen zurück. Deshalb hat der Personenverkehr in den Regionen großes Gewicht, und gerade er wird am meisten vom Bevölkerungswandel beeinflusst.

Beim Öffentlichen Personennahverkehr, beim regionalen Schienenverkehr müssen wir besonders dort, wo künftig weniger Menschen leben, arbeiten, einkaufen, auf den Kostendeckungsgrad des Verkehrsangebots achten.

Straßenbahnen und Busse werden teurer, wenn weniger Fahrgäste sie nutzen. Das lässt sich nur sehr begrenzt über Ticketpreise auffangen. Die Angebote müssen also der Nachfrage entgegenkommen. Aber auch hier gilt: Mit schlichtem Abbau von Angeboten ist es nicht getan. Der Umbau muss auch hier im Vordergrund stehen. Neue Angebotsformen sind nötig.

Ich möchte hier einmal einen Leitspruch verwenden, der im Rahmen eines Bauherrenwettbewerbs geprägt wurde: „Hohe Qualität, tragbare Kosten!“ Nach diesem Motto müssen wir handeln.

Aufmerksamkeit verdient aber auch der Fernverkehr, und zwar der Personen- wie der Güterfernverkehr, für dessen Infrastruktur der Bund direkte Verantwortung trägt.

Wir gehen davon aus, dass diese Verkehrsströme weiter wachsen. Vor allem auch der grenzüberschreitende, internationale Verkehr wird zunehmen. Wir sehen das am Beispiel der EU-Osterweiterung sehr deutlich. Das Wachstum der mittelosteuropäischen Wirtschaft wird sich fortsetzen. Die Integration unserer östlichen Nachbarn in den europäischen Wirtschaftsraum kommt voran. Dies alles ist mit Verkehr verbunden, auf den wir uns einstellen müssen.

Der Ausbau der für den grenzüberschreitenden Verkehr wichtigen Bundesverkehrswege schreitet sichtbar voran. Die Investitionsprogramme des Bundes ermöglichen in den Grenzregionen Verkehrsprojekte mit einem Volumen von rd. 2,5 Mrd. Euro. Darin enthalten sind auch die Kofinanzierungsanteile für Projekte des Transeuropäischen Verkehrsnetzes.

Die internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft wird im Zuge des demographischen Wandels immer wichtiger. Wir sind stark im Export.

Auch die neuen Bundesländer steigern ihre Exportquote und haben einen zunehmenden Anteil an der außenwirtschaftlichen Wertschöpfung. Das ist ein ganz wesentlicher Entwicklungsfaktor für die Zukunft Ostdeutschlands. Wir müssen unsere Produkte und Dienstleistungen in die Welt schicken, um Arbeit und Erwerb zu Hause zu sichern. Und das müssen leistungsfähige Verkehrswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft auch zukünftig ermöglichen.

Ausblick

Der Bund nimmt seine Verantwortung für die weitere Entwicklung der Regionen wahr. Ich bin ganz sicher, dass wir mit einer langfristig angelegten Reformpolitik erfolgreich sein werden.

Vielleicht werden spätere Generationen einmal davon sprechen, dass Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter erheblichen Geburtsschmerzen zu einem neuen Gesellschaftsmodell gefunden hat.

Ein Modell nachhaltigen Wirtschaftens mit Hilfe von Zukunftstechnologien und internationaler Zusammenarbeit. Teil dieses Modells, das wir heute konzipieren und in Gang setzen, ist der regional unterschiedliche Rückgang unserer Bevölkerung. Wir werden uns darauf einstellen, die Risiken gemeinsam tragen und die Chancen gemeinsam nutzen. Bund, Länder, Regionen und Kommunen haben alle ihren unverzichtbaren Anteil und keiner kann den Part des anderen einfach an sich reißen. Die Zusammenarbeit ist in diesem Fall schon ein Teil der Lösung.

Die Herausforderung haben wir erkannt. Die Arbeiten an neuen Ansätzen zum Umgang mit dem demographischen Wandel und seinen vielschichtigen Folgen haben begonnen. Diese Tagung reiht sich ein in die politische Prioritätendiskussion.

Die Aufgabe, die Qualität der Infrastruktur, die Mobilität und die Lebensqualität unserer Städte zu sichern, hat einen hohen Stellenwert.

Zum Schluss einen herzlichen Dank an die Organisatoren dieser Tagung. Ich wünsche der Veranstaltung anregende Diskussionen und Erkenntnisse.

Konsequenzen der demographischen Entwicklung für das politische System Deutschlands¹

Gliederung

- 1 Das Gastarbeitermodell
- 2 Was heißt Integration, was sind die Voraussetzungen der Akzeptanz.
Die Integrationsdebatte

Die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert. Noch in den sechziger Jahren hatte Deutschland Geburtenüberschüsse. Danach wurden Jahr für Jahr viel zu wenig Kinder geboren, um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten. Für diesen Bestand wäre eine statistische Geburtenzahl, eine Fertilität von 2.1 Kindern pro Frau notwendig gewesen. In Deutschland schwankte sie jedoch seit Jahrzehnten zwischen Werten von 1.35 und 1.45. Es wurde jeweils rund ein Drittel der Kinder nicht geboren, die für den Bestand des jeweiligen Jahrgangs notwendig gewesen wären.

Da die Zahl der Geburten nicht nur von der Zahl der Geburten pro Frau, sondern ebenso von der Zahl gebärfähiger Frauen abhängt, haben sich dadurch die Geburtendefizite kontinuierlich verstärkt. Nach Vorausberechnungen vom Jahr 1999 wird sich daher die Zahl der Deutschen bis 2050 ohne Zuwanderung von derzeit 82 auf 58 Millionen, also um 24 Millionen verringern und das Durchschnittsalter bei 50 Jahren liegen. Wegen der Anhebung der durchschnittlichen Lebenserwartung um mehrere Jahre, die wohl auch in Zukunft noch weiter steigen wird, hat sich in den Vorausberechnungen die Verringerung der Bevölkerung bis 2050 zwar verlangsamt, zugleich aber die Alterung zugenommen. Es ist möglich, dass bei der von Demographen prognostizierten weiteren starken Anhebung der Lebenserwartung der Anteil der über Siebzigjährigen an der Bevölkerung Deutschlands bis 2050 auf über 35 % zunehmen wird.

¹ Vgl. D. Oberndörfer: *Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik*. Freiburg, Basel, Wien 1993, ²1994 (=Herder Spektrum 4279), 141 S.; ders.: *Politik für eine offene Republik. Die ideologischen, politischen und sozialen Herausforderungen einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft*. In: Klaus J. Bade (Hrsg.): *Manifest der Sechzig. Deutschland und die Einwanderung*. München 1993, S. 133-147; ders.: *Integration or Separation. On the Way to the post-national Republic*. In: Theodor Hanf (Hrsg.): *Dealing with Difference, Religion, Ethnicity and Politics*. Baden-Baden (Nomos), 1999, S. 409-443; ders.: *Deutschland ein Mythos? Von der nationalen zur postnationalen Republik*. In: *Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Polen und Frankreich*, Yves Bizeul, (Hrsg.): Duncker & Humblot, Berlin 2000 (Reihe Ordo Politicus, Bd. 34), S. 161-196; ders.: *The German Concept of Citizenship and Nationality*. In: Zig Layton, Henry and Zarina Wilpert, *Challenging Racism in Britain and Germany*, Palgrave-Macmillan, 2003, S. 46-59.

Auf die Dauer kann die Verwandlung Deutschlands zuerst in ein gigantisches Altersheim und dann zuletzt die Aufnahme im Nirwana nur durch höhere Geburtenzahlen aufgehalten werden. Dass eine Steigerung der Geburtenzahlen durch staatlich geförderte Familienpolitik erfolgreich sein kann, veranschaulicht das Beispiel Frankreichs mit seiner viel jüngeren und stabileren Bevölkerung. In Deutschland wiegen die Versäumnisse der Vergangenheit jedoch so schwer, dass sich eine signifikante Anhebung der Fertilität und vor allem auch der Zahl der gebärfähigen Frauen erst allmählich nach mehreren Jahrzehnten auswirken würde. Dies illustriert plastisch das statistische Erstgeburtsjahr der deutschen Frauen von 29 Jahren. Vermehrte Geburten im Jahr 2004 würden daher erst nach 29 Jahren ihren Niederschlag in einer größeren Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter und vielleicht auch mehr Geburten finden.

Die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre werden nun bald aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Der damit verbundene Bedarf der Wirtschaft an Arbeitskräften kann auch bei verlängerter Lebensarbeitszeit und höherer Frauenbeschäftigungsquote nur durch weitere Zuwanderung gedeckt werden. Die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung wird sukzessiv eine massive weitere Zuwanderung erzwingen. In diesem Sinne gehen die Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes schon jetzt für die nächsten fünfzig Jahre von einer jährlichen Nettozuwanderung von 200.000 Menschen aus, obwohl die durchschnittliche jährliche Nettozuwanderung der letzten 10 Jahre nur 100.000 betrug und die gesetzlichen Voraussetzungen für eine sozialverträgliche Steigerung der Zuwanderung auf 200.000 immer noch fehlen. Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 300.000 könnte der Rückgang der Bevölkerungszahl wesentlich verringert und auch die Alterung durch vermehrte Zuwanderung ab 2020 verlangsamt werden. Der Anteil der Bevölkerung mit ausländischem Pass läge bei einer Nettozuwanderung von 250.000 im Jahr 2050 mit 24 % leicht über dem heutigen Passausländeranteil der Schweiz von 21 % (ohne Saisonarbeiter). Bei liberalisierter Einbürgerungspraxis wäre er wesentlich niedriger.

Wegen des Zuwanderungsdrucks wird die Bevölkerung ausländischer Herkunft auch dann weiter zunehmen, wenn sich Deutschland gegen weitere Zuwanderung abzuschotten versucht. Die derzeit noch höhere Geburtenrate und das jüngere Alter der Zuwanderer wird ferner dafür sorgen, dass der Anteil der Zuwanderer und ihrer Kinder an der Bevölkerung Deutschlands auch dann zunehmen wird, wenn eine weitere Zuwanderung erfolgreich blockiert werden könnte.

Wie schon bisher, wird sich die Zuwanderung auf die Zentren der wirtschaftlichen Aktivität, vor allem auf städtische Ballungsräume konzentrieren. Ausländische Zuwanderer und ihre Kinder können hier auch ohne Zuwanderung schon relativ bald zur Mehrheit werden. Es wird sich wiederholen, was in der Geschichte der USA immer wieder zu beobachten war. So wurden beispielsweise die protestantischen angelsächsischen Altamerikaner in ihren Stammlanden in Neuengland schon seit langem zu einer Minderheit. Im Südwesten der USA werden heute Einwanderer aus Lateinamerika zur Mehrheit.

Woher kommen in Deutschland die Zuwanderer der Zukunft? Eine bedeutsame Zuwanderung aus West- und Südeuropa wird es im Unterschied zu den Nachkriegsjahren nicht mehr geben. Spanien, Italien und Griechenland sind inzwischen selbst Einwanderungsländer geworden. Die Fertilität ihrer Frauen ist noch geringer als die der Frauen Deutschlands.

Gleiches gilt für die Staaten des ehemaligen Ostblocks. Verschiedene Studien zeigen, dass aus ihnen längerfristig keine signifikante Auswanderung nach Westeuropa zu erwarten ist. Deutschland und ganz Westeuropa werden daher vor allem auf die Auswanderungspotenziale des Nahen Ostens, Lateinamerikas, Afrikas und des indischen Subkontinents angewiesen sein. Dabei wird es innerhalb Europas eine wachsende Konkurrenz um qualifizierte Einwanderer geben. Mit der weiteren Zuwanderung aus außereuropäischen Gebieten wird Europa und natürlich auch Deutschland kulturell noch viel bunter werden. Und dies wird – wie in allen Einwanderungsländern – mit kulturellen Konflikten verbunden sein.

Die wachsende Zahl der Einwanderer und ihre kulturelle Andersartigkeit werden ihre Integration in das politische System Deutschlands noch weit mehr als bisher zu einem zentralen Thema der Innenpolitik machen.

Aber was heißt Integration? Gerade in einer auch weiterhin schrumpfenden und alternenden Gesellschaft wird es nicht möglich sein, die Zuwanderer von der Mitwirkung an der Politik auszuschließen. Eine solche Politik würde scheitern und könnte nicht durchgehalten werden. Sie würde zudem unsere sich auf die Würde des Menschen berufende Republik entlegitimieren.

Für die Integration von Einwanderern hat ihre Akzeptanz durch die Aufnahmegesellschaften eine fundamentale Bedeutung. Akzeptanz bedeutet, dass sie nicht als Fremdkörper oder „Minderheit“, sondern als normaler gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden und sich auch selbst so sehen können.

Diese Akzeptanz hängt ganz entscheidend vom Staatsverständnis ab – von der Bereitschaft der Einheimischen, ursprünglich Fremde und Fremdes in ihre Gesellschaft aufzunehmen.

Bisher gab es diese Akzeptanz in Deutschland nur in geringem Umfange. Daher ist die Integration der Einwanderer wenig gelungen. In den USA wird ein Einwanderer nach kurzer Zeit als Amerikaner anerkannt, in Deutschland bleibt er lebenslang ein „Ausländer“.

Ich werde mich bemühen, unter der Überschrift „Gastarbeitermodell“ in meinem Vortrag zunächst die Geschichte der fehlenden Akzeptanz von Ausländern in Deutschland zu skizzieren. Danach geht es mir darum, die geistig ideologischen Voraussetzungen für die notwendige Integration der Ausländer in das politische System Deutschlands, für ihre Akzeptanz, zu umreißen.

1 Das Gastarbeitermodell²

Die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland begann schon Mitte der 50er Jahre. Sie wurde 1961 nach dem Mauerbau in Berlin zu einem breiten Strom. Nur so konnte der Motor der deutschen Wirtschaft am Laufen gehalten werden. Sie erhielten zeitlich befristete Arbeitsverträge und wurden daher „Gastarbeiter“ genannt.

Die Gastarbeiterpolitik führte zu einer Völkerwanderung. Es wird geschätzt, dass sich über zwanzig Millionen Gastarbeiter vorübergehend in Deutschland aufhielten und wieder in ihre Heimat zurückkehrten. Beispielsweise waren fast 10 % der Griechen vorübergehend in Deutschland tätig.

Die Gastarbeiter wurden im Unterschied zu klassischen Einwanderungsländern nicht zum Bleiben eingeladen. Es wurden ihnen daher auch keine Chancen gegeben, sich als gleichberechtigte Bürger in die deutsche Gesellschaft zu „integrieren“. Ihre Integration war nicht gewünscht, sie war ein Unthema. Die Einbürgerung von Ausländern wurde nur in Ausnahmefällen als Akt des „Ermessens“ nach dem Kriterium des öffentlichen Interesses gewährt, so etwa für Nobelpreisträger oder olympiaverdächtige Sportler. Sie war kein Rechtsanspruch, der wie in Einwanderungsländern nach einer gewissen Zeit des Aufenthaltes und guter Lebensführung rechtlich eingefordert werden kann. Die Gastarbeiterkonzeption war für Deutschland nichts Neues. Mit ihr wurde eine Ausländerpolitik wieder aufgenommen, die – wie die Historiker Klaus Bade und Ulrich Herbert³ zeigten – schon in großem Umfange in Bismarcks Reich für Zuwanderer aus russisch Polen praktiziert worden ist.

Die in der Gastarbeiterphilosophie enthaltene Abwehrhaltung gegen Fremde wurde noch verstärkt, als mit der Automatisierung manueller Arbeit und der Krise der alten Industrien viele Gastarbeiter überflüssig und zu Konkurrenten deutscher Arbeiter wurden. Über den bis heute gültigen „Anwerbestopp“ von 1973 wurde daher versucht, einen weiteren Zuzug zu verhindern und durch Rückkehrprämien die Zahl der Gastarbeiter zu verringern.

Dennoch wurden über die so genannte „Anwerbestoppausnahmereordnung“ von 1984 immer wieder Ausländer für Tätigkeiten nach Deutschland geholt, für die es, wie im Gesundheitswesen (z. B. Krankenschwestern), nicht genügend einheimische Kräfte gab. Die dabei erteilten Arbeitsgenehmigungen wurden jedoch immer nur für zeitlich befristete Aufenthalte gewährt. Ihre Zahl war und ist beträchtlich. So wurden im Jahr 2000 fast 350.000 Arbeitserlaubnisse meist für Saisonarbeit in der Landwirtschaft (90 Tage) erteilt. Auch im Rahmen der „Greencard“ von 2000, einer Sonderregelung für die Anwerbung von Fachkräften der Informations- und Kommunikationstechnologie, wurden die Arbeitserlaubnisse auf jeweils fünf Jahre begrenzt, was im internationalen Wettbewerb um IT-Fachkräfte dazu führte, dass sich für Deutschland oft nur die zweite Wahl interessierte oder auch solche, die Deutschland

² Vgl. hierzu: Dieter Oberndörfer: Zuwanderungsdebatte in Deutschland – Rückkehr zum Gastarbeitermodell oder Aufbruch in eine neue Gesellschaft? In: Klaus Bade und Rainer Münz (Hrsg.): Migrationsreport 2000, S. 205-222; Karl-Heinz Meier-Braun: Deutschland, Einwanderungsland. Suhrkamp 2002.

³ Vgl. hierzu Klaus Bade: Europa in Bewegung, Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000 u. Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001.

nur als Sprungbrett für die Auswanderung in die USA, nach Kanada oder Australien nutzen wollten.

Die Abwehr von Fremden war in der Ausländerpolitik der DDR noch konsequenter. Der Aufenthalt der Vertragsarbeiter aus kommunistischen Bruderstaaten wurde nicht nur zeitlich begrenzt, sondern auch ihre Kontakte zur einheimischen Bevölkerung wurden auf ein unvermeidliches Minimum beschränkt und hierzu streng überwacht.

Die ideologische Verwurzelung der Ausländerpolitik in der Überlieferung des Selbstverständnisses der Nation als einer ethnischen Abstammungsgemeinschaft ist unverkennbar. Sie zeigte sich auch daran, dass Angehörige deutscher Minderheiten in Ost- und Südosteuropa – die Aussiedler – nach dem Grundgesetz als potenzielle deutsche Staatsbürger galten und aufgenommen wurden. Daher wurden in Westdeutschland bis zur Vereinigung mit Ostdeutschland im Jahr 1990 1,7 Millionen ethnische Deutsche als neue Staatsbürger anerkannt. Danach kamen trotz anhaltender Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland bis heute weitere drei Millionen „Spätaussiedler“. Im Unterschied zu ausländischen Zuwanderern wurde ihre Integration durch Sprachkurse und wichtige andere staatliche Hilfen unterstützt.

Obwohl sich die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland seit dem Anwerbestopp von 1973 durch Familienzusammenführung, Flüchtlingszuzug und natürliche Vermehrung auf 7,3 Millionen verdoppelte, gab es bis vor wenigen Jahren in Deutschland keine öffentliche Debatte von politischem Gewicht über ihre Integration.

In die Abwehr einer dauerhaften Aufnahme von Ausländern in die deutsche Gesellschaft wurde erst 1991 durch ein neues Einbürgerungsrecht des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble eine Bresche geschlagen. Ausländer erhielten nunmehr wenigstens nach sechzehnjährigem Aufenthalt in Deutschland einen rechtlich einklagbaren Anspruch auf Einbürgerung.

Dennoch hat sich auch danach die Abwehrhaltung gegen Fremde als Folge der hohen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und des Zustroms von fast einer Million qualifizierter Arbeitskräfte von Ost- nach Westdeutschland eher noch verstärkt. Die millionenfache Einwanderung der Aussiedler wurde dabei ideologisch nicht als „Einwanderung“, sondern als Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat wahrgenommen. So konnte die wirklichkeitsferne Formel „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ weiterhin ein politisches Dogma der deutschen Innenpolitik bleiben – und dies, obwohl unter den Aussiedlern der Anteil derer, die kein Deutsch sprachen, zuletzt auf 80 % gestiegen ist.

Erst mit dem neuen Ausländergesetz von 1998, der Verkürzung der Aufenthaltsdauer von Ausländern für eine Einbürgerung von 17 auf 8 Jahre und der Möglichkeit der Einbürgerung (Jus Soli) für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern begann sich die bisherige negative Einstellung zur Zuwanderung und Integration von Ausländern aufzulockern. Hinzu kamen deutliche regionale und sektorale Defizite des Arbeitsmarktes, die mit einheimischen Arbeitskräften nicht behoben werden konnten. Auch machten verschiedene Veröffentlichungen auf den Arbeitskräftebedarf und den Zwang zur Öffnung für Zuwanderung aufmerksam, der sich schon mittelfristig aus der demographischen Entwicklung ergebe.

Schließlich und endlich wurde durch den Bericht der Süßmuth-Kommission vom Frühjahr 2001 und die folgende politische Auseinandersetzung die Öffnung für weitere Zuwanderung zu einem zentralen Thema der deutschen Innenpolitik. In der öffentlichen Debatte über Zuwanderung wurde letztere für kurze Zeit und zum ersten Mal in allen politischen Lagern positiv bewertet und die Notwendigkeit ihrer sozialverträglichen Gestaltung gefordert. Dann aber wurde innerhalb weniger Monate aus der ersten Version des Zuwanderungsgesetzes des Innenministers Otto Schily – es war eine bereits verwässerte Fassung des Süßmuth-Berichts – ein „Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz“, und der folgende Streit über seine Annahme verdeutlichte erneut die politische Kraft der Ablehnung und fehlenden Akzeptanz von Fremden in der deutschen Gesellschaft.

2 Was heißt Integration, was sind die Voraussetzungen der Akzeptanz? Die Integrationsdebatte

Obwohl die Integration der Ausländer bis zur Veröffentlichung des Süßmuth-Berichts und der Debatte über das neue Zuwanderungsgesetz kaum gefördert und von den meisten gar nicht gewünscht worden war, hieß es nun plötzlich, vor weiterer Zuwanderung sollten sich erst einmal die bereits in Deutschland lebenden Ausländer „integrieren“. Integration wurde so zu einem Instrument neuerlicher Zuwanderungsblockade.

In der politischen Rhetorik wurde so getan, als ob jedermann wüsste, was ihre Gestalt und ihr Ziel seien. Die meisten, die sich den Forderungen nach verstärkter Integration anschlossen, besaßen ganz unverkennbar keine klaren eigenen Vorstellungen. Viele meinten wohl mit Integration die Assimilierung der Ausländer, ihre Einschmelzung in die deutsche Gesellschaft mit folgendem Unsichtbarwerden.

Bei dem Streit um Integration geht es um die wünschenswerte Gestalt der Eingliederung bisher Fremder in Politik, Gesellschaft und Kultur.

Das übergeordnete politische Ziel wünschenswerter Integration kann im demokratischen Verfassungsstaat, in der Republik, nur die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, mit den politischen Werten ihrer Verfassung, Rechtsordnung und politischen Institutionen sein. Solche Identifikation ist immer ein „ideales“ Ziel, da es von allen, auch von den eingewesenen Bürgern, immer nur in unterschiedlichen Graden der Annäherung erreicht wird und kein sicherer Besitzstand ist.

Voraussetzung für die politische Integration der Zuwanderer und ihre Identifikation mit Deutschland sind die staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung und Akzeptanz durch die deutsche Aufnahmegesellschaft.

Staatsbürgerliche und soziale Gleichberechtigung werden durch Einbürgerung und gleiche Rechte im Sozialstaat ermöglicht. Daher muss das immer noch restriktive Einbürgerungsrecht Deutschlands weiter liberalisiert und die Integration von Ausländern als selbstverständlicher Teil subsidiärer Sozialpolitik definiert werden.

Es ist charakteristisch für die Integrationsdebatte, dass soziale Defizite bei Zuwanderern als mangelnde Integration kritisiert, aber soziale Defizite Deutscher, wie z. B. unterdurchschnittliche Leistungen der Kinder deutscher Unterschichten in der Schule oder die berufliche Benachteiligung deutscher Frauen, als Probleme der Bildungs- und Sozialpolitik wahrgenommen werden.

nommen werden. Bei Ausländern wird von mangelnder „Integration“ gesprochen, bei den Deutschen von sozialer „Benachteiligung“ und Versäumnissen der Sozialpolitik. Arbeitslosen Deutschen muss geholfen werden, arbeitslose Ausländer aber dokumentieren durch Arbeitslosigkeit selbst verschuldete Mängel ihrer Integration. Neben politischer und sozialer Gleichberechtigung muss den Zuwanderern auch das Recht eingeräumt werden, wie die Einheimischen ihre eigenen kulturellen Werte und Überlieferungen innerhalb der durch die Normen der Verfassung (z.B. zur Stellung der Frau), durch Gesetze und Rechtsprechung bestimmten Grenzen selbst zu wählen und sich für sie einzusetzen.

Die Wirksamkeit staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und wirtschaftlichen Erfolgs für politische Integration wird eingeschränkt oder sogar aufgehoben, wenn sie zwar formal eingeräumt, aber von der Aufnahmegesellschaft nicht oder nur sehr eingeschränkt akzeptiert und praktiziert wird. Trotz formaler staatsbürgerlicher, sozialer und kultureller Gleichberechtigung wurden jüdische Deutsche im Kaiserreich und in der Weimarer Republik von einflussreichen Akteuren und Segmenten der bürgerlichen Gesellschaft nicht als echte Deutsche anerkannt. Trotz des Patriotismus und der bedeutenden Leistungen der jüdischen Deutschen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur blieb ihre politische Integration in die deutsche Gesellschaft ein Einwegunternehmen. Sie wurde nicht von breiter gesellschaftlicher Akzeptanz getragen. Wie auch wirtschaftlich erfolgreiche Minderheiten anderer Länder erfahren mussten, können wirtschaftliche und soziale Erfolge zum Ärgernis werden und Akzeptanz blockieren.

All dies verdeutlicht die fundamentale Bedeutung des Staatsverständnisses. Das Staatsverständnis der völkischen Nation, das Staatsverständnis der deutschen Mittel- und Oberschichten des zweiten Kaiserreichs und Weimars, das immer noch in den Köpfen sitzt, geht von der Vorstellung einer homogenen, für alle verbindlich definierbaren und vor Verunreinigung durch fremde Elemente zu bewahrenden „nationalen“ Kultur aus. Solange sich dieses überlieferte völkische Staatsverständnis angeblicher Homogenität in den Köpfen hält, bleiben Ausländer von der Nation ausgeschlossen. Gefordert sind daher jetzt die längst fällige geistige und politische Aneignung der Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. Der Verfassungsstaat schützt in seiner Verfassung die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Weltanschauung – also kulturellen Pluralismus und kulturelle Toleranz. Die Akzeptanz des kulturellen Pluralismus der Staatsbürgernation und die Absage an die immer nur fiktiv gewesene kulturelle Homogenität der völkisch definierten Nation aber sind die eigentliche geistige Voraussetzung für Aufnahme und Integration von Ausländern und auch für eine liberale Asylpolitik. Learning to live with diversity – Leben mit Vielfalt –, dies ist unsere Aufgabe. Ohne sie kann die Integration der Zuwanderung nicht gelingen.

So wird auf dem Hintergrund des immer noch völkisch geprägten nationalen Selbstverständnisses der Deutschen und ihrer daraus erwachsenden Ängste vor „Überfremdung“ ihrer „eigenen“ Kultur die Forderung nach Integration der Ausländer in die deutsche Gesellschaft von den meisten immer noch als „Assimilation“ an die Deutschen und ihre kulturellen Überlieferungen verstanden – als ihr Unsichtbarwerden. Damit aber richten sich Erwartungen an die Ausländer, die auch in klassischen Einwanderungsländern, wenn überhaupt, meist nur innerhalb mehrerer Generation erfüllt wurden. Zeitlich kurzfristige Perspektiven und Postulate für Integration im Sinne der Assimilation, einer „Einschmelzung“ der Ausländer in die einheimische Mehrheit, verstärken zwangsläufig die negativen Einstellungen zu Ausländern und hemmen ihre staatsbürgerliche Integration.

Und welche Kriterien gibt es nach dem Grundgesetz für die Integration der Ausländer im Sinne ihrer Assimilation in die deutsche Gesellschaft? Was ist das spezifisch Deutsche? Nur wenn wir dies definieren können, haben wir eine Messlatte für die Integration der Ausländer. Was ist z. B. der Inhalt der von vielen geforderten deutschen „Leitkultur“, in die sich die Ausländer integrieren sollen, bevor sie deutsche Staatsbürger werden dürfen? Wer kann oder darf ihren Inhalt definieren? Die Vorstellungen über die Verwirklichung von Christentum und Humanismus in der Zuwanderungs- und Asylpolitik unterscheiden sich sehr. Gegen die amtliche Politik wichtiger Vertreter einer christlichen Leitkultur kann gerade unter Berufung auf Christentum und Humanität Einspruch erhoben werden. Wer definiert in diesem Konflikt die christliche Botschaft und Humanität zutreffend? Wer bestimmt die für alle verbindlichen richtigen Inhalte der Leitkultur?

Es gibt dafür im demokratischen Verfassungsstaat glücklicherweise keine staatliche Instanz. Wer die Integration der Ausländer in „die“ deutsche Kultur fordert, müsste die Frage beantworten können: Was ist ein integrierter Deutscher? Sind Süd- oder Norddeutsche, Katholiken, Protestanten, säkularisierte und kirchlich-konfessionell nicht gebundene Bürger, zum Islam oder Buddhismus konvertierte Deutsche, Akademiker oder Bauern, Mitglieder der SPD oder der CSU jeweils das Modell für Integration und den integrierten Deutschen? Die Frage nach dem gut integrierten Deutschen und nach den Kriterien für Integration ist im Hinblick auf unsere sich in ihren kulturellen Lebensformen und Stilen ständig weiter pluralisierende Gesellschaft nicht zu beantworten. Ihre verbindliche Beantwortung steht zudem in unübersehbarem Gegensatz zu der durch das Grundgesetz geschützten individuellen Freiheit des Kultus, der Freiheit der Weltanschauung und des religiösen Bekenntnisses, dem Fundament des modernen freiheitlichen Verfassungsstaates. Was die deutsche Kultur für die Bürger bedeutet und wie sie von ihnen definiert wird, dürfen sie individuell entscheiden. Auch Deutsche dürfen sich ursprünglich fremden Religionen zuwenden und diese Freiheit liegt im wohlverstandenen langfristigen Eigeninteresse der christlich gebundenen Deutschen – dem Schutz der Freiheit ihres eigenen religiösen Bekenntnisses gegen Bevormundung durch den Staat oder gesellschaftliche Gruppen.

In der pluralistischen Kultur der Republik müssen kulturelle Werte und Überlieferungen sehr viel überzeugender und engagierter vertreten werden als in einer Gesellschaft, in der „die“ Überlieferung ungefragt und unkritisch Gegenwart und Zukunft prägen soll. Dies begünstigt eine ungleich tiefer gehende individuelle Aneignung kultureller Güter durch die Bürger. Die Freiheit der Kultur in der Republik richtet sich also nicht gegen die Bewahrung kultureller Traditionen. Sie schafft indes den politischen Rahmen für eine ständig neue kritische Überprüfung ihrer Geltung und verbessert die Chancen für kulturelle Vielfalt und Innovation.

Die Kultur Deutschlands ist die Kultur seiner Bürger. Die Republik versteht sich als Staatsbürgernation. Die Kultur Deutschlands ist nichts Statisches. Sie wandelt und pluralisiert sich. Einzelne, Minderheiten oder Mehrheiten dürfen sich zu ihren kulturellen Werten bekennen und für sie werben. Die Verbindlichkeit ihrer Werte für die Gesamtheit aber darf im modernen Verfassungsstaat nicht vom Staat und seinen Organen eingefordert und erzwungen werden. Kulturelle Freiheit muss allen Bürgern – ohne Ansehung ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Weltanschauung – gewährt werden. Dies gilt auch für Zuwanderer fremder Herkunft. Nur dann können sie sich in unseren Staat integrieren und gute Patrioten

werden. Dabei gibt es natürlich Grenzen der kulturellen Freiheit. Diese müssen für Einwanderer die gleichen sein wie für alle Bürger. Diese Grenzen werden durch die Verfassung, durch die Gesetze und die Rechtsprechung festgelegt.

Im Interesse des inneren Friedens müssen die Grenzen zwischen Staat und Religion mit wachsendem religiösen und weltanschaulichen Pluralismus der deutschen Gesellschaft deutlicher als bisher bestimmt werden. Der Kopftuchstreit hat dies veranschaulicht. Es darf im Verhältnis zu den christlichen Kirchen und nicht christlichen Religionen nicht mit unterschiedlichen Maßstäben gearbeitet werden. Der Verfassungsrechtler Ernst Böckenförde hat dies überzeugend dargestellt.

Kulturelle Konflikte, die es in allen Gesellschaften und gerade auch in scheinbar kulturell homogenen Gesellschaften immer wieder gegeben hat – so z. B. in den Konfessionskriegen des christlichen Europas oder im Kulturkampf über die Zivilehe in Bismarcks Reich –, müssen im Rahmen der rechtlichen und politischen Ordnung des republikanischen Verfassungsstaates aufgearbeitet werden. Dies kann mit schweren politisch-kulturellen Konflikten verbunden sein. Ihre friedliche konsensuelle Bewältigung innerhalb des durch Verfassung und Rechtsordnung vorgegebenen Rahmens wird nicht immer und oft nur partiell gelingen. Soziale und politische Integration sind in demokratischen Verfassungsstaaten eine ständige neue Aufgabe. Ihr Erfolg ist nicht zwangsläufig. Die Republik wächst oder verkümmert je nach den Erfolgen oder Misserfolgen bei ihrer eigenen Konkretisierung. Der republikanische Verfassungsstaat bleibt stets nur ein annäherungsweise erfüllbares Programm. Wenn es dabei gelingt, in freier Selbstbestimmung eine halbwegs friedliche Koexistenz und Kooperation von Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Orientierung zu ermöglichen, ist fast schon das Beste erreicht, was man von einer politischen Ordnung erhoffen kann.

Integration der Migranten ohne Akzeptanz kultureller Verschiedenartigkeit durch die Mehrheit ist nicht möglich. Wer von Einwanderern eine Anpassung an die Vorstellungen und Gewohnheiten von Provinzkulturen des Aufnahmelandes verlangt und dies als Eingliederung, als Integration, bezeichnet, verhindert Integration und weitere Zuwanderung. Migranten aus Indien oder China können gute gesetzestreue Bürger werden, aber niemals zu katholischen bayerischen Bauern oder schwäbischen Pietisten mutieren. Viele sind dann allein schon wegen ihrer „falschen Haut“ oder anderen „falschen“ physischen Äußerlichkeiten nicht integrierbar.

In Artikel drei des Grundgesetzes heißt es, dass niemand wegen seiner Abstammung, seiner Heimat und seines Glaubens bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Einige Protagonisten der Leitkultur und der forcierten Integration im Sinne von Assimilation haben angeführt, das Grundgesetz sei ihre Messlatte. Es wäre konsequent, wenn dieses Bekenntnis auch für Migranten Geltung hätte.

Die immer noch geringe Akzeptanz gesellschaftlichen Pluralismus in Deutschland manifestiert sich auch in der Polemik gegen die Entstehung so genannter Parallelgesellschaften als Folge von Zuwanderung. Eine bunte und zunehmende Vielfalt von oft wenig miteinander verbundenen Parallelgesellschaften oder Lebenswelten ist gerade für moderne Gesellschaften charakteristisch. Sie gab es im Übrigen auch in den angeblich homogenen Gesellschaften Europas der Vergangenheit. Arbeiter, Bauern, Handwerker, Wissenschaftler, Protestan-

ten oder Katholiken, um nur einige ihrer Parallelgesellschaften zu nennen, hatten parallel zu den anderen Gruppen der Gesellschaft ihre jeweils eigenen Lebenswelten. Noch bis in die Sechzigerjahre waren Ehen zwischen Protestanten und Katholiken eine seltene, von den Kirchen mit Sanktionen bekämpfte Ausnahme.

Die Bürger freier Gesellschaften haben das Recht, sich ihre eigene Lebenswelt zu suchen und sich dabei auch von anderen Lebenswelten zu disassoziieren. Dissoziation – Trennung der Lebenswelten – kann eine legitime Technik der Konfliktprävention sein. Es müssen nicht alle Menschen unserer Gesellschaft einander lieben und miteinander Händchen halten.

Einwanderer haben ebenso wie alle Bürger das Recht auf freie Wahl des Wohnortes. Auch für Einwanderer gilt dieses Grundrecht auf Freiheit der Bewegung. Dies bedeutet, dass Einwanderer in bestimmten Regionen oder Stadtvierteln mit Einwanderern der gleichen Herkunft zusammenleben dürfen, aber auch frei sein sollten, solche Zentren zu verlassen und sich anderen Bevölkerungsgruppen anzuschließen. Städtische Agglomerationen eingewanderter Ethnien, wie z. B. der Türken, werden in Deutschland immer wieder als Beispiele für mangelnde oder gescheiterte Integration oder sogar als Gefährdung der nationalen Identität Deutschlands gesehen. In den Vereinigten Staaten, Australien, Kanada oder Lateinamerika wird die Konzentration eingewanderter Ethnien in bestimmten Stadtvierteln oder ländlichen Siedlungen als normaler Aspekt von Einwanderung akzeptiert.

Die Chinatowns San Franciscos oder New Yorks sind Touristenattraktionen geworden. Siedlungen von Deutschen in Lateinamerika, z. B. in Chile oder Brasilien, wurden dort als Teil der Nationalkulturen akzeptiert. Ihr kulturelles Überleben und ihre Erhaltung wird sogar im Rahmen der deutschen auswärtigen Kulturpolitik durch eigene Schulen unterstützt, ohne dass dies in den betreffenden Ländern oder bei den deutschen Finanziers auf Bedenken stößt.

Gemeinsames Wohnen bietet Zuwanderern der ersten Generation Möglichkeiten des Eingewöhnens, des Solidarschutzes und der Beratung durch Verwandte oder Bekannte. Es führt nicht zwangsläufig zur „Ghettobildung“, zum Zusammenleben in abgeschotteten Subkulturen mit zum Teil hoher Kriminalität.

Die Verwandlung großstädtischer Einwandererviertel in Ghettos kriminalisierter Subkulturen war in den USA in vielen Fällen nicht zuletzt eine Folge des zeitweiligen Stopps weiterer Zuwanderung durch die Einwanderungsgesetzgebung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Die sozial Erfolgreichen verließen die ethnischen Subkulturen der Großstädte. Es blieben die Erfolglosen, neue Talente kamen nicht nach. Soziokulturelle Abschottung kann allerdings den nachwachsenden Generationen Austritts- und Aufstiegschancen versperren. Diese soziale Problematik ist jedoch kein spezifisches Problem von Ausländersiedlungen, sondern ein generelles Problem aller sich sozial und kulturell abschottenden Subkulturen. Sie gilt z.B. auch für die Kinder benachteiligter sozialer Unterschichten Deutschlands oder in deutschen religiösen Subkulturen. Von ihnen gibt es viele. Ihre Existenz ist Teil des Rechts freier Gesellschaften auf freie Assoziation. Die Sicherung der Zukunftschancen der Kinder solcher Gruppen durch Gesetzgebung und Bildungswesen ist wegen der Rechte der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder ein bislang nicht gelöstes Problem.

Die Übernahme der Sprache des Aufnahmelandes sowie die Angleichung sozial und kulturell geprägter Verhaltensweisen an die Mehrheitsgesellschaft und allmähliche Vermischung sind in Einwanderergesellschaften meist ein mehrere Generationen dauernder komplexer Prozess. Dieser Prozess kann in nur sehr begrenztem Umfang beeinflusst werden.

Für das Zusammenleben in multietnischen Einwanderungsgesellschaften müssen daher langfristige Konzepte maßgeblich sein. Zeitlich kurzfristige Perspektiven und Postulate für Integration im Sinne der „Einschmelzung“ der Zuwanderer in die einheimische Mehrheit verstärken nicht nur negative Einstellungen gegenüber Fremden und hemmen ihre staatsbürgerliche Integration, sie blockieren gerade auch innerhalb der zugewanderten Minderheiten eine freiwillige evolutionäre Eingliederung. Nach jahrzehntelangem Nichtinteresse an der politischen Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland durch das Gastarbeitermodell darf ihnen heute nicht unterstellt werden, sie seien weder willens noch fähig, sich in die Gesellschaft Deutschlands einzugliedern. In diesem Zusammenhang sollten wir uns auch daran erinnern, dass wir uns freuen, wenn sich deutsche Volksgruppen im Ausland am Leben erhalten und dies durch die Finanzierung von Auslandsschulen aus Steuergeldern gefördert wird. Viele Staaten nehmen an dieser Förderung der Auslandsdeutschen keinen Anstoß. In Deutschland sind wir jedoch merkwürdig schizophoren. Viele sehen in Menschen, die die Sprache und Kultur ihrer Herkunft pflegen, trojanische Pferde, die die angebliche Homogenität unserer Nation gefährden – und zwar selbst dann, wenn sie gesetzestreu und loyale Bürger sind. Es sei hier an die deutschen Hugenotten erinnert, die noch lange ihre französische Muttersprache als Kirchensprache pflegen konnten, ohne dass dies zum Ärgernis wurde.

Politische Kommunikation der Bürger, die Grundlage der politischen Willensbildung im demokratischen Verfassungsstaat, macht eine gemeinsame Verkehrs- und Verwaltungssprache notwendig. In Deutschland ist dies die Sprache der Mehrheit, die deutsche Sprache. Niemand darf aber gezwungen werden, deutsch zu sprechen. Bei dem Ärgernis, das von prominenten Politikern darüber geäußert wurde, dass in bestimmten Wohnvierteln deutscher Städte ausländische Gruppen untereinander nicht Deutsch, sondern ihre Herkunftssprache sprechen, ist daran zu erinnern, dass auch Deutsche, wenn sie so wollen, untereinander in fremden Sprachen kommunizieren dürfen. Die wirtschaftlichen Nachteile, die sich aus fehlenden oder mangelhaften Kenntnissen der Landessprache für die Zukunftschancen der nachwachsenden Generation ergeben, haben in allen Einwanderungsgesellschaften in der Generationenfolge die Übernahme der Landessprache gefördert.

Wegen der extrem negativen sozialen Folgen mangelhafter Kenntnisse der Landessprache muss dennoch die Verbesserung der Deutschkenntnisse der Zuwanderer als wichtige Aufgabe der Sozial- und Bildungspolitik wahrgenommen und gefördert werden. Dies gilt vor allem für die Förderung der Sprachkenntnisse der Ausländerjugend und der ausländischen Frauen. In diesen Gruppen fallen langfristig die Entscheidungen über Integration auf allen Ebenen.

Dass gute Kenntnisse der deutschen Sprache per se aber keine besondere innere Bindung zu Staat und Gesellschaft Deutschlands verbürgen, wie manchmal bei der Forderung nach Sprachprüfungen und guten Sprachkenntnissen bei Einbürgerungen suggeriert wird, dokumentieren andere deutschsprachige Staaten. Schweizer und Österreicher werden nicht zu deutschen Patrioten, weil sie deutsch sprechen. Dies gilt sicher auch für viele andere

Ausländer und sogar für Inländer. Sprachkenntnisse von Zuwanderern durch Lernzwang, z. B. durch den Entzug sozialer Leistungen, sind rechtlich fragwürdig und wenig Erfolg versprechend.

Zurecht sind im bislang blockierten Zuwanderungsgesetz für die Zivilintegration der Zuwanderer Sprachkurse und politisch-gesellschaftliche Orientierungskurse vorgesehen. Damit wird anerkannt, dass eine multiethnische Gesellschaft – die die Bundesrepublik längst besitzt – über die gemeinsame Sprache hinaus ein tragfähiges Mindestmaß an Gemeinsamkeit in ihren politischen und rechtlichen Ordnungen hat. Diese Arbeit ist daher sicher wichtig. Sie wird jedoch scheitern, wenn es nicht gelingt, die Akzeptanz der Zuwanderer zu verbessern.

Dabei müssen wir freilich zur Kenntnis nehmen, dass sie ganz wesentlich von der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes abhängen wird. Auch in der Geschichte der klassischen Einwanderungsländer hat es in wirtschaftlichen Krisen und der Verknappung der Arbeitsplätze immer wieder schlimme Wellen der Ausländerfeindlichkeit gegeben. Allerdings zeigen gerade Einwanderungsländer, dass die Einwanderung dort gesellschaftliche Dynamik und auch wirtschaftliches Wachstum bewirkt hat. Dies veranschaulicht eindrucksvoll die Geschichte der USA, Kanadas, Australiens und Israels. Die Grundlage des Wirtschaftswunders in der zunächst nach heutigen Kriterien bettelarmen Bonner Republik war die Zuwanderung von über 12 Millionen Flüchtlingen.

Zur Entkrampfung des durch Xenophobie und Ablehnung gestörten Verhältnisses vieler Ausländer zu den Deutschen aber ist derzeit ein entschlossenes, von einem breiten politischen Konsens getragenes Bekenntnis zur Öffnung für Zuwanderung – dass die Bundesrepublik nicht nur de facto Einwanderungsland ist, sondern ein Interesse an Einwanderern hat und sie willkommen heißt – eine entscheidende Voraussetzung. Notwendig sind dabei vor allem auch positive Perspektiven: Geboten ist die längst fällige Wahrnehmung der großen Bereicherung, der Leistungen und der Vitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands durch die nach Deutschland eingewanderten Ausländer. Die Berichterstattung über die Ausländer Deutschlands hat ihre Leistungen bislang viel zu wenig gewürdigt.

Die Integration ist ganz wesentlich auch auf die Leistungen und das Geschick der praktischen Politik und Gesetzgebung angewiesen. Der Verfassungsstaat muss wehrhaft sein. Über die Medien oder durch politische Bildung muss für ihn Verständnis geschaffen und für ihn geworben werden. Er darf intolerantem Fundamentalismus aller Varianten – sei es christlichem oder islamistischem – keine Freiräume geben. Die ökonomische und soziale Integration der Einwanderung muss ein selbstverständlicher Aspekt subsidiärer Sozialpolitik werden.

Die Einwanderer haben bislang ihr politisches Potenzial für den Ausgang von Wahlen wenig genutzt. Ihre Wahlbeteiligung ist wie in anderen Einwanderungsländern gering. Hinzu kam bislang ihre für gemeinsame Politik hinderliche ethnokulturelle Fragmentierung. Mit zunehmender Länge des Aufenthaltes, verbesserter Selbstorganisation und Kommunikation unter- und miteinander kann jedoch das politische Gewicht der Einwanderer schon bald zunehmen. Vor allem durch die örtliche Konzentration in bestimmten Regionen ist diese Entwicklung schon jetzt in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden im Gange. Durch die starke Zunahme der Einbürgerungen sind die Einwanderer aus der Türkei auch in Deutschland schon jetzt in einigen Städten zu einem von den Parteien beachteten Faktor

geworden. Bei weiterer Einwanderung wird die politische Integration der Einwanderung über ihr wachsendes Gewicht bei Wahlen beschleunigt werden. Eine freiwillige Gabe bringt jedoch mehr als eine erzwungene Gabe. Dies gilt gerade auch für die Integration der Einwanderer. Ihre Grundlagen müssen im Interesse des inneren Friedens möglichst bald geschaffen werden.

Die Erfahrungen aller klassischen Einwanderungsländer zeigen, dass sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung abschließende ethnokulturelle Parteigründungen minimale politische Erfolgchancen haben. Über politische Organisation und die Wahlurnen werden die Führer ethnokultureller Gruppen sehr schnell in den Interessenpluralismus der Politik ihrer Gesellschaften integriert. Politisch relevante Erfolge können von ihnen nur durch politische Kompromisse und Adaptionen erzielt werden.

Aber es sei nochmals unterstrichen: In der bisherigen Zuwanderungspolitik äußern sich Defizite unseres Staatsverständnisses. Der Streit um Zuwanderung und Integration sollte daher zum Signal für eine große Debatte über unser Staatsverständnis als Nation werden.

Die Aneignung der Staatsbürgerschaft und ihres kulturellen Pluralismus ist die große Herausforderung für die sich in Zukunft noch weiter pluralisierende deutsche Gesellschaft. Bei der Integration von Einwanderern geht es um die politische Legitimität unserer politischen Ordnung, darum, ob wir bereit sind, ihre menschenrechtliche Grundlage ernst zu nehmen und ihr Gestalt zu geben.

Die Aneignung der Staatsbürgerschaft ist auch die geistige Voraussetzung für die Überwindung der europäischen Nationalismen und die politische Einigung eines neuen, nach außen für Zuwanderer und Flüchtlinge offenen Europas.

Die deutsche Gesellschaft hat sich seit Ende des zweiten Weltkriegs revolutionär verändert. Mit der bisherigen und künftigen Zuwanderung sind tief greifende weitere Veränderungen ihrer Substanz vorprogrammiert. Mit der weiteren Pluralisierung der deutschen Gesellschaft durch die Integration vieler Menschen ursprünglich nicht deutscher und auch außereuropäischer Herkunft ergeben sich zwingende Konsequenzen für die Identität der Nation.

Als Folge der Einwanderung muss die Nation mehr als bisher republikanische Staatsbürgerschaft werden. Staatsbürgerschaften sind Leistungsnationen. Sie müssen sich wie seinerzeit die Bonner Republik aus ihren eigenen politischen Werten und Leistungen legitimieren und gewinnen aus ihnen ihre Identität. Die Bonner Republik wurde bei ihrer Gründung wegen der Teilung Deutschlands zunächst von vielen nicht als Nation anerkannt. Ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leistungen haben ihre Akzeptanz begründet. Im Frühjahr 1989 wurde der Bonner Staat von allen politischen Gruppen als „postnationale Republik“ gefeiert. Diese Entwicklung der Abkehr von der völkischen Nation zur Staatsbürgerrepublik wurde durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten unterbrochen. Sie muss wieder fortgesetzt und gerade auch durch die politische und soziale Integration der Zuwanderer, durch ihre Akzeptanz, vertieft werden. Patriotismus wird über die Schulen und die symbolische Darstellung der Nation vermittelt. Bei aller berechtigten Skepsis vor dem möglichen Missbrauch solcher Symbolik sollte auch in Deutschland auf politische Integration über republikanische Symbolik nicht verzichtet werden.

Gerade Neubürgern muss die Nation durch mehr Mut zu ihrer symbolischen Darstellung nahe gebracht werden. Dabei kommt es auf die Inhalte solcher symbolischen Darstellung an. Im demokratischen Verfassungsstaat Deutschlands, der deutschen Republik, sind dies die Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Gleichheit und Sozialstaatlichkeit. Am Tag der Einheit sollten die Zuwanderer durch den Bundespräsidenten als neuer Teil der Nation gewürdigt werden.

Die europäische Einigung benötigt politisch gefestigte Demokratien. Ihre Stabilität verlangt ein starkes Fundament breiter Beteiligung der Bürger an der Politik und die Identifikation mit „ihrer“ politischen Gemeinschaft. Zugleich wird durch eine wachsende Zahl von Neubürgern aus ursprünglich kulturell fremden Regionen die fiktive nationale Ideologie der völkisch homogenen Abstammungsnation immer weniger glaubhaft. Dies zwingt zur Aneignung des kulturellen Pluralismus des Verfassungsstaates und seines Selbstverständnisses als Staatsbürgernation und dies ist zugleich die essenzielle Voraussetzung des Übergangs zur republikanischen Einigung Europas.⁴

⁴ Vgl. Dieter Oberndörfer: Das Ende des Nationalstaates als Chance für die offene europäische Republik. In: Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung, Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik*. 2003, 3. Auflage.

Tendenzen der räumlich-demographischen Entwicklung

Gliederung

- 1 Einleitung und Problemstellung
- 2 Komponenten des demographischen Wandels
- 3 Regionstypen des demographischen Wandels
- 4 Zukünftige Bevölkerungsentwicklung in den Regionstypen
- 5 Räumlich-demographische Entwicklung in der EU
- 6 Spezifische Herausforderungen für die Regionalentwicklung

Literatur

1 Einleitung und Problemstellung

Bevölkerungsrückgang, Alterung, Zuwanderung, zu niedrige Geburtenhäufigkeit und längere Lebenserwartung fassen schlagwortartig verschiedene Teilprozesse des demographischen Wandels zusammen, die nicht nur die grundlegenden Trends der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, sondern auch die in den Ländern Europas prägen. In Tabelle 1 belegen die rückläufigen Zahlen bei den jungen Erwachsenen von 20 bis unter 35 Jahren und die gleichzeitig zunehmende Bedeutung der mindestens 75-Jährigen den Alterungsprozess in ausgewählten Staaten der EU. Die Alterung variiert u. a. in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Einsetzens sowie vom Ausmaß des Geburtenrückgangs und von der Entwicklung der Lebenserwartung. Im Jahre 2020 liegen für Deutschland, Italien und Spanien mit einer Geburtenhäufigkeit, die heute bei weitem nicht an das für die natürliche Reproduktion notwendige Niveau herankommt, die niedrigsten Anteile für die 20- bis unter 35-Jährigen vor und zugleich die höchsten Werte für die mindestens 75-Jährigen. Besonders bemerkenswert ist der Bedeutungsverlust der jüngeren Menschen in Spanien, wo die Zahl der Geburten je Frau von 2,53 (1978) auf 1,21 (1994) sinkt. Dieser Fruchtbarkeitsrückgang ist z. B. in Schweden – allerdings in gemäßigerem Ausmaß – schon zwischen 1964 (2,48 Geburten je Frau) und 1978 (1,60) zu beobachten, so dass der Anteil der mindestens 75-Jährigen bei insgesamt langer Lebenserwartung der schwedischen Bevölkerung im Jahre 2000 einen überdurchschnittlichen Wert erreicht. Doch stieg die Zahl der Geburten wieder an, übertraf 1991 vorübergehend das Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau, so dass die Alterung bis 2020 merklich langsamer als in vielen anderen Staaten Europas verläuft.

Tab. 1: Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in Staaten der Europäischen Union¹

Land	20 bis unter 35 Jahre			mind. 75 Jahre		
	Entw. in % 2000-2020	Anteil in %		Entw. in % 2000-2020	Anteil in %	
		2000	2020		2000	2020
Schweden	+4,7	19,8	19,4	+13,2	8,9	9,4
Frankreich	-6,4	20,6	18,1	+35,2	7,2	9,1
Deutschland	-10,4	20,3	17,7	+53,4	7,0	10,5
Italien	-30,7	22,4	15,8	+40,1	7,8	11,2
Spanien	-34,8	24,8	15,9	+33,1	7,1	9,4
Vereinigtes Königreich	-7,0	21,0	19,0	+18,6	7,3	8,5
Europ. Union ¹	-15,6	21,5	17,6	+36,7	7,2	9,5

¹ EU-15

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten von EUROSTAT, Regiodatenbank

Tabelle 1 dokumentiert den altersstrukturellen Wandel mit den Konsequenzen, dass sich z. B. die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, nach sozialen, kulturellen oder freizeitorientierten Infrastrukturen ändert, dass sich auf dem Arbeitsmarkt der Bedarf an Pflegepersonal, auf dem Wohnungsmarkt an altengerechten Wohnungen erhöht. Der Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter verringert bei konstanter Lebensarbeitszeit das Arbeitskräfteangebot, der steigende Anteil älterer Erwerbstätiger kumuliert Erfahrungen, kann aber die Innovationskraft der Ökonomie schwächen.

Die quantitativen Folgen des demographischen Wandels für die Bevölkerungsentwicklung werden bis 2020 in etwa 57 % der Kreise in Deutschland noch positiv, jedoch in 43 % negativ sein (Bucher; Schlömer; Lackmann 2004: 120). In diesem Zusammenhang kommt den Migrationsprozessen eine entscheidende Bedeutung zu, da bis 2020 alle Regionen Sterbeüberschüsse verzeichnen. Zudem forcieren Wanderungen noch aufgrund ihrer Selektivität insbesondere qualitative Auswirkungen des demographischen Wandels, da Migrationsgewinne und -verluste mit entgegengesetzten Effekten die regionalen Bevölkerungsstrukturen in den Herkunfts- und Zielgebieten beeinflussen. Die Bevölkerung in Räumen mit überwiegenden Abwanderungstendenzen wird z. B. stärker vom Rückgang der Einwohnerzahlen und von der Alterung betroffen sein als Regionen mit Zuzugsüberschüssen.

Die zukünftige demographische Entwicklung wird bestehende regionale Disparitäten eher vertiefen als abschwächen. Wo werden sich spezifische Probleme einstellen? Sind sie aus der heutigen Bevölkerungssituation zu erkennen? Im Mittelpunkt stehen daher folgende Fragestellungen:

- Welche Regionstypen mit welchen demographischen Problemlagen existieren heute in Deutschland?
- Wodurch unterscheidet sich die zukünftige Bevölkerungsdynamik in diesen Typen?
- Gibt es vergleichbare regionale Trends in anderen Ländern der EU?

- Welches sind spezifische Herausforderungen für die Regionalentwicklung?

Die Beantwortung dieser vier Fragen hängt eng mit den regional differenzierten und sich wechselseitig beeinflussenden Teilprozessen des demographischen Wandels zusammen (Mäding 2002).

2 Komponenten des demographischen Wandels

Eine wesentliche Komponente ist die zu niedrige Geburtenhäufigkeit. Seit Mitte der 1970er Jahre schwankt diese Größe in den alten Ländern um 1,4 Kinder je Frau. Bleibt auch in Zukunft die Fruchtbarkeit erheblich unter der für die natürliche Reproduktion erforderlichen Zahl von 2,1 Geburten je Frau, dann verringert sich die Einwohnerzahl in Deutschland von Generation zu Generation um etwa ein Drittel. Der Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1975 basiert auf Änderungen von Wertvorstellungen, die eine fortschreitende Individualisierung und zugleich den rückläufigen Einfluss sozialer Institutionen beschleunigen. Ehe und Familie verlieren ihre Bedeutung als gesellschaftliches Leitbild. Sie sind heute eine biographische Option, neben der es andere sozial akzeptierte Lebensformen gibt (Klein; Lengerer; Uzelac 2002).

Der Geburtenrückgang setzt quantitative Rahmenbedingungen für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung, deren Tendenz von Schrumpfung gekennzeichnet ist. So geht das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in seiner Prognose für Deutschland von einem Rückgang von 1 % bis 2020 aus. Ein weiterer Teilprozess des demographischen Wandels ist die Verlängerung der Lebenserwartung von etwa zwei Jahren bis 2020, die im Wesentlichen auf der weiteren Verringerung der Sterblichkeit älterer Menschen beruht.

Zu geringe Geburtenhäufigkeit sowie die Verlängerung der Lebenserwartung forcieren die Alterung der Bevölkerung. Sie wird besonders deutlich im Altenquotient. Dessen Wert liegt heute im Bundesgebiet bei etwa 43 Personen im Alter von mindestens 60 Jahren zu je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren, und der Altenquotient wird nach den Vorausberechnungen der BBR bis 2020 auf 53 zu 100 steigen. Die Gegenüberstellung vom Rhein-Main-Raum mit einem Anstieg des Altenquotienten von 38 (2000) auf 47 (2020) sowie der Region Magdeburg (2000: 43; 2020: 64) hebt hervor, dass die Alterung räumlich sehr differenziert verlaufen wird.

Der demographische Wandel ist zudem von einer fortschreitenden Heterogenisierung der Wohnbevölkerung begleitet, die sich in den 1990er Jahren in einer zunehmenden Verschiedenartigkeit der Migranten nach ihrem Herkunftsland, ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder nach ihrem Bildungsstand ausdrückt. Auch der Anteil der ausländischen Bevölkerung als möglicher Indikator, um die Heterogenisierung näherungsweise abzubilden, verweist mit 15,2 % im Rhein-Main-Raum und mit 1,8 % in der Region Magdeburg, jeweils für das Jahr 2001, ähnlich wie die Alterung auf eine erhebliche regionale Schwankungsbreite aller Teilprozesse des demographischen Wandels. Sie vollziehen sich lokal und regional in unterschiedlichen Intensitäten, so dass die räumliche Vielfalt eine weitere Komponente ist.

3 Regionstypen des demographischen Wandels

Um die räumlich spezifischen demographischen Problemkonstellationen zu erkennen und hieraus spezifische Herausforderungen für die Regionalentwicklung abzuleiten, wurden in Anlehnung an die Teilprozesse des demographischen Wandels die Raumordnungsregionen in Deutschland typisiert. Dazu wurden neun Variablen aus der Laufenden Raumbeobachtung des BBR ausgewählt und ihre Mittelwerte in der Regel für die Jahre von 1997 bis 2000 gebildet (Tab. 2). Drei Merkmale kennzeichnen die Bevölkerungsstruktur. Der Anteil der Einpersonenhaushalte beschreibt die Singularisierung der Gesellschaft und erfasst in gewissem Umfange die seit den 1960er Jahren in den großen Agglomerationen einsetzende Individualisierung und Pluralisierung der Lebensentwürfe mit ihren neuen Formen der Haushaltsbildung und Haushaltsauflösung. Der Anteil der unter 18-Jährigen gibt den Ist-Zustand der Jugendlichkeit und damit indirekt den Alterungsprozess in den Regionen wieder. Der Anteil der ausländischen Bewohner soll die Heterogenisierung der Bevölkerung widerspiegeln.

Tab. 2: Faktorladungen der Variablen zur Beschreibung der Teilprozesse des demographischen Wandels

Variablen	Faktor 1 Binnen- wanderungen	Faktor 2 Heterogenisierung und Individualisierung	Faktor 3 geringe Alterung
Anteil der Ausländer (in %) ¹	-	0,794	0,471
Anteil der Einpersonenhaushalte (in %) ²	- ⁵	0,868	-
Anteil der unter 18-Jährigen (in %) ³	-	-0,481	0,794
natürlicher Saldo (in ‰) ³	-	-	0,868
Bilanz der Binnenwanderungen (in ‰) ³			
- der Gesamtbevölkerung	0,895	-	0,355
- der 25- bis unter 30-Jährigen	0,393	0,744	-
- der Suburbanisierer ⁴	0,933	-	-
- der mindestens 65-Jährigen	0,824	-0,482	-
Außenwanderungssaldo (in ‰) ³	-	-	-0,548
erklärter Varianzanteil (in %)	41,9	29,9	11,9

¹ Mittelwert der Jahre 1997-1999, 2001; ² Mittelwert der Jahre 1996, 1997, 1999, 2000; ³ Mittelwert der Jahre 1997-2000; ⁴ Altersgruppe der unter 18-Jährigen sowie der 30- bis unter 50-Jährigen; ⁵ Ladung betragsmäßig kleiner als 0,3

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten der Laufenden Raumbeobachtung des BBR

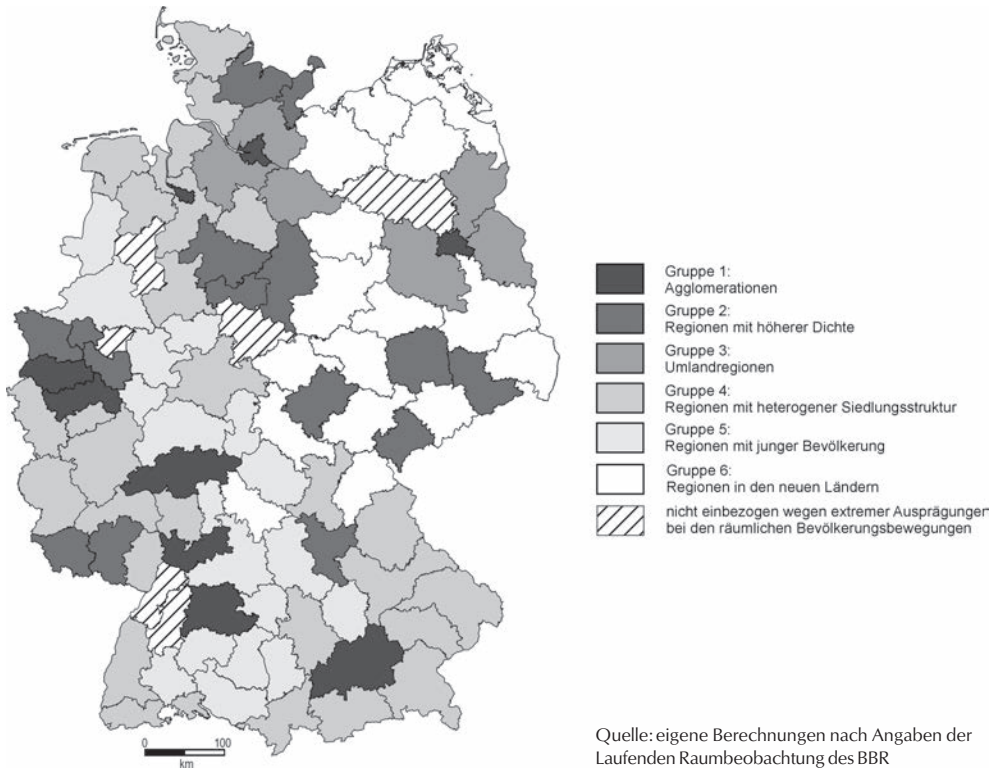
Sechs weitere Merkmale erfassen die natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen (Tab. 2). Der natürliche Saldo aus Geburten- und Sterberaten ist in manchen Teilräumen durchaus noch positiv, allerdings werden bis 2020 nur Sterbeüberschüsse zu beobachten sein. Unter diesen Rahmenbedingungen kommt den Binnenwanderungen eine entscheidende Bedeutung für die zukünftige quantitative wie qualitative Bevölkerungsentwicklung zu. Daher berücksichtigt die Typisierung nicht nur die regionalen Bilanzen der Binnenwanderungen für die Gesamtbevölkerung, sondern auch die der 25- bis unter 30-Jährigen,

der Suburbanisierer, Personen zwischen 30 und 50 sowie unter 18 Jahren sowie der mindestens 65-Jährigen.

Die Bilanz der Außenwanderungen soll, wie der Ausländeranteil, Hinweise auf die regional differenzierte Heterogenisierung der Bevölkerung geben. Allerdings gibt es in den 1990er Jahren einige Regionen mit starken bis extrem hohen Zuzügen aus dem Ausland und sehr negativen Binnenwanderungsbilanzen. Dort sind die Standorte der zentralen Aufnahmeeinrichtungen z. B. für Aussiedler, die nach einer gewissen Zeit anderen Gebieten in Deutschland zugewiesen werden. Diese Regionen, wie z. B. Osnabrück, Prignitz-Oberhavel oder Nordschwarzwald, wurden aufgrund ihrer Extremwerte bzgl. der räumlichen Bevölkerungsbewegungen in der weiteren Analyse ausgeschlossen (Abb. 1).

Um die Zahl der neun Merkmale, welche die Teilprozesse des demographischen Wandels charakterisieren sollen, zu reduzieren und zugleich die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Variablen für das Typisierungsverfahren auszuschließen, wurde eine Hauptkomponentenanalyse berechnet, die drei Hauptkomponenten oder Faktoren mit einem Eigenwert von mindestens 1 und einem erklärten Varianzanteil von insgesamt 83,7 % ergibt

Abb. 1: Regionstypen mit ähnlichen Ausprägungen für die Teilprozesse des demographischen Wandels



(Tab. 2). Die Faktorladungen ermöglichen eine inhaltliche Interpretation der Ergebnisse. Faktor 1 repräsentiert die Bilanzen der Binnenwanderungen, insbesondere die der Gesamtbevölkerung, der Suburbanisierer und der mindestens 65-jährigen Personen. Faktor 2 steht für Heterogenisierung und Individualisierung der Bevölkerung wegen der hohen positiven Ladungen beim Anteil der Ausländer sowie der Einpersonenhaushalte. Regionen mit hohen Werten für Faktor 2 verzeichnen zudem Wanderungsgewinne bei den 25- bis unter 30-Jährigen, ein Hinweis auf relativ günstige Beschäftigungschancen. Faktor 3 weist mit den positiven Ausprägungen beim Anteil der unter 18-Jährigen sowie beim natürlichen Saldo auf eine vergleichsweise junge Bevölkerung hin, die von einem höheren Ausländeranteil begünstigt wird. In der negativen Ladung des Außenwanderungssaldos kommt auch zum Ausdruck, dass sich etwa ab 1990 die regionale Verteilung der Zuzüge aus dem Ausland änderte und im Vergleich zu den vorangehenden Jahren mehr vom Wohnungs- als vom Arbeitsmarkt beeinflusst war, denn die Binnenwanderungsbilanzen der 25- bis unter 30-Jährigen haben eine sehr untergeordnete Bedeutung für die Ausprägungen von Faktor 3.

Aus den Ladungen in Tabelle 2, welche die Beziehungen zwischen Variablen und Faktoren festlegen, werden die Werte der Faktoren für die berücksichtigten Regionen berechnet. Diese Faktorwerte bilden die Grundlage für die Typisierung der Regionen nach der hierarchischen Ward-Methode. Der sprunghafte Anstieg des Informationsverlustes war ausschlaggebend für die Festlegung von sechs Gruppen oder Clustern. Dieses Ergebnis wurde mit einer anschließenden Diskriminanzanalyse überprüft (Abb. 1 u. 2, Tab. 3).

In den Regionen von Gruppe 1 „Agglomerationen“ sind gemäß der hohen Werte für Faktor 2 die Heterogenisierung und Individualisierung der Gesellschaft weit fortgeschritten, was sich in den überdurchschnittlichen Anteilen der Ausländer sowie der Einpersonenhaushalte bestätigt. Die Binnenwanderungen sind durch gegenläufige Migrationsströme gekennzeichnet. Den Verlusten bei Suburbanisierern und älteren Menschen stehen hohe Gewinne

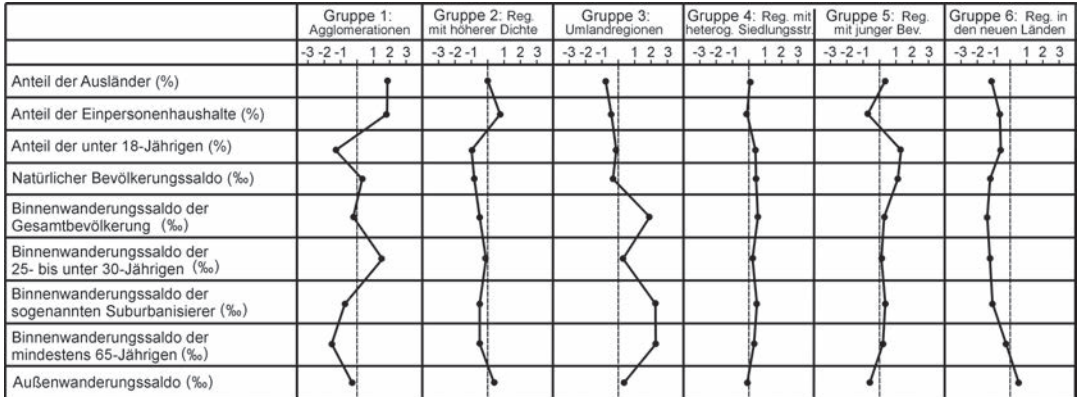
Tab. 3: Median und Quartile der Faktoren zur Beschreibung der Regionstypen mit ähnlichen Ausprägungen für die Teilprozesse des demographischen Wandels

Regionstyp	Faktor 1 Binnenwanderungen			Faktor 2 Heterogenisierung und Individualisierung			Faktor 3 geringe Alterung		
	Q ₁ ¹	Me ²	Q ₂ ¹	Q ₁	Me	Q ₂	Q ₁	Me	Q ₂
1: Agglomerationen	-1,3	-0,4	-0,1	1,6	2,1	2,6	-0,6	0,2	0,5
2: Regionen mit höherer Dichte	-0,6	-0,3	-0,0	0,1	0,4	0,9	-1,3	-0,7	-0,3
3: Umlandregionen	2,0	2,4	3,2	-0,8	0,1	0,4	-1,9	-1,1	-0,5
4: Regionen mit heterogener Siedlungsstruktur	+0,0	0,4	0,7	-0,4	+0,0	0,2	0,1	0,2	0,5
5: Regionen mit junger Bevölkerung	-0,5	-0,0	0,3	-0,8	-0,5	-0,1	1,1	1,5	1,6
6: Regionen in den neuen Ländern	-1,4	-0,9	-0,4	-1,4	-0,9	-0,6	-1,3	-1,0	-0,4

¹ unteres bzw. oberes Quartil; ² Median

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten der Laufenden Raumbeobachtung des BBR

Abb. 2: Standardisierte Mittelwerte der Variablen bzgl. der Regionstypen



Quelle: eigene Berechnungen nach Angaben der Laufenden Raumbeobachtung des BBR

bei jungen Erwachsenen gegenüber, die sich in den großen Agglomerationen Deutschlands mit ihren Metropolfunktionen offenbar gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhoffen.

Vergleichbare Faktorenwerte weisen die Agglomerationen und verstärkten Räume in Gruppe 2 „Regionen mit höherer Dichte“ auf, wenn auch die Mittelwerte größtmäßig weniger pointiert ausfallen. Zur Gruppe 2 zählen Regionen in Ost- wie in Westdeutschland, die sich zwar in der Bevölkerungsstruktur und in der natürlichen Bilanz deutlich unterscheiden, aber vergleichbare Ausprägungen bei den Migrationen verzeichnen. Der negative Saldo für die 25- bis unter 30-Jährigen signalisiert Arbeitsmarktprobleme in diesen Regionen und deutet dadurch eine gewisse Strukturschwäche der regionalen Ökonomien an.

Zur Gruppe 3 „Umlandregionen“ zählen nur sechs Regionen im Umland von Berlin und Hamburg. Sie haben außerordentlich hohe Werte für Faktor 1 und profitieren in großem Maße von Binnenwanderungen (Tab. 3, Abb. 2), vor allem von Zuzügen der Suburbanisierer und der mindestens 65-Jährigen aus Gründen der Wohnumgebung, der Eigentumsbildung oder der Preisgestaltung auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt. Der positive Wert für die Bilanz der 25- bis unter 30-Jährigen lässt sich erklären mit der intraregionalen Dekonzentration von Arbeitsplätzen, mit der Ausdehnung der verdichteten Bebauung über die Grenzen der Kernstädte in das benachbarte Umland oder mit der erhöhten Beteiligung kleinerer Haushalte an den Stadt-Umland-Wanderungen, wie mehrere Untersuchungen im Falle nordrhein-westfälischer Großstädte ergaben (Heitkamp 2002).

Die Regionen in Gruppe 4 „Regionen mit heterogener Siedlungsstruktur“ zeichnen sich durch ähnliche Charakteristika wie die in Cluster 3 aus, wenn auch die Werte für Faktoren und Variablen weniger extrem ausfallen. Die Regionen profitieren von der intra- wie interregionalen Dekonzentration und umfassen sehr unterschiedliche Siedlungsstrukturen: ländliche Gebiete wie Trier oder Donau-Wald mit Passau, verstärkte Räume wie der Südliche Oberrhein mit Freiburg oder kleinere Agglomerationen wie Bonn oder Bielefeld.

Kennzeichnend für die Regionen in Gruppe 5 „Regionen mit junger Bevölkerung“ ist ein hoher Wert für Faktor 3 und damit ein überdurchschnittlicher Anteil der unter 18-Jährigen sowie ein außerordentlich hoher positiver Saldo aus Geburten- und Sterberate (Abb. 2). Die Regionen liegen nahe von großen Agglomerationen wie zum Ruhrgebiet, zum Rhein-Main-Raum, zu Stuttgart oder München. Diese Nähe macht sie attraktiv als Wohnstandort für Haushalte mit Kindern, so dass für sie interregionale Dekonzentrationsprozesse wesentlich für die Bevölkerungsentwicklung sind.

Der Gruppe 6 gehören vor allem Regionen in den neuen Ländern an mit negativen Werten für alle drei Faktoren und mit entsprechend unterproportionalen Ausprägungen für die Variablen zur Bevölkerungsstruktur, zu den natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen. Beim positiven Durchschnitt für den Außenwanderungssaldo sind statistische Basiseffekte zu bedenken (Abb. 2). Betroffen von diesen ungünstig zu wertenden demographischen Verhältnissen sind sowohl Agglomerationen wie Chemnitz/Erzgebirge als auch ländlich geprägte Räume mit sehr geringer Bevölkerungsdichte wie Vorpommern oder die Altmark. Die beiden Regionen Würzburg und Oberfranken-Ost in den alten Ländern sind ebenfalls der Gruppe 6 zugeordnet. Ausschlaggebend ist die sehr negative Binnenwanderungsbilanz der 25- bis unter 30-Jährigen, in Oberfranken-Ost wegen der wirtschaftlichen Probleme, in Würzburg wegen des *mismatch* von Universitätsabgängern und regionaler Arbeitsmarktnachfrage.

4 Zukünftige Bevölkerungsentwicklung in den Regionstypen

Verknüpft man die regionale Bevölkerungsprognose des BBR mit der Typenbildung (Tab. 4), so fällt im Vergleich zu den Regionen insgesamt mit einem Median von -0,2 % eine eher günstigere Erwartung bei Gruppe 1 „Agglomerationen“, bei Gruppe 4 „Regionen mit heterogener Siedlungsstruktur“ oder bei Gruppe 5 „Regionen mit junger Bevölkerung“ auf. Ausgesprochen positiv sind die Erwartungen für das Umland von Berlin oder Hamburg. Negative Trends überwiegen in Gruppe 2 mit den strukturschwächeren „Regionen mit höherer Dichte“ und prägen Gruppe 6.

Die Abweichungen zwischen den oberen und unteren Quartilen verweisen auf erhebliche Schwankungsbreiten der zukünftigen regionalen Bevölkerungsentwicklung innerhalb der jeweiligen Gruppen. So verzeichnet bis 2020 die Agglomeration München eine Zunah-

Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung in den Regionstypen (2000-2020; Angaben in %)

Regionstyp	unteres Quartil	Median	oberes Quartil
1: Agglomerationen	-3,9	-0,1	+3,2
2: Regionen mit höherer Dichte	-“	-5,1	-0,9
3: Umlandregionen	+3,9	+6,9	+14,2
4: Regionen mit heterogener Siedlungsstruktur	-0,5	+3,0	+5,4
5: Regionen mit junger Bevölkerung	-3,6	+0,1	+2,6
6: Regionen in den neuen Ländern	-14,0	-9,0	-3,4
alle Regionen	6,2	-0,2	+3,3

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten der Laufenden Raumbewertung des BBR

me der Einwohnerzahlen von 8,4 %, dagegen die Region Düsseldorf einen Rückgang von 6,4 % und Bremen als Kernstadt sogar von 9,1 %. In Gruppe 2 liegt das Minimum von -13,4 % für Südwestsachsen mit Zwickau und Plauen vor, das Maximum von +2,6 % für die Region Dresden. In Gruppe 6 schneiden Ostthüringen mit -18,3 % oder die Altmark mit -16,6 % sehr schlecht ab, und Würzburg bzw. Westmecklenburg stehen mit einem Plus von 3,0 % bzw. von 1,9 % an der Spitze. Bereits in diesen wenigen Angaben kommt zum Ausdruck, dass die zukünftige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen nicht nur von den gegenwärtigen demographischen Verhältnissen, sondern auch von nicht demographischen Faktoren beeinflusst wird (Rosenfeld; Kronthaler; Kawka 2003). Entsprechende Unterschiede, z. B. in der regionalen Wirtschaftsstruktur, rufen ebenfalls eine demographische Ausdifferenzierung mit sich verstärkenden Disparitäten hervor.

Diese Auseinanderentwicklung äußert sich auch in der räumlich abweichenden Dynamik der Alterung bis 2020. Während sich die Anteile der unter 20-Jährigen zwischen den Gruppen angleichen, erhöht sich der Altenquotient überproportional in den Gruppen 2 und 6 mit Bevölkerungsrückgängen von 5,1 % bzw. 9 % aufgrund der Abwanderung junger Menschen und der erheblichen Geburtendefizite (Abb. 2). Eine ausgeprägte Alterung ist auch in den Umlandregionen trotz zunehmender Einwohnerzahlen zu erwarten, da der Zuzug der Haushalte in den suburbanen Raum häufig von der Wohneigentumsbildung motiviert ist und die anschließend hohe Immobilität ein *ageing in place* zur Folge hat. In den Agglomerationen bleibt die Alterung merklich hinter der in Deutschland insgesamt zurück. Die Agglomerationen profitieren von Wanderungsgewinnen bei jungen Erwachsenen insbesondere aus dem In-, aber auch Ausland.

Tab. 5: Alterung in den Regionstypen (2000-2020; Angaben in %)

Regionstyp	Anteil der unter 20-Jährigen		Altenquotient	
	2000	2020	2000	2020
1: Agglomerationen	19,8	16,9	38,5	47,2
2: Regionen mit höherer Dichte	20,4	16,8	44,5	56,7
3: Umlandregionen	21,7	16,6	39,6	56,1
4: Regionen mit heterogener Siedlungsstruktur	22,3	18,0	41,7	52,6
5: Regionen mit junger Bevölkerung	23,9	19,0	39,9	51,1
6: Regionen in den neuen Ländern	20,9	16,7	43,0	64,3
alle Regionen	21,3	17,4	41,2	53,1

Quelle: eigene Berechnungen nach Daten der Laufenden Raumbewertung des BBR

5 Räumlich-demographische Entwicklung in der EU

Vergleichbare räumlich-demographische Trends sind auch in den Regionen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu finden. Am Beispiel von Frankreich und Spanien ist zu erkennen, dass die Hauptstadtregionen im Hinblick auf Bevölkerungsentwicklung und Alterung günstiger abschneiden als die strukturschwachen Agglomerationen Nord-Pas-de-Calais und País Vasco. In Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte ist eine vergleichbare Differenzierung zwischen prosperierenden Regionen, Languedoc-Roussillon und Comunidad Valenciana, auf der einen sowie nicht prosperierenden Regionen, Limousin und Castilla y León, auf der anderen Seite festzustellen. Im Languedoc-Roussillon basiert die überdurchschnittliche Alterung bis 2020 auf der niedrigen Geburtenhäufigkeit trotz erheblicher Migrationsgewinne, auch aus dem Ausland, im Limousin sind sowohl geringe Fruchtbarkeit als auch Abwanderung junger Menschen zu bedenken.

Tab. 6: Ausgewählte Indikatoren zur Beschreibung des demographischen Wandels in ausgewählten Regionen der EU

	Bevölkerungsentwicklung ¹	Altenquotient ²		Anteil in % der		
		2000-2020	2000	2020	Personen je Haushalt	EPH ³
				2000		
Europäische Union	0,16	1,29	1,78	2,62	29,4	92,5
Frankreich	0,34	1,09	1,60	2,42	29,6	94,6
Ile de France	0,35	0,81	1,11	2,34	33,6	87,8
Nord-Pas-de-Calais	0,04	0,85	1,24	2,57	25,6	96,9
Languedoc-Roussillon	0,76	1,39	1,97	2,37	33,0	93,3
Limousin	-0,09	1,95	2,75	2,28	33,3	97,2
Spanien	0,07	1,46	1,78	3,12	13,5	97,8
Comunidad de Madrid	0,10	1,39	1,74	3,12	13,7	97,7
País Vasco	-0,58	1,86	2,84	3,00	14,7	99,5
Comunidad Valenciana	0,11	1,39	1,74	2,95	17,1	98,6
Castilla y León	-0,42	2,17	2,73	2,89	16,4	99,6

¹ mittleres jährliches Wachstum in %; ² Anteil der mind. 60-Jährigen bezogen auf den Anteil der unter 15-Jährigen; ³ Einpersonenhaushalte; ⁴ staatsangehörige Einwohner

Quelle: Berechnungen nach Angaben von EUROSTAT, Regiodatenbank

Bei der Bevölkerungsstruktur lassen sich die regionalen Ergebnisse, die für Deutschland gewonnen wurden, ohne Einbeziehung sozio-kultureller Unterschiede zwischen den und innerhalb der Länder nicht übertragen. In Spanien prägen noch in den 1980er Jahren Land-Stadt-Wanderungen die räumlichen Bevölkerungsbewegungen (García Coll; Stillwell 1999). Daher haben in den Agglomerationen Familien in der Expansions- bzw. Stagnationsphase eine relativ hohe Bedeutung im Vergleich zum ländlich geprägten Castilla y León, wo die mittlere Haushaltsgröße unterdurchschnittlich und die Alterung bereits im Jahre 2000 weit fortgeschritten ist. Der sehr geringe Anteil der Einpersonenhaushalte in Spanien lässt darauf schließen, dass ähnlich wie in Italien die jungen Erwachsenen länger im elterlichen Haushalt verbleiben. Auch die Heterogenisierung der Bevölkerung fällt deutlich geringer als in Frankreich oder in Deutschland aus. Unterschiede von Wohnungs- und Arbeitsmarkt, von sozio-kulturell bedingten Wertvorstellungen und bei den Außenwanderungen spielen eine entscheidende Rolle (Klein; Lengerer; Uzelac 2002).

6 Spezifische Herausforderungen für die Regionalentwicklung

Der demographische Wandel wird sich nicht nur in Deutschland quantitativ wie qualitativ räumlich sehr differenziert auswirken. Aus dieser Erkenntnis sind spezifische Herausforderungen an die regionale Entwicklung in den verschiedenen Teilräumen abzuleiten. In dünn besiedelten ländlichen Gebieten gefährdet der Rückgang der Einwohnerzahlen die flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung. Die sinkende regionale Nachfrage führt zu Attraktivitätsverlusten und kann in kumulativen Schrumpfungsprozessen münden. Eine Handlungsempfehlung für ländliche Räume mit stark rückläufigen Einwohnerzahlen und rascher Alterung wäre zum einen die Stärkung Zentraler Orte zur Aufrechterhaltung von Infrastrukturen und personenbezogenen Dienstleistungen. Zum anderen sollte parallel die Mobilisierung von Einrichtungen erweitert werden, um möglichst eine Versorgung in der Fläche beibehalten zu können (Kocks 2003; Gatzweiler; Kocks 2004).

Die Agglomerationen mit günstigen Beschäftigungschancen und besseren Verdienstmöglichkeiten werden den Wettbewerb um junge und gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen. Auch bei Personen aus dem Ausland werden sie Vorteile haben, welche in hohem Maße auf der Wirksamkeit von Migrantennetzwerken beruhen (Bähr; Gans 2003). Allerdings verstärkt sich in den Agglomerationen die soziale Polarisation und Segregation. Die Heterogenisierung der Bevölkerung durch Zuwanderung aus Nicht-Industrielländern stellt Herausforderungen an die soziale Integration, die in strukturschwachen Agglomerationen kaum über den Arbeitsmarkt erfolgen kann (Böltken; Gatzweiler; Meyer 2002; Bucher; Kocks; Schlömer 2002; Plahuta 2004). Bezüglich der Integration ist auch das Bildungssystem, Kindergarten, Schule sowie Erwachsenenbildung, zur Förderung der Kommunikationsfähigkeit gefordert.

Die Ergebnisse heben hervor, dass die räumlichen Effekte der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung nur bedingt entlang siedlungsstruktureller Kategorisierungen verlaufen. Es gibt eben in Deutschland genauso wie in Europa strukturstarke wie strukturschwache Agglomerationen, prosperierende wie nicht prosperierende ländliche Räume. Zudem sind auch innerhalb der Raumordnungsregionen erhebliche Unterschiede in den räumlichen Auswirkungen auf die demographische Entwicklung zu erwarten. Die Regionen sind ein zu grobes Raster. Beispielhaft sei auf die Agglomerationen verwiesen. Dort werden die Kernstädte von Bevölkerungsrückgang und fortschreitender Heterogenisierung der Einwohner betroffen sein, das Umland von Bevölkerungszunahme und überproportionaler Alterung.

Literatur

- Bähr, J.; Gans, P. (2003): Regionale Typen ähnlicher Migrationsdynamik in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28 (2-4), S. 233-242.
- Böltken, F.; Gatzweiler, H.-P.; Meyer, K. (2002): Räumliche Integration von Ausländern und Zuwanderern. In: Informationen zur Raumentwicklung 2002 (8), S. 397-414.
- Bucher, H.; Kocks, M.; Schlömer, C. (2002): Künftige internationale Wanderungen und die räumliche Inzidenz von Integrationsaufgaben. In: Informationen zur Raumentwicklung 2002 (8), S. 415-429.
- Bucher, H.; Schlömer, C.; Lackmann, G. (2004): Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020. In: Informationen zur Raumentwicklung 2004 (3/4), S. 107-126.
- García Coll; Stillwell, J. (1999): Inter-Provincial migration in Spain: Temporal trends and agespecific patterns. In: International Journal of Population Geography 5 (2), S. 97-115.
- Gatzweiler, H.-P.; Kocks, M. (2004): Demographischer Wandel. Modellvorhaben der Raumordnung als Handlungsfeld des Bundes. In: Raumforschung und Raumordnung 62 (2), S. 133-148.
- Heitkamp, T. (2002): Motivlagen der Stadt-Umland-Wanderung und Tendenzen der zukünftigen Wohnungsnachfrage. In: Informationen zur Raumentwicklung 2002 (3), S. 163-171.
- Klein, Th.; Lengerer, A.; Uzelac, M. (2002): Partnerschaftliche Lebensformen im internationalen Vergleich. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27 (3), S. 359-379.
- Kocks, M. (2003): Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen? [Themenheft]. In: Informationen zur Raumentwicklung 2003 (12), S. 709-787.
- Mädling, H. (2002): Demographischer Wandel: Herausforderungen an eine künftige Stadtpolitik. Manuskript anlässlich eines Vortrages bei der Statistischen Woche am 8. Februar 2002 in Konstanz. Berlin.
- Plahuta, S. (2004): Bevölkerungsentwicklung in einer prosperierenden Region. In: Raumforschung und Raumordnung 62 (2), S. 121-132.
- Rosenfeld, M. T. W.; Kronthaler, F.; Kawka, R. (2003): Nicht-demographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland. Expertise im Auftrag der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Halle.

Schrumpfende Städte und Regionen im Osten Deutschlands – Testfall für den Westen?

Gliederung

- 1 Die Ostdeutschen als Avantgarde
- 2 Schrumpfung ist konkret
- 3 Neue Mitspieler und neue Spielregeln
- 4 Nachhaltigkeit im Koordinatensystem der Schrumpfung ausrichten
- 5 Was tun die Planer?
- 6 Eine kleine Provinzgeschichte: Weniger ist weniger. Oder doch mehr?

Literatur

„Benoit Mandelbrot stellte die Frage:

Wie lang ist die Küste Englands?

Seine Antwort:

Es kommt darauf an, mit welchem Maßstab man misst!“¹

So ähnlich verhält es sich mit dem Thema meines Beitrags. Soll ich die Antwort auf meine im Titel des Referats selbst formulierte Frage: Schrumpfende Städte und Regionen im Osten Deutschlands – Testfall für den Westen? vorwegnehmen, dann müsste ich ebenfalls antworten: Das hängt vom Betrachtungsmaßstab ab. Je generalisierender die Perspektive gewählt wird, desto unscheinbarer und unwichtiger werden die Schrumpfungerscheinungen Ostdeutschlands vor dem Hintergrund weltweiter Globalisierungs-, Transformations- und Wandlungsprozesse, wie sie immer stattgefunden haben und weiterhin stattfinden werden.

Zoomen wir jedoch zu nahe heran, treten Eigenarten, Probleme und Besorgnis erregende Prozessverläufe hervor, die nur für den Osten Deutschlands zutreffen. Betrachten wir

- das Territorium der fünf neuen Länder, also die ehemalige DDR als Auswanderungsland, so lange sie bestanden hat,
- das Ausbleiben von Immigration in den ostdeutschen Städten seit Jahrzehnten,
- die deutlich höhere Arbeitslosigkeit,
- den strukturellen Wohnungsüberhang und sonstigen massiven Flächenleerstand
- u.v.a.m.,

¹ Benoit Mandelbrot was largely responsible for the present interest in fractal geometry. He showed how fractals can occur in many different places in both mathematics and elsewhere in nature.

dann erscheinen schrumpfende Städte und Regionen als ein genuin ostdeutsches Phänomen, das spezifische Reaktionen und Förderungen erfordert. Aus einer westdeutschen Perspektive könnte man sich dann mit einiger Gelassenheit wappnen. Und machen wir uns nichts vor: Genau das ist die dominierende Wahrnehmung.

Zoomen wir jedoch wieder ein Stück heraus und richten den Blick auf Gesamtdeutschland, insbesondere

- die demographischen Vorhersagen für die deutsche Bevölkerung,
- die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland,
- die kommunale Finanzknappheit,
- die unbedingt zu erwartenden neuen Politikschwerpunkte, z. B. die Bildung, Technologieförderung, Wissenschaft und Familienpolitik, die ihren Anteil in den öffentlichen Haushalten beanspruchen werden,

dann gibt es Grund genug zur Sorge. Und genügend Anlass, den Blick nach Osten zu richten.

1 Die Ostdeutschen als Avantgarde

Meine erste These ist, dass im Osten Deutschlands aus dem faktisch größeren Problemdruck heraus Praktiken entstehen, die Modellcharakter haben und die Stadt- und Regionalplanung beeinflussen, und zwar bis tief in ihre inhaltlichen und methodischen Grundlagen hinein. Da im Osten Deutschlands das Stadtverständnis modernisiert, die Planungsmethodik weiterentwickelt wird und Fördersysteme sowie kommunale Strategien auf dem Prüfstand stehen, wird dies auch für die stattfindenden Transformationsprozesse im Westen Deutschlands relevant – ganz unabhängig davon, ob es sich bei der eigenen um eine schrumpfende oder wachsende Stadt oder Region handelt. Das praktische, das Erfahrungswissen ist vor Ort wesentlich weiter entwickelt als das theoretische Wissen zur Schrumpfungproblematik. Wir haben systematische Erkenntnisse und unsystematische Beobachtungen, eine recht gute Statistik und eine ganze Reihe Erfahrungen aus dem experimentellen Umgang mit den hierorts vorhandenen Problemen.

In diesem Sinne trafe die Behauptung Wolfgang Englers zu, der den Osten als eine *Avantgarde* sieht und zunächst selbst seiner ungewöhnlichen Zuschreibung hinterherhorchte:

„Schließen sich die Worte ‚Ostdeutschland‘ und ‚Zukunft‘ nicht wechselseitig aus? Klingt ‚Die Ostdeutschen als Avantgarde‘ nicht wie eine Parodie auf Verhältnisse, mit denen sich Müdigkeit und Resignation zwangloser verknüpft als Zuversicht und Tagtraum? Für mich eröffnete sich erst durch diesen Zugang die Möglichkeit, über die Ostdeutschen nach 1989 schreiben zu können, und so unsicher ich meiner Sache zu Anfang war, so erstaunt war ich, als die Wirklichkeit, derart zur Rede gestellt, zu antworten begann.“ (Engler 2002)

Ich möchte gern erreichen, dass Sie dies nach meinem Beitrag nachvollziehen können, auch wenn meine Aussagen die Form von Fragen, ersten Entwürfen und Thesen tragen.

2 Schrumpfung ist konkret

Zum Ende der 1990er Jahre hatte sich aus dem besten Willen nicht mehr zu übersehenden Anzeichen die Leerstandsproblematik so weit zusammengeballt, dass sich aus einer Art Urnebel der Begriff *Schrumpfung* innerhalb von nur wenigen Monaten zur neuen stadtplanerischen Kategorie komprimierte und sich seitdem mit Lichtgeschwindigkeit ausbreitet.

Freilich muss man festhalten, dass dies alles ein Weilchen gedauert hatte. Zunächst einmal muss man nämlich von Ostdeutschland lernen, wie lang reale Entwicklungen und zweifelnde Stimmen von einer von Wachstumserwartungen erfüllten öffentlichen Meinung völlig überlagert werden konnten.

Aus Leipzig kommend muss ich einfach die theatralische Immobilienpleite des Baulöwen Schneider aus dem Jahr 1994 erwähnen. Die Schrumpfende-Stadt-Story könnte man hier beginnen lassen. Schneider selbst und die ihm völlig vertrauenden Banken bekamen ganz offenbar nicht mit, dass sie selbst der Aufschwung waren, für den sie da bauten (und an den sie teuer vermieten wollten). Heute hat Schneider noch viele Sympathisanten. Die Leute sagten und sagen noch immer, hätte sich Schneider nicht so gnadenlos überschätzt (und nebenbei bemerkt: andere hemmungslos betrogen), dann wären viele Dinge gar nicht erst ins Laufen gekommen.

Fürwahr, das nennt man eine Chuzpe, die irgendwie prototypisch für eine umfassende – ich nenne das – *Wachstumshegemonie* der 90er Jahre steht, von der wir heute wissen, wie weit entfernt sie von der Realität war.

Aber die Luft entwich zunächst nur ganz langsam aus der Immobilienblase, die ja nicht allein von der heißen Luft privater Fehlspekulationen angefüllt, sondern ebenfalls recht gut vom öffentlichen Förderdruck erfüllt war. Die sog. Pestelstudie von 1996² muss man rückblickend als „Ruf der Cassandra“ einordnen, hatte sie doch offenbar ganz zutreffend die zu erwartenden Leerstandsentwicklungen insbesondere in Plattenbauten prognostiziert. Das wollte seinerzeit niemand hören. Erst die Expertenkommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern“ fand schließlich Gehör und eine städtebaupolitische Reaktion, die dann allerdings bemerkenswert schnell und praxistauglich ausfiel. Der Stadtumbau Ost ist inzwischen in vielen Städten und Wohnungsunternehmen erprobte Realität geworden.

Wir müssen also einsehen, dass Statistik und Prognosen mit ihren scheinbar so unwiderlegbaren und rationalen Argumenten vor unseren Augen ganz offenbar sehr unterschiedliche Wirkungen entfalten können, je nachdem, wer sie wo, wann und mit welchem Kalkül betrachtet.

„Doch so läuft das nicht mit der Zahl. Sie taucht fern ihrer Ursache auf, ob Autobahn oder Arbeitslose, ob Wachstum oder Inflation, Umsatz oder Prognose, durch Zeitung, Fernsehen,

² Die sog. „Pestelstudie“ (Eduard-Pestel-Institut für Systemforschung im Auftrag der DSL-Bank) kündigte im Jahr 1996 für das Jahr 2010 einen Wohnungsüberschuss von 950.000 Einheiten, vorwiegend in den Plattenbaubeständen an.

Radio, Internet. Sie ist überall – aber nur ganz selten dort, wo sie hingehört: zu der Sache, den Menschen und ihren Werken, die sie repräsentieren soll.“ (Lotter 2004)

Eine zentrale Aussage lautet daher: Schrumpfung ist konkret. Man muss sie anschauen, hören, riechen, alle Sensoren ausfahren, wissen, wie sich das anfühlt. Aus der Statistik allein erschließt sich die schrumpfende Stadt nicht.

Das gilt auch für die Zukunft. In einem unglaublichen Kraftakt haben viele Städte der neuen Bundesländer Wohnungsleerstandsprognosen bis zum Jahr 2010, 2015 oder gar 2020 erstellt. Häufig genug mussten sie kurze Zeit darauf feststellen, dass die Realentwicklung die Prognose hinter sich ließ. Auch das Gegenteil trat mancherorts ein.

Eine Reduktion der schrumpfenden Stadt auf Statistik und Prognose bedeutete eine Erwartung an eine vorhersagbare Stadtentwicklung. Der Verlauf von Schrumpfung (was auch immer man darunter verstehen mag) ist jedoch sehr schwer vorherzusagen. Hier laufen chaotische Prozesse ab. Dies ist nicht nur im Sinne einer Ordnung zu verstehen, die wir einfach noch nicht durchschauen, sondern von Folgen, die nicht in erklärbaren kausalen Zusammenhängen, weit entfernt von ihren Ursachen auftauchen. Dies muss nicht gleich das Gegenteil von Planung bedeuten, aber wenigstens doch den Verlust von Gewissheiten. Interessant genug: Ursprünglich stammt das Wort „Chaos“ aus dem Griechischen und bedeutete: unförmige Masse, aber auch gähnender Schlund, Abgrund, klaffende Leere.

Stadtplanung verschiebt sich deutlich auf eine Form von Begleitung und Betreuung. Die schnelle Fortschreibung von Prognosen, die Anpassung von Planungskonzepten, eine Transformation von Stadt und Region in Permanenz – all das sind Erfahrungen, die für jeden völlig klar auf der Hand liegen, der hier mit entsprechenden Problemen beschäftigt ist.

3 Neue Mitspieler und neue Spielregeln

Es sind neue Akteure im Spiel und die Spielregeln sind andere als noch in Zeiten von Wohnungsnot und Flächenknappheit (dies ist ja der Hintergrund für unsere kollektive Sozialisation als Planerinnen und Planer, wenn man so will: unser aller Trauma und: unser Monopol auf die bisherige top-down-Planung).

Auf die Bühne treten sehr unterschiedliche neue Protagonisten: Voilà, da sind:

- der autonome Eigentümer, der sich – mit oder ohne Eigenheimzulage – sein Häuschen bauen wird;
- der Mieter, der vom landlord nicht mehr erpresst oder genötigt werden kann;
- die privaten Eigentümer, für die Immobilienbesitz eine ökonomische Kategorie darstellt, deren Verhalten rational ist und bei den Mitspielern ebenfalls rationale strategische Entscheidungen unterstellt;
- oder diejenigen privaten Eigentümer, die in einem unscharf abgegrenzten Spielraum zufällig und unbewusst reagieren, die vielleicht als Liebhaber des eigenen Objekts oder auch als Konkursverwalter agieren, oder die sich gar nicht mehr bewegen, weil sie nicht mehr wissen, was sie tun sollen;

- die Wohnungsunternehmen, die gerade erst das Handeln auf dem Markt erlernt hatten und unter ihren alten und neuen Schulden schon fast wieder handlungsunfähig geworden sind;
- die Banken als graue Eminenzen, die ihre Portfolios voller verkrachter Immobilienprojekte haben,
- aber auch lokale Potenziale und soziale Kapitale, Gemeinschaften, Gruppen, Vereine, kirchliche Gemeinden u.a.m., die umso mehr an Bedeutung gewinnen, je stärker traditionelle Akteure ausfallen,
- usw.

Wie sich diese Individuen und Gruppen in einem Überangebot von Flächen und Räumen verhalten, ist nicht sicher vorherzusagen. Sicher ist hingegen: Der Stadtentwicklung kommen reihenweise private (immobilienwirtschaftliche) Akteure abhanden, denn anders als unter Wachstumsvorzeichen ist der zukünftige Bedarf an Immobilien per se geringer als der aktuelle. Private Investitionen werden riskant und bleiben aus.

„Bei einer schrumpfenden Bevölkerung tritt das Phänomen auf, dass sich Investitionen nicht – wie in einer wachsenden Wirtschaft typisch – nach einer gewissen Zeit als einigermaßen rentabel erweisen. In einem Umfeld, in dem kein Wachstum zu erwarten ist, werden Investitionen, die am aktuellen Bedarf vorbeigehen, nachhaltig zu Fehlinvestitionen.“ (Walter 2003)

So beschreibt Norbert Walter die immobilienwirtschaftliche Crux des Problems. In der traditionellen Stadterfahrung der stets wachsenden und sich verdichtenden Stadt konnten sich die persönlichen Einzelinteressen der Eigentümer im Prinzip und in Permanenz mit einem ökonomischen Gewinn realisieren lassen. Damit ist es in der schrumpfenden Stadt definitiv vorbei. Private immobilienwirtschaftliche Eigentümer werden umfassend (nicht nur wie bisher bekannt in dem einen oder anderen Sanierungsgebiet) zu Unterstützungsbedürftigen. Dass der Immobilienmarkt in einer Stadt/einem Stadtteil wieder „anspringt“, rückt plötzlich in das öffentliche Interesse.

Vor dem Hintergrund degressiver Entwicklungsvorzeichen und eines wachsenden Überangebots an Fläche und Raum werden räumliche Umverteilungsprozesse unsystematisch, zufällig ablaufen, ja anarchisch anmuten. Dies bedeutet sehr viel weniger steuerbare Reproduktionsprozesse in der Stadt. Unser Planerwissen und Planungshandeln muss sich viel stärker als bisher um die Akteure der städtischen Transformationsprozesse bemühen. Normative Setzungen im Sinne bisherigen Planungshandelns könnten in der schrumpfenden Stadt leicht zum Wunschenken geraten.

Im Zusammenhang der Ausarbeitung der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte und der Beiträge der Städte zum Bundeswettbewerb Stadtumbau Ost ist es Standard geworden, dass Vertreter von Stadtverwaltungen und Wohnungswirtschaft zusammenarbeiten. Oft genug sind diese Arbeitsstrukturen zur Chefsache gemacht worden, häufig wurden Vertreter der Stadtwirtschaft und der privaten Hausbesitzerverbände hinzugezogen.

4 Nachhaltigkeit im Koordinatensystem der Schrumpfung ausrichten

Eine stärker akteursbezogene Sichtweise führt uns schnurstracks weg von einer dominierend städte-*bau*-lichen Haltung. Die Stadt muss nicht mehr erschaffen, erbaut werden. Sie ist da, sogar im Überfluss vorhanden. Und sie verändert sich ganz offenbar vor unseren Augen und auch ohne unser Zutun.

An die Stelle der alten, kompakten Stadt – nennen wir sie „europäische Stadt“ und verbinden sie mit Eigenschaften wie Kohärenz, Kontinuität und Integrationskraft – tritt ein neues diffuses und disperses urbanes Raumsystem. Schrumpfung im städtischen und regionalen Kontext wird überwiegend nicht zu einer Spontan-Kontraktion des Stadtgebiets führen, zu einem einfach nur weiter zur Mitte verschobenen Stadtrand, und im Zentrum bliebe die Essenz dessen übrig, was wir an der Stadt so lieben. In der schrumpfenden Stadt findet vielmehr eine Dispersion nach innen und außen statt – ein weiteres Siedlungsflächenwachstum an der Peripherie und eine allmählich immer stärkere Ausdünnung in der Fläche mit sehr widersprüchlichen Sub- und Reurbanisierungstendenzen. Bis der baulich-räumliche, infrastrukturelle und soziale Zusammenhang der Stadt reißt. Das spricht für einen weiter zunehmenden fraktalen Zustand von Stadt und es sind alle gut beraten, die Bruchkanten zwischen baulichen Archipelen in ein zeitgemäßes Stadtmodell einzuschreiben.

5 Was tun die Planer?

Familienpolitik unterstützen? Wirtschaftsförderung betreiben? Planer sind und bleiben die *Champions für den Raum*. Leider wissen sie nicht, wie weit das räumliche Modell der Dispersion nach außen und der Perforation nach innen noch dehnbar ist. Entleerung kann eine wohltuende Auflockerung bedeuten: nicht so dicht aufeinander zu wohnen, immer einen Parkplatz vor der Tür zu finden, durch die Baulücke auf der anderen Hofseite ein bisschen Sonne auf dem Balkon zu bekommen. Ab wann schlägt dies jedoch in das unbehagliche Gefühl des Verlustes und Verlassenseins um und forciert wiederum die Entleerung? Ab welchem Entleerungsgrad in Stadt und Quartier führt das Ausdünnen zu unwirtschaftlichen, unschönen, unsicheren, unwirtschaftlichen Stadtzuständen? Welches Auseinanderreißen des physischen Zusammenhalts der Stadt ist ein Verlust, eine Störung mit hoher Virulenz? Und wann generiert genau diese innere Peripherie die Qualität, mitten in der Stadt und doch am Rand zu leben?

Ist *schön, sicher, wirtschaftlich* und *behaglich* immer noch das, was wir früher darunter verstanden haben, oder werden gerade unsere kollektiven Schmerzgrenzen verschoben? Wie sieht das zeitgemäße öffentliche Interesse an den Verteilungsmustern von Leuten, Nachfragern, Kaufkraft usw. im Raum aus, wenn die dichten Stadtmodelle der Vergangenheit obsolet geworden sind? Das sind Fragen, die Planerinnen und Planer beantworten müssen, sowohl für die Stadt und für die Stadt-Umland-Beziehungen als auch für die Regionen und die Länder und schließlich für das unter Schrumpfungs- und Wachstumsvorzeichen sich ausdifferenzierende Territorium von Deutschland mitten in Europa.

Mit unseren bisherigen allgemeinen Lesarten zur *Nachhaltigkeit* sind wir diesen Fragen recht hilflos ausgeliefert. Nachhaltigkeit – dieses Konzept wurde in Hinblick auf den Schutz der Ressourcen unter Wachstumsvorzeichen gedacht. Nachhaltigkeit muss nun in der

schrumpfenden Stadt neu definiert werden und muss als eine zentrale Qualität auf ein neues, gnadenloses Koordinatensystem ausgerichtet werden.

- Die öffentlichen Infrastrukturen müssen aus ihrem Bezug zu den kommunalen Haushalten und privaten Portmonees unterhalten, erweitert oder reduziert werden.
- Die stadttechnischen Netze müssen ihn ihrer elementaren Funktionsfähigkeit erhalten bleiben und Mindeststandards des Umwelt- und Gesundheitsschutzes gewährleisten.
- Die immer stärker werdenden sozialen und kulturellen Unterschiede, ja Konflikte müssen beherrscht werden, wollen wir in den Städten und Stadtteilen den sozialen Frieden und die öffentliche Ordnung aufrechterhalten.

Planung kommt sozusagen an die Ursprünge ihrer Disziplin zurück.

6 Eine kleine Provinzgeschichte: Weniger ist weniger. Oder doch mehr?

Zur zentralen Frage für uns Planerinnen und Planer wird, welche siedlungsbildenden Faktoren in Hinblick auf eine neue Wertschöpfung in der Zukunft an Bedeutung gewinnen und welche verlieren. Kreativität und Erfindungsreichtum sind überall möglich, in den Hochhauschluchten von NYC oder im sonnigen, wenig urbanen Silicon Valley, in Halle-Neustadt oder Neu-Delhi, in Leipzig, Lützenscha oder London.

Führen „Schrumpfung“ und „Wachstum“ stets und folgerichtig zu stärker werdenden Disparitäten zwischen Wachstumsräumen und peripheren Lagen in Deutschland und Europa, also zu noch mehr Wachstum an der einen Stelle und zu noch mehr Schrumpfung am anderen Ort? Oder gibt es auch Argumente/Thesen, die für großräumige Dekonzentrationsprozesse sprechen?

Leipzig hat man unverblümt mitgeteilt, dass 500.000 Einwohner zu wenig seien für die Ausrichtung der Olympischen Spiele, aber wie viele Menschen braucht man hierorts, um erneut die kritische Masse für Innovation und neue Wertschöpfung zu generieren? Wie dicht sollten die Kreativen beieinander leben, wie groß die Siedlungen sein, wie komplex ihre interne Kommunikation, wie komfortabel die Siedlungen in anderen (Wachstums-) Räumen sein, wie schön der Blick aus dem Fenster?

Gewiss gibt es keine absoluten Kriterien für Größe, Nähe und Dichte als Indikatoren für Vitalität. Aber genau darum geht es wohl in erster Linie: um Vitalität und Gesundheit, um kritische Massen und inspirierende Milieus, vitale Gemeinschaften in anregenden, sicheren Siedlungsräumen. Ein im komplexen Sinne gesundes Milieu, stressfrei und kreativ zu arbeiten, zu kommunizieren, könnte zur zentralen Voraussetzung werden, die intellektuellen Fähigkeiten in den jeweiligen Kooperationsbeziehungen zu entwickeln. Gesundheit ist hier in einem umfassenden Sinn gemeint, sie umfasst auch die Tatsache, ökonomisch wertschöpfend und sozialfreundlich und gerecht zu sein (siehe vorn unter Nachhaltigkeit).

Wahrscheinlich, genauer gesagt: mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit werden nicht *alle* schrumpfenden Städte eine erfolgreiche Repositionierung im globalen oder auch nur im überregionalen Wettbewerb erleben. Sich einfach durch größere kommunale Anstrengungen und ein Quäntchen Glück wieder an Wachstumsräume und -szenarien anzukoppeln, wird auf längere Sicht die Ausnahme, nicht die Regel sein.

Der Normalfall – und ich bin mir bewusst, wie stark gefährdet dieser *Normalfall* derzeit ist – wird eher so aussehen: Städte haben nette Stadtkerne, preiswerte Wohnungen, frische Luft, vielleicht sogar eine Berufs- oder Fachschule sowie eine Autobahnanschlussstelle innerhalb des 5-km-Radius und werden sich dennoch auf immer kleinerem Niveau der Einwohnerzahlen und der lokalen Wertschöpfung reproduzieren. Man lebt. Obwohl wir es so gern anders hätten: Weniger ist vor allem weniger. Die Peripherisierung (in der Fläche) und die Provinzialisierung (der Siedlungen) erzeugen einen Stadt- und Regionstyp, bei dem „Schrumpfung auf der ganzen Linie“ (Engler 2002) eintritt.

Auf anständige Weise älter und schwächer zu werden, das ist eine individuelle Lebensaufgabe, so exklusiv wie universal. Jeder/jede ist gut beraten, damit umzugehen zu lernen. Nun wird es unsere kollektive Aufgabe. Es ist hilfreich und konstruktiv, wenn unter der Überschrift „Schrumpfung als Chance“ nicht immer wieder nur im Subtext die alten Wachstumsgeschichten aufblitzen. Die Denk- und Arbeitsrichtungen, die hierorts dafür gefunden werden, heißen zum Beispiel: Shrink positive, Haushalten und Stadthalten, sich zusammenreißen und zusammenarbeiten usw. usw.

In der Wirtschaft denkt man ja gar nicht daran, von Schrumpfung zu sprechen. Da heißt es bestenfalls Nullwachstum oder gar Minuswachstum. Natürlich gibt es ihn auf diesem Gebiet noch, den Glauben an das ungebremste Wachstum. Als Beleg dazu sei ein Interview von Steffan Heuer mit Paul Romer angeführt, den der Autor „Prophet des ungebremsten Wachstums. Immer noch.“ nennt.

- „Schnelles Wachstum ist möglich!
- Was braucht man dazu?
- Immaterielle Werte und die Entdeckung neuer Ideen sind der Schlüssel zu schnellem und anhaltendem Wachstum.“

Angesichts des heute erreichten Produktivitätsgrades können *weniger* Menschen *mehr* schaffen. Wenn es im geistigen Raum, im Schöpferium der Menschen und ihrer Kreativität keine Grenzen gibt, dann ist das Credo „Weniger ist mehr“ nicht bloße Koketterie, sondern kann tatsächlich eine Chance bedeuten, da *weniger* eben *anders* ist als die proportionalen Wachstumskorridore der alten Industriegesellschaft mit ihren Ressourcen- und Standortbindungen verhiessen. Das freilich setzt einen gesellschaftlichen Fortschritt voraus, nach dem nicht nur immer weniger immer mehr schaffen, sondern weiterhin alle – auf eine zivilisierte Weise – daran teilhaben können. Das ist die Aufgabe, vor der Deutschland gerade steht.

Zum Abschluss und zum Mutmachen sei hierfür ein Leitmotiv für diese Aufgabe zitiert, das für alle anstehenden Aufgaben der Transformation und Entwicklung gilt und zutrifft, egal ob West oder Ost, Schrumpfungs- oder Wachstumsraum.

*„Ein kurzes Märchen über das Wachstum
Wachstum ist gut, sagte der Luftballon und platzte...
Wachstum ist schlecht, sagte der Tod und lachte.
Ich weiß überhaupt nicht, wovon ihr redet,
sagte die Raupe und wurde zum Schmetterling.“*

(brand eins, 2003)

Literatur

www-gap.dcs.st-and.ac.uk.

Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. S. 9, S. 102.

Lotter, Wolf (2004): Das falsche Gewicht. In: brand eins Wirtschaftsmagazin 02, S. 57.

Walter, Norbert (2003): Migration in Europa, Betrachtungen aus Sicht der Wirtschaft. In: polis, Zeitschrift für Stadt und Baukultur 2, S. 17.

Heuer, Steffan (2004): Akne oder Tumor. Interview mit Paul Romer. In: brand eins Wirtschaftsmagazin, S. 66 ff.

brand eins Wirtschaftsmagazin (2003), S. 47.

Forum 1: Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen

Heiner Monheim

Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs

Einführung des Moderators

Gliederung

- 1 Politik für den ländlichen Raum mit zweierlei Maß
- 2 Der reine Blick auf Bevölkerungsentwicklung und -dichte täuscht
- 3 Deutsche Zumutbarkeitsgrenzen nutzen „infam“ das dezentrale Städtenetz
- 4 Es gibt viele kreative Auffangstrategien – sie werden nur zu selten systematisch genutzt

1 Politik für den ländlichen Raum mit zweierlei Maß

Politik für den ländlichen Raum reagiert sehr verschieden auf zurückgehende Bevölkerung und Siedlungsdichte.

- Im personalintensiven Bereich (Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit, Sicherheit, öffentlicher Verkehr) wird gern und schnell in die überkommenen Versorgungssysteme „geschnitten“. Fortschreitende Aushöhlung dezentraler Versorgung und räumliche Konzentration auf wenige Schwerpunkte ist die Folge. Dabei dominiert eine enge, betriebswirtschaftliche Kostensicht. So genannte Sparzwänge werden rituell bemüht. Die damit drohenden Attraktivitätsverluste und Effekte (z. B. forcierte Abwanderung, Maximierung des Transportaufwandes, hohe Zeitverluste) werden ignoriert. Mittel- und langfristige, direkte und indirekte Folgekosten werden weitgehend ausgeblendet. So wiederholt sich ein Prozess, der schon einmal in den 70er und 80er Jahren das Verwaltungs-, das Schul- und das Gesundheitssystem stark ausgedünnt hat, mit der Folge riesiger Folgekosten im Bereich von Verkehr und Zeit.
- Im Bereich der „harten“ Infrastruktur dagegen wird unverändert mit maximalen Standards und ohne Rücksicht auf Bevölkerungsrückgang und Bevölkerungsdichte ausgebaut. Typisches Beispiel ist das Straßennetz. Hier haben Großprojekte auch und gerade im ländlichen Raum Hochkonjunktur. Die Bedarfsanmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan sind ein Beispiel. Hier ist nichts von „neuer Bescheidenheit“ zu merken. Sparautobahnen oder Miniortsumgehungen für den ländlichen Raum sind tabu. Hier werden weiter starr die gängigen Erreichbarkeitsmodelle und darin weiterhin die durch Straßenbau einsparbaren Zeitkosten und erzielbaren Standortverbesserungen und angeblichen Arbeitsmarkteffekte bedarfsbegründend angeführt.

Fazit: Wenn wir weiter primär eine hardwarefixierte, immer dezentraler orientierte Ausgabenpolitik machen (Beton = Investition in die Zukunft) und den „Softwarebereich“ (Bildung, Intelligenz, Gesundheit, Kultur) stattdessen mit Konzentrationsansätzen als „Steinbruch zum Sparen“ nutzen, ist das wenig sinnvoll und rächt sich mit massiven Folgekosten.

2 Der reine Blick auf Bevölkerungsentwicklung und -dichte täuscht

Bei der Berücksichtigung der Siedlungs-/Bevölkerungsdichte dominiert der simple Blick auf „nackte“ Bevölkerungsdaten. Schon die Differenzierung in Tag-/Nachtbevölkerung oder saisonale Bevölkerung (Naherholungsgebiete, Tourismusregionen) unterbleibt. Vielfach ergeben sich aber durch diese zusätzliche saisonale Bevölkerung ganz andere Bedarfsmaßstäbe, etwa im Bereich von öffentlichem Verkehr oder Gesundheitseinrichtungen. Wenn in manchen Regionen mehr als 50 % der Fahrgäste oder 50 % der Patienten Touristen sind, hilft eine rein einwohnerfixierte Betrachtung wenig.

3 Deutsche Zumutbarkeitsgrenzen nutzen „infam“ das dezentrale Städtenetz

Die Aufrechterhaltung dezentraler Versorgungsstrukturen hat in Deutschland einen geringeren Stellenwert als in noch viel dünner besiedelten Regionen anderer Länder (z. B. Skandinavien, Spanien, Griechenland, Mezzogiorno). Dies hat eine Ursache in dem sehr dezentralen Städtenetz mit seinen ca. 1.500 Klein- und Mittelstädten. Die Tatsache, dass fast immer in nicht allzu großer Entfernung selbst in für deutsche Verhältnisse extrem dünn besiedelten Gebieten noch ein „potenter“ Versorgungsstandort liegt, schwächt den Kampf gegen den Rückzug der Infrastruktur, weil immer behauptet werden kann, eine gewisse Mindestversorgung sei noch gegeben.

4 Es gibt viele kreative Auffangstrategien – sie werden nur zu selten systematisch genutzt

Das in extrem dünn besiedelten Regionen entwickelte Repertoire von innovativen, kreativen, flexiblen Lösungen zur Sicherung dezentraler Strukturen wird in Deutschland nur sehr zögerlich angewendet, obwohl es sich vielfach in entsprechenden Pilotprojekten als durchaus tauglich erwiesen hat. Hier besteht ein riesiger Reformbedarf, der zu neuen Lösungsansätzen führen muss:

- *Entspezialisierung*: In vielen Angebotsbereichen und Berufsfeldern ist eine Entspezialisierung notwendig. Die Angebote müssen flexibler, polyvalenter werden. Das bedeutet eine Abkehr von dem generellen Trend immer weiterer Spezialisierung und Professionalisierung der Berufe und „Atomisierung“ der Organisationen. Der Nachbarschaftsladen mit Postagentur, Bankagentur, Lottostelle, Verwaltungsteil, Getränkeausschank etc. sichert eine universelle, wohnungnahe Versorgung auch in kleinen Orten. Im Bauen bedeutet das, Anforderungen der Nutzungsoffenheit, der Mehrfach- und Mehrzwecknutzung viel stärker zu beachten.
- *Abkehr von Mindestgrößen*: Die mit der Spezialisierung verbundenen Trends zum Gigantismus (vom kleinen Allgemeinkrankenhaus zur Großklinik, von der kleinen dezentralen Schule zur großen Gesamtschule) durch maximale, betriebsrational entwickelte Mindest-

größen müssen gestoppt werden und mindestens die legitime Ausnahme kleiner Sonderstrukturen bei dünner Besiedlung zulassen.

- *Mehr mobile Angebote:* Wo ein stationäres Angebot nicht unbedingt notwendig oder auch gar nicht möglich ist, hilft immer noch die mobile Angebotserbringung (Büchereibus, mobiler Laden, Landarzt, Wandertheater), wenigstens ein Mindestmaß an Versorgung zu sichern. Dabei sind zwei Betriebsformen denkbar: das nach festem Zeitschema und fester Route operierende, mobile Versorgungssystem oder das bedarfsunabhängig gesteuerte „Bestellsystem“. Beispiele gibt es aus dem ÖPNV (Rufbus), aus der Verwaltung (rollendes Rathaus), der Kultur (Bücherbus, Theaterbus), aus der Gesundheit (rollende Praxis, Impfbus) wie auch aus dem Handel (mobile Läden, dezentraler Bestell- und Lieferservice).
- *Weniger Normierung und Fremdbestimmung:* Der in allen Bereichen erforderlichen Differenzierung und Flexibilisierung steht der typisch bürokratische Trend zur Normierung, Standardisierung, Formalisierung, Fixierung und starken Fremdbestimmung durch übergeordnete Regeln entgegen. Hier müssen ganz neue Regeln flexiblierter Angebotserbringung und damit verbunden auch entsprechender logistischer Ausstattung für Kommunikation und Disposition gefunden werden.
- *Neue Dispositionstechniken mehr nutzen:* Die Voraussetzungen auf der Hardware-Seite sind gut, weil der immer weiter verbreitete Zugang zu Kommunikationsmedien (PC, Handy, Internet) und Dispositionssoftware (am PC mit GIS und GPS) viele neue Optionen eröffnet. In diesem Kontext ist eine Mobilitäts- und Versorgungsdispositionszentrale ein wichtiger Baustein.
- *Selbsthilfe als potenter „Notnagel“:* Wo die Tragfähigkeit für dezentrale Versorgung gefährdet scheint, entstehen vielfach durch bürgerschaftliches Engagement innovative Sonderlösungen: Beispielsweise sichert der Bürgerbus eine Mindestreichbarkeit im ÖPNV in der Fläche. Die freiwillige Feuerwehr sichert dezentrale Brandwehr und wird gleichzeitig zum Kultur- und Freizeitträger. Die Nachbarschaftshilfe kompensiert Defizite im Sozial- und Gesundheitssystem. Allerdings verhindert die „Graswurzel-Freiwilligkeit“ die systematische Ausbreitung solcher innovativer Angebotsformen. Hier muss der Staat mit angemessenen Randbedingungen und Zuschüssen helfen, wie das bei der freiwilligen Feuerwehr schon lange, in den anderen Bereichen aber ganz selten passiert.
- *Kooperation minimiert Overhead-Kosten:* Ein besonderes Problem sind für jede einzelne Infrastruktur die hohen Overheadkosten. Hier kann eine stärkere Vernetzung verhindern, dass die in der Wirtschaft übliche Fusionitis nun auch im Infrastrukturbereich grassiert. Verwaltungs- und Steuerungsaufgaben können mit modernen Kommunikations- und Dispositionstechniken tatsächlich vereinfacht und u. U. konzentriert werden. Deswegen kann die Leistungsabgabe trotzdem dezentral bleiben.

Bärbel Winkler-Kühlken

Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – was ist zu tun?

Impulsstatement

Gliederung

- 1 Der demographische Wandel
- 2 MORO – Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang
 - 2.1 Ziele des Modellvorhabens
 - 2.2 Prioritäre Handlungsfelder für Anpassungsstrategien
 - 2.3 Handlungsoptionen
- 3 Was ist zu tun? – Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben

Sehr verehrte Herren Präsidenten,
meine Damen und Herren,

ich heiße Bärbel Winkler-Kühlken, bin Stadt- und Regionalplanerin und als Projektleiterin im Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (kurz IfS) in Berlin für das Modellvorhaben der Raumordnung des BBR/BMVBW „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ zuständig. Vor diesem Hintergrund werde ich versuchen, Impulse für zentrale Fragen der Forumdiskussion zu geben.

Hierbei werde ich in erster Linie auf drei Fragestellungen eingehen:

1. Der demographische Wandel
2. MORO – Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang
3. Was ist zu tun? Sechs Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben.

1 Der demographische Wandel

Die Bevölkerung schrumpft und altert. Ein langsamer Prozess für Gesamtdeutschland. Ein rascher Prozess für manche Regionen in Deutschland. Die Prognose der Bevölkerungsentwicklung, differenziert nach ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern und darunter jeweils ländlichen Gebieten, zeigt die Dramatik und Brisanz der bisherigen, aber auch der zukünftig zu erwartenden Entwicklung eindrucksvoll. Der demographische Wandel in den ostdeutschen Bundesländern, d. h. dramatischer Einbruch der Geburtenziffern Anfang der

90er-Jahre, anhaltende Abwanderung und Verschiebung der Altersstruktur zugunsten der alten Jahrgänge, trifft aktuell insbesondere die bereits dünn besiedelten ländlichen Regionen Ostdeutschlands. In Zukunft wird die Schere zwischen der Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt und in den ländlichen Regionen noch weiter auseinander gehen.

In diesen gleichzeitig auch strukturschwachen Regionen führt die weitere Abnahme der Einwohner- und Besiedlungsdichten zum Erreichen bzw. Unterschreiten von Tragfähigkeitsgrenzen in einzelnen Infrastrukturbereichen. Eine Abwärtsspirale von Unterauslastung, steigenden Kosten, Angebotsreduzierungen bis hin zur endgültigen Schließung von Einrichtungen steht zu befürchten und ist in Teilbereichen (Kindergärten, Grundschulen) bereits vollzogen. Den Kommunen droht Versorgungsmangel, verbunden mit erheblichem Imageverlust. Weitere Abwanderungen, insbesondere von jungen Menschen, sind die Folge. Anreize für Zuwanderungen fehlen weitgehend. Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe verlieren Nachfragepotenzial und die Kommunen mit den Einwohnern zugleich Steuerkraft. Es sind diese neuen wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen, die zur Überprüfung traditioneller Konzepte der Infrastrukturversorgung gerade in dünn besiedelten ländlichen Gebieten Anlass geben.

2 MORO – Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang

2.1 Ziele des Modellvorhabens

Die Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturangebote für alle Bevölkerungsgruppen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Raumordnung. In Zeiten knapper Kassen und damit eingeschränkter Handlungsspielräume ist die Sicherung öffentlicher Infrastrukturangebote gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels eine neue Herausforderung. Die bisher allerorts praktizierte Wachstumsplanung muss einer ungewohnten Schrumpfungplanung weichen. Intersektorale Kooperationen und interkommunale Zusammenarbeit steuern nicht mehr die Verteilung von Überschüssen, sondern proben den Umgang mit weniger und anderem Versorgungsbedarf. Eine angemessene räumliche Verteilung der öffentlichen Leistungen zum Wohl der Gesamtregion ist das verfolgte Ziel. Denn Konkurrenzen zwischen Gemeinden gehen zu Lasten der Angebotsvielfalt und erhöhen Versorgungsdisparitäten.

Ziel des MORO war es, in den ausgewählten Modellregionen Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald und Ostthüringen mit den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis ein Problembewusstsein zu schaffen, einen offensiven Umgang mit den neuen Herausforderungen zu unterstützen sowie zukunftsgerichtete Lösungsstrategien für eine ausreichende, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragfähige Infrastruktur für bereits dünn besiedelte ländliche Gebiete zu entwickeln.

Kurz einige Strukturdaten: Die Modellregionen hatten zwischen 1990 und 2000 bereits Bevölkerungsverluste von durchschnittlich 7 bis 8 % aufzuweisen und haben laut BBR-Prognose bis 2020 sogar noch höhere Verluste zwischen 9 und 18 % zu erwarten. Die Einwohnerdichte sinkt damit deutlich.

Die Modellregionen sind Vorreiter für eine frühzeitige offensive Auseinandersetzung mit den funktionalen und raumstrukturellen Folgen der Schrumpfung. Erstmals werden integrierte überregionale Anpassungskonzepte aktiv in größeren Gebietseinheiten gestaltet. Von zentraler Bedeutung ist dabei der regionale Dialogprozess. Er soll nicht nur die äußerst kommunikationsbedürftige interkommunale sowie fachgebietsübergreifende Kooperation sichern, sondern gleichzeitig Akzeptanz für die neue, tendenziell unbeliebte Aufgabenstellung der Gestaltung der Schrumpfung auf regionaler Ebene und die konkreten Lösungsansätze schaffen.

Was haben die Modellregionen bisher erreicht? Sie haben zunächst prioritäre Themen und Handlungsfelder bestimmt. Ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Ziel war die Vermittlung des Handlungsbedarfs an Kollegen, Politiker und Bevölkerung. In fachlichen Arbeitsgruppen wurden Ideen und Lösungsansätze entwickelt. Für zwei dieser konzeptionellen Ideen konnten die Regionen mit Förderung des Forschungsprogramms Aufbau Ost des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen durch Gutachten fachliche Vertiefungen und Konkretisierungen erarbeiten lassen. Diese Gutachten leiten gleichzeitig die ersten Schritte zur Umsetzung ein. Zurzeit werden die Ergebnisse in den regionalpolitischen Gremien diskutiert und Beschlüsse zur Umsetzung gefasst.

2.2 Prioritäre Handlungsfelder für Anpassungsstrategien

Die Modellregionen haben unter Berücksichtigung ihres regionalen Handlungsbedarfs die aus ihrer Sicht wichtigsten konkreten Handlungsfelder und Themen zur Weiterentwicklung der Infrastruktur identifiziert. Überwiegend waren diese Projekte in informellen integrierten Gesamtkonzepten wie Regionalen Entwicklungskonzepten, Agenda-Prozessen oder Kreisentwicklungsplanungen bereits angelegt. Die Themen spiegeln den altersgruppenspezifischen Verlauf des demographischen Wandels wider und ordnen sich wie folgt in die generellen Handlungsfelder der Infrastrukturanpassung ein:

- Im Handlungsfeld „Soziale Infrastruktur“ liegt aktuell der größte Handlungsbedarf. Es geht einerseits um die Aufrechterhaltung wohnortnaher Bildungsangebote durch die Modifikation der Schulstruktur (gebietskörperschaftsübergreifende Abstimmung, z. T. jahrgangsübergreifender Unterricht), die Anpassung der Berufsschulstruktur sowie technische und organisatorische Optimierungen beim Schülerverkehr. Andererseits steht die Anpassung der sozialen Einrichtungen an die alternde Bevölkerung im Vordergrund, insbesondere im Bereich der Medizin, aber auch die Möglichkeit dezentraler Angebote durch „Dorfzentren“ (Ostthüringen), in denen verschiedene Angebote durch die gemeinsame Ressourcennutzung tragfähig angeboten werden sollen.
- Das Handlungsfeld „Technische Infrastruktur“ ist ein weiterer Schwerpunkt der Modellregionen. Das ÖPNV-Angebot soll durch die Entwicklung eines neuen Gemeinschaftsverkehrs mit flexiblen Bedienungszeiten (Lausitz-Spreewald), die Bündelung der ÖPNV-Angebote (kreisübergreifendes Besteller-/Betreibersystem in Ostthüringen) oder die besondere Berücksichtigung des Schülerverkehrs (Mecklenburgische Seenplatte) verbessert werden. Ver- und entsorgungstechnische Fragestellungen wurden in der Region Ostthüringen mit der Prüfung alternativer Lösungen der Wasserver- und -entsorgung behandelt.

- Das Handlungsfeld „Handel/Dienstleistungen/Verwaltung“ wird mit Ausnahme des Projekts „Dorfzentren“ von den Modellregionen nicht behandelt. Ansätze in diesem Handlungsfeld sind bereits bekannt und erforscht (z. B. Nachbarschaftsläden, Bürgerämter etc.) und stellen so gesehen keine Herausforderung im Sinne eines Modellvorhabens dar. Für das Handlungsfeld besteht insoweit kein Forschungs-, sondern angesichts des fortgesetzten Rückzugs des Handels aus der Fläche ein Implementationsbedarf.
- Die ersten Ansätze zum Handlungsfeld „Siedlungs- und Landschaftsbild“ beschränkten sich auf den Stadtumbau in kleinen Städten. Da dieses Thema im Programm Stadtumbau Ost bearbeitet wird, fand es im Modellvorhaben keine besondere Berücksichtigung.
- Das Handlungsfeld „Kommunikation“ wird bisher in den Modellregionen nur am Rande bearbeitet, etwa als Möglichkeit zur Verbesserung des Bildungsangebots (E-Learning) oder der medizinischen Versorgung (Telemedizin). Es ist jedoch absehbar, dass dieses Handlungsfeld als eine Alternative zur physischen Erreichbarkeit angesichts zukünftig stärkerer Bündelung bestimmter Infrastrukturangebote deutlich an Bedeutung gewinnen wird und offensiv einbezogen werden sollte.

Diese skizzierten sektoralen Ansätze sollen und müssen in Gesamtstrategien eingebunden werden. Im Rahmen des MORO verfolgt explizit nur die Region Lausitz-Spreewald mit der Fortschreibung des Regionalplanentwurfs und der Fortsetzung des Lokale-Agenda-Prozesses die Einbindung der fachlichen Ansätze in Gesamtplanungen. Die beiden anderen Modellregionen warten neue Rahmensetzungen aus den sich in der Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsplänen in Mecklenburg-Vorpommern bzw. Thüringen ab.

2.3 Handlungsoptionen

Welche grundsätzlichen Möglichkeiten stehen nun zur Anpassung zur Verfügung?

- a) *Erhöhung der Erreichbarkeit*: Durch eine bessere Erreichbarkeit (z. B. optimierte ÖPNV-Netze oder nachfrageorientierte Taktzeiten) wird die Auslastung selbst einer unveränderten Einrichtung erhöht bzw. die Versorgung verbessert.
- b) *Verkleinerung*: Eine Einrichtung wird auf das für die kleinere Nachfragergruppe adäquate Maß reduziert.
- c) *Dezentralisierung*: Durch die Aufteilung in kleinere Einheiten wird die Effizienz erhöht, wenn die Kosten der Anbindung der Fläche an die Großstruktur zu hoch sind (z. B. lokale Biokläranlagen statt Großkläranlage mit Leitungsnetz, Bürgerämter statt Zentralverwaltungen).
- d) *Zentralisierung*: Durch Zusammenlegung von unterausgelasteten Einheiten wird eine Tragfähigkeitsgrenze erreicht, wobei zur Zentralisierung eine komplementäre Verbesserung der Erreichbarkeit im Einzugsbereich geschlossener Institutionen notwendig ist (z. B. Schulzusammenlegung mit Schulbussystem).
- e) *Temporäre Ansätze*: Institutionen sind nur zu eingeschränkten Zeiten nutzbar, um durch die Senkung des Betriebsaufwands eine Schließung zu vermeiden oder die Bedienung zu ermöglichen (z. B. Wochenmärkte, mobile Bibliotheken).

f) *Neustrukturierung/Substitution*: Der Zweck wird durch eine neue Art der Aufgabenerfüllung erreicht bzw. durch eine andere Einrichtung erbracht, wie z. B. die Warenbestellung per Internet statt dem Einkauf im Geschäft.

Ein analytischer Blick auf die Verwendung dieser Ansätze in den Modellregionen führt zu folgendem Ergebnis:

Alle sechs möglichen Handlungsoptionen kommen in den Modellregionen zum Tragen. Vergleichsweise häufig kommen Neustrukturierungen zum Tragen, sie stellen die Innovationen im Sinne neuer Formen der Leistungsbereitstellung dar. Ohne den Beitrag der anderen Ansätze schmälern zu wollen – diese Anpassungen leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Sicherung einer zukunftsfähigen Infrastrukturversorgung – werden im Folgenden einige kurze Anmerkungen zu diesen Ansätzen der Neustrukturierung gemacht:

- Bei der Fortschreibung des Regionalplanentwurfs in der Region Lausitz-Spreewald wurde – z. T. in Abweichung von den geltenden landesplanerischen Vorgaben – nach einem strukturadäquaten Modell des Zentrale-Orte-Konzepts gesucht, das zwar die bisherigen Grundelemente aufnimmt, aber Ergänzungen für den dünn besiedelten Raum sucht.
- Die Fortsetzung des Regionale-Agenda-Prozesses ist ein zwar immer noch zu wenig etabliertes, aber auch kein neues Instrument; hier liegt der Innovationsgehalt in der Integration der Schrumpfrage in die regionale Leitbildsuche sowie im offensiven Austausch mit den Wirtschaftsakteuren (Setzung eines neuen Agenda-Punktes).
- Die Aufrechterhaltung einer wohnortnahen Versorgung mit Grundschulen und Regelschulen setzt in Teilbereichen Ostthüringens neue pädagogische Konzepte voraus.
- Die Sicherung der medizinischen Versorgung, die in allen drei Regionen verfolgt wird, bedarf mit temporären und Filialpraxen sowie mit der Überwindung der Trennung von ambulanten und stationären Angeboten neuer Formen der Bereitstellung medizinischer Versorgung.
- In Dorfzentren werden durch die funktionsübergreifende Teilung räumlicher und personeller Kapazitäten einzeln nicht tragfähige Funktionen möglich; dies setzt eine Bereitstellung der Funktionen in Abweichung von bisherigen institutionalisierten Formen voraus.
- Ein Gemeinschaftsverkehr mit flexiblen Bedienzeiten ist ein Element zur Optimierung des ÖPNV in ländlichen Gebieten; es ergänzt die Flächenerschließung dort, wo Linienverkehre nicht tragfähig sind.

Diese neuen Ansätze bedürfen in der Regel auch neuer rechtlicher Rahmensetzungen. Z. B. sind im Bereich der Regionalplanung neue landesplanerische Vorgaben, im Bereich der medizinischen Versorgung alternative, den Siedlungsstrukturen angemessene Zuschnitte der Planungsregionen der Kassenärztlichen Vereinigungen notwendig. Die Grenzen der Über- bzw. Unterversorgung, das Niederlassungsrecht, die Wegepauschalen, um nur einige zu nennen, sind darüber hinaus zu überprüfen. Die flächendeckende Einführung alternativer Bedienformen im ÖPNV setzt u. a. Änderungen des Personenbeförderungsgesetzes wie auch des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes voraus. Andere Ansätze lassen sich im Rahmen – teilweise bereits erfolgter – Anpassungen rechtlicher Vorgaben realisieren (z. B. kleine Schulen in Ostthüringen und Brandenburg) oder berühren im Einzelfall auch keine

Rechtsvorgaben, wie die Verbesserung der organisatorischen und technischen Zusammenarbeit.

Andere Ansätze modellieren die bestehende Form der Infrastrukturbereitstellung, indem sie spezifische Problemstellungen der dünnen Besiedlung oder die Folgen des Nachfrage-rückgangs berücksichtigen: Zum Beispiel wird die Erreichbarkeit in der Region insgesamt verbessert, wenn die im ländlichen Raum typischerweise stark schwankende Auslastung der vorhandenen Fahrzeuge (Schülerverkehr, einseitige, zeitlich begrenzte Verkehrsströme) angebots- und kostenorientiert optimiert wird (Ostthüringen). Die Zentralisierung von Bildungsangeboten durch Schließung von Berufsschulen (Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spree-wald) oder Schulen (Lausitz-Spree-wald) erhält eine andere Qualität, wenn durch die inhaltliche Profilierung der verbleibenden Standorte eine breite Berufsbildungspalette in der Re-gion gehalten wird (Mecklenburgische Seenplatte) oder die zusammengelegten Einheiten durch die Verknüpfung von unterschiedlichen Bildungsformen (Gymnasium und Berufsbil-dung Lausitz-Spree-wald) neue Bildungsqualitäten ermöglichen. Diese Ansätze zielen da-rauf, die Ressourcen innerhalb des bestehenden Systems zu identifizieren oder die erforderliche Reduzierung durch die inhaltliche Abstimmung „regionsverträglich“ zu gestalten. Ihr Innovationsgehalt – bezogen auf die Gestaltung der Infrastruktur – kann als „intelligentes“ Schrumpfen beschrieben werden, bei dem an die Stelle der einfachen Streichung die plane-risch-strategische Gestaltung tritt.

Von zentraler Bedeutung im Umgang mit der Schrumpfung sind Kooperationen. Koope-rationen, bei denen eine Verbindlichkeit zumindest durch Selbstbindung der beteiligten Institutionen besteht, sind auf der Ebene der Regionen ein relativ neues Feld. Trotzdem sind Kooperationen im MORO der Standardansatz zum Umgang mit der Schrumpfung – alle Ansätze beruhen darauf, dass in variierender Form verschiedene Institutionen miteinander kooperieren. Diese Kooperationen beruhen auf der Einsicht, dass die Leistung dauerhaft nur durch gemeinsame Ressourcennutzung und aufeinander abgestimmte Angebote bereitge-stellt werden kann. Damit resultieren die Kooperationen in gewissem Maß erst „aus der Not“ heraus.

Bei den Kooperationen kann zwischen zwei unterschiedlichen Formen mit unterschiedli-chem Innovationsgrad unterschieden werden:

1. Klassische Kooperationen zwischen Institutionen gleichen Typs, bei denen zwei oder mehrere für die gleiche Infrastruktur, aber für unterschiedliche Gebiete verantwortliche Träger versuchen, funktionale Hemmnisse von Verwaltungsgrenzen zu überwinden bzw. stärker räumlich-funktionale Verflechtungen zu berücksichtigen. Im Fall der Modellregio-nen sind dies Kooperationen zwischen Gemeinden und insbesondere zwischen Kreisen. Hier stehen sich Institutionen bzw. benachbarte Gebietskörperschaften „auf gleicher Au-genhöhe“ gegenüber und haben typischerweise die gleiche Problemlage, da sie die glei-che Infrastruktur in der gleichen Form bereitstellen.
2. Innovative Kooperationen zwischen Institutionen unterschiedlichen Typs, d. h. hier koo-perieren Institutionen, die für Teilbereiche in einem Handlungsfeld unterschiedliche Verantwortlichkeiten innerhalb des gleichen Gebiets haben (Kommunen, staatliche Ein-richtungen, Verbände, private Akteure etc.). Es treffen Institutionen aufeinander, die in unterschiedlichen hierarchischen oder rechtlichen Verhältnissen zueinander stehen so-

wie unterschiedliche fachliche Teilthemen behandeln und verschiedene Perspektiven auf das Themenfeld haben (z. B. öffentliche/private Akteure). Hier steht die Überwindung der bisherigen engen eigenen Wirkungskreise durch die Übernahme einer gemeinsamen Verantwortung für das Themenfeld im Vordergrund. In diesen Fällen sind über die Überwindung eigener Interessenlagen hinaus neue Netzwerke der Zusammenarbeit zu finden.

Einzelne Strategien können aus Zeitgründen leider nicht näher vorgestellt werden. Ich werde mich angesichts der knappen Zeit jetzt auf die Formulierung einiger Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen konzentrieren.

3 Was ist zu tun? – Schlussfolgerungen aus dem Modellvorhaben

1. Der Mentalitätswechsel muss gelingen. Bevölkerungsrückgang und Alterung sind als unumkehrbare Tatsache anzuerkennen, und zwar von allen Beteiligten, den Raum- und Fachplanern, den Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie von den Politikern! Wird die Schrumpfung nämlich als Rahmenbedingung anerkannt, entsteht ein Freiraum zur Formulierung positiver Leitbilder für die Gestaltung der zukünftigen Region.
2. Die Leitbilder und Instrumente der Raumordnung, hier insbesondere das Zentrale-Orte-Konzept, müssen auf den Prüfstand. Unterschiedliche Besiedlungsdichten erfordern unterschiedliche Angebotsformen. Durch weiteres Absinken der Siedlungsdichten weit unter 100 Einwohner/km² (teilweise unter 50 Einwohner/km²) können Infrastruktureinrichtungen nicht mehr in gewohntem Standard angeboten werden. In den Konzepten der Zukunft stehen nicht länger Einrichtungen oder Institutionen eines Ausstattungskatalogs, sondern die Sicherstellung notwendiger Grundfunktionen durch neue Angebotsformen (mobil, temporär, arbeitsteilig etc.) im Vordergrund. Zusätzlich sind verstärkt neue Technologien bei der Entwicklung alternativer Versorgungskonzepte kreativ einzubeziehen.
3. Für ländliche/periphere Regionen sind integrierte Entwicklungskonzepte zu erstellen. Dazu sind zum einen ganz neue Partnerschaften und Kooperationen nicht nur zwischen Kommunen und Verwaltungen, sondern auch mit privaten Organisationen zu bilden. Solche neuen Allianzen erfordern die Überwindung von Zuständigkeitsgrenzen – ob zwischen privat und öffentlich oder zwischen kommunal und staatlich. Zum anderen sind regional spezifische Lösungen zu finden. Unterschiedliche Siedlungsstrukturen, Topographien, landesspezifische Rahmenbedingungen und die regionalen Infrastrukturausstattungen stellen komplizierte Rahmenbedingungen dar, die deutlich machen: Es gibt keinen Königsweg zur Angebotsgestaltung.
4. Leitbildformulierung und Erarbeitung der integrierten Entwicklungskonzepte sollten in einem moderierten Dialogverfahren entwickelt werden. Der anspruchsvolle Prozess bedarf eines externen Moderators und eines langen Atems.
5. Adäquate Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Die organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen müssen auf die demographischen Entwicklungen justiert werden – sie müssen zum einen „kleine feine“ Lösungen zulassen und zum anderen die Erarbeitung und Umsetzung integrierter Gesamtkonzepte finanziell ermöglichen.

6. Um nicht Handlungsspielräume durch wachsenden Problemdruck zu verlieren und die Weiterentwicklung der Rahmenvorgaben mitzugestalten, gilt es, die bereits erarbeiteten Konzepte heute durch konkrete Maßnahmen umzusetzen und Impulse von unten zu senden.

Weitere Informationen sind unter der Internet-Adresse www.regionale-anpassung.de und im Heft 12/2003 der Informationen zur Raumentwicklung zu finden.

Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen

Diskussionsbericht

Der demographische Wandel vollzieht sich in ländlich-peripheren Räumen mit größerer Dynamik als in anderen raumstrukturellen Typen. Immer weniger Menschen und ein immer höheres Durchschnittsalter kennzeichnen schon jetzt nicht nur Deutschlands, sondern auch andere europäische ländliche Dünnsiedlerräume. Und der Entwicklungstrend wird sich weiter fortsetzen!

Vor diesem Hintergrund haben im ersten Forum drei Regional- und zwei Landesvertreter¹ diskutiert, wie die zukünftige Entwicklung in ländlichen, peripheren Regionen stabilisiert werden kann.

Zunächst gab der Moderator, Prof. Dr. Heiner Monheim, Universität Trier, eine kurze Einführung mit einigen provokanten Thesen. Die Politik konzentriere sich nach wie vor auf die teure, auf Maximalstandards ausgelegte harte Infrastruktur, z. B. das Straßennetz. Vor Jahren geplante Großprojekte würden ohne Rücksicht auf die veränderten Rahmenbedingungen ausgeführt, denn die öffentliche Wahrnehmung für den Neubau von Straßen sei besonders groß. Dagegen würden in personalintensiven Bereichen wie Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit und öffentlicher Verkehr unter Angabe von „Sparzwängen“ sehr schnell Einschnitte vorgenommen, ohne auf die Folgen wie Attraktivitätsverlust der Region und langfristig hohe Kosten Rücksicht zu nehmen. Der Rückzug der Infrastruktur aus dünn besiedelten Räumen werde – was wie ein Widerspruch klingt – mit dem deutschen dezentralen Städtenetz befördert. In ausländischen bevölkerungsarmen Regionen habe die Aufrechterhaltung dezentraler Versorgungsstrukturen einen viel größeren Stellenwert, weil hier auch in größerer Entfernung kein Versorgungszentrum existiert. Es stelle sich für die deutsche Planungskultur die Frage, welcher Maßstab von Erreichbarkeit grundlegend sein sollte und ob jeder Bürger einen Anspruch auf angemessene Erreichbarkeit von bestimmten Infrastruktureinrichtungen habe – auch eine Frage politischer Prioritätensetzung.

Kurze Stellungnahme der Diskussionsteilnehmer

In einer ersten Diskussionsrunde wurde die Neuorientierung des Zentrale-Orte-Systems als wirksames Instrument angesehen, um die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Tragfähigkeit sicherzustellen. Dabei sei der mentalpsychologische Transfer des demographischen Wandels bei Akteuren und in der Bevölke-

¹ Dr. Gunter Bühler, Bayreuth; Dipl.-Geogr. Christoph Kaufmann, Neubrandenburg (Modellregion Mecklenburgische Seenplatte); Carsten Maluszczak, Cottbus (Modellregion Lausitz-Spreewald); Dipl.-Geogr. Heike Zettwitz, Dresden; Dr. Christian Diller, Kiel.

rung und damit die Akzeptanz für Veränderungen und neue Regelungen von entscheidender Bedeutung. Die praktische Umsetzung geschehe in den Regionen. Auf der Entscheidungsebene sei diese besonders problematisch und sollte deshalb beispielsweise durch Regionale-Agenda-Prozesse und kooperative und zielgerichtete Leitvorstellungen unterstützt werden.

Zur Notwendigkeit von Straßenneubau wurde eingewendet, dass in den neuen Ländern tatsächlich noch große Erreichbarkeitsdefizite bestünden. Gleichwohl seien die in der Bundesverkehrswegeplanung festgelegten üblichen Standards aber zu hinterfragen. Der Straßenbau sollte dem Bedarf entsprechend angepasst und reduziert werden hin zu schmaleren Straßen und neuen Baustandards.

Impulsstatement

Anschließend berichtete Frau Dipl.-Ing. Bärbel Winkler-Kühlken, Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS), in ihrem Impulsreferat über das seit zwei Jahren laufende Modellvorhaben der Raumordnung „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern“ in ihrer Funktion als vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung beauftragte Forschungsassistentin.

In dem Modellvorhaben haben die Regionen Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spree-wald und Ostthüringen in interkommunaler und intersektoraler Kooperation Konzepte und Strategien entwickelt, um ein nachfrageorientiertes und tragfähiges Infrastrukturangebot für alle Bevölkerungsgruppen in zumutbarer Entfernung bereitzustellen. Dabei spielten die Erreichbarkeit und die Vielfalt des Angebots eine zentrale Rolle zur Sicherung der Lebensqualität in der Region – eine wichtige Voraussetzung für die zukünftigen regionalen Entwicklungschancen für Bevölkerung und Wirtschaft.

Bärbel Winkler-Kühlken vermittelte aus dem Modellvorhaben gute Beispiele und leitete über zu sechs Schlussfolgerungen zur Beantwortung der Tagungsfrage „Was tun?“. Die Initiierung eines Mentalitätswechsels, die Überprüfung von Leitbildern und Instrumenten, neu ausgerichtete integrierte Entwicklungskonzepte, moderierte Dialogverfahren, offenere organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen und schließlich die konkrete Maßnahmenumsetzung als Impulsgeber „von unten“ sind Schlüssel für einen erfolgreichen Paradigmenwechsel (siehe auch Beitrag Winkler-Kühlken in diesem Band).

Die von Prof. Monheim geleitete Podiumsdiskussion setzte sich im Einzelnen mit folgenden Fragekomplexen auseinander:

Wie geht der Staat mit Innovationen um? Wieso gelingt es uns nicht besser, die Modellvorhaben ins System zu bringen und gute Beispiele zu übertragen?

Die Diskussionsteilnehmer aus den neuen Ländern waren sich darin einig, dass bei extremen Bevölkerungsrückgängen, wie z. B. der Halbierung der Schülerzahlen in Ostdeutschland, eine Neustrukturierung der Infrastrukturleistungen einerseits und die Schließung einzelner Einrichtungen bei derzeitiger Kassenlage unumgänglich seien. Es komme eher darauf an, die Angebote geschickt miteinander zu kombinieren, vernünftige Standortentscheidungen zu treffen und den ÖPNV als flankierende Maßnahme einzusetzen. So sei für den Erhalt der

Grundschulen der jahrgangsübergreifende Unterricht zum Erhalt der Einrichtung und damit kurzer Schulwege für die Jüngsten die geeignete Angebotsform; für die älteren Berufsschüler müssten aber, um überhaupt ein nachfrageorientiertes, an dem Bedarf der regionalen Wirtschaft ausgerichtetes Schulprofil an einzelnen ausgewählten Berufsschulen herstellen zu können, nicht ausgelastete Schulen schließen. Die längeren Wege müssten in diesem Fall in Kauf genommen, jedoch abgestimmt werden mit dem öffentlichen Nahverkehr und ggf. neuen Beförderungsangeboten.

Für alle Anpassungen und Angebotsveränderungen sei aber in jedem Fall wichtig, die verschiedenen betroffenen Fachplanungen einzubeziehen, um ein integriertes und abgestimmtes Konzept entwickeln zu können. Das Schubladendenken einiger Entscheidungsträger verhindere derzeit noch manche Innovation.

Die in dem Modellvorhaben behandelten Beispiele aus den Bereichen Bildung, Medizin, ÖPNV und die Einbindung in die Gesamtplanungen seien in den Modellvorhaben selbst tatsächlich nur sehr mühsam umzusetzen. Kein Bürgermeister verzichte gern auf Einrichtungen, obwohl damit nicht nur Zuweisungen, sondern auch kostspielige Verpflichtungen verbunden sind. Die Implementation dieser guten Beispiele gestalte sich erst recht in anderen Regionen schwierig, weil kein Konzept im Maßstab 1:1 übertragbar sei. Es müssten „Übersetzungsleistungen“ vor dem Hintergrund der jeweiligen Gebietskulisse erbracht werden. Prinzipiell seien aber in jedem Fall die Verfahrenswege übertragbar.

Die Vertreter aus Westdeutschland stellten fest, dass der Bevölkerungsrückgang hier noch nicht so weit fortgeschritten ist. Insofern sei eine Übertragung der Handlungsansätze zurzeit noch nicht relevant. In Schleswig-Holstein stehe derzeit das Thema „Alterung und seine Folgen“ im Vordergrund. In der Oberpfalz denke man eher darüber nach, den Folgen des demographischen Wandels mit einer aktiven „regionalen Bevölkerungspolitik“ entgegenzuwirken. Ein adäquates Umfeld zu schaffen, das es Familien erleichtert, sich für (mehr) Kinder zu entscheiden, aber auch die Bevölkerung durch bedarfsgerechte Angebote in der Region zu halten und für den Zuzug zu werben, stehe im Mittelpunkt der Strategie.

Welche Möglichkeiten gibt es, die dezentrale Versorgung durch Freiwilligkeit und Ehrenamt zu unterstützen?

Bürgerschaftliches Engagement sei eine gute Möglichkeit, in einigen Bereichen Defizite bei der Infrastrukturversorgung auszugleichen bzw. das bestehende Angebot zu verbessern. Darüber hinaus sei es sinnstiftend, helfe bei der Identifikation der Bürger mit ihrer Gemeinde und sei nicht selten gleichzeitig Kultur- und Freizeitträger. Zu berücksichtigen sei aber, dass Bürgernähe bei zu großer Konzentration verschwindet.

In Ostdeutschland sei aus historischen Gründen ehrenamtliches Engagement insgesamt wenig ausgeprägt. Die Initiierung werde aber über den zweiten Arbeitsmarkt in Gang gesetzt.

In einigen Versorgungsbereichen könnten angemessene staatliche Rahmenbedingungen, z. B. rechtliche Regelungen bis hin zu finanziellen Zuschüssen, die Ausweitung ehrenamtlicher Aktivitäten fördern. Bei der Freiwilligen Feuerwehr – so Prof. Monheim – sei dies längst eingeführt und habe sich bewährt. Dagegen sei die Einführung eines Bürgerbusses

oder Nachbarschaftsladens im ländlichen Raum mit großen Hürden verbunden. Der Staat könnte also helfen, indem Klauseln geöffnet und Verordnungen gelockert werden. Freiwilliges Engagement werde gerade jetzt besonders wichtig, weil wir uns den allumfassenden Wohlfahrtsstaat nicht mehr leisten können.

Welche neuen Allianzen lassen sich finden, um eine adäquate Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen?

„Projektorientiert bündeln, ressortübergreifend handeln“ lautete eine genannte Maxime. Die Voraussetzung für dieses Vorgehen sei die Aktivität einzelner Planer oder Initiativen, die neue Dialogstrukturen ins Leben rufen. Diese Dialoge können auf der bekannten interkommunalen, aber auch auf der intersektoralen und interinstitutionellen Ebene stattfinden. Am Beispiel des Modellprojekts „Zentrale Gesundheitshäuser“ in der Modellregion Mecklenburgische Seenplatte wurde aufgezeigt, wie die zukünftige ärztliche Versorgung mit allen beteiligten Akteuren gesichert werden soll. Das Konzept entstand unter Beteiligung von Gesundheitsämtern, kassenärztlicher Vereinigung, Ärzten und Kreis- und Regionalplanern und wurde vom Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte moderiert. Erst durch die Diskussion wurde der Fachplanung deutlich, dass die regionalen Einheiten der kassenärztlichen Vereinigung zur Bedarfsfestlegung zu groß zugeschnitten waren.

Eine andere Ebene der Allianz sei die Zusammenarbeit mit Unternehmen bei der Bereitstellung der Versorgungsleistungen. Private-public-partnership und Sponsoring könnten eine wirkungsvolle Ergänzung zum rein staatlich finanzierten Angebot sein. Zum Teil existieren solche Angebotsformen schon; dies könnte aber noch deutlich ausgebaut werden. Dezentrale Lösungen könnten beispielsweise mit Hilfe eines modifizierten Angebots der öffentlichen Banken und Sparkassen durchgesetzt werden. Dazu müssten einerseits die Ansprüche und andererseits Standards und amtliche Vorschriften neu definiert werden. Flexible Lösungen seien durch die Umnutzung bestehender Gebäude möglich. Bei diesen neuen Allianzen sei auf jeden Fall darauf zu achten, dass der Bezug von Anbietern zu Nutzern von Leistungen bestehen bleibt und die Planung nicht Lobbyisten überlassen wird.

Abschließende Plenumsdiskussion

Im Plenum wurde noch einmal sehr deutlich, dass die regionale „demographische Betroffenheit“ sehr weit streut. Was die ostdeutschen Bundesländer und Regionen bereits in der Planungspraxis erproben, weil zwingender Handlungsbedarf besteht, steht in vielen westdeutschen ländlichen Regionen noch nicht auf der Tagesordnung. Die Bevölkerungsverluste sind zurzeit in Ostdeutschland sehr großflächig, in Westdeutschland eher kleinräumig. Von einem Plenumsteilnehmer wurde konstatiert, dass der Mentalitätswechsel auch bei der Fachöffentlichkeit noch nicht überall angekommen sei. Diejenigen, die erst in Zukunft das gleiche Problem haben, ignorierten es.

Es wurde auch dafür plädiert, sich nicht nur mit der Abwärtsspirale zu beschäftigen. Gegensteuern, indem Familien stärker gefördert werden, könne auch ein probates Mittel sein, den Trend, d.h. Bevölkerungsrückgang und Alterung, zu bremsen.

Auf die Frage, welche Mindestausstattungen gelten sollten, wurde vom Podium geantwortet, dass sicherlich ausreichende Bildungsangebote als Voraussetzung für Chancengleichheit, eine angemessene medizinische Versorgung und der öffentliche Personennahverkehr zur Sicherung der Erreichbarkeit von wichtigen Versorgungseinrichtungen die wesentlichen Infrastrukturbereiche seien. Abfall-, Wasserver- und -entsorgung gehörten prinzipiell auch dazu, wenngleich nicht jedes abgelegene Gehöft angeschlossen werden könne. Abweichungen müssten regelbar sein für mehr Handlungsspielräume.

Ein Teilnehmer bemerkte, dass darüber nachgedacht werden sollte, die kommunalen Zuweisungen neu zu regeln. Derzeit habe lediglich die Zahl der Einwohner direkte Effekte auf die öffentlichen Einnahmen, die bei Bevölkerungsrückgang massiv abnehmen. Unberücksichtigt bleibe, dass nicht nur die ansässige Bevölkerung, sondern auch andere Personen, z. B. Touristen, Ansprüche an die Infrastruktur stellen.

Zum Schluss wurde noch einmal für möglichst dezentrale Einrichtungen plädiert: Gerade aufgrund der starken Zunahme älterer Menschen werden Standards und Erreichbarkeiten neu zu prüfen sein!

Forum 2: Demographischer Wandel in Großstadtregionen

Heinrich Mäding

Demographischer Wandel in Großstadtregionen

Einführung des Moderators

Gliederung

- 1 Acht demographische Trends
- 2 West-Ost-Differenzen
- 3 Heterogenisierung (Westen)
- 4 Schrumpfung (Osten)
- 5 Alterung (überall)

1 Acht demographische Trends

Der demographische Wandel in Deutschland hat viele Facetten. Mindestens die folgenden Trends sind von Bedeutung:

- A. Nationales Bevölkerungsvolumen
 - (1) Niedrige Geburtenziffer (1,4 statt 2,1)
 - (2) Wachsende Lebenserwartung
 - (3) Positiver internationaler Wanderungssaldo

Diese drei Trends bewirken bislang eine insgesamt noch wachsende Gesamtbevölkerung.

- B. Nationale Bevölkerungsstruktur
 - (4) Alterung (Konsequenz von (1) und (2))
 - (5) Heterogenisierung (Konsequenz von (3))
 - (6) Vereinzelung (sinkende Haushaltsgröße)
- C. Inter- und intraregionale Wanderungen
 - (7) Ost-West-Wanderung
 - (8) Suburbanisierung

Die regional/lokal unterschiedliche Ausprägung dieser Trends bestimmt die demographische Entwicklung vor Ort.

2 West-Ost-Differenzen

Die Großstadregionen des Westens sind geprägt durch folgende Trends:

- (1) Sinkende Bevölkerungszahlen in altindustriellen Regionen (Bremen, Ruhrgebiet, Saar) und fast allen Kernstädten
- (2) Wachsende Bevölkerungszahlen in prosperierenden Stadregionen (wie Frankfurt, Stuttgart, München) und vielen Umlandgemeinden
- (3) Alterung und
- (4) Heterogenisierung laufen überall ab. Vor allem Letztere kann als charakteristisches, dringendstes Problem eingestuft werden.

Die Großstadregionen des Ostens sind geprägt durch folgende Trends:

- (1) Teilweise stabile Bevölkerungszahlen, sogar in einzelnen Kernstädten (Berlin, Leipzig, Dresden), aber starke Schrumpfung in den meisten Groß- und Mittelstädten und peripheren Räumen
- (2) Selektive Abwanderung in den Westen
- (3) Alterung

Daraus ergeben sich unterschiedliche Betroffenheiten und Herausforderungen. In extremer Vereinfachung sind die Probleme des Westens Heterogenisierung und Alterung, die Probleme des Ostens Schrumpfung und Alterung.

3 Heterogenisierung (Westen)

Es bestehen Schwierigkeiten bei den Messkonzepten: „Personen mit Migrationshintergrund“ ≠ „Ausländer“. Geringe Aussagekraft der Ausländerquote wegen Aussiedlern und deren (nicht deutschen) Angehörigen und Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts/Einbürgerung. Selbst in Stuttgart wird die Ausländerquote sinken.

Zentrale Probleme sind:

- Disparitäten in Bildungsabschlüssen, Arbeitsmarktintegration, Sozialhilfebezug etc.
- Segregation: Konzentration in „problematischen“ Quartieren mit deutschen „Verlierern“
- Abschottung, Parallelgesellschaften, Ausgrenzung aus der politischen Willensbildung
- Gefahr von politischem Extremismus bei Zuwanderern und Einheimischen

Der ökonomische Erfolg von Zuwanderern – innerhalb und außerhalb der „Ethnischen Ökonomie“ – wird wesentlich über den ökonomischen Zustand Deutschlands mitentscheiden.

4 Schrumpfung (Osten)

Zentrale Probleme: Gefahr einer kumulativen Entwicklung, weil Schrumpfung mit Attraktivitätsverlusten einhergeht und diese – über Abwanderung – weitere Schrumpfung begünstigen.

Die Attraktivitätsverluste bestehen u.a. in:

- sinkender Breite des Angebots privater Güter
- mangelnder Auslastung der Infrastruktur, steigenden Durchschnittskosten, Infrastrukturschließung, weiten Wegen
- Wohnungsleerstand, Abriss
- Ausdünnung des Angebots qualifizierter, junger Arbeitskräfte, Investitionszurückhaltung

Die positiven Effekte (sinkender Siedlungsdruck, sinkende Emissionen) sind weniger gewichtig. Politisch ist Schrumpfung Symbol für Misserfolg. Alle wollen sie vermeiden. Dadurch intensiviert sich der interregionale/-lokale Wettbewerb der Regionen, Städte und Gemeinden um Einwohner.

5 Alterung (überall)

Die zentralen Probleme der Alterung sind indirekter und insgesamt für die Stadtregionen weniger dringlich. Jedoch werden sie langfristig (z. B. im Vergleich der Jahre 2000 mit 2050) große Bedeutung haben.

Zentrales Problem ist die Frage nach den ökonomischen Konsequenzen, die aus der – erwarteten – niedrigeren Gesamterwerbsquote und der – erwarteten – langsamer wachsenden Produktivität in alternden Gesellschaften folgt. Durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit und durch Investitionen in die Weiterbildung gibt es – in ihrer Wirksamkeit begrenzte – Gegenmaßnahmen.

Alterung wird in Ost und West, Stadt und Land gleichmäßiger verlaufen als Heterogenisierung und Schrumpfung, sie besitzt geringere räumliche Differenzierungseffekte.

Alterung, Heterogenisierung und Schrumpfung haben über ihre ökonomischen Auswirkungen fiskalische Effekte. Sie gefährden tendenziell die Finanzbasis der Städte und Regionen und schränken so deren finanzwirtschaftliche Handlungskraft ein. Auch wenn gesamtwirtschaftlich das Produktivitätswachstum die negativen Effekte überkompensiert und die Pro-Kopf-Einnahmen – verlangsamt – weiter wachsen, sind alle diejenigen Städte und Regionen negativ betroffen, in denen Schrumpfung, Alterung und Heterogenisierung überdurchschnittlich verlaufen. Dabei sind die Zusatzausgaben eventuell wichtiger als die Mindereinnahmen.

Demographischer Wandel in Großstadtregionen

Impulsstatement

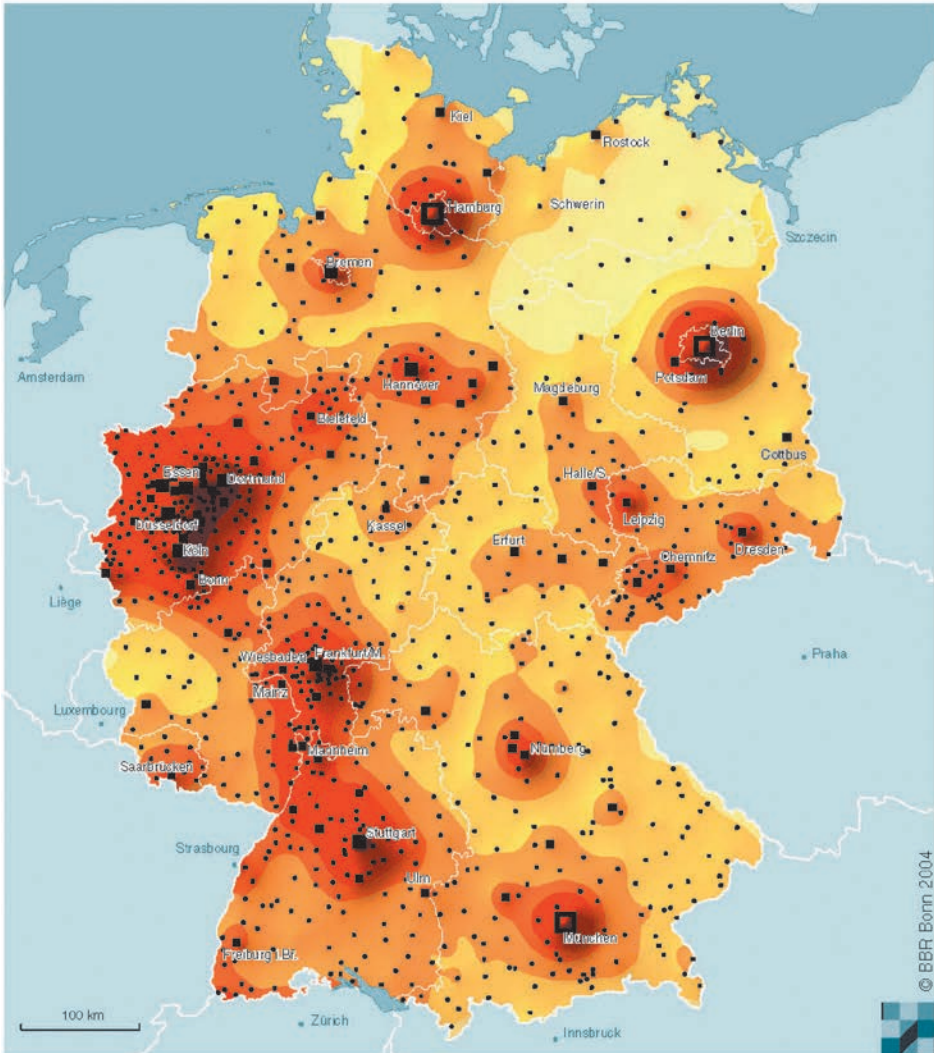
In diesem Beitrag werden in jeweils fünf Punkten zunächst die wichtigsten prognostischen Aussagen zum demographischen Wandel in Großstadtregionen zusammengefasst und anschließend die wichtigsten strategischen Herausforderungen benannt, die sich daraus für die Großstadtregionen ergeben.

Unter *Großstadtregion* sollen hier mehr als nur die sieben Europäischen Metropolregionen in Deutschland, andererseits aber nicht alle Verdichtungsräume verstanden werden. Welche Räume dadurch bezeichnet sind, geht am ehesten aus der aktuellen Karte zum Regionalen Bevölkerungspotenzial aus der laufenden Raubeobachtung des BBR hervor (Abb. 1).

Welche *dominanten Trends* werden die demographische Entwicklung in den Großstadtregionen prägen? Die Ergebnisse der aktuell vorliegenden großräumig differenzierenden Prognosen und Szenarien lassen sich zu den folgenden Aussagen verdichten:

1. Der demographische Wandel (Schrumpfung, Alterung, Internationalisierung durch Zuwanderung) wird alle deutschen Großstadtregionen treffen, allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichem Gewicht – in Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Dynamik. Die Bevölkerung in den ostdeutschen Großstadtregionen und in den altindustrialisierten Regionen nimmt weiter ab und wird älter. Später und abgeschwächt werden davon auch die wirtschaftsstärkeren Großstadtregionen erfasst. Dort aber wird der Anteil der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund weiterhin ansteigen: durch Zuwanderung und wegen der höheren Reproduktionsraten dieser Bevölkerungsgruppe.
2. Innerhalb der Großstadtregionen trifft der demographische Wandel Kernstadt und Umlandgemeinden unterschiedlich. In den ostdeutschen Großstadtregionen werden die meisten Kernstädte weiterhin Einwohner an das Umland verlieren; deshalb werden manche Umlandgemeinden in schrumpfenden Stadtregionen auch wachsen. Zuwandernde werden sich weiterhin vor allem in den Kernstädten konzentrieren. In den westdeutschen Großstadtregionen erfasst die Alterung auch die Wohnbevölkerung der Gemeinden im Umland – je kernstadtnäher, desto stärker („Randalterung“). Dort werden die Eigenheimerbauer der 60er und 70er Jahre in ihren (Einfamilien-)Häusern alt.
3. Die Herausforderungen durch den demographischen Wandel unterscheiden sich entsprechend für die Großstadtregionen. In den ostdeutschen Regionen werden es vor allem die Probleme bleiben, die sich aus Rückgang und Alterung der Bevölkerung ergeben: strukturelles Überangebot an Wohnraum, Unterauslastung technischer Infrastruktur, Verschiebungen in der Nachfrage nach sozialer Infrastruktur, sinkende Steuer- und Kaufkraft. Es geht um die Steuerung des Schrumpfens als „geordneter Rückzug“ im kommunalen und regionalen Maßstab, und damit um völlig neue Probleme und Aufgaben, die neue

Abb.1: Regionales Bevölkerungspotenzial



Regionales Bevölkerungspotenzial

Erreichte Bevölkerung im Umkreis mit Radius 100 km, distanzgewichtet (unter Einbeziehung der europäischen Nachbarstaaten)

- 1 000 000 und mehr
- 500 000 bis unter 1 000 000
- 350 000 bis unter 500 000
- 200 000 bis unter 350 000
- 100 000 bis unter 200 000
- bis unter 100 000

Stadtypen nach Einwohnerzahlen

- Großstadt**
- 1 000 000 und mehr
 - 500 000 bis unter 1 000 000
 - 100 000 bis unter 500 000
- Mittelstadt**
- 20 000 bis unter 100 000

Verbandsgemeinden, Stand 31.12.2001
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR

Quelle: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5/2003, Rückseite Umschlag

Konzepte und Instrumente verlangen. In weiterhin wachsenden Großstadregionen sind – neben der Sicherung eines ausreichenden Wohnungs- und Infrastrukturangebots für eine weiterhin wachsende Zahl von Haushalten – vor allem die sozialen Probleme und Konflikte zu bewältigen, die aus der Zuwanderung erwachsen. Die Programme und Maßnahmen zur Integration müssen sich dabei sowohl auf die hier schon lebenden wie auf die neu zuwandernden Familien aus anderen Kulturkreisen beziehen.

4. Ob und wie die Großstadregionen die verschiedenen Probleme des demographischen Wandels bewältigen können, hängt entscheidend von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und von Politikfeldern ab, die auf lokaler und regionaler Ebene nicht oder nur sehr gering beeinflusst werden können: von zukünftiger Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Renten-, Familien- und Zuwanderungspolitik auf Bundes- und Länderebene. Dort werden die Weichen gestellt für die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen, die Investitionen in Bildung und Weiterbildung, die Erleichterung von Zuwanderung usw.
5. Im globalen und europäischen Wettbewerb stehen Großstadregionen zueinander in Konkurrenz, nicht Städte. Durch den demographischen Wandel wird sich deren Konkurrenz um Arbeitsplätze und junge qualifizierte Arbeitskräfte verschärfen. Die Erfolgchancen hierfür sind allerdings ungleich verteilt. Die meisten Prognosen hinsichtlich der zukünftigen Wirtschaftskraft von Stadregionen sehen für die kommenden Jahrzehnte keine grundsätzlichen Verschiebungen: München, Frankfurt und Stuttgart werden voraussichtlich ihre führenden Positionen halten. Vor allem in schrumpfenden Großstadregionen schwächt die Bürgermeisterkonkurrenz um Haushalte, Betriebe, Kaufkraft und Fördermittel die Konkurrenzfähigkeit der Regionen als Ganzes.

Welche *politischen Konsequenzen* ergeben sich daraus für die Großstadregionen? Die folgenden Ausführungen nehmen wichtige Empfehlungen auf, die im gemeinsamen Arbeitskreis von ARL und DASL zu „Strategien für Großstadregionen im 21. Jahrhundert“ formuliert wurden.¹

1. Großstadregionen werden auch in Zukunft die Zentren der Wirtschaftskraft, Standorte der Forschung und Entwicklung und Schwerpunkte des kulturellen und sozialen Wandels sein. Von ihrer Entwicklung wird es nicht nur abhängen, ob die Übergänge von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft gelingen, sondern auch, ob der demographische Wandel bewältigt und die notwendigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft sozial verträglich gestaltet werden können. Großstadregionen sollten gezielt als Motoren der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung gestützt werden, da von ihnen die Wachstumsimpulse ausgehen werden.

¹ Das Ergebnis des Arbeitskreises, der im Herbst 2003 seine zweijährige Arbeit abgeschlossen hat, ist inzwischen publiziert: ARL/ DASL (Hrsg.): Strategien für Großstadregionen im 21. Jahrhundert. Empfehlungen für ein Handlungsfeld von nationaler Bedeutung. Ergebnisbericht eines gemeinsamen Arbeitskreises von ARL und DASL. Arbeitsmaterial der ARL Nr. 309. Hannover 2004. Dem Arbeitskreis gehörten an für die ARL: G. Albers, J. Aring, A. Priebs, E.-H. Ritter, C. Schmidt, W. Siebel und Chr. Specht; für die DASL: H. Ahuis, K.- J. Beckmann, M. Doehler-Behzadi, M. Eltges, A. Fricke, U. Hatzfeld, J. Jessen (Leitung) und J. Wékel.

2. Damit die Großstadregionen im globalen und nationalen Wettbewerb bestehen können, müssen sie sich auch als eigenständige stadregionale Politik- und Handlungsebene mit einer starken regionalen Selbstverwaltung etablieren. Die Großstadregion muss als Gebietskörperschaft verfasst, durch Direktwahl ihrer Vertreter demokratisch legitimiert und mit eigener Planungs- und Finanzhoheit ausgestattet werden. So kann sie die regionalen Interessen nach außen vertreten und zugleich eine politische Abwägung zwischen widerstreitenden Belangen innerhalb der Stadregion sichern. Jede Region muss dabei ihren eigenen Weg finden.
3. Nur durch wirtschaftliche Strategien, die im regionalen Maßstab formuliert sind, kann der ökonomische Strukturwandel bewältigt werden und können die Großstadregionen im Standortwettbewerb konkurrenzfähig bleiben. Deshalb darf in Großstadregionen Denken und Handeln bei Wirtschaftsförderung und Standortmarketing nicht an den kommunalen Grenzen aufhören. Wegen des zunehmenden Standortwettbewerbs zwischen den Großstadregionen wird eine Politik der Anwerbung von jüngeren und qualifizierten Menschen auf nationaler, vermehrt auch auf internationaler Ebene immer bedeutsamer. Den qualifizierten Zuwanderern ist ein attraktives Umfeld zu bieten. Besondere Bedeutung kommt international und interkulturell ausgerichteten „urbanen Milieus“ zu.
4. In den Großstadregionen müssen auch die sozialen Lasten in regionaler Verantwortung getragen werden. Die sozialen Konflikt- und Problemlagen sind zwischen Kernstadt und Umland ungleich verteilt. Die Kernstädte müssen mit sinkenden Steuereinnahmen immer höhere Sozialausgaben leisten. Zwar konzentrieren sich die sozialen Konflikte und Probleme meist in bestimmten Quartieren der Kernstadt, sie sind aber durch selektiven Bevölkerungsaustausch innerhalb der Region entstanden. Nötig ist daher eine Strategie bezogen auf die gesamte Region, nicht nur auf einzelne soziale Brennpunkte. Die finanziell besser gestellten und sozialstrukturell begünstigten Umlandgemeinden müssen stärker in die Bewältigung der sozialen Probleme in der Region einbezogen werden. Auch darauf ist die geplante Neuregelung der kommunalen Finanzen auszulegen. Auf kommunaler Ebene kann die Dynamik des demographischen Wandels zwar nicht maßgeblich beeinflusst werden, die Kommunen können jedoch stärker als bisher mit einschlägigen Programmen und Strategien wichtige eigene Beiträge leisten: durch Programme zur Integration von Migranten, zur Aktivierung von Senioren, durch familienfreundliche Infrastrukturangebote usw.
5. Um eine nachhaltige Siedlungsentwicklung der Großstadregionen auch unter den Bedingungen des demographischen Wandels zu gewährleisten, ist ein regionales Entwicklungs- und Standortkonzept nötig. Dies gilt nicht nur für die wachsenden Großstadregionen, sondern gerade auch für die schrumpfenden Stadregionen. Gerade der „geordnete Rückzug“ bedarf eines integrierten regionalen Konzepts, nicht nur eines „integrierten Stadtentwicklungskonzepts“. Nur so können Doppelinvestitionen in der Konkurrenz um Bevölkerung und Arbeitsplätze verhindert und nur so kann vermieden werden, dass trotz eines Überflusses an Gebäuden und bereits erschlossenen Flächen zusätzlich Landschaft durch Neuausweisungen für Wohnbauflächen, Gewerbe oder Einzelhandel verbraucht wird. So können Risiken kommunalpolitischer „Verzweiflungstaten“ gesenkt, öffentliche Mittel zur Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur an die veränderte Nachfrage effizienter eingesetzt und kommunale Handlungsspielräume wieder zurückgewonnen werden.

Gerd Tönnies

Demographischer Wandel in Großstadtregionen

Diskussionsbericht

Gliederung

- 1 Zum Ablauf und zur Orientierung
- 2 Zentrale Prozesse und Probleme
- 3 Konzepte und Strategien
- 4 Diskussion mit dem Plenum

1 Zum Ablauf und zur Orientierung

Im zweiten Forum wurden die mit dem demographischen Wandel zusammenhängenden Tendenzen und Handlungsbedarfe am Beispiel der Großstadtregionen vertieft.

Zunächst gab der Moderator, Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Difu Berlin, einen kurzen Überblick über das generelle Themenfeld (siehe den Beitrag in diesem Band). Er verdeutlichte die Vielzahl von Trends und Facetten, die den demographischen Wandel in Deutschland und Europa charakterisieren, von den Teilprozessen der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Fertilität, Mortalität) über die Alterung und die Vereinzelung bis hin zur internationalen Zuwanderung und der mit ihr verbundenen Heterogenisierung der Bevölkerung. Gleichzeitig hob er die großen Unterschiede in den räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels, etwa zwischen städtischen und ländlichen oder ost- und westdeutschen Regionen hervor. Anschließend setzte sich Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart, in einem Impulsreferat mit zwei für den demographischen Wandel in Großstadtregionen grundlegenden Fragen auseinander (siehe ebenfalls in diesem Band), nämlich: Wie wird der demographische Wandel verlaufen? Was ist zu tun?

Die beiden Gesprächsrunden der Podiumsdiskutanten¹ bezogen sich auf

- zentrale Prozesse und Probleme sowie
- Konzepte und Strategien.

¹ Verbandsdirektor Christian Breu, München; Beigeordneter Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Leipzig; Erster Beigeordneter Dipl.-Geogr. Jens Peter Scheller, Frankfurt am Main; Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Magdeburg; Planungsdezernent Dipl.-Ing. Ullrich Sierau, Dortmund.

2 Zentrale Prozesse und Probleme

In der ersten Diskussionsrunde gingen die Vertreter der fünf (Groß-)Stadtregionen auf die zentralen Prozesse, Probleme und Herausforderungen der Entwicklung ihrer Regionen ein.

Sozio-demographische Entwicklung

Wie die Berichte zeigen, sind die meisten Stadtregionen mit Einwohnerrückgängen konfrontiert. Insbesondere in den Kernstädten führte die natürliche Bevölkerungsbewegung (Sterbeüberschüsse) in den letzten Jahrzehnten zu Einwohnerverlusten. Ausnahmen stellten die beiden „demographischen Glückspilze“ (Scheller) Frankfurt am Main und München dar, die zugleich die höchsten Zuwanderungsüberschüsse zu verzeichnen hatten. Dennoch schwächt sich auch in der Region Rhein-Main die Einwohnerzunahme deutlich ab und wird längerfristig in einen sanften Bevölkerungsrückgang übergehen. Bedenklich stimmt die Feststellung, dass nicht einmal die Region Rhein-Main, die bei einem durchschnittlichen Ausländeranteil von 17 % jahrzehntelange „Erfahrungen“ im Zusammenleben mit Migrant*innen hat, mental auf die Integration der zugewanderten bzw. künftig zuwandernden Bevölkerung vorbereitet sei. Dies zeige sich beispielsweise beim Bau von Moscheen (Scheller).

Am günstigsten stellt sich die demographische Lage in der Großstadregion München dar. Hier gehen Geburtenüberschüsse mit Zuwanderungsüberschüssen einher. Und auch die Alterung stellt kein nennenswertes Problem dar, gehört die Region doch zu den demographisch jüngsten in Deutschland. Insofern überrascht es nicht, dass Regionalplanung und -politik von sehr verzögerten Wirkungen des demographischen Wandels ausgehen und genügend Zeit für Anpassungsmaßnahmen oder sogar eine Umkehr des nur sehr langfristig negativen Trends sehen (Breu).

Eine relativ stabile, durch geringfügige Abnahme gekennzeichnete Bevölkerungsentwicklung wird bis zum Jahre 2020 voraussichtlich auch Dortmund, die dritte westdeutsche Großstadregion, zu verzeichnen haben (1 % Abnahme). Im Vergleich zu anderen Ruhrgebietsstädten, die sich mit Einwohnerrückgängen zwischen 10 % und 15 % konfrontiert sehen, ist dies eine eher moderate Entwicklung.

Wesentlich dramatischer verlief die demographische Entwicklung in den Städten der neuen Länder. Seit der Wende verschränken sich hier die zunächst (1989 bis 1991, Wiederanstieg ab 1997) sehr starke Abwanderung nach Westdeutschland mit einem weltweit einmaligen „Absturz“ der Geburtenhäufigkeit bei gleichzeitiger „nachholender“ Suburbanisierung und nur geringer Partizipation an der internationalen Zuwanderung nach Deutschland. An diesem problematischen Entwicklungsverlauf kann auch die (selektive) Zuwanderung aus ländlichen Gebieten der neuen Länder kaum etwas ändern, in denen die Folgen der Abnahme und Alterung zu noch weitaus gravierenderen Folgen für die Regionalentwicklung führen (siehe den Bericht über das Forum 1).

Im Zuge dieser Entwicklung kam es in Leipzig und Magdeburg zu überaus starken Einwohnerverlusten. So ging die Einwohnerzahl beispielsweise in Magdeburg um ca. 56.000 zurück, von 285.000 (1985) auf 229.000 (2004) Einwohner. Ein beträchtlicher Teil davon ist in das Stadtumland, den sog. Speckgürtel gezogen. Während im Stadtgebiet ungefähr 40 % der Kindergärten und Schulen geschlossen wurden, mussten im suburbanen Raum zahlreiche

Einrichtungen der sozialen Infrastruktur neu gebaut werden. Ähnlich verlief die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Leipzig, die seit 1981 85.000 Einwohner verlor, die meisten seit Ende der 1980er Jahre. Neben einem ersten Schrumpfungsschub in den Jahren 1989/92 durch starke Abwanderung nach Westdeutschland vollzog sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – wie in einer regionalplanungsfreien Zone (Lütke Daldrup) – ein sehr dynamischer, nahezu ungesteuerter Suburbanisierungsprozess, der zu erheblichen Konsequenzen für die räumliche Entwicklung und Planung in der ganzen Großstadregion führte.

Umso erfreulicher ist es, dass seit Ende der 1990er Jahre in Leipzig und Magdeburg, aber auch in anderen Stadregionen Ostdeutschlands, eine Trendwende der demographischen Entwicklung festzustellen ist. Ursachen hierfür sind die seit mehreren Jahren wieder ansteigende Geburtenhäufigkeit und Wanderungsüberschüsse, insbesondere – wie in den meisten Städten – bei den mittleren und vor allem den jüngeren Altersgruppen. So ist der Trend eines dauerhaften Bevölkerungsrückgangs in Leipzig im Jahre 1998 gebrochen worden. Seit 2001 steigt die Einwohnerzahl wieder (Lütke Daldrup). Und auch Magdeburg hat nach einem langen, tief greifenden demographischen Umbruch wieder positive Wanderungssalden aufzuweisen (Trümper). Die Suburbanisierung stellt jedoch nach wie vor ein beträchtliches Problem für die Entwicklung von Stadt und Umland dar.

Sozialräumliche Entwicklung, Wohnungsmarkt

Was für alle Städte der neuen Länder gilt, wurde für Leipzig von Lütke Daldrup besonders herausgestellt: Die Zunahme der sozialräumlichen Polarisierung, die in dieser Stadt nicht zuletzt aufgrund des Wohnungsleerstandes stark voranschreitet. Mittlerweile hätten sich die Segregationsmuster der Vorkriegszeit zu einem großen Teil wieder herausgebildet. Krasse sozialräumliche Disparitäten bestünden zwischen Plattenbauten, deren Entwertung dynamisch verlaufe, und gründerzeitlichen Innenstadtquartieren, die durch Zuwanderung bereits wieder weitgehend aufgefüllt seien. Diese Entwicklung vollziehe sich allerdings auf Kosten der Einheitlichkeit der Stadtlandschaft und führe zu einem kleinräumigen Mosaik schrumpfender und wachsender Stadtquartiere bei intraregional allgemein steigender sozialräumlicher Polarisierung.

In der Region Rhein-Main sei die Siedlungs- und Wohnungsentwicklung neben der Nachverdichtung im Bestand (immerhin ca. 50 %) vor allem durch eine extreme Flächeninanspruchnahme an der Peripherie des suburbanen Raumes gekennzeichnet. Die starke Flächenextensivität führe zu hohen Kosten beim Bau und Betrieb von Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur. Ein weiteres Problem- und Handlungsfeld stelle die Schaffung von altengerechten Wohnmöglichkeiten dar. Wie eine Umfrage in Frankfurt am Main zeigte, könnten sich 50 % der Befragten vorstellen, im Alter in gemeinschaftlichen Wohnformen zu leben. Angebote gebe es jedoch bisher kaum (Scheller). Für die Region München wurde betont (Breu), dass Wohnungen nach wie vor knapp und teuer seien. Obwohl zurzeit eine gewisse Entspannung des Wohnungsmarktes zu konstatieren sei, müsse mit weiteren Boomphasen und steigenden Miet- und Immobilienpreisen gerechnet werden – ein starker Kontrast zu Magdeburg, wo sich Studenten großzügige Wohnungen in attraktiven Wohnlagen leisten könnten (Trümper).

Wirtschaftliche Entwicklung

Auch in ökonomischer Hinsicht verlief die Entwicklung in den einzelnen Großstadregionen recht unterschiedlich. So hat Dortmund es beispielsweise geschafft, die altindustrielle Wirtschaftsstruktur weitgehend zu überwinden und sich im Dienstleistungsbereich, aber auch in der Mikrosystemtechnik und der Logistik neu und führend zu positionieren (Sierau). Voraussetzung hierfür seien attraktive Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, über die die Stadt seit langem verfüge. Nicht zuletzt hieran orientierte sich auch die Zuwanderung jüngerer Bevölkerungsgruppen. In den strukturstarken Regionen Rhein-Main und München stellte die Wirtschaftsentwicklung ohnehin kein Problem dar, obwohl Frankfurt am Main den Verlust wichtiger Headquarter-Funktionen (z. B. DB, Hoechst) und Leerstände bei Büroflächen zu verzeichnen hat (Scheller).

In den neuen Ländern ist die gesamtwirtschaftliche Situation nach weitgehender Deindustrialisierung nach wie vor äußerst problematisch. Investoren werden händierend gesucht und haben enorme Freiheitsgrade bei der Standortwahl, wodurch die Perforation der Stadtstruktur noch verstärkt wird.

Vordringlich ist der Aufbau einer modernen, flexiblen Struktur innovativer Klein- und Mittelbetriebe. Die ostdeutschen Städte erreichen bisher erst 43 % des Gewerbesteueraufkommens der westdeutschen. Insofern muss ihre Steuerkraft dringend durch Betriebsansiedlungen erhöht und die Wirtschaftsförderung weitergeführt werden (Trümper). Von grundlegender Bedeutung für eine erfolgreiche Regional- und Stadtentwicklung sei außerdem – auch und gerade in den neuen Ländern – die Hochschulentwicklung. Hier habe Magdeburg durchaus Erfolge zu verzeichnen, die jedoch, zumindest zum Teil, durch die aktuelle Spardiskussion in diesem für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung zentralen Bereich gefährdet werden könnten.

Vor dem Hintergrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre und des damit verbundenen, seit Ende der 1970er Jahre ohnehin geringen Potenzials räumlich mobiler Betriebe betonten alle Podiumsdiskutanten die problematischen Auswirkungen der massiven interregionalen und intraregionalen Konkurrenz um Betriebsansiedlungen bzw. Gewerbesteuererinnahmen. Insbesondere für die Konkurrenz zwischen Kernstadt und Umland seien dringend regionale Lösungen erforderlich (Trümper). In diesen Kontext passte die Klage aller Vertreter der Großstadregionen, egal ob in Ost- oder Westdeutschland, in prosperierenden oder strukturschwachen Regionen, dass die Kommunalhaushalte durch außerordentlich hohe und weiter wachsende Defizite gekennzeichnet seien.

3 Konzepte und Strategien

Im Mittelpunkt der zweiten Diskussionsrunde standen die herausragenden Handlungsschwerpunkte in den fünf Großstadregionen sowie die hieran orientierten, im Rahmen der Stadt- und Regionalentwicklung erarbeiteten Konzepte und Strategien.

- (1) Für Dortmund wurde zunächst herausgestellt, dass weder Schrumpfung eine „Schande“ noch Wachstum a priori „gut“ sei. Und „weniger könne durchaus mehr“ sein (Sierau). Auf Quartiersebene gebe es in der Stadregion ohnehin eine Gleichzeitigkeit von

Schrumpfung und Wachstum. Entsprechend differenziert müssten Konzepte und Strategien ausgerichtet sein.

Um die Attraktivität für Bevölkerung und Wirtschaft im Rahmen der interregionalen Konkurrenz zu erhalten oder zu steigern, seien vor allem qualitativ hochwertige Wohnungsangebote, Wohnumfelder und Freiraumpotenziale erforderlich. Diese gelte es gezielt zu entwickeln. Hierbei böten Einwohnerabnahmen durchaus Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Wohnumfeld- und Freiraumsituation. Ebenso konnte ein großer Teil der durch die Schließung von Montanbetrieben frei werdenden Flächen umgestaltet und zu hochwertigen Standorten für Kreditinstitute, Versicherungen und Betriebe aus den Bereichen Mikrosystemtechnik und Logistik aufgewertet werden – bis hin zu exklusiven Standorten für Dienstleistungsarbeitsplätze am Wasser. Wichtige Instrumente bzw. Finanzquellen seien hierbei Gründungswettbewerbe und die Ziel-2-Förderung der EU gewesen, wobei in beiden Fällen das Land Nordrhein-Westfalen wichtige Unterstützung geleistet habe.

- (2) Als zentrales Problem für die Entwicklung der Großstadtregion Leipzig wurde der Wettbewerb um Arbeitsplätze hervorgehoben (Lütke Daldrup). Es gelte, Betriebe und die damit verbundene wertschöpfende Nachfrage in die Region zu holen. In diesem Zusammenhang spielten auch entspannte Wohnungsmärkte eine wichtige Rolle. Bei ca. 50.000 leer stehenden Wohnungen hätten Wohnungssuchende eine große Auswahl zwischen unterschiedlichen, vielfach attraktiven und gleichwohl kostengünstigen Angeboten.

Auch für diese Großstadtregion wurden die stadt- und regionalplanerischen Probleme eines dichten räumlichen Nebeneinanders von wachsenden und schrumpfenden Stadtquartieren betont. Der Prozess der urbanen Transformation sei durch eine starke Beschleunigung in wirtschaftlicher, sozialer und räumlicher Hinsicht gekennzeichnet. Er beinhalte für einzelne Quartiere die Gefahr einer Abwärtsspirale, während in anderen, etwa den Gründerzeitvierteln, die „Welt noch in Ordnung“ sei. Der für dieses unorganische Nebeneinander teilweise verwandte Begriff der „Perforation“ wurde für eine planerisch-normative Verwendung abgelehnt, da er – als mehr oder minder chaotisch ablaufender marktgetriebener Prozess – lediglich auf die räumlichen bzw. physisch-baulichen Auflösungserscheinungen passe (Lütke Daldrup).

Um die Stadt- und Regionalentwicklungsprozesse sozial-, wirtschafts- und umweltverträglich zu gestalten, müsse die Planung Leitbilder formulieren, gewissermaßen Leitplanken setzen und für die Aufrechterhaltung gestalterischer und baulicher Mindestqualitäten sorgen. Bei der Umsetzung gelte es, alle Möglichkeiten der Förderung auszuloten, von EU-Programmen wie URBAN bis zum Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die Soziale Stadt“ von Bund und Ländern. Eine wichtige Voraussetzung für das Verbleiben in der Stadt und der Region sei das Erreichen einer ausreichenden „kritischen Masse“, die anspruchsvolle städtische Lebensstile ermöglicht (z.B. Leipzig oder Dresden). Ansonsten würden sich die Suburbanisierung oder gar die Abwanderung aus Ostdeutschland eher noch verstärken.

- (3) Situation, Aufgaben und Handlungsbedarf der Stadt- und Regionalpolitik in Magdeburg seien weitgehend mit Leipzig vergleichbar (Trümper). Viel zu lange sei der Wohnungsbau über Sonderabschreibungen am Bedarf vorbei forciert worden. Zahlreiche Wohnkomplexe würden auf Dauer keinen Bestand haben. Insbesondere in Plattensiedlungen stünden ganze Zeilen leer. In Anbetracht der hohen Leerstandskosten sei in vielen Fällen ein Abriss unausweichlich. Zurzeit erarbeite die Stadtplanung Grundlagen und konzeptionelle Vorstellungen dafür, welche Bestände einerseits vom Markt genommen und welche andererseits Bestand haben und teilweise sogar verdichtet werden sollen. Vor allem entlang der Elbe gebe es hervorragende Wohnstandorte, auf die eine starke Nachfrage gerichtet sei.

Als immenses Problem für die Wohnungswirtschaft in Ostdeutschland nannte Trümper die starke Belastung vieler Wohnungen mit Altschulden. Seiner Ansicht nach seien die nächsten fünf Jahre von entscheidender Bedeutung für den Stadtbau Ost. Danach liefen Fördermittel aus verschiedenen EU-Programmen aus. Zentrale Voraussetzung einer erfolgreichen Stadt- und Regionalentwicklung sei die Ansiedlung zukunftsfähiger Betriebe, für die kostengünstige Gewerbeflächen bereitstünden. Hierauf müsse sich die Stadt vorrangig konzentrieren.

- (4) Scheller skizzierte zunächst den Regionalen Flächennutzungsplan als wichtige Grundlage für die siedlungsstrukturelle Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet. Der Plan gehe von einer Konzentration der weiteren Siedlungsentwicklung auf Zentren aus. Ziel sei es, den Suburbanisierungstrend zu „brechen“. Viel schwieriger als die Zielformulierung stelle sich jedoch ihre Umsetzung in der siedlungsstrukturellen Realität dar. Daher würden zurzeit qualitative Diskussionen mit den Bürgermeistern geführt. Für ein effektives Regionalmanagement auf der Grundlage des Ballungsraumgesetzes in Frankfurt am Main bestünden zudem engere Grenzen als etwa auf der Grundlage des politisch-administrativen Modells der Region Hannover.

Im Mittelpunkt eines weiteren Handlungsschwerpunktes stünden die Nachverdichtung im Bestand und die Konversion großer Bahnareale. Zur Begleitung der Planerstellung würden eine Reihe von Fachtagungen durchgeführt. Wegen des demographischen bzw. altersstrukturellen Wandels werde schließlich versucht, das Monitoring im Bereich der sozialen Infrastruktur deutlich zu verbessern.

- (5) Auch für die Großstadregion München (Breu) zeigte sich, dass die Regionalplanung ein komplexes Aufgabenspektrum zu bewältigen hat. Leitziel sei es, die Attraktivität der „Marke München“ weiterhin zu steigern. Voraussetzungen hierfür seien herausragende Bildungsangebote, andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, exzellente Forschungspotenziale, ein in der gesamten Region hochleistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr und eine Konzentration von Bevölkerung, Versorgungseinrichtungen und Infrastruktur in den Zentralen Orten und anderen Zentren entlang der Schienenverkehrsachsen. Neben einer Optimierung der Standort- und Versorgungsbedingungen könnten hierdurch zugleich die Zersiedelung und Freirauminanspruchnahme begrenzt werden. Gleichzeitig würden siedlungsstrukturelle Voraussetzungen geschaffen, um die vorhandenen Standortcluster von Betrieben zu stärken.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels besäßen Ansätze einer kinderfreundlichen Planung (Krippen, Horte, Kindergärten, vorschulische Einrichtungen) zentrale Bedeutung für eine zukunftsfähige Stadt- und Regionalentwicklung. Hierfür seien die Kommunen weitaus am besten geeignet und auch verantwortlich. Dies seien nicht nur wichtige Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch für die internationale Attrahierung hoch qualifizierter Arbeitskräfte.

In planungsorganisatorischer Hinsicht sei die Region München keineswegs durch eine hohe Reformdynamik gekennzeichnet. Dies liege nicht zuletzt an der Vielzahl von regionweit tätigen Verbänden, wozu beispielsweise der Münchner Verkehrsverbund, der Erholungsflächenverein, der Isartal-Verein, der Heideflächenverband, der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München und der Regionale Planungsverband gehörten. Die Regionalplanung müsse konstruktiv mit allen Verbänden und den zahlreichen anderen Trägern öffentlicher Belange zusammenarbeiten. Zentrale Organisations- und Planungsmodelle seien hierfür völlig ungeeignet. Wettbewerbe zwischen Gemeinden seien demgegenüber ein wichtiges und zielführendes Instrument der Stadt- und Regionalentwicklung.

4 Diskussion mit dem Plenum

Am Ende der Forumssitzung wurde die Diskussion für das Plenum geöffnet. Auf die hierbei angesprochenen Fragen kann nur kurz eingegangen werden.

Zunächst wurde für die Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung der Städte plädiert. Es sei von grundlegender Bedeutung, dass die Großstädte ihre Entwicklungspolitik eigenständig betreiben und ihren Bürgern gegenüber vertreten könnten. Ständige Abstimmungserfordernisse in übergeordneten großräumigen Organisationsstrukturen erschwerten die Entwicklung und die Profilierung klarer stadtentwicklungspolitischer Strategien und setzten die Transparenz und Zurechenbarkeit von Entscheidungen für die Bürger herab. Im Extremfall paralyisierten sie die Entwicklung des gesamten Städtesystems.

In einem anderen Beitrag wurde auf die großen Unterschiede der Entwicklungschancen von Großstadregionen und dünn besiedelten, ländlichen, strukturschwachen Räumen hingewiesen. Während das entwicklungsrelevante Humankapital vor allem in den Großstadregionen konzentriert sei, fehle es – als Ergebnis lang anhaltender, sozial selektiver Abwanderung – in zahlreichen dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen nahezu völlig. Daher müsse dringend nach Ansätzen gesucht werden, die einen besseren Ausgleich zwischen den Regionstypen bzw. eine bessere Vernetzung der ländlichen Räume mit den Potenzialen der Verdichtungsräume ermöglichen.

Außerdem wurde betont, dass Regionen, die ihre Politik an den Lebensbedürfnissen von Familien mit Kindern ausrichten, bessere Entwicklungschancen hätten. Allgemein müssten Bau- und Wohnungspolitik ihre Angebote in stärkerem Maße an den unterschiedlichen lebensphasenspezifischen Anforderungen der Haushalte orientieren (nähere Informationen zum „Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik“ über das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH in Hannover).

Ein weiterer Diskutant schilderte am Beispiel des Berliner Stadtbezirks Neukölln, dass die Integration der nicht deutschen Bevölkerung zum großen Teil durch die sozial- und einkommensschwache Bevölkerung in den Problemquartieren der Großstadregionen geleistet werde. Soziale Polarisation und sozialräumliche Segregation verschärften sich zusehends. Schließlich wurde vorgeschlagen, das Problem der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Fachplanungen im Rahmen des Um- und Rückbaus von Siedlungen stärker zu thematisieren.

In einer Schlussrunde des Podiums wurde noch einmal die grundlegende Rolle familienpolitischer Ansätze für nahezu alle Bereiche einer zukunftsfähigen Stadt- und Regionalentwicklung sowie die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Regionalplanung mit den Kommunen betont. Hierbei bedeute eine Stärkung der Regionalplanung, etwa durch die Einrichtung regionaler Planungsverbände – wie den Verband Region Stuttgart – keineswegs eine Schwächung der kommunalen Planungsautonomie, sondern eher das Gegenteil.

Podium: Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Hans Pohle

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Diskussionsbericht

Unter der Leitung von Dr. Heik Afheldt, Berlin, diskutierte das Abschlusspodium zusammenfassend die vorangegangenen Vorträge und Foren.¹ Der Moderator gliederte die Diskussion in vier Teilfragen:

1. Was sagen die Prognosen und Hypothesen zum demographischen Wandel in Deutschland? Welche Verläufe sind zu erkennen und wie sicher sind die Perspektiven? Über welche Trends herrscht Einigkeit, wo gehen die Meinungen auseinander, welche Variablen sind zu bedenken?
2. Welche Auswirkungen des demographischen Wandels auf Wirtschaft und Gesellschaft sind zu erwarten? Gibt es neue Erwerbsbiographien und andere Lebensökonomien? Welche Veränderungen ergeben sich für die sektoralen und regionalen Wirtschaftsstrukturen? Entstehen neue Qualifizierungs- und Bildungsanforderungen?
3. Welche räumlichen Muster wird der demographische Wandel in Deutschland zeichnen? Welche Typen von begünstigten und benachteiligten Räumen lassen sich bilden?
4. Was tun? Diskussion politischer Konsequenzen und Empfehlungen entlang einer Matrix aus Politikfeldern und -ebenen.

Wie sicher sind die vorgelegten Prognosen?

Die Teilnehmer des Podiums waren sich einig darin, dass die vorgelegten demographischen Prognosen substanziell unsicher seien, allerdings in ihren Teilsegmenten unterschiedlich. Während die endogene Entwicklung der Bevölkerung, d.h. die Entwicklung der Geburten- und Sterbefälle, relativ valide abzuschätzen ist, sei über die langfristigen Trends von Zu- und Abwanderung in der Zukunft vergleichsweise wenig bekannt. Insbesondere die Zuwanderung über den Familiennachzug oder die Weiterwanderung von Zugewanderten ließen sich kaum voraussagen. Dazu müsse als Basis solcher Prognosen eigentlich die Frage beantwortet werden, wie attraktiv Deutschland in Zukunft für Zuwanderer sein werde, was in mittel- und langfristiger Perspektive jedoch nicht beantwortbar sei. Da sich diese Unsicherheiten nicht reduzieren lassen, könnte man solche Prognosen unter unterschiedlichen Annahmen nur modellhaft durchrechnen, um auf neue Entwicklungen vorbereitet zu sein.

¹ Teilnehmer des Podiums waren: Prof. Dr. Christoph Horn, Bonn; Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Bonn; Prof. Dr. Gert C. Wagner, Berlin; Dr. Uwe Blien, Nürnberg; Wolfgang Weickhardt, Nürnberg; Staatssekretär a.D. Dr. Ernst-Hasso Ritter, Meerbusch.

Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft

Den Einstieg in die Diskussion bildete die These, dass die deutsche Gesellschaft sich in einem „prämodernen“ Zustand befinde, was gerade in der Zuwanderungs- und der Familienpolitik zu beobachten sei. Allerdings habe der Paradigmenwechsel schon begonnen, insbesondere die Bewertung des Alterns in der Gesellschaft werde zurzeit neu definiert. Stichworte dazu seien die „Jugendalisierung der Alten“ und „graue Gründer“. Die bisher vorherrschende Ruhestands- und Frühverrentungsmentalität einerseits und die Abwertung der Fähigkeiten der Senioren andererseits müsse durch die gezielte Nutzung ihres Wissenspotenzials und ihrer altersspezifischen Kenntnisse in unserer Gesellschaft ersetzt werden. Gerade das in lebenslangen Arbeitsprozessen erworbene Erfahrungswissen und die damit verbundenen Praxiskenntnisse sollten genutzt werden, um diesen Alterungsprozess der Gesellschaft mit Wachstumsperspektiven kompatibel zu machen. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters werde daher in Zukunft sowohl für Männer als für Frauen sinnvoll und auch notwendig werden.

Die Erwartung, dass sich mit der Schrumpfung der deutschen Bevölkerung auch die Arbeitslosenproblematik lösen würde, sei illusorisch, da zwischen Arbeitsplatznachfrage und Arbeitsplatzangebot wechselseitige Abhängigkeiten existieren. Der heute bestehende „mismatch“ auf dem Arbeitsmarkt bleibe daher auch längerfristig erhalten. Ein besonderes Problem sei dies weiterhin in Ostdeutschland, wo zurzeit z. B. nur die Hälfte der notwendigen Ausbildungsplätze angeboten werde, so dass die Jugendlichen weiterhin nach Westdeutschland abwandern werden. Neben der Verringerung der Bevölkerungszahl sei damit auch verbunden, dass Innovationspotenziale, die sich auf ein gut ausgebildetes Erwerbspersonenpotenzial stützen, dort sogar weiter reduziert würden.

Die Integration der Zuwanderer sei ein weiteres Problemfeld der gesellschaftlichen Debatte in Deutschland. Dabei müsse weiterhin die Grundforderung erhoben werden, die Öffnung Deutschlands nach außen weiter voranzutreiben. Das setze voraus, dass das Image Deutschlands verbessert und Weltoffenheit und liberale Positionen nach außen glaubwürdig vermittelt werden. Problematisch sei der fehlende politische Diskurs über das Thema, kein Einwanderungsland sein zu wollen, gerade vor dem Hintergrund, dass Zuwanderung nicht nur eine Last bedeute, sondern in der provinziellen Enge und den verkrusteten Strukturen Deutschlands ein belebender Effekt sei. Wichtig sei allerdings die Frage, wer nach Deutschland komme, und damit die Frage nach der Qualifikation der Zuwanderer. Hier bestehe ein Vermittlungsproblem der Politik, da die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland die Zuwanderer als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt sehe. Gerade aber langfristig seien die Probleme fehlender Fachkräfte und anderer spezifischer Segmente auf dem Arbeitsmarkt ohne Zuwanderung nicht zu lösen. Damit werde die Integration eine dauerhafte Aufgabe der Gesellschaft mit der Anforderung, sich stärker in Toleranz zu üben. Für diese Integration der Zuwanderer sei aber auch Bedingung, dass ihre Sprachfähigkeit wesentlich verbessert werden müsse, um Abschottung, Ghettobildung und Parallelgesellschaften zu vermeiden. Insbesondere bei den dauerhaft Zuwandernden sei diese Voraussetzung stärker zu betonen, hier gebe es erheblichen Förderbedarf.

Räumliche Auswirkungen

Die demographische Entwicklung in Deutschland zeige eine gespaltene Dynamik. Das räumliche Muster sei gekennzeichnet von der Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen. Es gebe Regionen mit Bevölkerungswachstum neben Regionen mit starker Schrumpfung. Ein besonderes Problem bilde dabei der Unterschied zwischen Ost und West. Man könne davon ausgehen, dass die heutigen Probleme in Ostdeutschland sich in ähnlicher Weise in der mittleren Zukunft auch in vielen Regionen Westdeutschlands einstellen werden. Insoweit könne aus den heutigen Lösungen, die in Ostdeutschland erprobt werden, für die Zukunft der westdeutschen Regionen und Kommunen gelernt werden.

Für die Raumordnung bedeuten diese Tendenzen, dass es zu einer neuen Diskussion über das Leitbild der Raumordnung zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Teilräumen kommen müsse. In Anbetracht der Vielzahl von schrumpfenden Regionen und Kommunen und der Schärfe der Probleme sei eine Flächenförderung mit der „Gießkanne“ und ein Ausgleich der Lebensverhältnisse für alle Regionen nicht mehr leistbar. Es seien wieder Ungleichgewichte zuzulassen. Für zurückfallende Räume biete sich als instrumenteller Ausweg aus dieser Situation an, mit den benachbarten Kommunen und Regionen, insbesondere den Großstadtreionen, institutionalisierte Kooperationen einzugehen. So könnten zwischen den hoch verdichteten Metropolen und dem eher ländlich geprägten Umland stärker komplementäre Beziehungen entwickelt und institutionell gefördert werden. Zu fragen bleibe, ob das Problem der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik ein dauerhaftes Phänomen oder nur ein Kennzeichen einer Übergangphase sei. Insbesondere sei dabei zu bedenken, dass die sozialen Umlagesysteme und auch die teilweise bereits zu beobachtenden Rückwanderungen in ländliche Regionen stabilisierende Wirkungen ausübten.

Politische Konsequenzen

Im Anschluss an die vorherige Diskussion über die Gleichwertigkeit im Raum wurde vorgeschlagen, mehr auf eine Strategie des Wettbewerbs der Regionen zu setzen. Dies bedeute allerdings eine Abkehr von den bisherigen Wirtschaftsförderkonzepten mit ihren Mitnahmeeffekten und Erhaltungssubventionen hin zu wettbewerblichen Lösungen auch für die Regionalentwicklung. Damit würde auch die Frage, ob allein die Großstädte die gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsentwicklung tragen oder ob es auch ländlich geprägte Regionen wie das Emsland sein könnten, beantwortet. Der Staat maße sich damit nicht an, das Wissen über die zukünftige Entwicklung zu besitzen. Im Rahmen dieses Wettbewerbs würden sich z. B. die Bedeutung des technischen Fortschritts, der Spezialisierung von Regionen und die Produktion für überregionale Märkte als wesentliche Trends herausbilden.

Ein solches Konzept setze allerdings voraus, dass es innerhalb der Regionen zu einer Kooperation und einer Vernetzung der wichtigen Akteure der wirtschaftlichen Entwicklung kommen müsse. Hier könne über institutionalisierte Wettbewerbe, Modellvorhaben und die Förderung von Netzwerken ein entsprechendes Klima des Aufbruchs und der positiven Entwicklungserwartungen geschaffen werden.

Die verhältnismäßig starren Instrumente der Raumordnung, wie z.B. das Zentrale-Orte-System, seien zu dynamisieren, um als Region in diesem Wettbewerb flexibel agieren zu können. Dazu gehörten auch räumlich differenzierte Mindeststandards und die Einführung

von Monitoring- und Evaluierungsinstrumenten, um gerade Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Kontrovers wurde diskutiert, was mit Räumen passieren sollte, die, gemessen an wie auch immer definierten Mindeststandards, nach unten durchbrechen. Hier wurde empfohlen, nach außen zu schauen, z. B. nach Skandinavien oder nach Kanada. Dort sei vor allem private Initiative das Mittel, fehlende staatliche Angebote zu ersetzen. Der Staat sei auch dort nicht mehr überall in der Lage, ein breites Angebot öffentlicher Güter wie in den verdichteten Regionen aufrecht zu erhalten. Allerdings seien dafür mehrere Änderungen im Ordnungsrahmen unserer Gesellschaft nötig. Dazu gehören vor allem die Familienpolitik, die Bildungspolitik, die sozialen Sicherungssysteme, die Gesundheitspolitik und die Finanzpolitik. Hier seien erste Schritte bereits unternommen worden.

Im Bereich der raumrelevanten Fachplanungen müsse neu z. B. über die Infrastrukturausstattung von Räumen diskutiert werden. Angesichts rückläufiger Bevölkerung seien heute bereits manche der geplanten Infrastrukturprojekte überflüssig, andere überdimensioniert. Allerdings sei eine Minimalausstattung in allen Regionen zu sichern. Dazu gehöre vor allem die Grundversorgung im Bildungsbereich und in der ärztlichen Versorgung. Hier bestehe noch erheblicher Diskussionsbedarf mit und in der Politik über die Handlungserfordernisse und -prioritäten. Letztlich müsse auch die Raumordnung zu ihrer eigentlichen Kernaufgabe zurückfinden, nämlich dem Lösen von Flächennutzungskonflikten.

Plenumsdiskussion

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum wurden einige der zuvor geäußerten Thesen weiter und vertiefend diskutiert. Zunächst wurde betont, dass es neue Leitbilder, z. B. über die Leistungsfähigkeit von Älteren, zur Integration ihres Erfahrungswissens und ihrer heute noch nicht genutzten Potenziale geben müsse, um der gesellschaftlichen Überforderung der Jugend entgegenzuwirken. Als Beispiel könnten neben den „Juniorprofessoren“ auch „Seniorprofessoren“ eingeführt werden, um das vorhandene Erfahrungswissen weiter zu nutzen.

Auch das Thema der Binnenwanderung, das bei der Podiumsdiskussion nur am Rande berührt worden war, wurde stärker thematisiert. Insbesondere wurde die anhaltende Ost-West-Wanderung und damit das „Ausbluten“ der ostdeutschen Bundesländer angesprochen. Es könne vielfach beobachtet werden, dass die wichtigen Akteure in Städten und Regionen Westdeutschlands eine gewisse „Arroganz der Glücklichen“ an den Tag legen, weil sie sich Problemen wie in Ostdeutschland heute noch nicht zu stellen hätten. Da in Ostdeutschland diese Probleme jedoch aktuell seien und dadurch als viel drängender empfunden würden, sei auch der Stellenwert und die Bedeutung der räumlichen Planung zur Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels viel höher als in Westdeutschland. So sei das System der Zentralen Orte dort vielfach die letzte Rückzugsbastion in dünn besiedelten ländlichen Räumen, um ein Mindestmaß an Grundversorgung aufrechtzuerhalten.

Generell solle sich jedoch Raumordnung, Landes- und Regionalplanung flexibler ausrichten, indem sie ihre Hierarchieebenen verringert, sich auf weniger Zentrale Orte konzentriert, sich von ihren festen Ausstattungskatalogen der Zentralen Orte abwendet und auf flexible Angebote, Vernetzungen und Kooperationen setzt.

Die Abschlussrunde der Podiumsteilnehmer befasste sich zusammenfassend vor allem nochmals mit der Rahmen setzenden Ordnung in Staat und Gesellschaft. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass das Problem des demographischen Wandels in Deutschland eigentlich ein „Luxusproblem“ sei, wenn man es im Weltmaßstab mit der weiterlaufenden Bevölkerungsexplosion vergleiche. Aus dieser Sicht heraus sei zu erwarten, dass ein nicht zu unterschätzender Migrationsdruck auf Deutschland auch in Zukunft bestehen bliebe und sogar weiter wachsen würde. Mehr Offenheit und die Bereitschaft, von anderen zu lernen und nicht an alten Vorstellungen, auch in der Raumplanung, zu hängen, seien Voraussetzung, um die Anforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen.

Mit der These, dass wir mit diesem demographischen Wandel heute die Chance bekämen, die Fehler der Vergangenheit auch in planerischer Hinsicht zu reparieren, sowie mit einem Dank an die beteiligten Podiumsteilnehmer und das Plenum schloss Heik Afheldt das Podium.

Schlusswort

Unser Präsident, Herr Professor Zimmermann, hat mich gebeten, an seiner Stelle das Schlusswort zu sprechen, und ich will versuchen, mich dieses Auftrags sowohl mit Anstand als auch in gebotener Kürze zu entledigen,

- mit Anstand, weil uns allen Dank ansteht gegenüber denen, die diese Veranstaltung vorbereitet und organisiert haben, gegenüber allen Referenten, Moderatoren und Diskutanten und gegenüber allen Teilnehmern an diesen beiden Tagen,
- und in gebotener Kürze, weil die Tagung pünktlich beendet werden muss, damit die Ordentlichen Mitglieder der ARL noch ein weiteres Programm erledigen können.

Wir haben uns in den drei Gesprächsrunden mit dem demographischen Wandel einerseits in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen und andererseits in Großstadtregionen befasst und dabei vor allem den Blick auf die Konsequenzen und auf den daraus resultierenden raumentwicklungspolitischen Handlungsbedarf gerichtet. Thesenartig lässt sich festhalten:

- Wir haben (insbesondere angeregt durch die Ausführungen von Herrn Prof. Gans) festgestellt, dass sich der demographische Wandel räumlich sehr unterschiedlich auswirken wird und sich demgemäß der Handlungsbedarf in den verschiedenen Raumkategorien und einzelnen Regions- und Siedlungstypen sehr differenziert darstellt. Es gibt also keinen Königsweg, und es wird Gewinner- und Verliererregionen geben, die durchaus gleichzeitig nebeneinander liegen können. Freilich sollten wir in der zukünftigen Diskussion den Terminus „Verliererregionen“ besser nicht mehr verwenden. In Teilräumen der neuen Länder sind in nicht allzu ferner Zukunft „südsandinavische Bevölkerungsdichten“ zu erwarten. Jedenfalls werden die regionalen Verteilungskämpfe um demographische Potenziale, um „Humankapital“, noch deutlich zunehmen. Disparitätenprobleme sowie soziale Polarisierung und Segregation werden auf allen räumlichen Ebenen an Bedeutung und Dramatik gewinnen.
- Zuwanderungen aus anderen Ländern werden diese Trends noch verstärken und sie werden sich vor allem auf prosperierende Räume in West- und in Süddeutschland konzentrieren. Die wachsende Heterogenität der Bevölkerung durch Zuwanderung aus Nicht-Industrieländern und aus fremden Kulturkreisen macht soziale Integration und interkulturelles Zusammenleben zwar umso dringlicher, zugleich aber auch umso schwieriger. Die Dringlichkeit hat uns Herr Prof. Oberndörfer in aller Deutlichkeit herausgestellt, die Formen des interkulturellen Zusammenlebens werden uns noch weiter beschäftigen.
- Gerade unter dem Aspekt einer nachhaltigen Raum- und Siedlungsentwicklung ergibt sich ein wachsender, freilich regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs-, Wirtschafts-, und Infrastrukturen.

- Insbesondere die Tragfähigkeit dünn besiedelter ländlicher Regionen ist vielfach nicht mehr gesichert. Die Versorgung mit Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur sowie mit privaten Dienstleistungen unterschreitet immer öfter die notwendigen Mindeststandards und Tragfähigkeitsgrenzen, was zu einem weiteren Rückzug aus diesen Gebieten führt. Schlechtere Versorgungsqualität, reduzierte Bildungsangebote, Fortdauer des Arbeitsplatzabbaus und sinkende Steuereinnahmen aber beschleunigen nur noch Abwanderungsprozesse und setzen eine sich zunehmend schneller drehende Abwärtsspirale in Gang. Wir werden die Mindeststandards neu definieren müssen und wir werden sie zugleich für eine alternde Gesellschaft neu justieren müssen. Und auch das Postulat der gleichwertigen Lebensverhältnisse erfährt eine andere Bedeutung.
- Aber auch Großstadtreionen sind, wie uns Herr Prof. Jessen sehr deutlich vor Augen geführt hat, mit starken Einwohnerrückgängen konfrontiert, wenn auch unterschiedlich zwischen Kernstadt- und Umlandgemeinden. Auch hier wird sich die Entwicklung zunächst in Ostdeutschland, erst später in Westdeutschland vollziehen. Zugleich stellt die schon erwähnte Integration der Zuwanderer eine große Herausforderung für alle Kommunen und räumlichen Teilgesellschaften dar. In diesem Zusammenhang hat Herr Prof. Oberndörfer ausgeführt: „Das kulturelle Profil Deutschlands wird sich revolutionär verändern“.
- Die regionalen Auswirkungen des längerfristigen Bevölkerungsrückgangs stellen die räumliche Planung und Raumpolitik vor große Herausforderungen, für deren Bewältigung gemeinsam mit den betroffenen Akteuren fachlich fundierte und wirkungsvolle Anpassungsstrategien zu entwickeln sind. Hierfür sind gleichermaßen die wissenschaftlichen Grundlagen zu verbessern wie die mentalen und handlungsbezogenen Voraussetzungen für eine Schrumpfungplanung zu schaffen. Frau Winkler-Kühlken hat in diesem Zusammenhang von einem notwendigen „Mentalitätswechsel“ gesprochen. Die Vorzeichen der Entwicklung kehren sich gewissermaßen um: Für immer mehr Regionen werden wir in Zukunft „Entwicklung“ als eine kluge Nutzung von Gestaltungschancen im Zuge stagnativer oder sogar rezessiver Regionalentwicklungsprozesse verstehen müssen, denn wir dürfen ja nicht nur zurückblicken, sondern sind vielmehr zum Blick nach vorn verpflichtet. In der Diskussion ist bemängelt worden, dass unser Tagungsprogramm den Begriff „Chancen des demographischen Wandels“ nicht aufgreift. Von solchen Chancen hat in seiner Eröffnungsansprache auch Herr Bundesminister Dr. Stolpe gesprochen. Wir werden im Präsidium der ARL weiter darüber nachdenken, wie wir gerade diesen Aspekt für unsere weitere Arbeit vertiefen können.
- Gerade die Schrumpfung braucht planerische und vorausschauende Gestaltung. Stichworte hierfür aus unserer Diskussion sind: Umbau von Regionen, „Stadtumbau neuer Generation“, „Stadtentwicklung rückwärts“ oder „geordneter Rückbau“. Die Gestaltung des Umfangs wird wohl kaum ohne grundlegende Neuorientierung unserer Planungsziele und Planungsprozesse und der Strategien der regionalen Entwicklungspolitik erfolgreich sein. Nochmals sei hier auf den erforderlichen „Mentalitätswechsel“ bei Politik, Wissenschaft und Praxis verwiesen.
- Dabei wird die umfassende Integration raumplanerischer, städtebaulicher, ökonomischer und ökologischer Belange weiter an Bedeutung gewinnen. Sie erfordert neue Formen

der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand sowie privaten und regionalen Akteuren, aber auch zwischen den Kommunen sowohl in ländlichen als auch in städtischen Schrumpfsregionen. Eine zukunftsfähige integrierte Stadt- und Regionalentwicklung wird auf eine sinnvolle Bündelung aller Entwicklungspotenziale und auf eine deutlich besser funktionierende Kooperation der Gemeinden nicht verzichten können. Auf die Konsequenzen von Bürgermeisterkonkurrenzen hat uns jedenfalls Herr Prof. Jessen deutlich hingewiesen.

- Aber wir dürfen auch nicht die Einstellung der Bundesprogramme und der Bundesförderung ohne Widerspruch hinnehmen. Die Gemeinden und Regionen brauchen derartige Anreize, sie müssen sich um Unterstützung bewerben können und sie sollen dabei Innovationen auf den Weg bringen. Wir brauchen also weiterhin Modellvorhaben und Pilotprojekte des Bundes.

Meine Damen und Herren, sie erwarten sicherlich, dass die hochinteressanten Ergebnisse dieser Tagung nicht verloren gehen, sondern dass sie und vor allem auch die Empfehlungen an Praxis und Politik dokumentiert werden. Dies gehört zu einer guten Tagungskultur und wird selbstverständlich geschehen. Schon seit mehreren Jahren hat sich die Akademie (wie auch der Flyer in der Tagungsmappe zur ARL-Literatur zu diesem Forschungsschwerpunkt belegt) mit dem demographischen Wandel und dem raumordnungspolitischen Handlungsbedarf befasst. Schon 1975 ging es in der wissenschaftlichen Plenarsitzung in Duisburg mit dem Thema „Planung unter veränderten Verhältnissen“ um Fragen, wie sie uns auch heute bewegen. Aber die Akademie ist sich auch bewusst, dass noch viel zu tun bleibt, um angemessen auf den „demographischen Zeitenwechsel“ reagieren zu können. Erfreulicherweise wird die Thematik ja nicht mehr tabuisiert, sondern breit und offen als dringendes gesellschaftliches Problem akzeptiert und diskutiert und – wie festgelegt – zunehmend auch als eine Chance begriffen.

Die ARL wird dieses Thema weiter fortführen und sie betrachtet diese Veranstaltung in diesem Sinn als einen thematischen Zwischenstop, auch zur Justierung ihres eingeschlagenen Weges. Noch laufen auch der Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels“ unter Leitung von Herrn Prof. Gans und einige der Arbeitsgruppen in den Landesarbeitsgemeinschaften.

Die ARL wird sich aber auch in neuen Arbeitskreisen mit dem Problem des demographischen Wandels beschäftigen, so z.B. zu den Themen

- Perspektiven der ländlichen Räume,
- Entwicklung der Agglomerationen und Metropolregionen sowie
- Herausforderungen und Strategien für die Raum- und Verkehrsentwicklung.

Wir bleiben also „am Ball“ und werden Sie auch in Zukunft zum „Mitspielen“ auffordern.

Zum Schluss bleibt mir, Ihnen allen zu danken für Ihre wertvollen Diskussionsbeiträge, für Ihr Interesse am Thema wie auch an der Arbeit der ARL und für Ihre Geduld und Leidenschaft bei möglichen Unbequemlichkeiten, denn wir hatten in dieser Kirche ursprünglich eine Möblierung mit Tischen vorgesehen, mussten aber bei mehr als 350 Gästen viele dieser Tische wieder herausnehmen. Und ein besonderer Dank gilt dem Gastgeber, der Landes-

■ Schlussworte

hauptstadt Magdeburg und Herrn Oberbürgermeister Dr. Trümper, sowie dem Minister für Bau- und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Daehre. Dank gilt nicht zuletzt auch dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, dessen Vizepräsident Prof. Strubelt nun das Wort an Sie richten wird.

Wendelin Strubelt

Ein paar Worte zum Schluss

Auch im Namen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung möchte ich mich sehr herzlich für Ihr Kommen nach Magdeburg bedanken. Ihre Teilnahme und die Beiträge, die mein Kollege Borchard noch einmal skizzenhaft zusammengefasst hat, haben diese Tagung zu einer gelungenen, attraktiven Veranstaltung werden lassen. Dazu hat nicht zuletzt das schöne räumliche Ambiente der Johanniskirche beigetragen.

Es ist dies die zweite große Jahrestagung gewesen, die wir zusammen mit der Akademie für Raumforschung und Landesplanung veranstaltet haben. Damit haben wir eine Tradition begründet, an der wir auch zukünftig festhalten wollen.

Wenn wir uns rückblickend an die letzte Veranstaltung, in Bonn im Plenarsaal des ehemaligen Deutschen Bundestages, erinnern, dann fällt erstens auf, dass wir entsprechend unserer Absicht, diese Tagungen in bemerkenswerten, schönen und eindrücklichen Räumen zu veranstalten, mit dieser Tagung hier in Magdeburg mehr als das Niveau gehalten haben.

Und zweitens fällt auf, dass wir im Hinblick auf den Inhalt und das Klima einer solchen Tagung ein gutes Stück vorangekommen sind. War doch die letzte Veranstaltung wohl eher eine, die nach Meinung vieler Teilnehmer von einer allzu großen Innensicht, vielleicht sogar von zu weitgehender Selbstreferenz, von einem gewissen larmoyanten Argumentieren über die eigene Erfolglosigkeit geprägt gewesen ist. Hier sind wir gestern und heute ein gutes Stück weitergekommen. Das Thema „Demographischer Wandel im Raum“, vor allem der Zusatz oder besser Nachsatz „Was tun wir?“, hat unser Augenmerk stärker auf die Handlungsperspektive unseres Fachgebietes gelenkt, die Fragen nach dem Selbstverständnis in den Hintergrund gedrängt.

Allerdings sind auch die mit dem demographischen Wandel verbundenen sozialen Tatsachen und Entwicklungen viel zu zwingend und manifest, als dass wir noch allzu viel Zeit und Spielraum haben, uns weiterhin unseres Selbstverständnisses zu versichern beziehungsweise nach ihm zu fragen oder es gar infrage zu stellen. Wir müssen etwas tun, wir müssen handeln, wir müssen uns auf diese Entwicklungen einstellen, denn sie werden sich einstellen.

Mit den Befunden und Diskussionen dieser Tagung wissen wir mehr über die demographische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Stellung innerhalb Europas. Wir wissen mehr, was uns erwartet, und wir wissen auch mehr, was wir machen und gestalten können und was wir nicht machen sollten. Ich glaube, dies ist entscheidend und wichtig, denn wir wollten mit dieser Veranstaltung auch ein gutes Stück wissenschaftlich fundierter Aufklärung betreiben und nicht Tartarenmeldungen verbreiten – weder globale, noch nationale, geschweige denn regionale. Wir wollten wagen, es genau zu wissen, im Sinne des guten aufklärerischen Prinzips – aude sapere. Wir wollten mehr analytisches Salz einbringen, wir wollten Lösungsmodelle und -möglichkeiten aufzeigen, in die Welt setzen. Ist doch die räumliche Gestaltung eines föderalen Systems, wie dem der Bundesrepublik Deutschland,

in einem starken Maße davon abhängig, dass wir wissenschaftlich fundierte Analysen und Perspektiven entwickeln und sie in das System der rechtlichen und räumlichen Zuständigkeiten dauerhaft und nachhaltig einbringen.

Das ist etwas, das wir, als der wissenschaftliche Bereich des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, auf Bundesebene für unser Ministerium und damit für das Ministerium in seiner Funktion als politischer Meinungsbilder wissenschaftlich stützend betreiben. Diese Form aktueller und wissenschaftlicher Präsenz geschieht mit der Intention, die Kontinuität des Diskurses über die räumliche Entwicklung, insbesondere aber die Analyse der räumlichen Entwicklung in der Bundesrepublik selbst auf hohem Niveau zu halten und voranzutreiben. Die Ausgestaltung dieser wissenschaftlichen Vorbereitung der persuasiven Dimension der Politik ist etwas, was wir mit der Akademie gemein haben, auch wenn wir dabei entsprechend unseren Aufgabenstellungen unterschiedliche Wege gehen. Aber wir sind beide mit dieser Aufgabenstellung sowohl Teil der wissenschaftlichen Landschaft Deutschlands und Europas als auch Teil der politischen Gestaltungsebenen.

Vor knapp 500 Jahren hat hier Luther gestanden und hat mit seiner Rede die Reformation in Magdeburg vorgebracht. Wir wissen, dass er spirituell für dieses Land und für die Welt viel geleistet hat. Wenn wir gerade aber seine gesellschaftspolitische Wirkung in seiner Zeit betrachten, dann wissen wir, dass er zwar einerseits spirituell revolutionär gewesen ist, aber andererseits gesellschaftspolitisch gar nicht revolutionär gewesen ist. Er hat in diesem Zusammenhang eher auf obrigkeitsstaatliche Gesichtspunkte gesetzt bzw. auf die stabilisierende Wirkung von Obrigkeit. Für mich stellt sich auch heute die Frage, wenn ich unsere Diskussionen verfolge, noch vielmehr jedoch, wenn ich auch andere öffentliche Diskussionen außerhalb unserer Tagungen verfolge, ob zwischen Luther damals und uns heute nicht doch eine gewisse Kontinuität besteht. Auch wir weichen im Zweifelsfalle und kurzfristig eher vor wirklich grundlegenden Reformen oder revolutionären Entwicklungen zurück, wollen sie nicht angehen, obwohl wir, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen, immer wieder Gegenstand von langfristig angelegten „revolutionären“ Entwicklungen gewesen sind. Sie haben sich aber nicht den Anschein einer Revolution gegeben, sondern sie erfolgten im Rückblick eher evolutionär, stellten aber letztendlich grundlegende Veränderungen dar. Anders ausgedrückt, verlieren wir nicht angesichts der Kurzfristigkeit der „Tagesthemen“ die Langfristigkeit der „Lebensthemen“ oft aus den Augen? Alles nämlich, was wir erlebt haben in dem vorletzten Jahrhundert, hat letztendlich dazu geführt, dass sich dieses Land trotz aller historischen und gesellschaftlichen Widrigkeiten von einem relativ obrigkeitsstaatlichen Land zu einem erstaunlich liberalen und offenen System entwickelt hat, was sicher kurzfristig gesehen nicht immer willkommen war.

Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es noch sehr viele Defizite gibt. Und gerade der Bereich der demographischen Entwicklung, ihre Rezeption und Diskussion, ist insofern ein Spiegelbild dieser Gesellschaft, als sich dabei gewissermaßen atavistische oder biologistische Vorstellungen mit solchen einer weltweiten Öffnung streiten, selbstreferenzielle so genannte patriotische Gesichtspunkte mit den weltweiten Verflechtungen und Verpflichtungen in mehr als einem Widerspruch stehen. Die demographische Entwicklung verläuft nicht autonom, sondern sie ist das Ergebnis vieler Einzelentscheidungen von Personen, und diese handeln in aller Regel – angesichts ihrer Lebensumstände – weitgehend rational. Sie handeln nach ihren Vorstellungen, wie sie ihnen vermittelt worden sind, und sie handeln

nach den Möglichkeiten, die ihnen gegeben sind und die ihnen eingeräumt werden. Und wenn diese Gesellschaft es eben nicht ermöglicht, dass wir von einer familienfreundlichen Umwelt sprechen können, wenn wir in diesem Sinne auch nicht wirklich männer- und frauenfreundlich sind und wenn wir auch nicht wirklich fremdenfreundlich sind – aus falsch verstandenem Eigeninteresse –, dann werden wir unser offenes System zukünftig in Gefahr bringen. Wir werden dann eventuell auch infrage stellen, dass wir in der Auseinandersetzung mit der uns umgebenden Welt aus der Vergangenheit gelernt haben und uns zu einem modernen, offenen, liberalen Verfassungsstaat entwickelt haben, was, wie der Kollege Oberndörfer gezeigt hat, eine ganz wesentliche und wichtige Entwicklung gewesen ist. Wenn wir uns dem auf der Basis von gesichertem und möglichem Wissen offen stellen, dann haben wir jedoch Chancen, die Zukunft zu gestalten. Und dazu gehört auch der offene Umgang mit Zuwanderung. Aber wir können nicht die Hoffnung auf einen gewissen Automatismus der Entwicklung setzen, sondern wir müssen schon selbst etwas tun. Wir brauchen, glaube ich, in vieler Hinsicht einen sehr viel stärkeren wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs, um das zu erreichen, was ich noch mal zusammenfassen möchte mit Kinderfreundlichkeit, Frauen- und Männerfreundlichkeit, Fremdenfreundlichkeit. Früher nannte man das die Entwicklung hin zu einer humanen Gesellschaft, die eben in vielem offen ist.

Und wenn Sie die Beispiele nehmen, die wir jetzt in den letzten Wochen anlässlich der Fußballeuropameisterschaft in Portugal gesehen haben, nämlich die Beispiele der nationalen Fußballmannschaften und ihre Auseinandersetzungen als Vertreter von und zwischen nationalen Vertretungen, dann schauen Sie mal genau hin und achten Sie auf die Zusammensetzungen dieser Fußballmannschaften. Sie werden leicht erkennen, wie einzelne Länder in der Lage sind, ihre Zuwanderer zumindest in diesem für die nationale Identität wichtigen Bereich, lesen sie nur die Boulevardpresse, zu integrieren. Eine derartige Integration hat Deutschland in dem damaligen industriellen Schmelztiegel und gesellschaftlichen und industriellen Experimentierfeld Ruhrgebiet auch einmal geleistet. Schauen Sie nur einmal auf die Namen der deutschen Fußballnationalmannschaft vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute haben wir dasselbe bereits bei den Spielern der Bundesligamannschaften, dort werden sie per Geld integriert und spielen mit um die räumliche Identität einer Region, aber Teil „unseres Volkes“ sind sie nicht. Es ist also leicht zu erkennen, dass sich hier rationale mit emotionalen Erwägungen streiten, aber häufig keine nachhaltige Lösung finden, sondern in aller Regel nur eine pseudopragmatische.

Allerdings werden uns die Entwicklungen der Demographie nicht viel Spielraum lassen. Wenn nämlich, wie vielfach gezeigt, der Anteil der unter 20-Jährigen, der 2001 noch ein Fünftel ausmachte, im Jahre 2050 auf ein Sechstel zurückgehen wird und der Anteil der über 60-Jährigen in dieser Zeitspanne sich von einem Viertel zu einem Drittel entwickeln wird, dann ist diese Herausforderung der alternden Gesellschaft, die sich im Osten stärker und schneller als im Westen und im Umland sowie im ländlichen Raum stärker als in den Kernstädten entwickeln wird, nicht mit ideologischen oder gar nationalistischen Versatzstücken wegzudiskutieren. Im Gegenteil, wir werden uns in der Raumordnung erneut mit Fragen der räumlichen Tragfähigkeit, mit infrastrukturellen Anpassungsproblemen – und dies in starker regionaler Unterschiedlichkeit und Ausdifferenzierung – auseinander zu setzen haben. Wir werden uns noch stärker des Problems der Integration der Ausländer/Migranten anzunehmen haben. Dies wird eine erneute und offene Überprüfung unserer raumordnerischen

Leitbilder, Ziele und Strategien erfordern, eingebettet in eine gesellschaftliche Orientierung, die nationale Problemstellungen stärker in internationale Entwicklungen eingebettet sieht. Vor allem aber gilt es, dies auch als Chance wahrzunehmen, aufzunehmen und aktiv zu gestalten. Dies erfordert nach vorne gerichtete Strategien und nicht Rückgriffe auf wie auch immer artikulierte Sentimentalitäten oder gar Vorurteile.

Bezogen auf die Herausforderungen an die Raumordnung werden wir uns als BBR weiter um Kontinuität der räumlich differenzierten Prognosen der Bevölkerungsentwicklung bemühen. Zusammen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) haben wir darüber hinaus Modellvorhaben der Raumordnung entwickelt und vorangetrieben, die sich mit möglichen Anpassungsstrategien für Regionen, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind, nicht nur beschäftigen, sondern auch den Praxistest von einschlägigen Handlungsansätzen und Maßnahmen ermöglichen. Dies kann nicht zuletzt auch die Basis sein für die Weiterentwicklung von Leitbildern und Handlungsstrategien der Raumordnung, wie sie derzeit vom BMVBW angedacht werden. Erste Überlegungen hat Minister Stolpe uns zu Beginn der Tagung dankenswerterweise bereits vorgestellt. Davon wird auch die Weiterentwicklung des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen abhängen. Mit dem Gedanken, dieses Prinzip im Hinblick auf notwendige Mindeststandards in der Infrastrukturausstattung zu durchdenken und weiterzuentwickeln, hat das Ministerium bereits erste Anstöße gegeben.

Der Schriftsteller Hans-Ulrich Treichel hat jüngst darüber nachgedacht, was die „Kinderlosen“ wie er machen werden, wenn die „Demografie-Katastrophe“, wie er sie nennt, kommt. Sein Raisonement über die frühere, für ihn damals glückliche kinderlose Zeit, mündet in ein nachdenkliches, wenn nicht gar etwas trauriges Wissen um die Endlichkeit menschlicher „biologischer und geistiger Existenz“ – nämlich ohne Kinder –, was er mit einem Zitat von Albert Stifter so ausdrückt: „Alles zerfällt im Augenblicke, wenn man nicht ein Dasein erschaffen hat, das über dem Sarge noch fort dauert.“

Innerhalb Europas sind wir nicht das einzige Land, das sich über den demographischen Wandel Gedanken machen muss. Das Gerede über das alte Europa hat nicht nur aus der Sicht Amerikas eine bestimmte politische Einschätzung zum Hintergrund, sondern das alternde Europa wird zukünftig auch die Stellung Europas innerhalb der Welt berühren. Für Deutschland haben wir zudem mit unterschiedlichen regionalen Dynamismen zu rechnen, und zwar sehr realen Unterschieden.

Der Satz von Hoimar von Ditfurth: „Der ‚Realist‘ ist insofern naiv, als er nicht zur Kenntnis nimmt, dass wir alle nicht ‚in der Welt‘ leben, sondern nur in dem Bild, das wir uns von der Welt machen“, sollte uns mehr als nachdenklich stimmen und uns Anlass sein, uns noch mehr um eine wissenschaftliche Bestandausnahme der Wirklichkeit zu kümmern. Damit wollten wir, ARL und BBR, in diesem politisch und gesellschaftlich hochwichtigen, aber auch hochemotionalen Bereich der zukünftigen demographischen Entwicklung einen Beitrag leisten. Wir haben gezeigt, was wir tun, nun müssen auch andere etwas tun – politisch und praktisch, argumentativ und handelnd, reagierend und nicht abwartend.

Anhang

Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten

Berichterstattung zur Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2004 der ARL

Gerd Tönnies

Einführung

Häufig wird beklagt, dass für die Belange der räumlichen Forschung und Planung in der Öffentlichkeit nur schwer Interesse zu wecken sei. Einer Popularisierung, so wird dann regelmäßig angeführt, stünden vor allem die Komplexität, Querschnittsorientierung und Langfristigkeit bzw. Prognoseabhängigkeit raumplanerischer Themen, Inhalte und Aufgaben entgegen. Gleichzeitig sei die fachspezifische Terminologie schwer zu verstehen.

Im Rahmen eines gemeinsamen Zukunftsforums von ARL und BBR 2001 in Bonn war dieser Thematik daher ein gesondertes Podium „Raumplanung – ohne öffentliches Interesse?“ gewidmet.¹ In einem Impulsreferat wurde hierbei von Klaus R. Kunzmann, Dortmund, die „Cinderella“-Raumplanung skizziert, deren Situation und Aktionsfähigkeit durch äußere Widrigkeiten ebenso geprägt sei wie durch unangemessene Bescheidenheit. Das Bild der Cinderella wurde in einem weiteren Impuls von Gerlind Weber, Wien, um die Metapher der Raumplanung als Schauspiel ergänzt, bei dem schon das Textbuch schlecht sei, das Stück auf einer schwer einsehbaren Bühne in schwacher Inszenierung von überwiegend „graumäusigen“ Schauspielern gespielt werde und das Publikum eigentlich ein ganz anderes Stück erwartet hätte.

Diese Bilder und die hierauf Bezug nehmenden Diskussionen waren für die ARL ein wichtiger Impuls und Ansporn, die Öffentlichkeitswirksamkeit raumwissenschaftlicher und raumplanerischer Themen näher zu untersuchen. Neben Bestandsaufnahmen und Auswertungen vorhandener PR-Broschüren der Raumplanung in Deutschland sowie Initiativen zur besseren Verankerung raumwissenschaftlicher Themen in den schulischen Curricula (z. B. der Geographie) gehören zu den neuen Aktivitäten der ARL in diesem Bereich auch Wettbewerbe, mit denen Möglichkeiten und Formen einer besseren Vermittlung raumplanerischer Themen und Aufgaben erprobt werden sollen. Sie richten sich vor allem an junge, angehende, aber auch an ausgebildete Journalistinnen und Journalisten, die aufgerufen sind, interessante und allgemein verständliche Berichte über größere Veranstaltungen zu verfassen. Der erste Wettbewerb dieser Art wurde im Zusammenhang mit der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2003 der ARL in Saarbrücken erfolgreich durchgeführt, die unter dem Thema „Risiken in Umwelt und Technik: Vorsorge durch Raumplanung“² stand.

¹ Siehe Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 218, Hannover 2002, S. 83-88.

² Siehe Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 223, S. 119-149.

Da auch die Thematik der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2004 der ARL „Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?“ von besonderer Bedeutung nicht nur für die räumliche Planung und Politik sowie für alle die Raumentwicklung beeinflussenden Fachpolitiken, sondern auch und gerade für die allgemeine Öffentlichkeit war, hatte sich das Präsidium der ARL entschlossen, erneut einen Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten auszuschreiben.

Ziel des Wettbewerbs war wiederum die allgemein verständliche Vermittlung und Kommunikation von Verlauf und Ergebnissen der Veranstaltung an die breite Öffentlichkeit, an Multiplikatoren und Schlüsselpersonen in Bildung, Ausbildung, Kultur und Politik. Wert wurde auch auf die Herausarbeitung der (raum-)politischen Handlungsnotwendigkeiten gelegt, die sich aus den Konferenzergebnissen ableiten lassen. Das Angebot der ARL umfasste die Einladung zu dem Kongress in Magdeburg, sechs Preise, einen Zusatzpreis für bereits publizierte Beiträge sowie die Veröffentlichung der prämierten Beiträge auf der Webseite der ARL und im Berichtsband zur Tagung.

Das Kommunikationsmedium war freigestellt. Es konnten sowohl Print- als auch Hör- und Videomedien gewählt werden. Ausschlaggebend waren in erster Linie die Originalität des Beitrags sowie eine fachkompetente und gleichwohl allgemein verständliche Berichterstattung über die grundlegenden Ergebnisse der Veranstaltung. Auch die Kategorie des Beitrags war freigestellt, so dass sowohl ein aktueller Kurzbericht als auch ein Hintergrundbericht oder sogar ein von der Tagung ausgehender thematisch vertiefender Bericht in Frage kamen.

Die Resonanz auf die Ausschreibung (nur in der ZEIT) war mit nahezu 80 Interessentinnen und Interessenten überraschend groß; hiervon wurden 20 ausgewählt, von denen 18 an der Tagung in Magdeburg teilgenommen und 15 einen Wettbewerbsbeitrag abgegeben haben. Darunter befanden sich sowohl Kurzbeiträge als auch ausführliche Hintergrundberichte. Einige Beiträge sind zudem zeitnah in Printmedien veröffentlicht worden.

Im Hinblick auf das Ranking bzw. die Vergabe der vorgesehenen Preise herrschte in der Jury weitgehend Einigkeit. Der Jury gehörten an: Dr. Heik Afheldt, Wirtschaftspublizistischer Berater, Berlin; Rainer Frenkel, DIE ZEIT, Hamburg; Christian Holl, Freier Journalist, Stuttgart; Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann, Dortmund (verhindert); Katrin Voermanek, Freie Journalistin, Berlin.

Die Berichte der sechs Preisträger/innen werden im Folgenden im Wortlaut wiedergegeben.

Prämierte Beiträge

1. Preis

Annett Welsch

Die Verwandlung

Geringe Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung – unsere Gesellschaft schrumpft und altert. Wie sich das Leben in den Städten und Dörfern verändern wird, ist kaum vorhersehbar. Der Osten Deutschlands spürt die Folgen des demographischen Wandels schon heute. Ein Rundgang durch Leipzig.

Menschen verändern sich. Erst sind da kleine Fältchen um die Augen, dann werden die ersten Haare grau – und eines Tages schaut man in den Spiegel und fühlt sich plötzlich alt. Älter werden und schwächer, eine vorgezeichnete Entwicklung im Leben jedes Einzelnen, eine feste Größe neben zahllosen Variablen. Auch unsere Gesellschaft als Ganzes verändert sich. Noch geschieht es langsam, schleichend, tritt nicht ins Bewusstsein. Aber in wenigen Jahrzehnten wird Deutschland vor den Spiegel treten und feststellen, dass es alt geworden ist.

Wie werden wir in Zukunft leben? Es gibt keine sicheren Antworten, weder für den Einzelnen noch für die Gesellschaft. Sicher ist jedoch, dass die Zahl der Einwohner schrumpft. Rund 82 Millionen Menschen leben heute in Deutschland. Nach einer Rechnung des Statistischen Bundesamtes könnten es 2050 nur noch 67 Millionen sein. Sicher ist auch, dass zu wenig Kinder zur Welt kommen. Im vergangenen Jahr starben rund 147 000 Menschen mehr als geboren wurden – das größte Geburtendefizit seit Anfang der 90er Jahre. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung gestiegen, um mehr als dreißig Jahre in den letzten hundert Jahren. 2050 wird ein Drittel der Deutschen über 60 Jahre alt sein, die Hälfte über 48.

Besonders stark betroffen von den Folgen des demographischen Wandels ist Ostdeutschland. Nach der Wende brachten dort 100 Frauen im Schnitt nur noch 77 Kinder zur Welt – 210 sind notwendig, um die Bevölkerungszahlen stabil zu halten. Auf der Suche nach Arbeit zog es viele Junge in den Westen, Dörfer und Städte verloren Einwohner. Die Stadt Leipzig verließen seit der Wende 85 000 Menschen. Experten sagen voraus, dass die Veränderungen auch auf Westdeutschland zukommen – mit einiger Verspätung, denn das demographische Schrumpfen folgt dem wirtschaftlichen. „Es wird in der Bundesrepublik Regionen des Wachstums und der Schrumpfung geben“, so Paul Gans vom Geographischen Institut Mannheim auf einer Tagung zum Thema „Demographischer Wandel im Raum“, die im Juni 2004 in der Magdeburger Johanniskirche stattfand. Vor allem junge Menschen ziehen dahin, wo sie Arbeit finden, Alte und sozial Schwache bleiben zurück. Darum werden sich die Regionen in Zukunft noch unterschiedlicher entwickeln als bisher. Der Raum München, sagen die Propheten, wird unter den Gewinnern sein. Verlieren werden vor allem Regionen im Osten, aber auch das Ruhrgebiet, Nordhessen und Bremen.

Wie verändert sich das Lebensgefühl in der alternden Gesellschaft? Wird Kinderlachen zu einer Seltenheit, werden die vielen Alten ohne Enkel bleiben? In Leipzig ist die Geburtenrate wieder angestiegen, auf 1,2 Kinder pro Frau im Jahr 2003. Das ist nur knapp unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 1,3 Geburten, aber noch immer viel zu wenig. Wer an einem sonnigen Wochenende im Stadtteil Schleußig spazieren geht, kann die Mär vom fehlenden Nachwuchs allerdings kaum glauben. Junge Frauen führen ihre dicken Bäuche spazieren, andere schieben auf Inlineskates den Kinderwagen. Kleine Quälgeister ziehen die Eltern in Richtung Eisstand oder beobachten die Enten auf dem breiten Flutbecken der Elster. Auf den großen Wiesen lümmeln junge Leute. Hier ist Leben. Hier scheint die Welt in Ordnung.

Schleußig gehört zu den Stadtteilen Leipzigs, in denen ein Großteil der Gründerzeithäuser saniert ist. Aus ehemaligen Industriegebäuden sind moderne Wohnungen mit besonderem Charme entstanden. Der Fluss und die großen Parks sind nahe. In den Linden, die manche Straße säumen, zwitschern Vögel. Hier wohnen viele junge Menschen, wenig alte – das Durchschnittsalter ist um 14 Prozent niedriger als im übrigen Stadtgebiet. Es gibt einen Geburtenüberschuss, mehr Leute ziehen her als weg.

Die Stadt entwickelt sich auf nicht vorhersehbare Weise. Sie wächst und schrumpft und beides geschieht gleichzeitig. Leipzig ist zu einer Stadt geworden, in der dicht besiedelte, schön sanierte Viertel neben sich leerenden Quartieren liegen, mit verfallenen Häusern und Brachflächen, auf denen nur die Brennesseln gedeihen. „Perforierte Stadt“ – so nennen das die Stadtplaner.

Dieses Nebeneinander von gegensätzlichen Entwicklungen ist auf eine besondere Weise anziehend. Es gibt ein Überangebot an Wohn- und Lebensraum, die Mieten sind günstig. Für Menschen mit Ideen gibt es hier viele Möglichkeiten zur Gestaltung. Gerade die Jungen fühlen sich wohl, es ist das Widersprüchliche, das Unfertige, das vielen an Leipzig gefällt. Vielleicht, weil es das eigene Innenleben besser widerspiegelt als eine rundum harmonische Oberfläche. Viele junge Leute würden gern hier bleiben, 19 Prozent Arbeitslosigkeit hindern manchen daran. Ein entspannter Wohnungsmarkt, etwas weniger Verkehr – die schönen Seiten der Schrumpfung. „Aber notwendige Voraussetzung ist, dass die Wirtschaft einigermaßen funktioniert“, sagt Engelbert Lütke Daldrup vom Leipziger Dezernat Stadtentwicklung und Bau. Denn Menschen suchen nicht leere Wohnungen, sondern leere Arbeitsplätze.

Im März 2000 gab es in Leipzig mehr als 60 000 freistehende Wohnungen. Seitdem ist die Leerstandsquote gesunken, liegt aber immer noch bei 18 Prozent. Wenn in Zukunft immer weniger Wohnraum gebraucht wird, kann das viel Angenehmes mit sich bringen. Zu dicht besiedelte Gebiete können aufgelockert, mehr Grün- und Freizeitflächen angelegt, bauliche Sünden ausgebügelt werden. „Aber es gibt einen Punkt, da kehren sich die positiven Effekte um“, gibt Marta Doehler-Behzadi vom Leipziger Büro für urbane Projekte zu bedenken. Wieviel Schrumpfung verträgt eine Stadt? Wann wandelt sich die Entspannung – mehr Freiraum haben, einen Parkplatz finden – zu einem Gefühl der Verlassenheit?

Grünau am Stadtrand von Leipzig. Eine Satellitenstadt in Plattenbauweise, erbaut in den 70er und 80er Jahren. Moderne Wohnungen für alle wollte die DDR-Regierung damals schaffen. Zur Wende lebten in Grünau fast 85 000 Menschen – mehr als 33 000 davon sind

seitdem weggezogen. Viele gingen in den Westen, andere suchten sich eine sanierte Altbauwohnung. Wer es sich leisten konnte, baute das lang ersehnte Eigenheim. Seit dieser Abwanderungswelle stehen in manchen Teilen von Grünau 40 Prozent der Wohnungen leer. Weil nicht abzusehen ist, dass wieder mehr Leute kommen, müssen Häuser weg. Bis zum nächsten Jahr sind knapp 3000 Wohnungen für den Abriss vorgesehen. Oder für den „Rückbau“ – der amtliche Begriff klingt weniger verstörend.

In der Plovdiver Straße im Norden von Grünau hat diese Zukunft schon begonnen. Von der Nummer 52, einem ehemals 16-geschossigen Wohnblock, sind bereits zwei Etagen abgetragen. Das Haus hat keine Fenster mehr, der Blick geht in leere Wohnungen wie in die Fächer eines riesigen, nicht mehr gebrauchten Setzkastens.

Aber nicht überall sind die Häuser leer und unbewohnt, in manchen Gegenden sind 95 Prozent der Wohnungen belegt. An vielen Fünfgeschossern sind die Balkone rot von blühenden Geranien und Tomatenpflanzen, die in Kübeln wachsen. Sonnenschirme sind fürs Samstagabend-Grillen aufgestellt. Hier schaukeln Kinder auf den Spielplätzen, es gibt Grünflächen, ein Schwimmbad, einen Wochenmarkt. Junge Männer verausgaben sich beim Beach-Volleyball. Neben den Sandfeldern ragt der K4 in den Sommerhimmel – ein Kletterfelsen, erbaut aus den Resten eines abgerissenen Wohnblocks. Es lässt sich in vielen Teilen Grünaus angenehm wohnen, vor allem die Alteingesessenen fühlen sich wohl. Aber wie wird es hier in 20 Jahren aussehen, wenn weiterhin viele junge Leute wegziehen und kaum Kinder nachkommen?

Bereits seit den 70er Jahren bekommen die Deutschen zu wenig Nachwuchs. Die Pille wird eingeführt, Normen und Wertvorstellungen ändern sich. Der Anthropologe Arnold Gehlen spricht vom Zerfall der gesellschaftlichen Institutionen. Der Einzelne erlebt plötzlich ganz neue Freiheiten und Möglichkeiten. Statt früh Kinder zu bekommen, verschieben viele die Ehe und Familienplanung, um ihre ganz eigenen Träume zu verwirklichen.

Nun macht sich das jahrzehntelange Schrumpfen bemerkbar. In den geburtenschwachen Jahrgängen mangelt es an neuen Müttern. Der Prozess entwickelt seine eigene Dynamik, die Bevölkerung schrumpft in jeder Generation um ein Drittel. Selbst wenn die Geburtenrate plötzlich sprunghaft ansteige – die Wirkungen würden wir erst in 30 Jahren spüren. Vor allem die Frage, wer in Zukunft die Renten der vielen Alten bezahlen soll, hat die öffentliche Wahrnehmung für demographische Prozesse geschärft. Im Jahr 2001 standen 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 44 Rentner gegenüber. 2050, hat das Statistische Bundesamt errechnet, könnten es 78 Rentner sein.

Welche Wege gibt es aus dieser Entwicklung, die wir selbst angestoßen haben? Soll die Regierung Geburtenzahlen lenken, indem sie Familiengründungen belohnt? Müssen wir mehr Menschen einladen, hier zu leben und die leeren Städte und Dörfer zu füllen? Wenn jährlich 300 000 Ausländer nach Deutschland kämen, könnte dies die demographischen Verwerfungen zumindest dämpfen. Das sagt Dieter Oberndörfer, Vorsitzender des Arnold Bergstraesser Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung und des Rats für Migration. Aber Deutschland ist kein typisches Einwanderungsland. Zwar kamen nach dem Mauerbau 28 Millionen Gastarbeiter in die BRD, doch sie wurden nicht eingeladen, sich hier eine dauerhafte Existenz zu schaffen. Vier Millionen blieben trotzdem. Inzwischen hat Deutschland einen Ausländeranteil von knapp neun Prozent und liegt damit im europäischen Mittelfeld.

Die Eisenbahnstraße, Problemviertel im Osten Leipzigs. 14 Prozent Ausländer gibt es hier. Mehr als doppelt so viel wie im Durchschnitt in Leipzig. Fremde Sprachen dringen ans Ohr des Passanten. Viele Schaufenster sind leer, vernagelt oder eingeschlagen, dazwischen herrscht interkulturelle Vielfalt: Asia-Bistro, russische Spezialitäten, billig telefonieren beim Araber. Außerdem blüht der Drogenhandel. Wo am hellen Tag gedealt wird und gespritzt, da ziehen viele Leute weg. Fast jede zweite Wohnung steht hier leer, Geschäfte schließen. Eine Mode-Boutique kündigt den Ausverkauf an. „Steffis Schuhshop“ ist bereits umgezogen, nach Gohlis, einem Stadtteil mit weniger Problemen.

Wie kann Integration funktionieren? Wie schaffen es Ausländer, sich in Deutschland einzuleben, ihre Chancen wahrzunehmen und sich zu qualifizieren, anstatt in Ghettos unter sich zu bleiben und kriminell zu werden? „Das Wichtigste ist die Sprache“, sagt Adelaide Grützner, Leiterin eines Projekts im Leipziger Osten, das den Ausländern Unterstützung bei Problemen bietet. Sie erlebt, dass manche Ausländer ganz auf die Deutschkenntnisse ihrer Kinder angewiesen sind. Viele fallen in Depressionen und lernen deshalb die fremde Sprache nicht. Andere sind zu alt, deshalb wird ihnen kein Sprachkurs mehr bezahlt. Die Kinder selbst lernen das Deutsche oft nur unzureichend. In den Kindergärten und Schulen im Leipziger Osten treffen sie vor allem auf Mädchen und Jungen aus der Unterschicht. „Mit denen wird zu Hause auch nicht viel geredet“, sagt die Projektleiterin, in deren Büro ein Russe, ein Vietnameser und ein Araber mitarbeiten. Als Ansprechpartner für die drei größten Gruppen, die in Leipzig leben.

Dass die Sprache übernommen werden muss, wenn Integration gelingen soll, sagt auch Dieter Oberndörfer. Für ebenso wichtig hält er aber, dass die Fremden sich hier angenommen fühlen, dass die Deutschen mit der Vielfalt leben lernen. „Ein indischer Computerexperte“, sagt er, „kann ein guter Staatsbürger werden. Ein katholischer Bayer wird aus ihm nicht“.

Anger-Crottendorf, ebenfalls im Osten Leipzigs. Ein kleiner Park zwischen den Straßenzügen. Auf den Bänken sitzen bärtige Gesellen in Jeansanzügen, mit geröteten Gesichtern. Sie reden laut, gestikulieren, in der Hand die Dose Bier. Den ganzen Tag sitzen sie im „Pennerpark“, wie die Anwohner abfällig sagen. Gleich nebenan ist der Konsum, für den schnellen Nachschub. Das Fleckchen Grün ist fest in der Hand der Arbeitslosen, der Alten, der Alkoholiker. Von Familien mit Kindern wird der Park gemieden.

In einem umfangreichen Projekt soll der Leipziger Osten umgestaltet werden. Viele der einfachen Mietshäuser werden abgerissen. Ausgedehnte Grünflächen sollen dem ehemaligen Arbeiterviertel neuen Charme geben. Ob die Rechnung aufgeht, wird sich zeigen müssen. Vielleicht werden mehr Junge und Gebildete zuziehen und helfen, dass sich die sozialen Schichten wieder besser mischen. Darauf bauen kann man nicht, herumlungern lässt sich auch in neuen Parks.

Am südlichen Rand von Leipzig liegt ein Beispiel für gelungenen Wandel. Aus einem früheren Braunkohlegebiet entsteht nach und nach eine weiträumige Seenlandschaft. An heißen Tagen liegen am Cospudener See die Sonnenanbeter so dicht wie am Ostseestrand, ein schönes Erholungsgebiet für die Leipziger entwickelt sich und ein Anziehungspunkt für Touristen. Aber auch diese positive Entwicklung hat ihre Schattenseite. Die schöne Umgebung weckt bei vielen die Sehnsucht nach einem Häuschen im Grünen – und je mehr Menschen sich den Wunsch nach einem Eigenheim erfüllen, desto mehr leert sich die Innenstadt.

Der demographische Wandel wirkt sich auf Stadt und Land ganz unterschiedlich aus. Während die Städte gegen die Abwanderung ins Umland kämpfen und gleichzeitig in den Kernstädten mit der Migrantenzahl auch die sozialen Probleme wachsen, stellen sich für viele ländliche Gebiete wie die Altmark, die Oberlausitz und die Mecklenburger Seenplatte ganz elementare Versorgungsfragen. Wird es noch einen Bus geben, der mehrmals täglich in die Stadt fährt? Wie weit haben es Landbewohner künftig bis zum nächsten Arzt, zur Schule? Es wird schwierig sein, die flächendeckende Grundversorgung in dünn besiedelten Landstrichen zu finanzieren. Auch das ist zu bedenken, wenn man den großen Städten als Motoren der Entwicklung mehr Zuzug wünscht – dass sich das Abwanderungsproblem auf die Dörfer und Kleinstädte verlagert.

Wie sich der demographische Wandel im Einzelnen vollziehen wird, ist noch nicht abzusehen. „Es handelt sich um chaotische Prozesse“, sagte Marta Doehler-Behzadi auf der Magdeburger Tagung. Und Chaos ist nicht planbar. Nicht langfristige, schwer zu ändernde Fahrpläne gilt es darum festzuschreiben. Stattdessen geht es um das kontinuierliche Beobachten und Beschreiben von Veränderungen und um zeitnahe Interventionen.

Aus der Chaostheorie wissen wir, dass minimale Ursachen große Wirkungen haben können, dass diese Wirkungen sich aber kaum voraussehen lassen. Vielleicht können kleine Interventionen, kann die Umgestaltung eines Stadtteils auf die Entwicklung einer ganzen Stadt oder gar Region ausstrahlen. Vielleicht könnte eine familienfreundliche Politik die „Lust auf Kinder“ tatsächlich wieder wecken. Denn es bleibt einfach schwer vorstellbar: dass im Jahr 2050 nur halb so viele Kinder geboren werden wie alte Menschen sterben. Dass es nur noch 12 Millionen Deutsche unter 20 Jahren geben wird – dafür 28 Millionen über 60.

Wenn wir Deutschen alt werden und schwach, dann mit uns ganz Europa: In Ost- und Südeuropa sind die Geburtenzahlen noch niedriger als in Deutschland, in Frankreich und in Skandinavien sind sie – dank Steuererleichterungen und anderer Belohnungen für Familien – etwas höher. Überall bleiben sie aber unter der bevölkerungsstabilisierenden Zahl von 2,1 Kindern pro Frau. Doch während wir uns davor fürchten, mit der Jugend auch unser Innovationspotenzial, unsere erneuernden Kräfte zu verlieren, wächst die Bedeutung derjenigen, die bisher ohne Einfluss waren. Während zwischen 1995 und 2000 eine Frau in Bulgarien nur durchschnittlich 1,1 Kinder zur Welt brachte, eine Spanierin oder Italienerin 1,2, gebar eine jemenitische Frau, eine aus Somalia oder Uganda mehr als sieben Kinder. Während in Europa knapp zehn Geburten auf 1000 Einwohner kommen, sind es in anderen Teilen der Welt über 50. Weltweit gesehen herrscht kein Mangel an Menschen. Große Völkerwanderungen erscheinen deshalb als ein mögliches Szenario.

Europa wird älter. Seine Staaten und Städte verändern sich. Mit den Folgen dieses Wandlungsprozesses umzugehen, wird eine Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein. Einerseits bleibt es notwendig, Entwicklungen zu beobachten und, wo es sinnvoll erscheint, gegenzusteuern. Andererseits – und das ist vielleicht der wichtigere Punkt – geht es um das Annehmen unvermeidlicher Veränderungen. Unsere Gesellschaft ist dabei, in eine neue Lebensphase einzutreten. Sie muss lernen, sich darin zurechtzufinden.

2. Preis

Sara Reinke

Sterben die Deutschen aus?

Erst die Dinos, dann die Deutschen?

Ist unsere Bevölkerung vom Aussterben bedroht? Zugegeben, ganz so plakativ formulierten die Veranstalter die Fragestellung nicht, die Wissenschaftler, Politiker und Regionalplaner Mitte Juni 2004 auf einer Tagung in Magdeburg diskutierten. Sie stellten die Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel in Deutschland vielmehr unter das Motto: „Was tun wir?“

Über 350 Teilnehmer waren gekommen, um sich über dieses ebenso aktuelle wie von den Medien vernachlässigte Thema zu informieren, um Fragen zu stellen und Lösungsansätze zu präsentieren. Der folgende Beitrag entstand im Rahmen eines anlässlich dieser Tagung von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung ausgeschriebenen Journalisten-Wettbewerbs, in dem es darum ging, demographische Prozesse und die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten allgemein verständlich darzustellen. Wie sind die demographischen Entwicklungen in Deutschland zu beurteilen, welche Auswirkungen sind zu erwarten, was sollen, können, müssen wir tun?

Wildwest-Szenarien für den Osten

Hyder, Kleinstadt im Süden Alaskas. Hier lebten in den 1930er Jahren, zur Zeit der Goldsucher, über 10.000 Menschen. Heute sind es nur noch 100, Hyder ist eine Geisterstadt. Neben den zahlreichen Touristen sind Braunbären und Grizzlys die häufigsten Besucher. Über tausend solcher Geisterstädte gibt es allein in den USA. Etliche davon gegründet als Goldgräberstädte, einstmals voller Leben, bunt und laut, wie es sich für den „Wilden Westen“ gehört, und heute verlassen, verstaubt und verfallen. Besucher aus dem dicht bevölkerten Europa verspüren eine morbide Faszination angesichts der unverkennbaren Spuren längst vergangener Zeiten. Einfache Holzhäuser, in denen noch Teile des Inventars erhalten sind, legendäre Saloons, auf deren windschiefen Schildern noch deutlich der Name zu lesen ist, und manchmal sogar noch eine Kutsche auf dem Marktplatz – hier scheint die Zeit mit dem Abklingen des Goldrausches einfach stehengeblieben zu sein. Als die Goldvorkommen erschöpft waren, verlor der einsam gelegene Ort jeglichen Reiz und die Menschen zogen in die Städte, die – vermeintlich oder tatsächlich – mehr Lebensqualität zu bieten hatten.

Wüstgefallene Ortschaften hat es zu früheren Zeiten auch in Deutschland immer wieder gegeben. Zum Beispiel wenn Kriege oder Seuchen ganze Dörfer dahinrafften oder wenn einfach die Ertragsfähigkeit des Bodens so weit nachließ, dass eine weitere Bewirtschaftung nicht mehr sinnvoll erschien und die Bevölkerung weiterzog. Doch diese Zeiten scheinen zumindest in den westlich-industrialisierten Ländern vorbei. Medizinischer Fortschritt hat das Risiko von weitreichenden Seuchenerkrankungen drastisch verringert und der Einsatz von

künstlichen Düngemitteln ermöglicht eine ackerbauliche Bewirtschaftung auch in Gegenden mit ungünstigen Bodenverhältnissen. In einem Land wie Deutschland wird es verlassene Dörfer oder gar richtige Geisterstädte nicht mehr geben. Oder?

Magdeburg, Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts. Zu DDR-Zeiten ein blühendes Zentrum der Ost-Industrie. In Sachsen-Anhalt wurde zwar nicht nach Gold geschürft, dafür aber nach Braunkohle. Bergbau, chemische Industrie und Maschinenbau boten Arbeitsplätze und wirtschaftliche Sicherheit für Zehntausende. Heute kämpft Sachsen-Anhalt mit ähnlichen strukturellen Problemen wie einst das Ruhrgebiet. Der Bedeutungsverlust der Braunkohleindustrie und die ökologischen Altlasten der Chemie-Werke führten zu einer fast vollständigen Deindustrialisierung nach der Wende. Mehr als 700.000 Arbeitsplätze wurden in Sachsen-Anhalt abgebaut, durch Abwanderung und Geburten-Schock sanken die Einwohnerzahlen stärker als je zuvor. Sachsen-Anhalt ist heute das am schnellsten schrumpfende Bundesland Deutschlands. Allein Magdeburg verlor seit 1990 über 15 % seiner Einwohner. Die Auswirkungen sind im Stadtbild bereits deutlich sichtbar: leerstehende Wohn- und Geschäftsräume, verfallene Plattenbauten, halb sanierte und dann doch aufgegebene Bausubstanz allerorten.

Ähnliche Verhältnisse wie in Hyder drohen hier zwar nicht unmittelbar, dennoch besteht dringender Handlungsbedarf, wenn die Abwärtsspirale – weniger Arbeitsplätze, weniger Menschen, weniger Lebensqualität – sich nicht immer weiter drehen soll. Und Magdeburg ist kein Einzelfall. Bevölkerungsrückgang, niedrige Geburtenraten und zunehmende Überalterung sind für die demographische Entwicklung in deutschen Städten symptomatisch. Besonders betroffen ist der Osten Deutschlands, wo sich Faktoren wie Arbeitsplatzverlust, Abwanderung gen Westen, Suburbanisierungsprozesse und Wegfall der sozialistischen Bevölkerungspolitik kumulieren. Während die stadtnahen ländlichen Gemeinden vom Trend zum (Einzel-)Häuschen im Grünen noch profitieren konnten, sieht es vor allem in den peripheren Randregionen düster aus. „Wo der Mensch geht, kommt der Wolf“ überschreibt das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung in seiner Bevölkerungsprognose „Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der Nation“ einen Textabschnitt über die Oberlausitz. Und irgendwie fühlt man sich doch an Hyder und die Grizzlys erinnert, wenn man liest, dass sich in der Oberlausitz – sehr zur Freude der Naturschützer – in den vergangenen Jahren gleich zwei Rudel dieser in Mitteleuropa als ausgestorben geltenden Art ansiedeln konnten. Der einzige natürliche Feind der Wölfe, der Mensch, ist in der Oberlausitz auf dem Rückzug. In der ehemaligen Industriestadt Weißwasser ging die Bevölkerungszahl seit dem Mauerfall so stark zurück wie nirgendwo sonst: von 37.000 auf 25.000 Einwohner. Die Prognosen sagen einen weiteren Bevölkerungsverlust um fast 15 % bis 2020 voraus.

Die Geister, die man rief

Die Abwanderung gen Westen führt zunächst einmal nur zu einer Bevölkerungsumverteilung innerhalb Deutschlands. Wo es auf der einen Seite Verlierer gibt, gibt es auf der anderen Seite, in diesem Fall vor allem im Westen und Süden Deutschlands, auch Gewinner: Regionen, deren Bevölkerung immer weiter wächst (und die damit ihre ganz eigenen Probleme haben), Städte, die junge Arbeitnehmer anziehen, sich dynamisch entwickeln, prosperieren. Aber auch in den heutigen Wachstumsregionen wird sich der Trend zu Schrumpfung und Überalterung der Bevölkerung – in abgeschwächter Form – mit einer zeitlichen Verzögerung

rung von nur wenigen Jahrzehnten durchsetzen. Bevölkerungsdynamik verläuft in Form eines sich selbst verstärkenden Prozesses und eine einmal in Gang gesetzte Entwicklung ist nur schwer wieder umzukehren. Die Auswirkungen werden von Generation zu Generation offensichtlicher. Statt der für den Bestandserhalt der Bevölkerung erforderlichen 2,1 Geburten pro Frau werden hierzulande nur statistische 1,4 Geburten pro Frau verzeichnet. Bereits seit den 70er Jahren ist jede deutsche Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die der Eltern und damit werden auch in der Folgegeneration immer weniger Kinder geboren. Diese Entwicklung konsequent fortgedacht, ist das Volk der Dichter und Denker tatsächlich in absehbarer Zukunft vom Aussterben bedroht.

Solche Erkenntnisse sind nicht neu, dringen aber nur sehr zögerlich ins allgemeine Bewusstsein vor. Dass die Idee des Generationenvertrags von der Wirklichkeit längst überholt worden ist und das Rentenversicherungssystem nach neuen Konzepten schreit, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Doch wer in Hamburg oder München auf Wohnungssuche geht, wer in Baden-Württemberg keinen Kindergartenplatz findet oder in Niedersachsen seinen Nachwuchs in überfüllten Schulcontainern unterrichten lassen muss, der ist über die Vorstellung von verlassenem Dörfern und staubigen Geisterstädten mitten in Deutschland nach wie vor bestenfalls belustigt.

Dabei bringt die demographische Entwicklung eine ganze Reihe handfester Probleme mit sich, die von Planern und Behörden viel zu lange ignoriert worden sind: So ist die Infrastruktur in vielen Bereichen auf Wachstum angelegt, nicht auf Stagnation oder gar Schrumpfung der Bevölkerung. Wo heute noch Schulen, Kindergärten und Autobahnen ausgebaut werden, könnte die Frage bald lauten, wer diese nutzen und vor allem wirtschaftlich unterhalten soll. Und auch dort, wo bereits heute örtliche Supermärkte, Postagenturen und Bankfilialen geschlossen werden und außerhalb gelegene Einkaufszentren auf der grünen Wiese entstehen, sollte man sich Gedanken um die Zukunft machen: Wie kann die Versorgung aller Bevölkerungsteile auch weiterhin sichergestellt werden? Welche besonderen Anforderungen stellen ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen an die Infrastruktur? Welche Standards müssen auch in abgelegensten Regionen erfüllt werden? Wie weit darf ein Schulweg sein? Wie viele Einwohner kann ein Arzt versorgen und wie weit dürfen sie auseinander wohnen? Muss jeder Ort durch öffentliche Verkehrsmittel erreichbar sein? Ist der Autobahnbau immer die geeignete Lösung zur Erschließung peripherer Regionen?

Viele Infrastruktureinrichtungen können bei sinkenden Bevölkerungszahlen nicht mehr in gewohntem Standard angeboten werden. Das betrifft unter anderem Freizeit-, Kultur- und Sportangebote, aber auch den öffentlichen Personennahverkehr, die Einkaufsmöglichkeiten oder gastronomische Einrichtungen.

Die medizinische Versorgung und das Vorhandensein von Bildungsinstitutionen, vor allem natürlich der (Grund-)Schulen, gelten als Minimalanforderungen, die überall im Land sichergestellt sein müssen. Hier sind neue Finanzierungs- und Bereitstellungskonzepte gefragt, um regional spezifische Lösungen zu finden. Das vermehrte Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Akteuren und die Überwindung von politischen Zuständigkeitsgrenzen könnten hier einige Veränderungen bewirken.

Wenig Gedanken hat man sich jedoch bisher darüber gemacht, was mit denjenigen Orten geschehen soll, in denen selbst die Grundversorgung trotz aller Bemühungen nicht mehr

wirtschaftlich aufrechterhalten werden kann. Sollen sie weiterhin mit aller Gewalt gefördert und subventioniert werden? Soll die Bevölkerung in solchen Fällen umgesiedelt werden oder nehmen wir in Kauf, dass die betroffenen Orte mit der Zeit aufgegeben werden? Sind Geisterstädte wie Hyder in Deutschland doch keine Utopie? Wird womöglich die Oberlausitz mit ihren verlassenen und von der Natur zurückeroberten Wohnstätten und Tagebaurestlöchern eines Tages zur Touristenattraktion werden, besichtigt von zivilisationsgeschädigten Asiaten? Der Vergleich mag zynisch klingen, aber sicher ist, dass die regionalen Disparitäten sich auch in Zukunft weiter verstärken werden und es über kurz oder lang tatsächlich Orte geben wird, in denen, wenn auch keine Geister, so doch nur noch einige wenige (überwiegend alte) Menschen leben werden.

Kinder oder Inder

Welche Handlungsoptionen stehen uns zur Verfügung, wenn wir derartige Entwicklungen nicht einfach nur hinnehmen wollen? Nachdem es der Familienpolitik in der Vergangenheit offenbar nicht gelungen ist, ausreichend Anreize zur Familiengründung zu bieten, stellt sich nun die Frage: Brauchen wir, wollen wir eine Bevölkerungspolitik? Die politische Umsetzung bevölkerungsbezogener Maßnahmen ist in Deutschland immer noch ein Tabu-Thema, weckt sie doch zu viele Erinnerungen an das nationalsozialistische Belohnungssystem für kinderreiche Familien. Und überhaupt, wie sollte eine Bevölkerungspolitik konkret aussehen? Mit propagandistischen Aufrufen in der Richtung: „Tun Sie etwas für die demographische Entwicklung, fangen Sie gleich heute abend an“, ist es sicherlich nicht getan. Aber selbst wenn die Situation für Familien nachhaltig verbessert würde, wenn insbesondere Frauen mehr Möglichkeiten hätten, Kinder und Karriere unter einen Hut zu bringen, wenn Familien mit drei oder mehr Kindern höhere gesellschaftliche Anerkennung bekämen, selbst dann würden sich die Ergebnisse einer erfolgreichen Bevölkerungspolitik demographisch erst nach frühestens ein bis zwei Generationen bemerkbar machen.

Kann das Bevölkerungsdefizit also nicht so ohne Weiteres aus den eigenen Reihen ausgeglichen werden, bleibt als Alternative die Zuwanderung von außen. Die Brisanz der demographischen Situation wurde auch deshalb über lange Jahre verkannt, weil neben dem durch die steigende Lebenserwartung immer höheren Anteil an älteren Menschen auch die über zehn Millionen in Deutschland lebenden Migranten die entstehenden Lücken in weiten Bereichen überdecken konnten. Doch selbst unter der Prämisse, dass jährlich weitere 200.000 Menschen aus dem Ausland einwandern und die Lebenserwartung weiter steigt, prognostiziert das Statistische Bundesamt einen Bevölkerungsrückgang von zehn Millionen Menschen bis 2050. Ohne Migranten würde die Bevölkerung gar um 30 Millionen zurückgehen und bis 2100 würden dann in Deutschland nur noch so viele Menschen leben wie zu Anfang des 19. Jahrhunderts, 24 Millionen. Andersherum gedacht: Bei konstant 1,4 Geburten pro Frau wäre, um die Bevölkerungszahlen auf heutigem Niveau zu halten, ein jährlicher Wanderungssaldo von 600.000–700.000 erforderlich. Zuwanderung aber stellt hohe Anforderungen an die Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaft und Deutschland hat bisher wenig getan, um ein Einwanderungsland zu werden – geschweige denn eines, dass solche exorbitant hohen Einwanderungsüberschüsse absorbieren könnte.

Schon die rechtsstaatliche Anerkennung ist für Ausländer in Deutschland nur schwer zu erlangen – wahre Integration geht aber noch weit darüber hinaus. Um Einwanderer wirklich zu integrieren, müssen sie in der Gesellschaft aufgehen, regelrecht unsichtbar werden. Dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer dürfen nicht mehr als Fremdkörper in der Gesellschaft wahrgenommen werden, sondern als gleichberechtigte Mitbürger, und sie sollten sich auch selbst nicht mehr als unterdrückte Minderheit, sondern als integrierter Teil der Gemeinschaft fühlen. Dazu gehört die Identifikation mit gesellschaftlichen Werten und Normen, doch wie weit diese gehen soll, lässt sich kaum bestimmen. „Ein Volk kann biologisch-demographisch durch ein niedriges Geburtenniveau ständig in seiner demographischen Substanz Einbußen erleiden und trotzdem überleben und sich weiterentwickeln, wenn seine Kultur überlebt und sich weiterentwickelt. Der biologisch-demographische Reproduktionserfolg ist für den kulturellen weder eine notwendige, noch eine ausreichende Bedingung. Die Sorge über das Schrumpfen der Bevölkerung ist solange überflüssig, wie die die Bevölkerung tragende Kultur überzeugend genug ist, um von anderen Kulturen mitgetragen und weiterentwickelt zu werden.“, schreibt der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg. Wer aber soll festlegen, was deutsche Kultur eigentlich ausmacht? Der Kulturbegriff ist schließlich nicht statisch festgelegt, sondern obliegt permanenten Veränderungen. Und schon innerhalb der eingessenen Bevölkerung wird man eine Identifikation mit kulturellen, religiösen, politischen und rechtsstaatlichen Werten immer nur in unterschiedlichen Graden der Annäherung finden. Mit der zunehmenden Internationalisierung geht zwangsläufig eine Pluralisierung gesellschaftlicher Werte einher. Um unsere Kultur vor dem Aussterben zu bewahren, werden wir eine gewisse Dynamik in Kauf nehmen müssen. Denn bleiben letztlich nicht Kulturen gerade durch die wechselseitige Beeinflussung mit anderen Kulturen lebendig?

Weniger ist mehr

Ob nun dem deutschen Volk langfristig das Ende droht, ob die Politik das Ruder noch herumreißen kann oder ob die Bevölkerungsschrumpfung durch (moderate) Wanderungsüberschüsse zumindest abgeschwächt werden kann – die Zukunft wird es zeigen. Zunächst einmal sollte die Schaffung eines Problembewusstseins auf Ebene der Planer in Politik und Wirtschaft, ebenso wie in der Gesellschaft selbst, oberste Priorität haben. Das Verständnis für die demographischen Prozesse und ihre Folgen ist Voraussetzung für die Entwicklung von Lösungsansätzen in großem wie in kleinem Maßstab.

Noch ist Deutschland mit rund 230 Einwohnern/qkm einer der am dichtesten bevölkerten Staaten innerhalb der EU. Länder wie Schweden mit 21,6 oder Finnland mit 17 Einwohnern/qkm zeigen, dass infrastrukturelle Versorgung, ein funktionierendes Sozialsystem und eine hohe Lebensqualität auch mit wesentlich weniger Menschen möglich sind. Bei aller (berechtigten) Schwarzmalerei sollte nicht übersehen werden, dass der Bevölkerungswandel in Deutschland neben den angesprochen Versorgungsproblemen durchaus auch Chancen zur Verbesserung bereithält. So bedeuten siedlungsarme Gegenden mehr natürliche Freiräume und selbst Baulücken in der Stadt könnten vermehrt für Freizeit- und Erholungsnutzungen offen stehen. Auch die Entwicklung zu einem immer höheren Anteil an älteren Menschen muss nicht ausschließlich negativ bewertet werden, denn viele Senioren sind durchaus noch aktiv und engagieren sich sozial, kulturell, politisch oder ökologisch. Durch ihre oftmals eh-

renamtlichen Tätigkeiten tragen sie in nicht unerheblichem Maße dazu bei, Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern.

Der demographische Wandel ist eine Tatsache und wir müssen uns seinen Folgen stellen, aber eine generelle Weltuntergangsstimmung ist aus globaler Perspektive und vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Weltbevölkerung nicht zu rechtfertigen. Manchmal genügt schon eine Neubewertung des Status quo, um die Situation in einem ganz anderen Licht erscheinen zu lassen. Kultureller Wandel statt Untergang des Abendlandes, Umbau und Umnutzung von Infrastruktur statt Abriss und Verfall, engagierte Bürger statt nutzloser Rentner, attraktive Naturräume statt strukturschwacher Regionen und ja, warum nicht: touristische Inwertsetzung von verlassenen Siedlungs- oder Industriestätten. Willkommen in der Geisterstadt!

3. Preis

Remko Kragt

Randalterung und Multikulti – Die deutsche Bevölkerung bekommt ein neues Gesicht

Ein warmer Freitagnachmittag in Magdeburg. Über breite Alleen, die ihre Vergangenheit als Aufmarschstraßen nicht verleugnen, rumpeln frisch gestrichene Straßenbahnen im DDR-Design. Im überdachten Einkaufszentrum in der Innenstadt ist es ruhig. Am Ausgang treibt sich ein kleines Grüppchen von Jugendlichen provokativ lärmend herum. Ihr „Gothic“-Outfit verleiht ihnen ein leichenhaftes Aussehen. Wirte stellen Tische und Stühle nach draußen und warten auf Kundschaft. Und warten ... und warten. Nur wenige Menschen nehmen auf den Terrassen Platz. Die Stadt wirkt seltsam verlassen. In anderen ostdeutschen Städten ist das Bild ähnlich. Straßen und Häuser sind nach der Wende liebevoll restauriert worden. Hier und da sind Bautrupps mit dem „Umbau Ost“ beschäftigt. Aber irgendwie wirken die Orte wie zu große Anzüge, in denen sich die Träger verlieren.

Seit mehr als zehn Jahren hält eine regelrechte Völkerwanderung innerhalb Deutschlands an. Sie macht sich besonders in den Städten und Dörfern der neuen Länder bemerkbar, wo viele junge Menschen keine Perspektive mehr gesehen haben. In ländlichen Gegenden Ostdeutschlands sehen Wissenschaftler bereits „schwedische Verhältnisse“ voraus. In der menschenleeren Heimat der Elche leben durchschnittlich 20 Einwohner auf einem Quadratkilometer – Ballungsgebiete eingerechnet. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte liegt in Deutschland mehr als zehn Mal höher bei 230 Einwohnern je Quadratkilometer. Die Bundesrepublik gilt damit als dicht bevölkert. Aber in „Meck-Pomm“ leben schon heute nur rund 50 Einwohner auf einem Quadratkilometer. Neueren Prognosen zufolge könnte die Gegend um die Mecklenburgische Seenplatte in den kommenden 20 Jahren noch bis zu einem Viertel ihrer Bewohner einbüßen. In fast allen Landkreisen auf dem Gebiet der früheren DDR werden ähnliche Entwicklungen erwartet. „Der Mensch geht, die Natur kommt“ titelte die „Nordzeitung“ vor einigen Wochen. Aber sind das die „blühenden Landschaften“, die Altkanzler Helmut Kohl anlässlich der deutschen Einigung vor fast 15 Jahren vorhersah?

Auch das westliche platte Land übt kaum noch Anziehungskräfte aus. Zur Zeit der deutschen Vereinigung spiegelte die Bevölkerungsentwicklung noch die frühere politische Situation wider: Auf dem Gebiet der DDR nahm die Bevölkerung ab, in den alten Bundesländern nahm sie dagegen überall leicht zu (siehe Abb. 1). Heute erstreckt sich von der niederländischen bis zur polnischen Grenze ein breiter Korridor, in dem die Einwohnerzahlen aller ländlichen Kreise deutlich abnehmen werden. Den Verlauf der früheren innerdeutschen Grenze kann man nicht mehr erkennen – insofern jedenfalls ist deutsche Vereinigung gelungen. „Wie Dominosteine fallen immer mehr Kreise unter die schrumpfenden Regionen“, berichten Forscher des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Nur der Kreis Cloppenburg südwestlich von Bremen entwickelt sich trendwidrig. In der katholischen Diaspora herrscht kein Nachwuchsmangel.

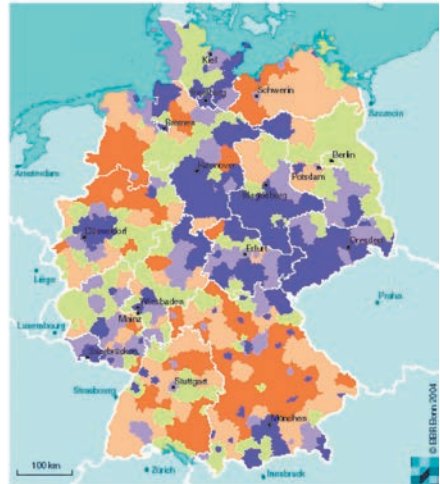
Abb. 1: Randalterung und Multikulti – Die deutsche Bevölkerung bekommt ein neues Gesicht



Kreise mit wachsender (rot) und schrumpfender (blau) Bevölkerung 1991, 2004, 2010



Plaza Rosalio, Hannover, Deutschland



Altersstruktur relativ zum Bundesdurchschnitt

- viel jünger
- jünger
- gleich alt
- älter
- viel älter

Als Indikator für die Alterung wurde das Billeter-Maß benutzt, ein Indikator für die Relation zwischen Kinder-, Eltern- und Großelterneneration.

Quelle: Laufende Raumbearbeitung des BBR; Kreise, Stand 31.12.2008

Regionale Altersstruktur
 Braun: viel jünger als Durchschnitt
 Blau: viel älter als Durchschnitt

Quellen für Karten: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
 Foto: Remko Kragt

Der Bevölkerungswandel verändert die Bundesrepublik. Über die Folgen haben sich kürzlich Bevölkerungswissenschaftler und Politiker in Magdeburg ausgetauscht. Eingeladen hatten die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern aus der ganzen Republik, und das erwähnte BBR, das sich ebenfalls wissenschaftlich mit Fragen der Stadt- und Regionalplanung befasst.

Die in Magdeburg präsentierten Zahlenwerke und Einschätzungen lassen den Schluss zu: Deutschlands Bevölkerung muss und wird sich in den kommenden 20 Jahren erheblich verändern. Die Bundesrepublik wird ein Land der Unterschiede. Die Landflucht hält an. Die Menschen werden sich vermehrt in wenigen Ballungsräumen zusammendrängen. Es wird aber insgesamt weniger Menschen in Deutschland geben und sie werden durchschnittlich älter sein. Und dank der Einwanderer wird es bunter zugehen im Land. Denn trotz Arbeitslosigkeit fehlen in Deutschland Arbeitskräfte. Wir müssen sie importieren.

Magnet Großstadt

Ausgeprägte Wachstumsregionen sehen die Wissenschaftler nur noch um die Metropolen München, Berlin, Dresden und Hamburg, und am Rhein bis nach Baden-Württemberg. Aber auch innerhalb der Stadtregionen ändert sich die Verteilung der Bevölkerung. Insbesondere junge Familien wollen nach wie vor lieber am Stadtrand wohnen. Magdeburg etwa hat seit 1985 ein Fünftel seiner Einwohner verloren. Viele sind nach Westen gezogen. Aber rund 25.000 frühere Magdeburger leben jetzt in Umlandgemeinden, sagt Oberbürgermeister Lutz Trümper. In der Stadt sind jetzt noch 229.000 Einwohner gemeldet.

Die Ballungsgebiete ufern unterdessen immer mehr aus. Immer größere Bereiche im Umland werden als Baugrund erschlossen, denn in Stadtnähe gibt es keine Parzellen mehr. Im Westen halten die Häuslebauer der vergangenen Jahrzehnte Baugrundstücke am Stadtrand besetzt. „Randalterung“ sagen die Planer. Im Osten stehen die Plattenbausiedlungen im Weg. Zur Überraschung vieler „Wessis“ werden sie häufig nicht abgerissen, obwohl sie als Schanddaten sozialistischer Architektur gelten. Viele Bewohner der „Platte“ fühlen sich in ihrem gewohnten Umfeld sehr wohl und denken nicht an Umzug. Komplizierte Eigentumsverhältnisse tun ihr Übriges.

Insgesamt wird die Anzahl der Menschen, die in Deutschland wohnen, in den kommenden Jahrzehnten leicht abnehmen. Ginge es nur nach den Deutschen, würde der Bevölkerungsverlust sogar dramatisch ausfallen. In Deutschland werden bekanntlich zu wenig Kinder geboren. Allein um die Bevölkerungszahl zu halten, müsste jede Frau durchschnittlich mehr als zwei Kinder bekommen. Aber den Deutschen reicht im Durchschnitt ein Kind. Der Nachwuchsmangel verstärkt sich selbst, denn mit den geringen Kinderzahlen sinkt auch die Zahl potenzieller Mütter. „Seit fast dreißig Jahren ist [...] die künftige Müttergeneration jeweils um ein Drittel kleiner als die gegenwärtige“ haben die Forscher des BBR ermittelt. In Leipzig etwa würde die Bevölkerung jährlich um 1500 Menschen schrumpfen, wenn es nur nach den Geburtszahlen ginge, hat Stadtrat Engelbert Lütke-Daldrup errechnet. Für die gesamte Bundesrepublik schätzt der Freiburger Kulturwissenschaftler Dieter Oberndörfer, dass die einheimische Bevölkerung in wenigen Generationen um gut 25 Millionen Menschen schrumpfen könnte. Das ist mehr als die Einwohnerzahl der früheren DDR.

„Inder statt Kinder“?

„Die Musik spielt deshalb bei der Einwanderung“, sagt der Münchener Planer Christian Breu. Ausländer werden zum Beispiel gebraucht, damit die Renten der alternden deutschen Bevölkerung bezahlt werden können. Denn wegen der geringen Nachwuchszahlen steigt das Durchschnittsalter der Deutschen beständig. Hinzu kommt die steigende Lebenserwartung. In zwanzig Jahren werden die Menschen etwa zwei Jahre länger leben als heute. „Wird Deutschland zu einem gigantischen Altersheim, versorgt von Zigtausenden von Krankenschwestern aus der Dritten Welt?“, grübelt Dieter Oberndörfer deshalb. Übrigens ist Deutschland beim Nachwuchsmangel noch nicht einmal führend in Europa. Am Mittelmeer werden noch weniger Kinder geboren.

Leider gleichen die Zuwanderer den Nachwuchsmangel nicht aus. Sie haben zwar den Ruf, viele Kinder in die Welt zu setzen. In Wahrheit aber passen sie ihre Kinderzahlen den hiesigen Verhältnissen an, kaum dass sie in Deutschland leben. Selbst wenn es gelänge, mit Hilfe familienpolitischer Maßnahmen das Elterndasein attraktiver zu machen, würde sich eine Trendwende frühestens in dreißig Jahren abzeichnen. Das würde aber voraussetzen, dass es tatsächlich die rechtliche oder finanzielle Situation wäre, die junge Leute von der Familiengründung abhält. Das eigentliche Problem aber sei, sagt der Mannheimer Geograph Paul Gans, dass Ehe und Familie gar keine gesellschaftliche Leitbilder mehr wären. Ein höheres Kindergeld, verbesserter Erziehungsurlaub oder mehr Kindergartenplätze dürften daran nichts ändern können. Mit anderen Worten: Deutschland muss auch in Zukunft seine Grenzen offen halten.

Auch die Zuwanderer ziehen bevorzugt in die „Boom-Towns“ – häufig in die Innenstädte. Sie tragen damit ihren Teil zur Konzentration in den Ballungsgebieten bei. Allein den Zuwanderern ist es zum Beispiel zu verdanken, dass die Einwohnerzahl der Stadt Leipzig jährlich um etwa 3000 Menschen wächst. Damit steigen nicht nur die Ausländeranteile in den Großstädten. Hinzu kommen Integrationsprobleme. Je mehr Zuwanderer in einer Stadt leben, desto stärker grenzen sie sich von der einheimischen Bevölkerung ab. „Multikulti“ gerät zum Nebeneinander der Kulturen. In dem Gymnasium, das meine Tochter im Hannoverschen Stadtteil Linden-Mitte besucht, ist die „Parallelgesellschaft“ nicht zu übersehen: Türkische Schüler haben ihre eigenen Cliquen. Selbst ein multikulturell bemühtes Schulfest fällt auseinander. Zur türkischen Schülerband tanzen türkische Schülerinnen einen hüftschwingenden Reigen. Beim folgenden Auftritt der deutschen Blues-Band stehen die Türken wieder in der Ecke. Das Bild wiederholt sich in der benachbarten Spanien-Dependance Linden-Süd.

Schon einmal beherbergte die (alte) Bundesrepublik mehr als 20 Millionen Einwanderer: als man sie noch Gastarbeiter nannte. Vier Millionen von ihnen sind geblieben. Dank Familiennachzug und „Anwerbestopp-Ausnahmereverordnung“ hat sich ihre Anzahl mittlerweile fast verdoppelt. Für viele Hochqualifizierte ist die Bundesrepublik aber eher ein Durchgangsstadium auf der Karriereleiter. Dennoch ist Deutschlands Einwanderungsbilanz positiv. Gegenwärtig wandern jährlich etwa 100.000 Menschen mehr ein als aus. Ihre Spuren führen neuerdings vor allem nach Afrika und Indien. Experten rechnen nicht mit einer stärkeren Einwanderung aus den neuen EU-Staaten. Es wird wohl dabei bleiben, dass je nach Saison Spargelstecher, Apfelpflücker oder andere Helfer aus osteuropäischen Staaten kommen.

Für eine stabile Bevölkerungszahl sind 100.000 Zuwanderer im Jahr indes immer noch zu wenig, sagt Dieter Oberndörfer. Seinen Berechnungen zufolge bräuchte Deutschland etwa die dreifache Anzahl. Der Ausländeranteil würde dann bis zum Jahr 2050 auf ein knappes Viertel der Bevölkerung anwachsen. Im Bundesdurchschnitt erreicht er derzeit nur neun Prozent. Zum Vergleich: In der Schweiz, der man eigentlich keine ausgeprägte Fremdenfreundlichkeit nachsagt, hat schon jetzt mehr als ein Fünftel der Bevölkerung einen „Migrationshintergrund“.

Zuwanderung ist aber keine bevölkerungspolitische Wundertüte. Denn einerseits wisse man nie, ob wirklich die Ausländer ins Land kommen, die man braucht, warnt der Berliner Wirtschaftsberater Heik Afheldt. Darüber hinaus koste Integration auch Geld. Es gebe Berechnungen, denen zufolge Zuwanderung letztendlich ein Zuschussgeschäft sei. Solche Berechnungen sind allerdings umstritten. Wie dem auch sei: Auch die Migranten werden die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik nicht umkehren.

Kommt das Ende der Gleichheit?

Der Trend weist in Richtung Ungleichheit auf allen Ebenen. „Die Demographie folgt der Wirtschaft“, formuliert der Münchener Christian Breu kurz und bündig. Seine Stadt gehört zu den Wachstumszonen und damit zu den Regionen, die man trotz großer Verkehrs- und Umweltprobleme als Gewinner bezeichnet. Wo es Gewinner gibt, muss es auch Verlierer geben. Als solche gelten eben jene Städte und Regionen, in denen die Bevölkerung altert, aus denen junge Arbeitskräfte abwandern, wo das Gewerbesteueraufkommen sinkt, wo Straßen und öffentliche Verkehrsmittel nicht ausgelastet sind, wo Schulen und Wohnungen leer stehen, wo die Immobilienpreise fallen, wo Ärzte keine Patienten mehr finden usw. Es ist absehbar, dass die Mehrheit der Landkreise und Kommunen zu diesen so genannten Verlierern gehören wird.

Ganz vorn im Pflichtenheft der Planer steht, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land zu schaffen. So gebietet es das Grundgesetz. Wo aber Bahnhöfe schließen, Buslinien zu teuer oder eingestellt werden, kleine Supermärkte Konkurs anmelden oder Arztpraxen zentralisiert werden, wird das Leben besonders für ältere Menschen immer härter. „Im Alter zählt die Nähe“, weiß Heiner Monheim von der Universität Trier schon aus eigener Erfahrung. Zwar herrscht in Rathäusern und Forschungstuben kein Mangel an Ideen und Projekten. Viel ist die Rede von Regionalisierung, Kooperation, Rückbau und Bürokratieabbau. Und natürlich haben alle Politiker und Beamte, die sich auf Tagungen wie in Magdeburg über ihre Projekte austauschen, Erfolge vorzuweisen. Aber allen Projekten ist eines gemeinsam: Auch wenn sie lokal oder regional erfolgreich verlaufen, können sie den Trend nicht aufhalten. Ein Beispiel sind die Mühen des Projektes „Aufbau Ost“. Da können noch so viele Straßen gebaut und Gewerbegebiete erschlossen werden, die Menschen kommen dennoch nicht. Es wirkt ein bisschen so, als wolle man mit dem Bau von Molkereien mehr Kälber erzeugen. Der Trend ist eindeutig: Deutschland teilt sich auf. Es wird künftig ein Nebeneinander von reichen und armen, jungen und alten, dicht und dünn besiedelten Regionen geben.

Und so taucht ganz oben auf den Wunschlisten der Wissenschaftler das heutzutage viel bemühte Wort „Umdenken“ auf. Vorsichtig verabschieden sich Wissenschaftler und Politiker von ihren bisherigen Leitlinien. „Ein Festhalten an dem Verfassungsauftrag der gleichwertigen

gen Lebensverhältnisse erscheint zunehmend schwieriger“, heißt es in einem Arbeitspapier der ARL. An die Stelle der Gleichheit rücken Partnerschaft und Solidarität. Prosperierende Regionen müssten die Versorgungsstrukturen in wirtschaftlich schwächeren Zonen mit finanzieren. Im Klartext hieße das: Programme der Umverteilung wie der Aufbau Ost würden zur Dauereinrichtung. „Wir haben mit Unterschiedlichkeiten umzugehen, wir müssen sie gestalten“, gesteht Wendelin Strubelt vom BBR ein.

Es war nicht alles neu, was in der zum städtischen Veranstaltungsraum umfunktionierten Magdeburger Johanniskirche diskutiert wurde. Schon seit vielen Jahren warnen die Wissenschaftler vor den Folgen des demographischen Wandels. „Die Politik aber“, beklagte ARL-Präsident Horst Zimmermann, „hat sich als ziemlich beratungsresistent erwiesen.“ Bleibt zu hoffen, dass der Tagungsort nicht von allzu großer Symbolik war. Die Worte hallen im hohen Kirchengewölbe – verhallen werden sie hoffentlich nicht.

4. Preis

Frederik Bombosch

Periphere Problemzonen

Magdeburg, 18. Juni. Auf den Karten ist das Problem dunkelrot. Manchmal auch dunkelblau. Es kann auch sehr hell sein, fast sandfarben, wenn man es aus einer anderen Perspektive betrachtet. Jedenfalls nimmt Deutschland eine recht einheitliche Farbe an auf diesen Karten, die den Anteil alter Menschen (dunkel) bzw. den Anteil junger Menschen (hell) zeigen. Vor Ort kann das dann bedeuten, dass Häuser mitten in den Städten leer stehen, vielleicht sogar abgerissen werden müssen. Dass der kleine Supermarkt im Dorf schließt. Oder, eigentlich ganz undramatisch, dass die Ampeln länger geschaltet werden müssen, weil ältere Menschen nicht so schnell über die Straße kommen.

„Demographischer Wandel im Raum – Was tun wir?“ Unter diesem Motto haben sich am Donnerstag und Freitag Stadt- und Regionalplaner, Kommunal- und Landespolitiker in der Johanniskirche in Magdeburg versammelt. 350 Teilnehmer sind gekommen. „So viele hatten wir schon lange nicht mehr“, sagt Professor Horst Zimmermann, Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), die die Tagung zusammen mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ausgerichtet hat. Das Thema steht noch nicht lange auf der Tagesordnung von Politik und Planung. Vielleicht, weil Bevölkerungs- und Raumpolitik zuletzt im Dritten Reich eine unheilvolle Allianz eingingen. Vielleicht, weil sich die Problematik der Planung und Politik eigentlich entzieht: „Wo jemand leben möchte und ob er oder sie Kinder kriegt, das sind alles Einzelentscheidungen“, sagt Wendelin Strubelt, Vizepräsident des BBR.

Vor dreißig Jahren berieten Raum- und Bevölkerungswissenschaftler zum ersten Mal über die geographischen Konsequenzen des demographischen Wandels. Darüber, dass ganze Landstriche veröden könnten, wenn ihnen das Rückgrat einer Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter fehlt. Darüber, dass alte Menschen mehr Mühe haben, sich fortzubewegen, und dass manche Orte für sie kaum zu erreichen sind. Und darüber, dass in Deutschland fast alle Straßen, Kanalisationsnetze und Gewerbegebiete so geplant sind, dass sie weiteres Wachstum vertragen, aber keine Schrumpfung. Doch die Bevölkerung wird schrumpfen: bis 2020 um eine halbe Million. Bis 2050 um zehn Millionen Menschen.

Bauminister Manfred Stolpe (SPD) kann sich dem Thema kaum noch entziehen. Er sagt in seiner Eröffnungsrede: „Deutschland ist eines der dichtest besiedelten Länder Europas. Unsere Nachbarländer zeigen, dass es auch mit weniger geht.“ Mit „es“ meint er die ‚gleichwertigen Lebensverhältnisse‘, die im Bundesraumordnungsgesetz festgeschrieben sind. Was sie bedeuten, darüber gehen die Ansichten jedoch auseinander. Für die Regierung Brandt bedeutete es einst, dass niemand es weiter als zwanzig Kilometer zum nächsten Autobahnanschluss haben sollte. In Brandenburg wird in diesem Sommer jede dritte weiterführende Schule geschlossen. „Wir werden uns Gedanken machen müssen über räumlich differenzierte Mindeststandards“, sagt Stolpe.

Dieser Meinung ist auch Sachsen-Anhalts Bau- und Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre (CDU), der vor Manfred Stolpe spricht. Er sagt, dass zum Beispiel der öffentliche Nahverkehr von Kürzungen nicht ausgenommen werden kann. „Vater Staat kann nicht mehr alles leisten“, sagt Daehre. Wenige Minuten zuvor hat er Manfred Stolpe daran erinnert, dass die Altmark, einer der dünnbesiedeltsten Räume Deutschlands, noch immer auf ihren Autobahnanschluss wartet. Stolpe nickt.

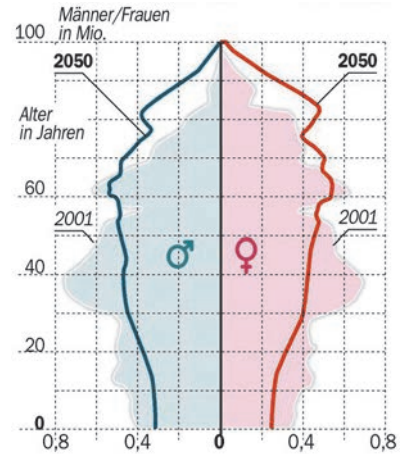
Es gibt Schätzungen, dass nur zwanzig Prozent der Fördermittel, die in den 1990er-Jahren nach Ostdeutschland geflossen sind, auch räumlich gesteuert werden konnten. Dasselbe gilt für steuerliche Vergünstigungen. Nach Ansicht vieler Experten muss hier angesichts der demographischen Verschiebungen umgedacht werden. Magdeburgs Bürgermeister Lutz Trümper nennt ein Beispiel: Das 5000-Seelen-Örtchen Barleben, nur ein paar Kilometer von Magdeburg an der A2 gelegen, nimmt jährlich 25 Millionen Euro Gewerbesteuer ein. Magdeburg mit seinen 229.000 Einwohnern kassiert 40 Millionen pro Jahr. Die Landeshauptstadt, die Infrastruktur für die ganze Region bereitstellt, sei eigentlich pleite, sagt Trümper.

Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, sagt zu solchen Phänomenen: „Fast alle Städte wollen wachsen oder wenigstens nicht kleiner werden. Daraus entsteht ein Wettbewerb der Regionen und innerhalb der Regionen, der nicht nur positiv ist.“ Wendelin Strubelt sagt: „Wenn es um Wettbewerb geht, dann schauen viele nur auf die Gewinner. Aber im Wettbewerb gibt es immer auch Verlierer.“

- Rückgang:
- über 20 %
 - 5 bis 20 %
 - 0 bis 5 %
 - Dünnbesiedelte Kreise mit Bevölkerungszuwachs
 - Bevölkerungsdichte über 150 Menschen/km²

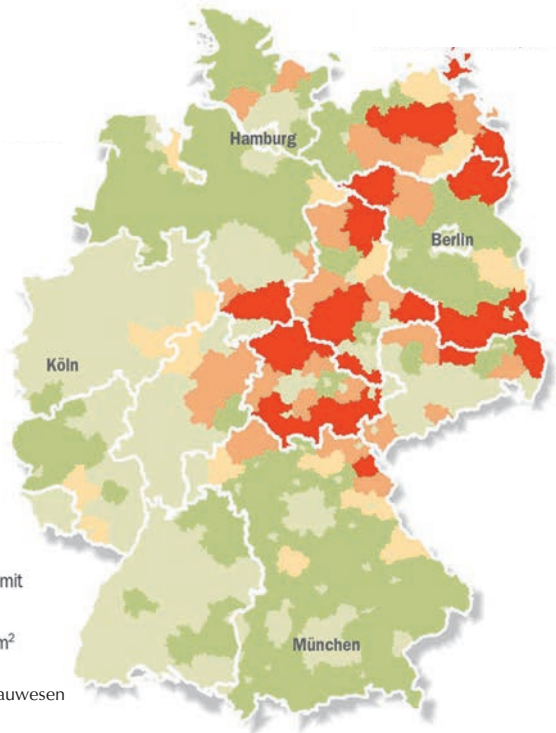
Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Abb. 1: Die deutsche Bevölkerung im Jahr 2020 im Vergleich zu 2000



Quelle: Berliner Zeitung, Nr. 141, 19./20. Juni 2004, Markus Kluger

Abb. 2: Bevölkerungsdichte 2000 zu 2020



Für die ostdeutschen Städte ist die Schrumpfung schon seit Jahren eine Realität. Für die westdeutschen Stadtregionen wird sie es spätestens im Jahr 2020, hat das BBR errechnet. Werden die ostdeutschen Städte dann eine Vorbildfunktion haben und dem Westen das Schrumpfen beibringen? Die Leipziger Regionalwissenschaftlerin Marta Doehler-Behzadi glaubt nicht an solch pauschale Aussagen. Aber man solle die gesellschaftlichen und kulturellen Prozesse sehr genau studieren: „Auf anständige Weise älter werden, das war bisher ein individuelles Problem – jetzt wird es zu unserer kollektiven Aufgabe.“

Ein kleiner Überblick über die Fachbegriffe aus der Debatte über den demographischen Wandel:

Glossar

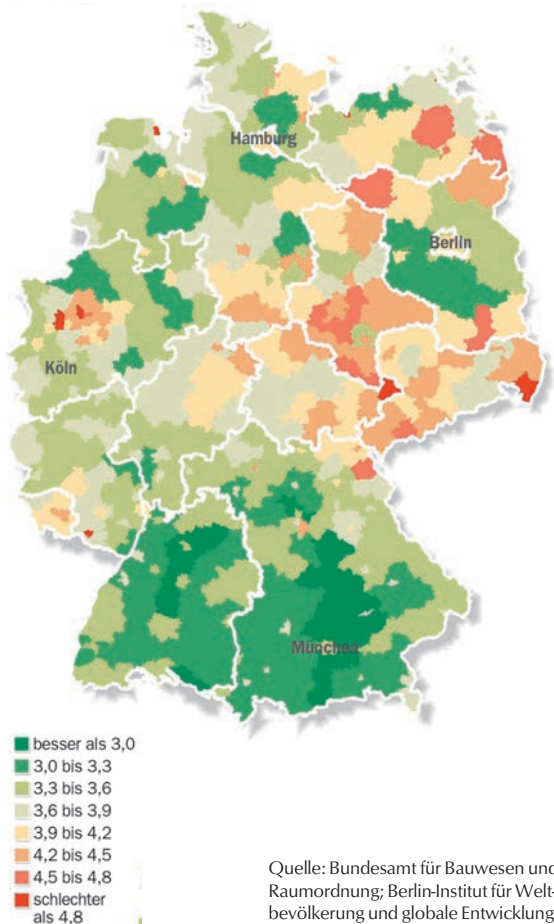
Amazonisierung

Junge Frauen, die vom Land in die Stadt ziehen, kehren selten zurück. Sie bleiben in den Großstadtregionen, arbeiten dort und bekommen erst spät und nur wenige Kinder. Dazu kommt in manchen Städten ein Mangel an Männern im passenden Alter. Die Universitätsstadt Heidelberg ist ein besonders krasses Beispiel. Hier leben in der Altersgruppe von 18 bis 30 Jahren 22 Prozent mehr Frauen als Männer.

Infrastruktur

Nach Ansicht der Regionalforscherin Bärbel Winkler-Kühlken müssen vor allem zwei Versorgungsfunktionen flächendeckend aufrechterhalten werden: Bildung und medizinische Versorgung. Dabei müsse man sich durchaus auf unkonventionelle Ansätze einlassen. Die einzige Schule sei schon heute in manchen Gegenden Realität und werde sicher Verbreitung finden. Weiterführende Schulen auf dem Land sollten sich ihrer Empfehlung nach besonders profilieren, damit sie überregional bekannt werden. Die medizinische Versorgung werde in immer mehr Regionen zum Problem: „Viele Landärzte legen 400 Kilometer am Tag zurück“, sagt Winkler-Kühlken.

Abb. 3: Noten für die Zukunftsfähigkeit



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung

Soziale Netzwerke

Für viele Ältere ist der Alltag im Alter nur zu bewältigen, wenn ihnen hin und wieder jemand zur Hand geht. In Gegenden mit viel Abwanderung drohen jedoch die sozialen Netzwerke zu zerfallen, in denen solche kleinen Hilfestellungen geleistet werden. Der Alters-Survey hat gezeigt, dass die 60- bis 85-Jährigen jährlich 3,5 Milliarden Stunden unentgeltlicher Arbeit leisten, einen großen Teil davon in Vereinen oder in den Haushalten ihrer Kinder. Multipliziert mit dem üblichen Lohnsatz bedeutet das, dass auf diesem Weg rund zwanzig Prozent der Rentenzahlungen in die Gesellschaft zurückfließen.

Interview

Professor Zimmermann, was wird aus Gegenden, aus denen die jungen Menschen verschwinden? Sind das überlebensfähige Räume?

Wenn wir von dünn besiedelten, peripheren Räumen sprechen, dann stehen wir vor sehr schwierigen Problemen, vor allem in Ostdeutschland. Da werden die Dörfer so klein, dass sich grundlegende Infrastruktur nicht am Leben halten kann, der Supermarkt zum Beispiel oder die medizinische Versorgung. Das kann dann nur durch öffentliche Gelder am Leben gehalten werden, und das wird ja auch schon lange getan. Aber die Situation spitzt sich zu, und wir müssen uns Gedanken darüber machen, welche Funktionen am wichtigsten sind, denn alles werden wir nicht finanzieren können.

Das klingt nicht schön. Wem würden Sie denn da noch empfehlen, aufs Land zu ziehen?

Wir beobachten in manchen Regionen, dass Rentner gezielt aufs Land ziehen. In schöne Gegenden, wo sie haben, was sie brauchen. Das ist kein Modell für das ganze Land, aber hier und dort kann sich was entwickeln. Wir beobachten auch, dass es immer mehr Ostdeutsche gibt, die nach der Wende in den Westen gegangen sind, dort Geld verdient haben, aber nun ihren Lebensabend lieber in der Heimat verbringen möchten. All diese Leute sind gesund und mobil. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir werden die ländlichen Regionen so nicht retten. Aber für diese Gruppen ist das eine gute Umgebung.

Können Gemeinden denn von Rentnern leben? Die zahlen doch kaum Steuern.

Das ist eine gute Frage. Viele Rentner liegen unterhalb der Besteuerungsgrenze. Das wird sich aber ändern, wenn die Reform zur Rentenbesteuerung einmal greift. Außerdem besitzen viele Rentner auf dem Land Häuser und zahlen Grundsteuer. Also: auch Rentner tragen zur Finanzierung der Gemeinden bei. Aber natürlich nicht so wie ein voll Erwerbstätiger.

Die Wissenschaft hat schon vor dreißig Jahren von den räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels gesprochen. Die Politik sei damals „beratungsresistent“ gewesen, sagen Sie. Was hat sich seither getan?

Nun, man kann sagen, dass unsere Vorhersagen weitestgehend eingetreten sind. Was weiter geschieht, wird sich zeigen.

Das Gespräch führte Frederik Bombosch.

4. Preis

Christiane Bremer

Ganz Deutschland ein Seniorenheim? Der demographische Wandel aus räumlicher Perspektive*

Die Diskussion über die Rentenfinanzierung macht es zunehmend deutlich: Die deutsche Bevölkerung schrumpft und die Menschen werden immer älter. Nur wenig bekannt ist dagegen, dass diese Veränderungen in der Bevölkerung zeitlich und räumlich höchst ungleichmäßig stattfinden. Vor allem in Ostdeutschland führen Alterung und Schrumpfung schon heute zur Schließung von Kindergärten und Grundschulen. Einen Platz im Seniorenheim zu finden, wird dagegen immer schwieriger.

Nach der Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung werden diese Trends bis 2020 ganz Deutschland erfassen, soweit sie nicht durch Zuwanderung gemildert werden. Grund genug für 350 Wissenschaftler und Politiker, auf der Tagung „Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?“ am 17./18. Juni 2004 in Magdeburg über Probleme und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Fest steht: Es gibt zwar keinen Königsweg im Umgang mit Alterung und Schrumpfung, aber in Ostdeutschland werden jetzt Erfahrungen gemacht, die für den Westen Modellcharakter haben.

Demographischer Wandel – Was ist das?

Das Schlagwort „Demographischer Wandel“ bezeichnet drei zusammenhängende Prozesse: Erstens ist damit die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung gemeint – die Deutschen werden immer älter. Zweitens gehört der langfristige Rückgang der Einwohnerzahl zum demographischen Wandel – wir werden immer weniger. Und drittens wird die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung dazu gezählt – der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung nimmt zu. Diese Veränderungen in der Bevölkerung sind in Deutschland und fast ganz Europa zu beobachten.

Drei Faktoren bestimmen, ob die Bevölkerung wächst, schrumpft oder stagniert: die Zahl der Geburten und der Sterbefälle und die Zuwanderung. In den meisten Regionen Deutschlands sterben schon heute mehr Menschen als Kinder geboren werden. Bis 2020 wird dies nach der Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in allen Regionen der Fall sein. Die Zahl der Einwohner geht damit zurück, wenn dies nicht durch Zuwanderung ausgeglichen wird.

Für die langfristige Entwicklung der Bevölkerungszahl ist zudem entscheidend, wie viele Kinder pro Frau geboren werden. Dies bezeichnet die Wissenschaft als Reproduktionsrate.

* S. unter: <http://www.wiso.uni-koeln.de/ifas/mitarbeiter/bremer/demo/>

Damit die Zahl der Deutschen konstant bleibt, müsste jede Frau mindestens zwei Kinder bekommen. Tatsächlich bekommen Frauen in Deutschland durchschnittlich nur 1,4 Kinder.¹

Die geringe Geburtenzahl führt zusammen mit der zunehmenden Lebenserwartung zur kontinuierlichen „Vergreisung“ der Gesellschaft, die das deutsche Sozialsystem vor große Probleme stellt.

Früher oder später werden alle Regionen Deutschlands zunächst altern. Dann folgt der Rückgang der Einwohnerzahl, soweit es nicht durch nationale und internationale Zuwanderung zu einem Bevölkerungszuwachs kommt. Für ein solches Wachstum ist die Zahl derjenigen, die aus der Region wegziehen, ebenso wichtig wie die Zahl derjenigen, die in die Region ziehen. Das Verhältnis von Zuzug und Fortzug, das so genannte Wanderungssaldo, kann positiv oder negativ sein. Bei einem negativen Wanderungssaldo, wenn also mehr Menschen wegziehen als zuziehen, schrumpft die betroffene Region noch stärker.

Nach der Prognose des BBR profitieren dagegen vor allem die westdeutschen Großstadregionen von einem positiven Wanderungssaldo. Berlin, München, Hamburg und ihr jeweiliges Umland werden wachsende, stagnierende oder zumindest unterdurchschnittlich schrumpfende Bevölkerungszahlen aufweisen. Die Zuwanderung lässt sich vor allem auf die wirtschaftliche Dynamik der jeweiligen Großstadtregion zurückführen, also auf das Arbeitsplatzangebot, wie Professor Jessen auf der Tagung in Magdeburg ausführte.

Räumliche Trends des demographischen Wandels in Deutschland

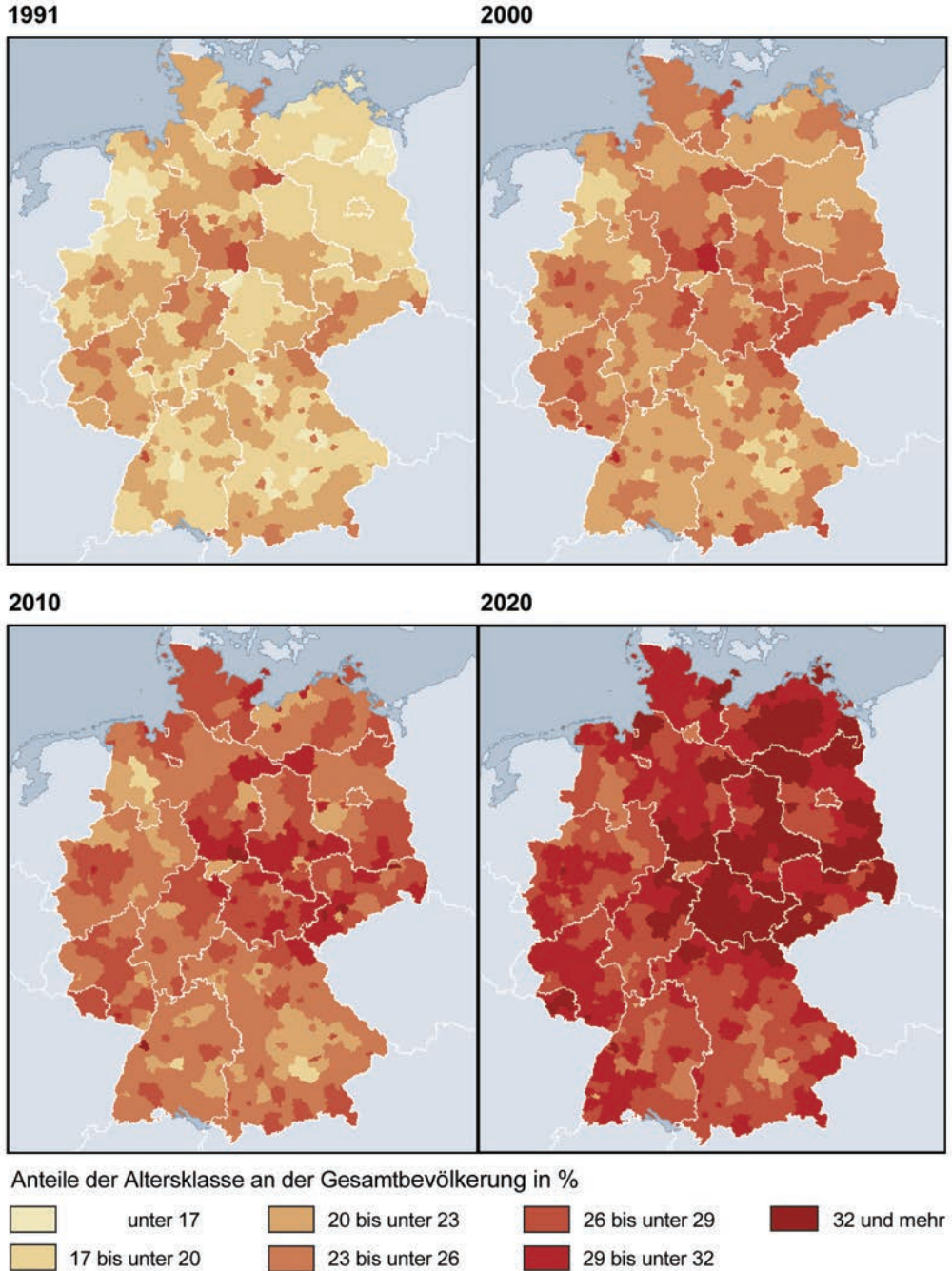
Auf den nächsten Seiten illustrieren Karten vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, in welchen Regionen Deutschlands zwischen 1991 und 2020 Alterung und Schrumpfung auftreten. Die Ergebnisse beruhen auf der letzten Bevölkerungsprognose des BBR.

Zunächst zur Alterung in Deutschland, die zwei Komponenten hat: Zum einen vergrößert sich der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung im Zeitverlauf. Zum anderen verringert sich der Anteil der Jüngeren. Karten für die Jahre 1991, 2000, 2010 und 2020 stellen beide Trends dar (Abb. 1, s. S. 132).

Die Regionen mit den höchsten Anteilen der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (32 Prozent und mehr) kennzeichnen die dunkelroten Flächen auf den Karten. Die gelblich eingefärbten Regionen haben dagegen den niedrigsten Anteil an alten Menschen mit nur bis zu 17 Prozent:

¹ Institut der deutschen Wirtschaft, 2003.

Abb. 1: Das „Seniorenheim Deutschland“



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

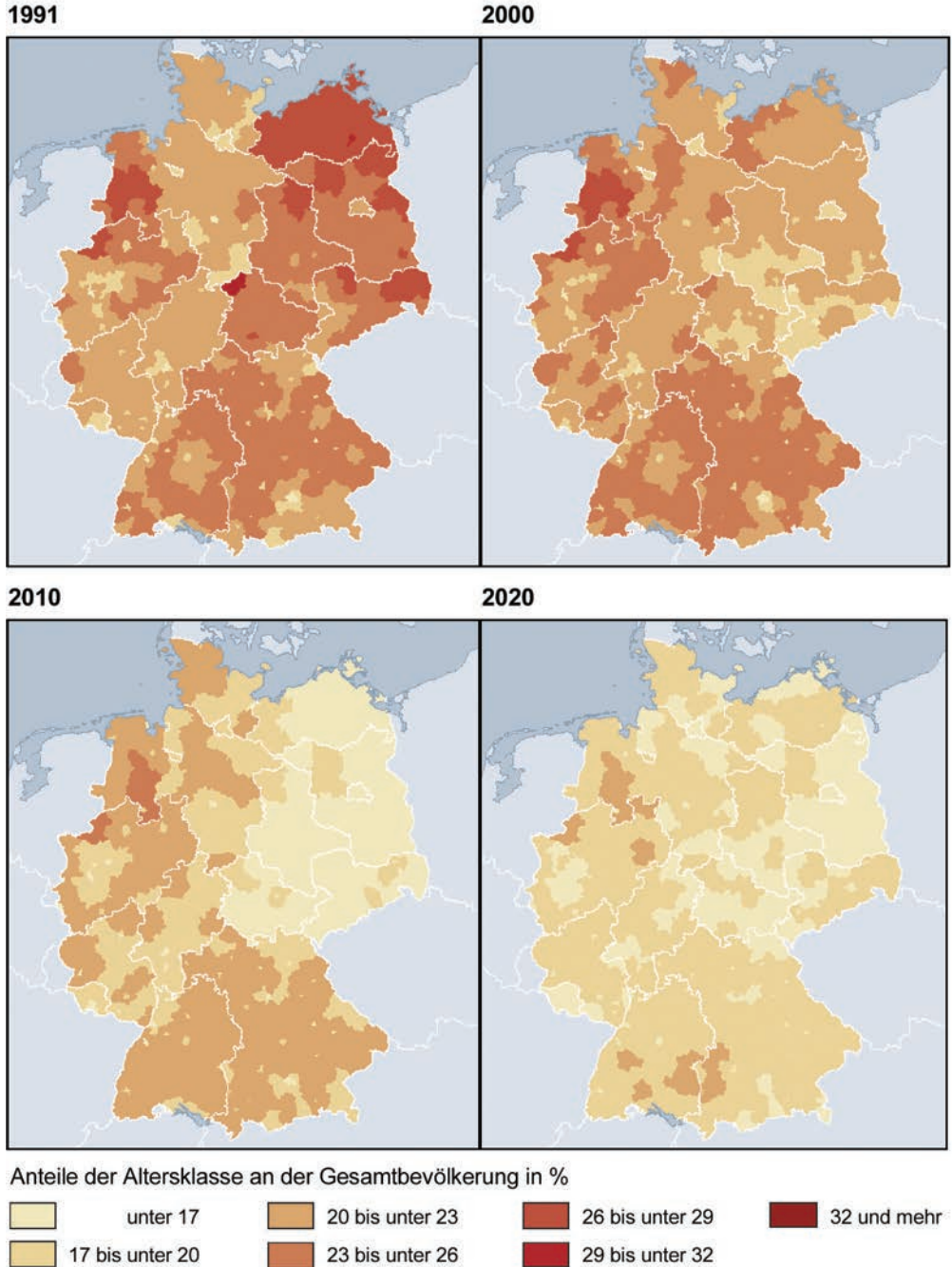
Ergebnisse

Nach der BBR-Prognose gibt es im Jahr 2020 in Deutschland nur noch wenige Regionen, in denen nicht jeder Dritte über 60 Jahre alt ist. Die „Vergreisung“ der Gesellschaft findet in Ost- und Westdeutschland fast gleichermaßen statt. Allerdings altert der Osten etwas schneller und stärker als der Westen. In ganz Deutschland ist der Anteil der Alten in den großen Städten geringer als auf dem Land.

Die graduellen Unterschiede zwischen Ost und West und Land und Stadt hängen vor allem mit Wanderungen zusammen. So ziehen Menschen von Ost- nach Westdeutschland und vom Land in die Stadt. Auch die internationale Zuwanderung hat die großen Städte im Westen der Bundesrepublik zum Ziel. Räumlich mobil sind in erster Linie jüngere Menschen. Daher beeinflussen die Wanderungen den Anteil der Älteren in den Herkunfts- und Zielgebieten.

Für das „Alter“ einer Gesellschaft ist auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung maßgeblich. Die folgenden Karten verdeutlichen den Trend zu einem „kinderarmen“ Deutschland (Abb. 2, s. S. 134).

Abb. 2: „Kinderarmes“ Deutschland



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Ergebnisse

Der Rückgang der jüngeren Bevölkerung hat in Ostdeutschland bereits zwischen 1991 und 2000 begonnen und verläuft schneller als im Westen. Im Osten wird nach der BBR-Prognose der niedrigste Anteil an den unter 20-Jährigen bereits im Jahr 2010 erreicht. Mit der Wiedervereinigung sind die Geburten im Vergleich zur DDR-Zeit dramatisch zurückgegangen. Diese sehr schnelle Entwicklung resultiert auch aus der Abwanderung der 1990er Jahre in den Westen: Die damals mobilen Ostdeutschen bekommen ihre Kinder – wenn überhaupt – im Westen.

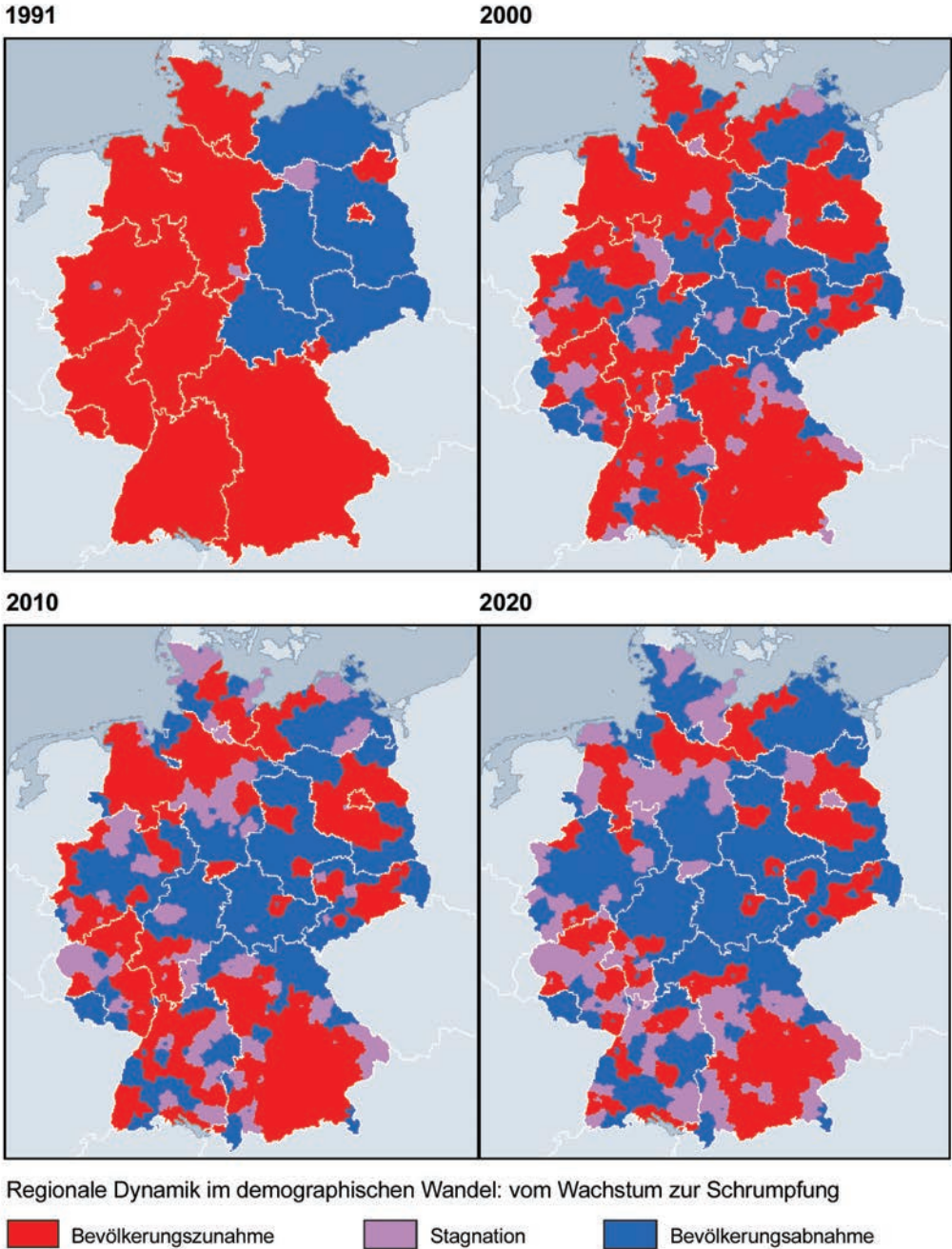
In Westdeutschland verläuft der Prozess der schrumpfenden Anteile von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung deutlich langsamer. Bis 2020 wird laut BBR-Prognose aber fast das ostdeutsche Niveau erreicht. Keine Region Deutschlands bleibt also langfristig „jung“. Die Alterung betrifft als genereller Prozess alle Regionen: das „Seniorenheim Deutschland“.

Schrumpfendes Deutschland

Als zweiter Trend des demographischen Wandels in Deutschland wird auf den folgenden Seiten die Entwicklung der Bevölkerungszahl in Karten dargestellt. Nach der Prognose des BBR wird die Bevölkerung in Deutschland bis 2020 leicht abnehmen. Diese Schrumpfung tritt räumlich und zeitlich aber weniger gleichmäßig auf als die Alterung.

Auf den folgenden Karten wird den roten Regionen – im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr – eine Bevölkerungszunahme prognostiziert (Abb. 3, s. S. 136). In lila gefärbten Regionen wird die Zahl der Einwohner stagnieren. Die blaue Farbe weist auf Kreise und Städte hin, deren Bevölkerung abnimmt.

Abb. 3: Das schrumpfende Deutschland



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Ergebnisse

Der Rückgang der Bevölkerung war Anfang der 1990er Jahre zunächst ein ostdeutsches Phänomen: Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz verließen viele Ostdeutsche ihre Heimat und zogen in den Westen. Den dramatischen Bevölkerungsverlust im Osten stand 1991 dementsprechend die Zunahme der Einwohnerzahlen in Westdeutschland gegenüber.

Bereits im Jahr 2000 ist die Situation nicht mehr so eindeutig: Ein erkennbarer Schwerpunkt der Schrumpfung ist nun das Saarland. Daneben konzentriert sich die Bevölkerungsabnahme in dem Bereich, der sich vom Ruhrgebiet – in Form einer geöffneten Schere – in Richtung Osten erstreckt.

Bis 2020 wird nach der Prognose des BBR die Abnahme der Bevölkerung in den meisten Regionen Deutschlands zum Thema. Es gibt immer weniger Wachstumsregionen. Generell wird der ländliche Raum an Bevölkerung verlieren.

Entgegen der allgemeinen Tendenz gibt es aber auch Regionen, für die bis 2020 keine Abnahme der Bevölkerung, sondern Stagnation oder sogar Wachstum prognostiziert werden. Diese Regionen profitieren von nationaler und internationaler Zuwanderung. „Wachstumsinseln“ liegen zumeist im Umland der großen, wirtschaftsstarken Zentren, zum Beispiel ringförmig um Berlin herum. Die westdeutschen Großstädte selbst halten aufgrund von Zuwanderung ihre Bevölkerungszahl bis 2020 konstant oder schrumpfen unterdurchschnittlich.

Probleme des demographischen Wandels

Der demographische Wandel macht ein „Weiter wie bisher“ für die betroffenen Städte und Regionen langfristig unmöglich. Dies ist ein zentrales Ergebnis der Tagung von Magdeburg zum demographischen Wandel im Raum. Die für den Einzelnen zum Teil kaum merklichen Veränderungen führen zu spezifischen Problemen: in der Infrastrukturausstattung vor Ort, bei Handel und Dienstleistungen und dem öffentlichen Verkehr. Hier werden mittel- bis langfristige Anpassungen und – angesichts leerer öffentlicher Kassen – vor allem Einsparungen nötig. Besonders problematisch ist dabei, dass die notwendigen Einsparungen zu einer weiteren „Ausdünnung“ des Angebots auf dem Land führen, zumeist zu Lasten der Älteren.

Anpassung des Angebotes an die Alterung

Wie sich mit dem Alter die Ansprüche des Einzelnen an die Infrastruktur verändern, verdeutlicht ein Beispiel im Zeitraffer: Vorgestern benötigte die Stadt A. Kindergärtenplätze, gestern waren es Schulplätze, heute sind es Ausbildungs- und Universitätsplätze sowie Arbeitsplätze und ab morgen stehen nicht genügend Seniorenheimplätze zur Verfügung, um der Nachfrage gerecht zu werden. Und tatsächlich werden in Ostdeutschland bereits heute Kindergärten und Grundschulen wegen zu geringer Kinderzahlen geschlossen.

Unter den Bedingungen der Alterung stehen die kommunalen Verantwortlichen vor einer großen und komplizierten Anpassungsaufgabe. In absehbarer Zukunft muss die kommunale Infrastruktur auf einen hohen Anteil älterer Menschen ausgerichtet werden. Zum einen bedeutet dies eine ausreichende Anzahl von Seniorenheimplätzen und anderen altersge-

rechten Wohnformen. Zum anderen benötigen Senioren medizinische Einrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten und kulturelle Angebote in ihrer Nähe, die bestenfalls auch mit Gehhilfen erreichbar sind.

Die Planung für eine alternde Gesellschaft wird dadurch kompliziert, dass die Älteren keine einheitliche Gruppe sind: Die einen fahren mit dem Auto, die anderen mit der Bahn. Manche möchten auf dem Land wohnen, andere ziehen wieder in die Stadt, nachdem die Kinder aus dem Haus sind. Einige suchen nach einem Platz im Seniorenheim. Viele wollen lieber in altengerechten und betreuten Wohnformen leben. Nicht zuletzt die gesundheitlichen Voraussetzungen sind bei den über 60-Jährigen sehr unterschiedlich.

Verringerung des Angebotes bei Bevölkerungsrückgang

Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung wird es in etlichen Regionen nicht möglich sein, den heutigen Standard an Infrastruktur und Dienstleistungen zu halten. Am Beispiel des öffentlichen Personenverkehrs wird das Problem deutlich: Bei einem Bevölkerungsrückgang verringert sich die Zahl der Fahrgäste. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrscheinen gehen zurück. Diese geringeren Einnahmen können nur zum Teil durch höhere Fahrpreise ausgeglichen werden. Damit verteuert sich der Einsatz von Bussen und Bahnen. Vor allem auf dem Land wird sich die öffentliche Hand den öffentlichen Verkehr angesichts schwindender Fahrgastzahlen also schlicht nicht mehr leisten können.

Dieses grundsätzliche Problem der Finanzierbarkeit von Einrichtungen, die von immer weniger Menschen genutzt werden, stellt sich in den dünn besiedelten Gebieten in Ostdeutschland bereits heute. Auf Bibliotheken und Schwimmbäder kann vielleicht noch ohne größere Nachteile für die Menschen verzichtet werden. Davon betroffen sind aber auch die Schulen. Hier stellt sich die Frage, wie viele Kilometer Schulweg einem I-Dötzchen zugemutet werden können. Die Menschen werden mit weniger Krankenhäusern und Arztpraxen auskommen müssen, obwohl mit dem Alter die medizinische Versorgung immer wichtiger wird. Supermärkte gibt es sowieso nur noch in wenigen Dörfern. Selbst die Energie- und Wasserversorgung muss auf den Prüfstand: Ab wie vielen Anliegern ist zum Beispiel der Bau eines Abwasserkanals wirtschaftlich oder notwendig? Die höheren Kosten bei weniger Nutzern müssen nämlich von immer weniger Steuerzahlern in der Region getragen werden. Es stellt sich also in allen betroffenen Kommunen die Frage, auf welche lieb gewonnenen Einrichtungen verzichtet werden kann. Und wie können entfallene Angebote kompensiert werden?

Marta Doehler-Behzadi vom Büro für urbane Projekte wies in Magdeburg auf eine weitere Crux bei schrumpfenden Einwohnerzahlen hin: das erhöhte Risiko für privatwirtschaftliche Investitionen. Ohne Bevölkerungswachstum werden schlecht geplante Investitionen, die am Bedarf vorbeigehen, zwangsläufig zu Fehlinvestitionen. Eindrucksvoll zeigt dies der ostdeutsche Immobilienmarkt und der Abriss von tausenden Wohnungen „in der Platte“. Mit dem Ausbleiben von Investitionen durch die Privatwirtschaft geht ein wichtiger Akteur für die Stadt- und Regionalentwicklung verloren. Damit schwindet auch die Chance, fehlende öffentliche Einrichtungen, wie zum Beispiel Schwimmbäder, durch privatwirtschaftliche Angebote zu ersetzen.

Die Internationalisierung der Bevölkerung

Nach der BBR-Prognose werden einige Regionen im Jahr 2020 stagnieren oder sogar wachsen. Die Sterbeüberschüsse werden dort durch Zuwanderung ausgeglichen. Ein Großteil der neuen Einwohner hat zuvor weder in Deutschlands noch in der EU gelebt. Weil sich diese Immigranten vor allem in den Großstädten niederlassen, wird die Bevölkerung in den Zentren „bunter“. Ausländeranteile um die 25 Prozent werden 2020 keine Seltenheit sein. Auf der Tagung in Magdeburg zeichnete Professor Oberndörfer folgendes Bild von Deutschland 2020: Ein „gigantisches Altersheim mit Krankenschwestern aus der Dritten Welt“. Auf die städtischen Einrichtungen und Einwohner kommen danach große und weiter wachsende Integrationsaufgaben zu.

Was ist zu tun?

Wie der demographische Wandel in Deutschland aussehen wird und welche Probleme daraus resultieren, ist ziemlich klar. Fraglich ist, welche Lösungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Um Lösungswege zu finden und zu testen, fördert der Bund mit dem Programm „Modellvorhaben der Raumordnung“ konkrete Projekte in betroffenen Gebieten.²

Die strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen in Ostdeutschland werden vom demographischen Wandel und den resultierenden Problemen besonders hart getroffen. Wie die Zukunft dieser Räume trotzdem gestaltet werden kann, steht im Mittelpunkt des Modellvorhabens „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern“.

Die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben zeigen allerdings, dass es keinen „Königsweg“ gibt, wie auf die demographische Entwicklung planerisch reagiert werden kann. Wie Bärbel Winkler-Kühlken auf der Tagung von BBR und ARL ausführte, sind dafür der Verlauf der Bevölkerungsentwicklung und auch die lokalen Rahmenbedingungen von Ort zu Ort zu unterschiedlich. Die einzigartige lokale Mixtur aus räumlicher Struktur, bestehenden Einrichtungen, gesetzlichen Bedingungen und Mentalität erfordert lokale Lösungen.

Das Modellvorhaben zeigt deswegen vor allem Wege auf, wie die aus dem demographischen Wandel resultierenden Probleme mit lokal und regional entwickelten Konzepten zu meistern sind. Für Winkler-Kühlken vom Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik ist die Anerkennung des demographischen Wandels als unumkehrbare Tatsache durch Politiker, Planer und auch Bürger der wichtige erste Schritt. Dies ist nicht selbstverständlich, da der Status quo und vor allem Wachstum in der Regel weitaus attraktiver erscheinen.

Denkbare Chancen der Schrumpfung werden dabei in der Regel nicht gesehen.³ In Magdeburg wies Bundesbauminister Manfred Stolpe auf solche Chancen hin: Mit geringeren Siedlungsdichten sei eine steigende Lebensqualität möglich. Der Erhalt von Freiräumen zur Naherholung von Menschen spielt dabei ebenso eine Rolle wie entspannte Wohnungsmärkte

² Siehe auch: Gatzweiler, Hans-Peter; Kocks, Martina: Demographischer Wandel. Modellvorhaben der Raumordnung als Handlungsfeld des Bundes. In: Raumforschung und Raumordnung 2/2004, S. 133-148.

³ Siehe nächste Seite.

te mit großen Wohnungen zu günstigen Preisen. Allerdings sind dies bereits die Vorzüge des Landlebens. Auf dem Land stellt sich eher die Frage, wie trotz weniger Menschen eine Grundausstattung gewährleistet werden kann.

In dem Modellvorhaben hat es sich nach Frau Winkler-Kühlken bewährt, in einem zweiten Schritt die lokal und regional notwendigen Infrastruktureinrichtungen zu bestimmen. Was als notwendige Einrichtung erkannt wurde, muss dann durch neue Angebotsformen oder die Nutzung moderner Kommunikationsmittel sichergestellt werden. Für den täglichen Einkauf könnte dies in dünn besiedelten Gebieten beispielsweise ein „rollender Supermarkt“ sein. In Ostthüringen werden kleine Grundschulen mit weniger als einer Klasse pro Jahrgang getestet. Mit jahrgangsübergreifendem Unterricht kann die Schulversorgung in der Nähe des Wohnstandortes auch für geringe Schülerzahlen gewährleistet werden. In der Mecklenburgischen Seenplatte wird zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung unter anderem der „mobile Arzt“ mit wöchentlichen Sprechstunden diskutiert. In diesem Zusammenhang forderte Winkler-Kühlken auf der Tagung einen „Mentalitätswechsel“ in Deutschland: „Neue Angebotsformen müssen nicht schlechter sein!“

Auch wenn es keiner gerne ausspricht: Die reine Ausdünnung des Angebotes ist angesichts knapper öffentlicher Mittel eine unvermeidbare Strategie für die dünn besiedelten Gebiete. In Zukunft wird es wohl keinen „Bundesdurchschnitt“ an Schwimmbädern und Bibliotheken mehr geben, der überall in Deutschland gehalten wird. Im Klartext: Die Wege der betroffenen Bürger werden damit länger. Im Osten Deutschlands – insbesondere in den Modellregionen – hat die Diskussion über die notwendige Konzentration auf eine geringere Anzahl von Städten, die zumindest günstig erreichbar sein sollen, schon begonnen. Hier werden momentan Erfahrungen mit den Problemen des demographischen Wandels gemacht, die vor allem für die ländlichen Räume in Westdeutschland Modellcharakter haben können.

Speziell mit dem Thema „Infrastruktur und Alterung“ beschäftigen sich zwei weitere Modellvorhaben des Bundes: In der Region Kiel wird daran gearbeitet, einen „seniorenorientierten Wirtschaftsraum“ mit einer abgestimmten Versorgung älterer Menschen mit Dienstleistungen und sonstigen Produkten zu entwickeln. In Südniedersachsen soll Infrastruktur generationenübergreifend geplant werden. Die Ergebnisse der beiden Modellvorhaben werden richtungweisenden Charakter für den Umgang mit der Alterung haben.

Die große Bedeutung von Zuwanderung ist angesichts unserer alternden Gesellschaft klar. Weiter steigende Anteile ausländischer Schüler erfordern aber auch neue Lösungen, wie zum Beispiel spezielle Sprachkurse ab der Grundschule nach dem Vorbild der école maternelle in Frankreich. Darüber hinaus unterstrich Professor Oberndörfer in seinem Vortrag, dass größere Akzeptanz gegenüber den Einwanderern notwendig sei. Die Existenz von

³ Ein kurzes Märchen über das Wachstum:
„Wachstum ist gut, sagte der Luftballon und platzte...
Wachstum ist schlecht, sagte der Tod und lachte.
Ich weiß überhaupt nicht, wovon ihr redet,
sagte die Raupe und wurde zum Schmetterling.“
(brand eins WirtschaftsMagazin, 2003)

„Parallelgesellschaften“ – räumlich beispielsweise als „China-Town“ abgegrenzt – sei nichts Ungewöhnliches: Ein Blick in die jüngste deutsche Geschichte, als Katholiken und Protestanten noch nicht ökumenisch vereint lebten, genügt zur Bestätigung. Eine friedliche Koexistenz benötigt (lediglich) größere Toleranz von jedem Einzelnen im täglichen Zusammenleben: „Learning to live with diversity“ (Mit der Diversität leben lernen)!

Fazit: Vom Osten lernen!

Das „Seniorenheim Deutschland“, in dem fast jeder Dritte über 60 Jahre alt ist, wird bis zum Jahr 2020 überall zur Realität. Der Rückgang der Bevölkerung tritt nach der Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung bis 2020 weniger gleichmäßig auf als die Alterung. Die von der Schrumpfung betroffenen Gebiete stehen aber vor besonders großen Problemen: Wie sollen Bildungseinrichtungen, der öffentliche Personenverkehr, die medizinische Versorgung und der Einzelhandel angesichts zurückgehender Zahlen von Nutzern auf dem Land gesichert werden? Dabei sind gerade für die Senioren Angebote in direkter Nähe ihres Wohnstandortes wichtig.

Auf der Tagung von BBR und ARL in Magdeburg zeigten erste Erkenntnisse aus dem Modellvorhaben des Bundes: Für diese Probleme gibt es keine allgemein gültigen Lösungen. Zunächst müssen Politiker, Fachleute und die Bürger den demographischen Wandel als Faktum anerkennen. Erst danach kann, in einem zweiten Schritt, der Wandel lokal und regional spezifisch gestaltet werden. Durch die Einführung neuer Angebotsformen wird dann versucht, eine Grundausstattung auch in Gebieten mit wenigen Einwohnern weiter zu gewährleisten. Aber: „Weniger ist weniger!“, wie Frau Doehler-Behzadi in ihrem Vortrag problematisierte.

Die aktuellen Erfahrungen des Ostens mit der Gestaltung des demographischen Wandels werden Modellcharakter für Westdeutschland haben, wo in vielen Regionen der Bevölkerungsrückgang lediglich zeitlich später eintreten wird. Geradezu fatal wäre es, den demographischen Wandel zu ignorieren, da damit die Chance einer frühzeitigen und verträglichen Anpassung der Infrastruktur vertan würde. Eben darin liegt aber ein Dilemma: Ein Ignorieren der Alterung und Schrumpfung erscheint nämlich für das kommunale Image viel attraktiver. Auch die vorprogrammierten Verteilungskämpfe und der mögliche Verlust von Einrichtungen machen das Thema „Demographischer Wandel“ nicht anziehender. Trotzdem oder gerade deswegen muss das Motto „Shrink positive!“ (Doehler-Behzadi) lauten.

4. Preis

Holger Miska

Sex and the City

oder: Kann ein Inder ein guter bayerischer Katholik sein?

Jetzt ist Schluss. Der Tag neigt sich seinem Ende zu. Die über 300 Männer und Frauen, die soeben noch ruhig und gelassen der Veranstaltung folgten, streben dem einzigen, schmalen Ausgang des Tagungsraumes in der Magdeburger Johanniskirche zu. 300 Männer und Frauen, die sich meist hauptberuflich mit Fragen der Raumplanung beschäftigen und sich auf der diesjährigen gemeinsamen Veranstaltung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) mit ebensolchen Fragen beschäftigen, stehen allesamt vor dem gleichen Problem: Jeder möchte recht bald seine Garderobe in den Händen halten und das Haus verlassen. Doch was wäre, wenn beispielsweise ein Feuer der Grund für das Verlassen der Örtlichkeit wäre? Nicht Geduld und Höflichkeit unter den Teilnehmern das Abfließen der Menschen aus dem einstigen Kirchenschiff der Johanniskirche begünstigte? Fragen, die sich wohl der Eine oder Andere der Anwesenden stellen mag. Noch gibt es eine Feuerwehr, die im Notfall zur Stelle wäre. In großen und größeren Städten allemal, gibt es hier doch Berufsfeuerwehren. In kleineren Ortschaften hingegen, in denen die Freiwillige Feuerwehr zur Brandbekämpfung ausrückt, bricht langsam der Nachwuchs weg. Etwa im Wendland, wo in die einstige Männerdomäne mittlerweile auch Frauen aufgenommen werden.

Deutschland hat Nachwuchssorgen. So wie die deutsche Nationalelf auf dem Rasen einfach nur noch alt aussieht, macht sich der demographische Wandel allenthalben bemerkbar. Während die Menschen dank moderner Technik und eines trotz aller Unkenrufe guten Gesundheitssystems immer älter werden, sind die Geburtenraten im Keller.

Besonders drastisch ist diese Entwicklung auf dem Land zu spüren, in jenen Gegenden, die fern einer Metropole liegen und im besten Falle noch eine funktionierende Gemeinschaft zu bieten haben. Meist nicht einmal mehr die. Von Perspektiven für die Jugend nicht zu sprechen.

Also ziehen die jungen Menschen vom Land in die Stadt, auf der Suche nach einer Ausbildung oder einer Arbeit. Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur in der Lausitz, auch im Wendland. Doch können die Städte von dieser Wanderung kaum noch profitieren. Vielerorts zieht es vor allem die Besserverdienenden in die Randlagen der Städte, in Gemeinden, die ausreichend Bauflächen für Eigenheimbauer zur Verfügung stellen. In jene Gegenden also, die nah genug an den Zentren liegen, um täglich den Arbeitsplatz erreichen zu können und gleichzeitig das Abendbrot am familiären Esstisch garantieren. Dank Pendlerpauschale und Eigenheimzulage ein alltägliches Bild.

Den Städten gehen dadurch wichtige Einnahmen verloren. Zurück bleiben, von Blechlawinen umspült, die sozial Schwächeren sowie Migranten. Was derzeit als Trend zu erkennen ist, wird in wenigen Jahren, um das Jahr 2020 herum, weit mehr sein als nur ein Trend. Sollte sich bis dahin nichts in der Raumpolitik ändern, dann drohen den Städten amerikanische Verhältnisse. Die City als sozialer Brennpunkt, während das Leben in den Vororten zusehends vergeistert. Die Suburbanisierung als Horrorszenario. Denn in der sozial schwachen Stadt werden zwar noch reichlich Kinder geboren. Doch lassen die Lebensumstände hier die Kinder und Jugendlichen den Herausforderungen einer postindustriellen Gesellschaft kaum gewachsen sein. Hingegen vermag der spärliche, aber gut ausgebildete Nachwuchs aus den Vorstädten den Bedarf an Fachkräften kaum zu stillen. Grund genug, sich dieser Entwicklung und dem demographischen Wandel zu stellen und Wege aus diesem Dilemma zu diskutieren.

Eben darum ging es auf der Tagung der ARL und des BBR in Magdeburg, die sich mit der Frage beschäftigte, wie man dem demographischen Wandel im Raum und seinen Auswirkungen begegnen kann. Patentrezepte, das wurde in den Diskussionen deutlich, gibt es nicht. Kann es wohl auch nicht geben, schließlich ist die Raumplanung ein äußerst komplexes Feld, welches weit über die Verkehrs- und Bauplanung hinausgeht und ohne sozialwissenschaftliche und ökologische Grundlagen nicht zu denken wäre. Dennoch wird die Tragweite und Bedeutung der Raumplanung gern unterschätzt, findet die Raumplanung trotz ihrer Relevanz keinen entsprechenden Niederschlag in der Öffentlichkeit. Es ist in der Bevölkerung weit wirksamer eine Straße zu bauen, als sich um die Raumordnung zu sorgen oder Modellprojekte durchzuführen, die sich mit dem Umbau der Städte befassen, wie Carsten Maluszczak, Leiter der Regionalen Planungsstelle Lausitz-Spreewald, zugibt. Und gleichzeitig die regionale Planung auf Basis der Lokalen Agenda 21 vorschlägt, welche ausdrücklich die Bürger in die Leitbilddiskussion einer Region einbezogen wissen will. Denn wer mitentscheiden kann, den interessiert nicht nur die Asphaltierung der Landschaft. Für ein Leben nach dem Straßenbau. So geschehen in der Lausitz. Mit Erfolg!

Auch Heike Zettwitz, Referentin beim Sächsischen Staatsministerium des Innern und zuständig für die Landesentwicklung, beschäftigt sich mit diesen Fragen und deren Finanzierung. Deshalb sucht sie nach neuen Mitteln und Wegen, wie in den Zeiten leerer Kassen mit den Veränderungen der Gesellschaft Schritt gehalten werden kann. Das bedeutet für sie auch, die Wohlfahrtsgesellschaft in Deutschland zu hinterfragen. Und sie ist skeptisch, ob Deutschland noch die Wirtschaftsmacht ist, die es glaubt zu sein.

Eine mögliche Antwort könnte nach ihrer Auffassung z. B. in herabgesetzten Standards im Straßen- und Hausbau bestehen. Darüber hinaus machte sie deutlich, dass die weitere Entwicklung in der Raumplanung viel stärker auf Vermittlung und die Straffung der Regionalplanung setzen sollte. Das heißt auch, sich jetzt Gedanken über das Aussehen unseres Landes in 30 bis 40 Jahren zu machen, Visionen aufzustellen, Pläne zu schmieden. Schließlich bedeutet es, sich der Einwanderung als einer für die Gesellschaft notwendigen Tatsache zu stellen, ohne die Deutschland bald ein großes Altenheim sein dürfte. Solange zehn Deutsche nur sechs statt mindestens zehn bis elf Kinder bekommen, wird die Bevölkerung weiter schrumpfen. Zumal die Prognosen keinen Anstieg der Geburtenraten versprechen. Doch bislang werden zu wenig Anstrengungen gemacht, um gegenzusteuern. Sonst ist beispielsweise die Betreuung im Altenheim Deutschland nicht mehr gesichert. Schon heute wird die

Betreuung im Gesundheitswesen von Krankenschwestern und Pflegern aus Polen oder der Tschechischen Republik aufrechtgehalten. Von Menschen, die nach Deutschland kommen und hier leben, weil sie gebraucht werden. Nicht nur im Gesundheitswesen, auch in anderen Branchen. Noch kommen die Zuwanderer vorwiegend aus den (süd)östlich von Deutschland gelegenen Regionen, trotz vieler Unterschiede aus einem ähnlichen Kulturraum. Doch in Zukunft wird die Zuwanderung weniger aus Mittel- und Osteuropa kommen als vielmehr aus Afrika, Lateinamerika und Vorderasien.

Das stellt Deutschland verstärkt vor die Frage nach dem Umgang mit den Einwanderern und deren Integration, schätzt doch das Statistische Bundesamt den Bedarf an Zuwanderern auf rund 300 000 pro Jahr, um den Rückgang der Bevölkerungszahlen auszugleichen. Doch was heißt Integration? Einfach nur Assimilation? Kann Andersartigkeit unsichtbar werden? Diesen Fragen widmete sich Prof. Oberndörfer auf der Tagung in Magdeburg und gab auch eine Antwort: „Inder können gute Staatsbürger werden, aber keine guten bayerischen Katholiken.“ Integration ist laut Oberndörfer abhängig von der Akzeptanz in der Bevölkerung. Einwanderer dürfen also nicht „als Fremdkörper oder Minderheit, sondern müssen als normaler, gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden und sich auch selbst so sehen können.“ Ohne ein Staatsverständnis, das den Einheimischen als etwas originär Fremdes und Unbekanntes in die Gesellschaft aufzunehmen bereit sein lässt, gibt Oberndörfer Integration wenig Chancen. Als Ziel von Integration formuliert er denn auch die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft eines Landes und deren Werten. Solange jedoch, wie in Deutschland ein völkisches Staatsverständnis kursiert, können Zuwanderer nur schlecht Teil der Gesellschaft werden. Eine Diskussion über den Willen der Gesellschaft und jedes Einzelnen zur Integration von Zuwanderern scheint also dringend notwendig.

Deutschland braucht Einwanderung, so die Forderung Oberndörfers. Einwanderung bedeutet Dynamik und wirtschaftliches Wachstum. Denn eine mögliche, nun beginnende höhere Geburtenaktivität brächte erst in 30 Jahren Effekte für die Gesellschaft. Bis dahin scheint nach seinem Dafürhalten Einwanderung unumgänglich. Doch beschränkt sich bisher die Zuwanderung in Deutschland zumeist auf Ballungsräume und dort auf wenige Stadtviertel, bleibt das Land davon weitestgehend unbeeinflusst. Anders hingegen in Ländern wie Schweden, wo es einen wesentlich höheren Immigrantenteil auf dem Lande gibt.

Überhaupt lohnt der Blick in andere Länder. Frankreich wird beispielsweise für seine gute Familienpolitik gelobt und für die Tatsache, dass im Land geborene Kinder die französische Staatsbürgerschaft erhalten, ungeachtet ihrer Herkunft. Oder die gern als konservativ gescholtene Schweiz, die einen wesentlich höheren Anteil an Einwanderern an der Bevölkerung hat als Deutschland, 21 % statt rund 9 %. Gerechnet ohne Saisonarbeiter. Doch käme wohl kaum jemand auf den Gedanken, die Schweiz deshalb als von Zuwanderern überlastet anzusehen. Es kann sich demnach lohnen, über den eigenen Tellerrand zu schauen...

Die Herausforderung besteht nicht einfach darin, sich Anregungen in Nachbarländern zu holen und diese dann auf Deutschland anzuwenden. Sie besteht vielmehr in einer aktiven und engen Zusammenarbeit, in einer gemeinsamen Planung und Gestaltung über Landesgrenzen hinweg. Gleiches gilt im Übrigen auch für Bundesländer, Kreise und Städte. So wie sich einige Kleinstädte Sachsen-Anhalts und Sachsens ungeachtet der parteipolitischen Ausrichtung ihrer Rathäuser zu einem Planungsverbund zusammengeschlossen haben, kann

eine (direkt gewählte) stadtrregionale Selbstverwaltung, wie beispielsweise in Stuttgart und Umland, eine Möglichkeit sein, den Folgen des demographischen Wandels und der Suburbanisierung zu begegnen. Gleichzeitig wären Großstadregionen für die Herausforderungen der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft gewappnet. Prof. Jessen von der Universität Stuttgart sieht in der regionalen Zusammenarbeit denn auch den Motor des Strukturwandels. Planen und Handeln im regionalen Maßstab bedeutet für ihn die Sicherung wirtschaftlicher und technologischer Entwicklung. Weitergedacht bedeutet es auch die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Wie nötig eine vernetzte Planung über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg ist, lässt sich am Beispiel des Ruhrgebiets ermesen. Im Lichte einer möglichen Entwicklung gern schon mal als Ruhrmetropole bezeichnet, leistet sich das Ruhrgebiet trotz erkennbarer Ansätze der kooperativen Planung noch immer reichlich Konkurrenz um Einwohner und Firmenansiedlungen. So können Veränderungen, wie die Umwandlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) zum Regionalverband Ruhr (RVR) als ein wichtiges Zeichen verstanden werden. Allein, es kommt darauf an, die veränderte Form mit entsprechendem Inhalt zu füllen. So erhöht beispielsweise der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) demnächst seine Preise, wohl wissend und einrechnend, dass damit Fahrgäste vergrault werden, statt sich einer allemal ergiebigeren Verwaltungsstraffung in den eigenen Reihen zu widmen. Solange aber jedes der im Verkehrsverbund zusammengeschlossenen Unternehmen sich eine eigene Verwaltung leisten zu müssen glaubt, ist der Weg zu einer wirklichen Vernetzung noch weit. Der Motor des Strukturwandels stottert, um im Bild Prof. Jessens zu bleiben.

Es ließen sich mit Sicherheit noch weitere Beispiele mangelnder Kooperation aufzählen. Deutlich werden sollte eines: Die geforderte grundlegende Neuorientierung der Planungsprozesse lässt auf sich warten, ein Mentalitätswechsel ist noch nicht in Sicht. Dem stehen allzu oft die Verwaltungsstrukturen bzw. die Selbstbezogenheit von Städten und Gemeinden im Weg. Ein Ergebnis dieser Kleinstaaterei ist beispielsweise die fortschreitende Zersiedlung vor allem an den Rändern der Metropolen und die erwähnte Suburbanisierung. Aufgrund des Fehlens einer abgestimmten Flächenpolitik zwischen den Kommunen geht damit der Flächenfraß einher.

Es ist schon paradox: Je mehr Menschen auf das den Städten nahe gelegene Land, also ins Grüne ziehen möchten, desto weniger bleibt von diesem übrig. Das Gebot der Stunde heißt daher Flächenhaushaltspolitik. Unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Regional- und Stadtentwicklung dürften Neubaumaßnahmen nur noch genehmigt werden, wenn gleichzeitig andere Flächen recycelt werden. Nur so lässt sich der Bodenverbrauch langfristig auf Null senken. Flächentausch also. Eine weitere Neuversiegelung und anhaltend rückläufige Bevölkerungszahlen passen einfach nicht zusammen.

Während im Osten der Republik die Schrumpfung der Städte seit 1990 rapide voranschritt und nur langsam eine Erholung in Sicht ist, sind diese Tendenzen bzw. die Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens im Westen des Landes unter Fachleuten nicht unumstritten. Denn in Regionen wie München und dessen Umland ist mit einem Bevölkerungsrückgang vorerst nicht zu rechnen. Im Gegenteil: Die Bevölkerungszahlen steigen noch, die Geburtenrate ist relativ ausgeglichen. Erst ab 2020 wird hier mit ersten Auswirkungen des demographischen Wandels gerechnet. Entsprechend rar und teuer ist hier der Wohnraum.

Viele Kommunen wollen sich daher einer wahrscheinlichen Schrumpfung bisher nicht stellen. Denn soweit die Prognosen erahnen lassen, dass auch der Westen der Republik von Schrumpfung betroffen sein wird, so lassen sie allenthalben offen, wo genau das sein wird und in welchem Maße. Zudem wird erwartet, dass Prozesse des Wachsens und Schrumpfens parallel und gleichzeitig stattfinden werden, dass mithin eher von Transformation gesprochen werden kann als von eindeutigem Schrumpfen. Mit Sicherheit lässt sich wohl nur sagen, dass die Schrumpfung in westdeutschen Städten weit weniger drastisch als in Städten wie Magdeburg oder Cottbus ausfallen wird. Doch darf dies nicht als Ruhepolster verstanden werden, denn der Wandel wird kommen. Am Beispiel des Ostens lässt sich schon einmal studieren, welche Auswirkungen dieser Wandel mit sich bringen kann. Anhand der Modellregionen und -projekte und der Erfahrungen der ostdeutschen Städte können wertvolle Hinweise für die Zukunft der gesamtdeutschen Gesellschaft und deren Wandel gesammelt werden.

Vor allem aber bedeutet dieser Wandel, dem sich die Gesellschaft gegenüber sieht, eine unglaubliche Chance, die es zu ergreifen und ohne Tabus zu diskutieren gilt, wie Minister Stolpe auf der Tagung in Magdeburg herausstrich. Ein Tabu, welches sich zu diskutieren lohnte, dürfte die Bürokratie (nicht nur) im Bereich der Baugesetzgebung sein, auch wenn Minister Stolpe die mit der Novelle des Baugesetzbuches und des Raumordnungsgesetzes angestrebte Entschlackung der Verwaltung lobte. Ein auf der Tagung immer wiederkehrendes Motiv, welches bisher sakrosankt war, nun aber langsam zu bröckeln scheint, ist die gesetzlich zugesicherte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dabei ist dieser Grundsatz, schaut man sich beispielsweise die Versorgung durch den Öffentlichen Nahverkehr ländlicher Regionen wie der Altmark in Sachsen-Anhalt an, bereits jetzt ein arg strapaziertes Gut, welches eher formell denn inhaltlich besteht.

Doch wie kann die Infrastruktur vor allem auf dem Land gesichert werden? Mit dem System der Zentralen Orte, wie es häufig zu hören ist? Einem System, welches bereits während des Zweiten Weltkrieges bei der „Kolonisation“ Polens angewandt wurde? Bleibt offen, inwiefern dieses Prinzip der gegenwärtigen und zukünftigen Situation, gekennzeichnet durch rasche Veränderungen, eine sich ständig erhöhende Komplexität und funktionale Verschiebungen, gerecht zu werden vermag. Umso mehr, da sich in den Regionen um die großen Metropolen die Gegensätzlichkeit von Stadt und Land aufzuheben beginnt. Bietet das Modell der regionalen Netzwerke, welches von verschiedenen Kernen im Raum mit unterschiedlicher funktionaler Ausprägung ausgeht und so einen optimalen Austausch zwischen verschiedenen Lebensstilen schaffen will, bessere Chancen? Oder andere Modelle wie die Urbanen Landschaften oder die neuen Peripherien?

Welchen Weg die Raumplanung einschlagen sollte und wird, blieb auf der Tagung in Magdeburg im Dunkeln. Während der Osten offenbar viel zu sehr mit der Bewältigung der konkreten Probleme zu kämpfen hat, mit der Schließung von Schulen, Sportstätten und Kindergärten, dem Abriss der Plattensiedlungen und mit der Bevölkerungsentwicklung, um sich diesen Fragen stellen zu können, scheint den Planern im Westen zunächst einmal die Erkenntnis zu dämmern, dass die Raumplanung nicht nur vor demographischen Herausforderungen steht, die eine veränderte Herangehensweise erfordern.

bleibt die Frage, ob ein zahlenmäßiger Rückgang der Bevölkerung tatsächlich als Problem gesehen werden muss? Oder nicht doch auch als Chance. Als Chance zur Abkehr von einer Ideologie des quantitativen Wachstums. Zugunsten einer pragmatischen Auffassung eines qualitativen Wachstums. Zugunsten eines Wachstumsdenkens, welches seinen Schwerpunkt nicht im Massendenken der Industriegesellschaft sucht, sich vielmehr auf die wissensbezogenen Disziplinen und Dienstleistungen stützt, ähnlich, wie es Irland vorgemacht hat. Dies verlangt nicht nur die Abkehr von Lobbyinteressen und ein Bekenntnis zur Wissensgesellschaft. Es verlangt ebenso nach einer konzentrierten Bildungsoffensive, die sich nicht in den gegenwärtigen Grabenkämpfen um Zuständigkeiten von Bund und Ländern erschöpfen darf.

Gleiches gilt für die Familienpolitik. Nicht nur beim Bund, auch in Kommunen. Um in den Städten der Überalterung gegensteuern zu können, muss mit Nachdruck eine familienfreundliche Stadtplanung und Politik betrieben werden. Weg von den Ein- und Zweiraumwohnungen, hin zu größeren, familientauglichen Wohnungen; hin zu einer kindergerechten Gestaltung der Stadtteile, mit Raum zum Entwickeln. Städte brauchen auch Inseln, die nicht völlig durchgeplant sind und den Menschen Raum zum Entwickeln lassen, wie in dem vor allem vom jüngeren Publikum auf der Tagung in Magdeburg sehr aufmerksam verfolgten Beitrag von Martha Doehler-Behzadi deutlich wurde. Oder wie es Prof. Ipsen von der Uni Kassel ausdrückt: „Städte brauchen Ränder“ (in der Stadt selbst). „Denn Ränder sind Räume der Persistenz und Innovation.“ Fehlen diese, gehen Kreativität und Potenzial verloren. Genau diese Kreativität ist aber gefragt, will man den Sprung von der sterbenden Industriegesellschaft in die Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft packen.

Dazu bedarf es einer Raumplanungspolitik, die nicht die allgegenwärtigen Lobbyvertreter, sondern Menschen ins Zentrum der Planung stellt, die bereits bei der Planung auf die Mitwirkung der Bürger setzt und die Ergebnisse auch zu vermitteln weiß.

Und die bei all ihren Überlegungen lokale und regionale Eigenarten und Charakteristiken, die durch historische Entwicklung entstanden sind, beachtet und einbezieht. Genau diese Charakteristiken und Eigenarten sind es, die ein Identifikationspotenzial anbieten, welches die Menschen mit ihren Orten verbindet. Schließlich bleibt, wer sich mit seiner Stadt oder seinem Dorf verbunden fühlt, eher dort oder kommt wieder zurück. Und engagiert sich vor Ort. Zum Beispiel in der Freiwilligen Feuerwehr. Dann können auch 300 Raumplaner ohne Bedenken in einem Raum mit nur einem schmalen Ausgang sitzen, ohne sich Sorgen darüber machen zu müssen, ob im Falle eines Feuers jemand kommt, es zu löschen. Eines jedoch ist sicher: Gehandelt werden muss jetzt.

Wenn es brennt, dann ist es meist schon zu spät.

Kurzfassungen / Abstracts

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Spatial Dimensions of Demographic Change – What are we doing?

Manfred Stolpe

Infrastruktur und Demographie – Herausforderung für Deutschland

Rückgang und Alterung der Bevölkerung werden als eine der größten Herausforderungen der zukünftigen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Neben den Problemen einer abnehmenden und kontinuierlich alternden Bevölkerung werden auch die positiven Gestaltungschancen, etwa Rückgang des Siedlungsdrucks, der Flächeninanspruchnahme und -versiegelung, angesprochen. Darüber hinaus wird auf die Konsequenzen für den Umbau der Städte und Regionen eingegangen. Für die Erarbeitung zukunftsfähiger Entwicklungskonzepte wird eine stärkere Verzahnung von Raumordnungs-, Verkehrs- und Baupolitik gefordert. Eine zentrale Aufgabe ist die Erhaltung guter und bezahlbarer Infrastrukturangebote unter den Bedingungen einer abnehmenden und alternden Bevölkerung. Hierbei wird dem System der Zentralen Orte als Grundgerüst zur Bewältigung von regionalen Anpassungsprozessen eine wichtige Bedeutung beigemessen.

Infrastructure and Demographics – The Challenge for Germany

The depletion and ageing of the population are viewed as one of the most serious challenges for the future development of the Federal Republic of Germany. As well as outlining the problems associated with a dwindling and constantly ageing population, the author – more positively – also addresses the opportunities this harbours for planned development, e.g. less pressure to release land for settlement development and thus a reduction in the rate of land being covered by built development. The author also discusses the consequences for the remodelling of towns and regions. As far as the development of sustainable development strategies is concerned, the author calls for greater interlocking and co-ordination between more comprehensive spatial-planning policies and transport and building policies. A central challenge in this context is to protect the provision of good and affordable infrastructure during a period when the population is both dwindling and ageing. The central-place system has an important role to play here as the framework for organising adjustment processes at the regional level.

Dieter Oberndörfer

Konsequenzen der demographischen Entwicklung für das politische System Deutschlands

Die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert in zunehmendem Umfang und Tempo. Die Implosion der deutschen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik kann auf die Dauer nur durch vermehrte Geburten aufgehalten werden. Bis dies gelingt, können die Folgen des Schrumpfungs- und Alterungsprozesses nur durch verstärkte Zuwanderung abgemildert werden. Damit wird die politische, soziale und kulturelle Integration von Zuwanderern zu einer zentralen Herausforderung für die Politik und die Bürger Deutschlands. Die notwendige Integration der Zuwanderung kann nur gelingen, wenn von der einheimischen Bevölkerung kultureller Pluralismus weit mehr als bisher als legitime Dimension demokratischer Gesellschaften „akzeptiert“ wird. Ohne diese Akzeptanz wird die Integration scheitern.

The Consequences of Demographic Change for the Political System in Germany

Germany's population is both shrinking and ageing at an increasing rate. In the long term, the implosion of the economy, German society and Germany's political system can be halted only by a rise in the birth rate. However, until such time as this happens, the consequences of population depletion and ageing can only be mitigated by increased levels of inward migration. This will in turn make the integration of immigrants – politically, socially and culturally – a central challenge for Germany's politicians and citizens. If this essential process of integration is to be successful, the indigenous population will have to accept cultural pluralism as a legitimate dimension of a democratic society to a far greater degree than has previously been the case. Without such acceptance, integration will fail.

Paul Gans

Tendenzen der räumlich-demographischen Entwicklung

Zunächst werden die Teilprozesse des demographischen Wandels vorgestellt. Um dessen räumliche Vielfalt zu erkennen, folgt eine Klassifikation der Raumordnungsregionen. Sie ist das Ergebnis einer Hauptkomponentenanalyse mit anschließendem Clusterverfahren auf der Basis von neun ausgewählten Variablen, welche die Teilprozesse des demographischen Wandels widerspiegeln. Die zukünftige Bevölkerungsdynamik in den Typen verläuft nur bedingt entlang siedlungsstruktureller Kategorien und hebt den Einfluss von nicht demographischen Faktoren auf die Entwicklung der Einwohnerzahlen und der Alterung hervor. In Frankreich und Spanien sind trotz demographischer und sozio-kultureller Unterschiede vergleichbare regionale Trends zu erkennen. Abschließend werden regional spezifische Herausforderungen skizziert und es wird auf die kleinräumige Differenzierung demographischer Probleme verwiesen.

Trends in Spatial/Demographic Development

The article begins with a presentation of the sub-processes of demographic change, followed – in order to demonstrate its diversity from a spatial perspective – by a classification of spatial planning regions. This classification is the result of a major-component analysis, with a subsequent clustering procedure based on nine variables selected to reflect the sub-processes of demographic change. Only to a limited extent does the future dynamic for population development in line with settlement-structure categories; this underlines the influence of non-demographic factors on the development of population numbers and on ageing. Despite both demographic and socio-cultural differences, comparable regional trends are recognisable also in France and Spain. The article concludes with an outline of regionally specific challenges, and by pointing to differences in the demographic problems found at the local level from locality to locality.

Marta Doehler-Behzadi

Schrumpfende Städte und Regionen im Osten Deutschlands – Testfall für den Westen?

Der Beitrag gründet sich auf die These, dass im Osten Deutschlands derzeit aus einem faktisch größeren Problemdruck gegenüber westlichen Städten und Regionen Praktiken entstehen, die Modellcharakter haben. Die aktuell unter dem Begriff „Schrumpfung“ zusammengefassten Grundlagen, Phänomene und kommunale sowie wohnungswirtschaftliche Reaktionen hinterfragen herkömmliche Sicht- und Herangehensweisen der Planer grundsätzlich. Schrumpfung ist auf den Raum bezogen ein Ausdünnungsprozess. Vor dem Hintergrund der stattfindenden, von Perforation (nach innen) und Dispersion (nach außen) gekennzeichneten Entwicklungsprozesse muss der Begriff „Nachhaltigkeit“ in unserer Disziplin neu erschlossen und mit Inhalten und Kriterien versehen werden. Die herkömmliche „Fördermoral“, stets das Schwächste zu unterstützen und es auf diese Weise wieder auf den – so vereinbarten – gesellschaftlichen Durchschnitt zu heben, wird angesichts der Mittelknappheit zu hinterfragen sein, ja, die Diskussion um die Verteilungsprinzipien hat längst begonnen.

Shrinking Cities and Regions in Eastern Germany – A Test Case for the West?

This article is predicated on the thesis that in eastern Germany – where the pressure to respond to demographic change is quite simply greater than it is in the cities and regions of western Germany – practices are currently emerging which are capable of serving as models of good practice. The diverse basic elements, phenomena and reactions (at local-authority level and in the housing market) currently being grouped together under the label of “shrinkage” seriously challenge the conventional thinking and approaches of planners. In spatial terms, “shrinkage” describes a process of “thinning out”. Against the background of current trends in development – characterised by (inward) perforation and (outward) dispersion, there is now a need within our discipline to redefine the concept of “sustainability” in terms of both content and criteria. In an era marked by the scarcity of resources, it is now essential to question the conventional view which saw it as a “moral imperative” to channel support to the weakest areas in order to raise or restore them to the level deemed to represent the

national mean or standard. Indeed, the debate on the principles of redistribution has long since begun.

Bärbel Winkler-Kühlken

Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – was ist zu tun?

Deutschlands Bevölkerung nimmt ab, wird älter und internationaler. Was perspektivisch auf die Bundesrepublik insgesamt zukommt, findet in den ländlichen, peripheren Regionen Ostdeutschlands bereits statt: Einbruch der Geburtenrate und anhaltende Wanderungsverluste haben bereits zu starken Bevölkerungsrückgängen bei gleichzeitiger Alterung der Bevölkerung geführt. Der demographische Wandel zeigt hier siedlungsstrukturelle Relevanz. Im Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern“ haben sich drei Modellregionen mit Ansätzen zur Neuausrichtung der Infrastrukturausstattung auseinander gesetzt. Der Beitrag präsentiert die wesentlichen Ansätze der Modellregionen und leitet sechs zentrale Schlussfolgerungen für die Bewältigung der demographischen Herausforderungen in ländlichen, peripheren Regionen ab.

Demographic Change in Sparsely Populated, Structurally Weak Areas. What Needs to be Done?

Germany's population is declining, getting older and becoming more international. What can be seen as the prospect for the Federal Republic of Germany in its entirety is already a reality for the rural and peripheral regions of eastern Germany: falling birth rates and the continuing net loss of population from outward migration have already resulted in a sharp decline in overall population levels, with the remaining population steadily getting older. Demographic change of this kind is highly relevant with regard to settlement structure. Within the framework of the Model Project for Spatial Planning (MORO) dedicated to exploring "Adjustment strategies for rural/peripheral regions in eastern Germany currently undergoing severe population depletion", three model regions have been investigating strategies for realigning infrastructure provision. This article describes the main strategies being pursued in the model regions, and from these derives six key conclusions for overcoming the demographic challenges facing rural and peripheral regions.

Johann Jessen

Demographischer Wandel in Großstadtreionen

Der demographische Wandel (Rückgang, Alterung, Internationalisierung durch Zuwanderung) wird alle deutschen Großstadtreionen treffen, allerdings zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichem Gewicht – in Abhängigkeit von ihrer wirtschaftlichen Dynamik (schrumpfende vs. wachsende Regionen). Entsprechend ungleich sind die Chancen verteilt, die damit verbundenen Probleme zu bewältigen. Da Großstadtreionen auch in

Zukunft die Zentren der Wirtschaftskraft, Standorte von Wissenschaft und Forschung sowie Schwerpunkte des kulturellen und sozialen Wandels sein werden, sollten sie gezielt als Motoren der Entwicklung gestützt werden. Dies erfordert vor allem eine eigenständige stadregionale Politik- und Handlungsebene, wirtschafts- und sozialpolitische Strategien sowie an den Zielen der Nachhaltigkeit orientierte Entwicklungs- und Standortkonzepte im regionalen Maßstab.

Demographic Change in Metropolitan Regions

Demographic change (i.e. population depletion, ageing, “internationalisation”) will come to affect all of Germany’s metropolitan regions, albeit at different points in time and to varying degrees – depending essentially on the dynamics of their respective economies (shrinking vs. booming regions). Consequently, the opportunities for successfully meeting the problems posed by changes in demographics are similarly by no means equal. Since metropolitan centres will in the future continue to be the centres of economic power and the focal points for science and research as well as for cultural and social change, it is these centres which should be prioritised for support as the motors of development. This calls, in particular, for the creation of a distinct metropolitan (i.e. city-regional) level for political action, as well as for economic and social-policy strategies and regionally-oriented development and locational strategies based on sustainability goals.



FORSCHUNGS- UND SITZUNGSBERICHTE

- 209 Fiskalische Krise: Räumliche Ausprägungen, Wirkungen und Reaktionen.
1999, 342 S., ISBN 3-88838-038-3 (vergriffen)
- 210 Kooperation im Prozess des räumlichen Strukturwandels
(Wissenschaftliche Plenarsitzung 1999).
2000, 139 S., 6,- EUR, ISBN 3-88838-039-1
- 211 Verkehr in Stadt und Region - Leitbilder, Konzepte und Instrumente.
2000, 185 S., 5,- EUR, ISBN 3-88838-040-5
- 212 Nachhaltigkeitsprinzip in der Regionalplanung - Handreichung zur Operationalisierung.
2000, 227 S., 12,- EUR, ISBN 3-88838-041-3
- 213 Regionaler Flächennutzungsplan - Rechtlicher Rahmen und Empfehlungen zur
Umsetzung.
2000, 80 S., 9,- EUR, ISBN 3-88838-042-1
- 214 Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume
2002, 344 S., 16,- EUR, ISBN 3-88838-043-X
- 215 Die Zukunft der Kulturlandschaft zwischen Verlust, Bewahrung und Gestaltung.
(Wissenschaftliche Plenarsitzung 2000).
2001, 211 S., 9,- EUR, ISBN 3-88838-044-8
- 216 Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK).
2001, 184 S., 8,- EUR, ISBN 3-88838-045-6
- 217 Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts.
2002. 332 S., 15,- EUR, ISBN 3-88838-046-4
- 218 Zukunftsforum Raumplanung - Gemeinsamer Kongress von ARL und BBR 2001.
2002, 102 S., 6,- EUR, ISBN 3-88838-047-2
- 219 Nachhaltige Raumentwicklung - mehr als eine Worthülse?
Wissenschaftliche Plenarsitzung 2002.
2003, 89 S., 7,- EUR, ISBN 3-88838-048-0
- 220 Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt - Katastrophenvorsorge
durch Raumplanung.
2003, 284 S., 21,- EUR, ISBN 3-88838-049-9
- 221 Ethik in der Raumplanung - Zugänge und Reflexionen.
2004, 298 S., 26,- EUR, ISBN 3-88838-050-2
- 222 Raumplanerische Herausforderungen durch Veränderungen in Handel, Logistik
und Tourismus.
2004, 174 S., ISBN 3-88838-051-0 (vergriffen)
- 223 Risiken in Umwelt und Technik - Vorsorge durch Raumplanung
2005, 154 S., 22,- EUR, ISBN 3-88838-052-9

Forschungsschwerpunkt
„Räumliche Konsequenzen des
demographischen Wandels“



AKADEMIE
FÜR RAUMFORSCHUNG
UND LANDESPLANUNG

Teil 1

Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Bernhard Müller, Stefan Siedentop (Hrsg.)

Hannover 2003, Arbeitsmaterial Nr. 303, 154 S., 21,- EUR

ISBN 3-88838-303-x



Teil 2

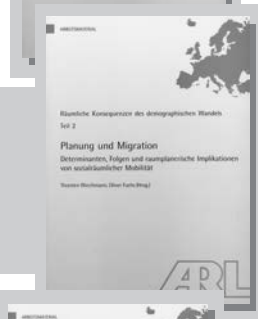
Planung und Migration

Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität

Thorsten Wiechmann, Oliver Fuchs (Hrsg.)

Hannover 2004, Arbeitsmaterial Nr. 307, 196 S., 27,- EUR

ISBN 3-88838-307-2



Teil 3

Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg

Erika Spiegel (Hrsg.)

Hannover 2004, Arbeitsmaterial Nr. 310, 158 S., farb. Abb., 39,- EUR

ISBN 3-88838-310-2



Teil 4

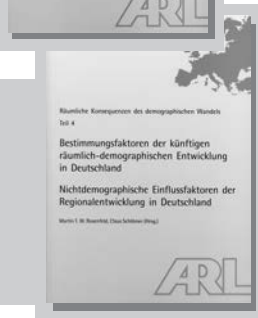
Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland

Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland

Martin T. W. Rosenfeld, Claus Schlömer (Hrsg.)

Hannover 2004, Arbeitsmaterial Nr. 312, 84 S., farb. Abb., 19,50 EUR

ISBN 3-88838-312-9



Bestellmöglichkeiten über den Buchhandel
Auslieferung über VSB-Verlagsservice
Postfach 47 38, 38037 Braunschweig
Tel. 0 18 05/7 08-7 09, Fax 05 31/7 08-6 19
E-Mail: vsb-bestellservice@westermann.de

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover
Tel. 05 11/3 48 42-13, Fax 05 11/3 48 42-41
E-Mail: Berswordt@ARL-net.de
Internet: www.ARL-net.de (Rubrik „Bücher“)

Der langfristige Rückgang, die kontinuierliche Alterung und die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen Ländern lösen einen tief greifenden demographischen und sozialen Wandel aus. Dieser wird sich räumlich sehr differenziert auswirken. Ostdeutschland ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Die regionalen Verteilungskämpfe um demographische Potenziale werden auf allen räumlichen Ebenen an Bedeutung gewinnen. Zuwanderungen werden diese Trends noch verstärken.

Gerade unter dem Aspekt einer nachhaltigen Raumentwicklung ergibt sich ein umfassender, regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastrukturen. Insbesondere die Tragfähigkeit dünn besiedelter, ländlicher Räume ist gefährdet. Aber auch städtische Regionen sind mit starken Einwohnerrückgängen konfrontiert.

Wegen der komplexen und weittragenden Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung hat die ARL ihre Arbeiten in diesem Themenbereich schon seit längerem intensiviert. Neben Forschungsaktivitäten gehört hierzu auch die Durchführung größerer Veranstaltungen. So haben die ARL und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Jahre 2004 in Magdeburg eine gemeinsame Tagung zum Thema „Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?“ durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war eine breite Diskussion der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung sowie die Abschätzung der Konsequenzen für die räumliche Politik und Planung. Der Band umfasst die Ergebnisse dieser in Wissenschaft und Fachöffentlichkeit vielbeachteten Veranstaltung.

In Germany, as in many other countries, the long-term depletion of the population – which is at the same time becoming steadily both older and more international – is now leading to radical changes in demographics and in the make-up of society. The spatial effects of these changes will vary significantly from location to location with eastern Germany being affected particularly severely. At all spatial levels, however, the rivalries between regions over the distribution of demographic potentials will become increasingly significant. These tendencies will be further compounded by inward migration.

Against the background of the call for sustainable spatial development, there is now a need for a comprehensive and regionally specific review and adjustment of settlement and economic structures and of infrastructure provision. In terms of their viability, it is the sparsely populated, rural regions that are at the greatest risk. However, metropolitan regions are currently also having to confront worrying levels of population loss.

In recognition of the complexity and the wide-ranging implications for spatial development of the processes unleashed by demographic change, the ARL has in recent years significantly intensified its work in this area. This has included not only research activities, but also the organisation of a number of major events. One such example is the conference on “Spatial Dimensions of Demographic Change – What are we doing?”, held in Magdeburg in 2004 as a joint venture between the ARL and the BBR (the Federal Office for Building and Regional Planning). The aim of this conference was to enable a broad discussion of the consequences of demographic change for spatial development, and equally to assess the implications of these changes for spatial policy and planning. The results of this conference – which has been taken note of widely both within scientific circles and in the broader planning community – are brought together here.